Freitag, 28. September 1984 - D ***

Axel [illegible] Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
[illegible] Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / [illegible]genannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Ham[illegible]) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 228 - 39.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Einbindung: [illegible] Deutsche Entwicklungs[illegible]DED) soll mit Hilfe einer [illegible]ellen Neuordnung und e[illegible]rung der Mitbestimmung[illegible] stärker in die Politik der B[illegible]ierung eingebunden wer[illegible]onn wirft dem DED vor, [illegible]rundsätze" höher einzu[illegible] als die entwicklungspoli[illegible] Leitlinien der Regierun[illegible]

US-Schutz: Der ko[illegible]ende US-General Wetzel hat [illegible] verstärkten Schutz der A[illegible]hrzeugen und US-Milit[illegible]chtungen vor „krimine[illegible]ktionen" der „Friedensbe[illegible]" gefordert. Er kündigte an, [illegible] in seiner Macht stehende zu tun, um Beschädigungen an [illegible]anlagen zu verhindern.

Katalysator: Das Wolfsburger Volkswagenwerk bietet ab sofort Fahrzeuge an, die nachträglich auf die Katalysator-Technik umgerüstet werden können. Voraussetzung sei ein genügend großes Angebot bleifreien Benzins.

Ausländer: Nach einer im Auftrag des Bundesinnenministeriums erstellten Umfrage will fast jeder vierte der rund 4,5 Millionen ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik bleiben. 169 000 wollen hingegen bis zum Frühjahr 1985 in ihre Heimat zurückkehren. (S. 4)

Kohle-Stopp? Die Kohleförderung in Großbritannien droht nach einer AP-Meldung zu erliegen, nachdem sich 80 Prozent der Steiger in einer Urabstimmung für einen Streik ausgesprochen haben.

TV-Botschaft: Der polnische Untergrundsender „Radio Solidarität" soll nach einer Mitteilung der verbotenen Gewerkschaft am 16. September auf einem Tonkanal des polnischen Fernsehens mitten in einer Nachrichtensendung eine zwölfminütige Botschaft ausgestrahlt haben.

„Berufs-Demonstranten": Die CSU hat der Fraktion der Grünen vorgeworfen, „Berufs-Demonstranten" aus den USA die Flugkosten in die Bundesrepublik finanziert zu haben. Als Beweis nannte die CSU eine Amerikanerin, die vor einem Würzburger Gericht angegeben hatte, sie sei auf Kosten der Grünen zu einer Blockade einer US-Kaserne angereist.

[illegible] Adresse: Die sowjetische Botschaft in Washington soll in Kürze statt der Postanschrift „16. Straße, Nummer 1125" die neue Adresse „Andrej-Sacharow-Platz, Hausnummer 1" erhalten. Dieser Beschluß, gefaßt von Mitgliedern des Repräsentantenhauses und des Senats, muß noch von beiden Kammern gebilligt werden.

ZITAT DES TAGES



» Was wir in der Deutschlandpolitik von Berlin aus gesehen brauchen, sind ein klarer Kopf, die nötige Gelassenheit, Kraft zur Differenzierung und Mut zum Schweigen am richtigen Ort und zur richtigen Zeit «

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen (S. 12)
FOTO: PAUL GLASER

WIRTSCHAFT

Existenzgründungen: Für die Einführung des Existenzgründungssparens hat sich der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks ausgesprochen. Kübler sagte, die Kapitalausstattung der Unternehmen müsse verbessert werden. (S. 13)

Währungsreserve: Die Rücklagen der Deutschen Bundesbank sind in der Woche zum 23. September um knapp eine Milliarde auf 83,9 Milliarden Mark gesunken.

Kredit-Wunsch: Jugoslawien will zur Rückzahlung seiner Schulden in Höhe von 20 Milliarden Dollar 1985 einen 3,3 Milliarden-Dollar-Kredit aufnehmen. Belgrad muß nächstes Jahr rund 6,1 Milliarden Dollar tilgen.

Handelsüberschuß: Brasilien hat von Januar bis Juli einen Handelsüberschuß in Höhe von 7,279 Milliarden Mark erwirtschaftet. Die Importe aus der EG gingen im Vergleich zum Vorjahr um mehr als zwölf Prozent zurück.

Börse: Erst nach anfänglichen Kursverlusten kam wieder Kaufneigung auf. WELT-Aktienindex 154,6 (155,6). Der Rentenmarkt erholte sich. Dollar-Mittelkurs 3,0303 (3,0895) Mark. Goldpreis je Feinunze 345,25 (346,10) Dollar.

KULTUR

Reproduktion: Die erste Faksimile-Reproduktion der Bibel Karls des Kahlen (840-877), der „Codex Membranaceus Saeculi IX", soll auf der am 3. Oktober beginnenden Frankfurter Buchmesse vorgestellt werden. Die Nachbildung wurde in Rom angefertigt.

Lyriker-Tod: Der Lyriker Erich Arendt, Mitglied der Akademie der Künste in der „DDR", ist im Alter von 81 Jahren gestorben. Seine Arbeiten waren geprägt von seinen Aufenthalten in Spanien und Südamerika während der Kriegs- und Nachkriegszeit. (S. 25)

SPORT

Berlin-Boykott: Der Ostblock hat Berlin erneut als internationalen Veranstaltungsort boykottiert. Die zum Deutschen Sportärztekongreß eingeladenen Mediziner aus der „DDR", UdSSR, CSSR, und Ungarn haben die Teilnahme abgesagt.

Fernseh-Kosten: Auf rund 25 Millionen Mark beliefen sich die Aufwendungen für die Olympia-Berichterstattung im deutschen Fernsehen. Hans Bausch, Vorsitzender der ARD/ZDF-Olympia-Kommission, meinte: „Das war preiswert."

AUS ALLER WELT

Höchstpreis: Eine Flasche französischen Claret von 1924 ist im Londoner Auktionshaus Sotheby für fast 36 000 Mark ersteigert worden. Der Preis für die Flasche der „Imperial-Größe", die das Achtfache eines normalen Inhalts hat, ist der höchste, der jemals für eine gleiche Menge Wein aus diesem Jahrhundert erzielt wurde.

Warnung: Aus Schutz vor den Gefahren im Verkehr sollen Eltern Kindern nach Ansicht der Deutschen Verkehrswacht erst im Alter von acht Jahren ein Rad kaufen. Der Grund: Kinder betrachten Räder als Spielzeug.

Wetter: Heiter. Zwischen 10 und 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Reagan will mit Gromyko über Abbau des Argwohns sprechen

„Zeit ist reif, sich zusammenzusetzen" / Treffen Shultz-Gromyko „guter Start"

BERNT CONRAD/DW. New York

Die Aussichten auf einen konstruktiven, zumindest aber sachlichen Verlauf des heutigen Treffens zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko haben sich durch ein dreistündiges Vorgespräch Gromykos mit dem amerikanischen Außenminister George Shultz offensichtlich verbessert.

Präsident Reagan bezeichnete es unterdessen als Ziel seiner Unterredung mit Gromyko, „einen Dialog über den Argwohn zu eröffnen, der zwischen unseren beiden Ländern existiert". Es sei an der Zeit, sich zusammenzusetzen und die gemeinsame Verantwortung zu erkennen, sagte Reagan auf einer Wahlkampfveranstaltung in Bowling Green im US-Staat Ohio.

Nach der Begegnung Gromyko-Shultz stellte ein hoher US-Beamter in der UNO-Mission der Vereinigten Staaten in New York fest: „Es war ein guter Start." Er sprach von „nützlichen und substantiellen Diskussionen". Nach Angaben des US-Diplomaten wurden Fragen der Rüstungskontrolle, der Sicherheit, des Terrorismus, Afghanistans, des Nahen Ostens, Mittelamerikas, bilaterale wirtschaftliche und kulturelle Probleme sowie Fragen der Menschenrechte „umfassend" erörtert. Dazu gehörten offenbar auch die Lage der sowjetischen Juden und des Friedensnobelpreisträgers Sacharow.

Als Shultz und Gromyko die US-Mission gegenüber dem Hauptquartier der Vereinten Nationen verließen, wirkten sie gut gelaunt und entspannt. Konkrete Informationen lehnten sie unter Hinweis auf die Fortsetzung der Diskussion im Weißen Haus ab. Der sowjetische Außenminister meinte lächelnd zu den wartenden Journalisten: „Bitte, fragen Sie mich nicht. Das nächste Mal können Sie mir tausend Fragen stellen."

Von amerikanischer Seite wurde die Atmosphäre der Begegnung als „ruhig und gedankenvoll" bezeichnet. Um den Unterschied zu dem frostigen politischen Klima bei den letzten Gesprächen zwischen Shultz und Gromyko in Madrid im Sommer 1983 und in Stockholm im Januar 1984 zu unterstreichen, stellte der hohe US-Beamte fest: „Die Begegnung in Madrid fand unmittelbar nach dem Abschuß der koreanischen Verkehrsmaschine statt. Das Treffen fiel in eine kritische Phase der Beziehungen: Die Sowjetunion hatte gerade die Abrüstungsverhandlungen verlassen. Die Lage ist heute anders."

Diplomatische Beobachter in New York hatten keinen Zweifel, daß damit ein sachlicher, unpolemischer Verlauf des Meinungsaustausches umschrieben worden war. Experten war von vornherein klar, daß konkrete Chancen für eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen im Sinne der UNO-Rede Reagans allenfalls erst nach dem heutigen Treffen in Washington bekanntgegeben würden. Dafür sprach nicht nur der politische Vorrang des Präsidenten, sondern auch die Rücksicht auf den derzeitigen Wahlkampf.

Wie sehr dieser Wahlkampf von Reagans UNO-Auftritt und seinem Dialog mit dem sowjetischen Außenminister beeinflußt wird, zeigte sich, als der demokratische Präsidentschaftskandidat Walter Mondale am

● Fortsetzung Seite 12

„Karlsruhe ist kein Petitionsausschuß"

Präsident Zeidler: Verfassungsgericht darf nicht mit Abwegigkeiten verstopft werden

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Das Bundesverfassungsgericht nähert sich nach den Worten seines Präsidenten Wolfgang Zeidler „der Marke, wo es seine Solidität verliert". Zeidler appellierte gestern in Hamburg an die Bürger, endlich zu begreifen, „daß das Bundesverfassungsgericht kein Petitionsausschuß ist".

Die Zahl der Eingaben sei von 1636 im Jahr 1955 auf 10 767 im vergangenen Jahr gestiegen. „Wir hatten schon einmal einen Tag", berichtete der höchste deutsche Richter, „an dem das Personal nicht ausreichte, um alle eingegangenen Briefe zu öffnen." Es gebe Leute, die innerhalb weniger Jahre mehr als 100 Verfassungsbeschwerden eingelegt hätten. Zeidler betonte: „Wenn das Gericht zu sehr mit Abwegigkeiten ‚verstopft' ist, leidet das Gericht da, wo es wirklich wichtig ist."

Auf zweifache Weise will Karlsruhe Abhilfe schaffen. Einmal wies der Verfassungsgerichtspräsident auf die Novelle hin, Verfassungsbeschwerden „mit milden Kosten" zu belasten. Zeidler denkt dabei an Gebühren bis hinunter zu zehn Mark. Außerdem strebt Karlsruhe eine Novelle an, die Vertretungen zwischen den Richtern beider Senate zuläßt. Bisher ist es nicht möglich, das achtköpfige Richterkollegium des einen Senats – falls drei Richter fehlen und das Gremium damit beschlußunfähig machen – durch Verfassungsrichter des anderen Senats aufzufüllen.

Mit Nachdruck sprach sich Zeidler gegen die Bildung eines dritten Senats beim Bundesverfassungsgericht aus. Schon bei zwei Senaten komme es zu Schwierigkeiten, sich gegenseitig informiert zu halten; ein dritter Senat würde beim höchsten Gericht, das „mit einer Zunge sprechen muß", in erheblichem Umfang Koordinierungsprobleme aufwerfen. Als einen neuen Schwerpunkt der Karlsruher Tätigkeit nannte er die Organklagen; die Zunahme sei eklatant: Von 1981 bis 1983 waren jährlich etwa sechs, in den Jahren zuvor war jedoch nur eine Organklage pro Jahr anhängig.

Zeidler stellte die Neigung fest, daß „Parlamente in wachsendem Umfang ihr Binnenleben vor Gericht bringen". Ursächlich dafür sei der Einzug der Grünen in immer mehr Landesparlamente und die Gewohnheit von Grünen-Abgeordneten, bisher von den Parteien vereinbarte Regeln in Frage zu stellen. Zeidler wies auf das Risiko hin, wenn parlamentarische Oppositionen in dem Weg zum Bundesverfassungsgericht „eine Fortsetzung der Bundestags-Kontroverse" suchten – damit werde ein Stück Verantwortung von Bonn nach Karlsruhe verlagert. Die SPD-Fraktion habe wohl aus dieser Einsicht auf die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zum Thema Nachrüstungsbeschluß verzichtet.

Es bleibt dabei: „Tagesschau" um 20.00 Uhr

DW. Köln

Die „Tagesschau" wird vorerst weiterhin um 20.00 Uhr gesendet. Der ARD-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Räuker sagte in Köln, Überlegungen innerhalb der ARD-Anstalten, wonach das Hauptabendprogramm auf 19.30 Uhr vorverlegt und die Hauptausgabe der „Tagesschau" auf 21.30 Uhr verschoben werden sollten, würden „vorerst nicht fortgeführt".

Nach einer Sitzung der ARD-Intendanten teilte Räuker weiter mit, die nach dem Fernsehvertrag verlangte Einstimmigkeit der am Ersten Fernsehprogramm beteiligten neun Landesrundfunkanstalten sei nicht erzielt worden.

Aufgrund veränderter Zuschauergewohnheiten wie auch mit Blick auf das künftige Privatfernsehen hatte die ARD eine Reform der Programmstruktur erwogen.

„Moskau zwingt Den Haag zur Nachrüstung"

SAD, Den Haag

Während eines Gespräches am Rande der UNO-Vollversammlung hat Hollands Außenminister van den Broek seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß die Weiterführung der SS-20-Stationierungen Den Haag zwingen werde, sich der NATO-Nachrüstung anzuschließen. Holland werde sich seiner Verantwortung gegenüber der NATO nicht entziehen.

Wegen innenpolitischer Widerstände auch in der eigenen Partei hatte der christlich-demokratische Premier Lubbers die Entscheidung über die Stationierung der vorgesehenen 48 Marschflugkörper auf niederländischem Territorium bis zum November 1985 verschoben. Die Stationierung wurde von weiteren SS-20-Aufstellungen abhängig gemacht.

US-General besorgt über Gewaltaktionen

DW. Frankfurt

Einen verstärkten Schutz von US-Fahrzeugen und Militäreinrichtungen vor „kriminellen Aktionen" der sogenannten Friedensbewegung hat der Kommandierende General des V. US-Korps, Robert Wetzel, verlangt. Bereits am Mittwoch kam es zu einem Treffen Wetzels mit einem Vertreter des hessischen Innenministeriums. Dabei hat General Wetzel, wie gestern bekanntgegeben wurde, die Auffassung vertreten, daß eine friedliebende Gesellschaft solche „Aktionen von Anarchisten und Kriminellen" nicht akzeptieren könne.

In einer Presseerklärung des V. Korps hieß es, insgesamt hätten seit dem vergangenen Wochenende 42 Demonstrationen vor Einrichtungen der US-Armee in Osthessen stattgefunden, in 21 Fällen sei Eigentum der Streitkräfte beschädigt worden.

Heiko B., die Geschichte einer Flucht

BERND HUMMEL, Eschwege

„Den Kameraden werden sie schon in der Mangel haben." Wer das sagt und mit zitternden Händen beim Bundesgrenzschutz (BGS) in Hünfeld/Hessen sitzt, ist der 20jährige Heiko B. Bislang Unteroffizier der 2. „DDR"-Grenzkompanie im Grenzregiment Dernbach, stationiert im thüringischen Vacha. Kanpp eine Stunde zuvor war er geflüchtet.

Derweil suchen „DDR"-Grenzposten unter Führung von Oberstleutnant Rassmann, Kommandeur des „DDR"-Grenzbataillons Sünna, den Metallgitterzaun nach Spuren ab, Stunden nach der Flucht.

Begonnen hatte alles mit einem Einsatzbefehl. Der Auftrag: Überprüfung des Grenzmeldenetzes jenseits des Metallgitterzauns im Abschnitt Vacha. Denn der 20jährige, der sonst nur im Innendienst verwendet wurde, war zuständig für die Wartung der Fernsprechgeräte seiner Kompanie. Der Einsatzbefehl wies auch aus: Begleitung durch einen Posten.

Dennoch sah der 20jährige eine Chance zur lange geplanten Flucht. Die Frage war nur, wie er den zweiten Mann ablenken konnte. Er, der aus der Praxis wußte, „daß man mit Schüssen in den Rücken oder in die Beine rechnen muß", suchte zunächst nach einer Möglichkeit, das Risiko des Schußwaffengebrauchs zu mindern.

Diese Möglichkeit ergab sich, als die beiden „DDR"-Soldaten einen jener Führungspunkte erreicht hatten, die für einen bestimmten Grenzabschnitt zuständig sind. Kaum daß sich sein Kamerad für wenige Minuten entfernt hatte, begann Heiko B. dessen Waffe, eine Maschinenpistole des sowjetischen Fabrikats Kalaschnikow, zu zerlegen. Er entfernte zunächst den Schlagbolzen, dann auch noch das Schloß. Die Waffe war damit unbrauchbar.

Eigentlich hätte das genügt, doch der Unteroffizier dachte schon jetzt an „eine Situation, die kritisch werden könnte". Zur Sicherheit demontierte er auch an seiner Waffe Schlagbolzen und das Schloß.

Vor Beamten des Bundesgrenzschutzes sagte er später: „Ich hab' gedacht, daß ich fair bleiben muß – man kann doch im Notfall, nur um selbst in Freiheit zu kommen, nicht zum Mörder werden."

Wenig später beim Streifengang sagte er in einem zur Flucht kaum geeigneten Gelände zu seinem Kameraden: „Du, ich muß mal hinter einen Busch." Die Rechnung geht auf, der Posten bittet ihn noch zu warten, dann ist geeignetes Gelände erreicht.

Heiko B. meldet sich ab ins Gebüsch. Vom zweiten Mann unbemerkt, erreicht er den Metallgitterzaun und bringt dort eine „Steighilfe" an: lange Schrauben, die er in die engen Maschen des Streckmetalls zwängt, und an denen er dann den Zaun übersteigt.

Panik überfällt ihn erst jetzt. Wohin laufen? Wo ist der Westen? Der junge Unteroffizier geht auf Sicherheit: Er rennt nicht nur geradeaus, nein, er springt in die Werra und erreicht Minuten später das rettende hessische Ufer. Der 20jährige sagt später: „Das war sicherer, weil ich wußte, daß in der Flußmitte die Grenze verläuft." Er ist schon im Westen, als er seinen Posten rufen hört.

Heiko B. nennt sich einen „ganz normaler DDR-Bürger". Geboren in Görlitz, „dann Junge Pioniere, Thälmann-Pioniere und Gesellschaft für Sport und Technik, wie es sich für einen Jugendlichen drüben gehört".

Warum er geflüchtet ist? Heiko B. sagt: „Wer in der DDR gelebt hat, der weiß die Freiheit im Westen zu schätzen."

DER KOMMENTAR

Chancen

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Nichts Schlimmeres kann einem demokratischen Gemeinwesen unterlaufen, als wenn es große Teile der Jugend ohne Ausbildungs- und Berufschance lassen muß. Aus diesem Grund hatte sich Bundeskanzler Kohl persönlich in die Bresche geworfen und schon 1983 einen Rekord an Ausbildungsplätzen erwirkt. Leider hieß das nicht, daß jeder Jugendliche eine Lehrstelle fand. Aber das Problem entschärfte sich ganz erheblich. Heinrich Franke, Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, konnte berichten, daß von den 47 000 Jugendlichen, die zu Beginn des Ausbildungsjahres am 30. September 1983 noch nichts gefunden hatten, Ende August 1984 nur noch 8000 einen Ausbildungsplatz suchten. Das waren noch immer 8000 zu viel; doch für eine Katastrophenstimmung gab es keinen Anlaß mehr.

Für das jetzt beginnende Ausbildungsjahr hat das Institut der deutschen Wirtschaft einen neuen Rekord errechnet. Die Gewerkschaften mögen versucht sein, daß als eine parteiisch wirtschaftsorientierte Aussage abzutun; der Einwand sticht aber nicht, weil die beiden verläßlichsten Statistiken zugrundegelegt worden sind, die Berufsberatungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit und die Statistik der Kammern über die abgeschlossenen Verträge.

Demnach hat die Wirtschaft rund 722 500 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt, 3,6 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. 94 Prozent aller Bewerber können eine Lehrstelle finden, wenn die jungen Leute beweglich genug sind, Angebote auch außerhalb des Traumberufs und außerhalb der engeren Heimat anzunehmen. Für die restlichen 6 Prozent dürfte sich die letztjährige Erfahrung wiederholen, daß die weitaus meisten dieser Jugendlichen in den nächsten Wochen und Monaten doch noch unterkommen.

Die Wirtschaft, und ganz besonders das Handwerk, hat mit diesem Angebot an Ausbildungsplätzen eine Leistung von hohem staatspolitischen Rang zustande gebracht. Das verdient Anerkennung. Wir wissen auch, daß damit der Phantasiereichtum des Handwerks noch nicht ausgeschöpft ist. Es braucht den jungen Menschen in unserem Land nicht bange zu sein. Ohnehin ist absehbar, daß sich von 1987 an – eine günstige Wirtschaftskonjunktur vorausgesetzt – die Lage entspannen wird.

„Maximal zwei Prozent" ohne Lehrstelle

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Wirtschaft schließt „mit Sicherheit" aus, daß am Ende dieses Jahres mehr als 60 000 Jugendliche ohne Lehrstellen sein werden. Nach einer Untersuchung des unternehmernahen „Instituts der deutschen Wirtschaft" werden wegen der erheblichen Anstrengungen der Wirtschaft „maximal zwei Prozent" der knapp 770 000 Bewerber unversorgt bleiben. Bis zum Stichtag 30. September 1984 wird die Wirtschaft nach den Erhebungen des Instituts rund 722 500 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt haben. Im günstigsten Fall werde die Zahl der Ausbildungsplätze sogar noch auf 727 600 zu steigern sein. Mehr als 701 000 Ausbildungsverträge würden bis zum Ende dieses Monats abgeschlossen sein. Damit sei „erstmals die Zahl von 700 000 neuabgeschlossenen Ausbildungsverträgen überschritten worden". Dies sei ein Beweis für die Leistungsfähigkeit des dualen Systems.

Im wesentlichen auf drei Faktoren gründet das Institut der deutschen Wirtschaft seine Prognose, daß trotz der noch vorhandenen offenen Schere am Ende „bis auf eine geringe Restgröße" alle Bewerber versorgt sein werden: Zum einen seien rund 100 000 Abiturienten miterfaßt, die im Notfall auf die Hochschulen auswichen. Zweitens werde durch Flexibilität eine „zweite Einstellungswelle" im Februar ermöglicht werden können. Und drittens würden über Praktika und Volontariate weitere Jugendliche „sukzessive in die Ausbildung eingegliedert".

Mehr bleifreies Benzin an den Autobahnen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bis zum 1. November werden von den 272 Autobahntankstellen im Bundesbesitz 53 auf die Abgabe von bleifreiem Normalbenzin umgerüstet sein. Gegenwärtig sind es 35.

Ende 1985 soll es nach den Angaben von Verkehrsminister Werner Dollinger an den Autobahnen ein flächendeckendes Netz von mindestens 113 Tankstellen geben. Bis spätestens 1988 sollen sämtliche Tankstellen an den Autobahnen umgerüstet sein. Kostenaufwand: 60 Millionen Mark. Bis zum 1. November könnten die umgerüsteten Tankstellen auch tatsächlich bleifreies Benzin anbieten.

Der Hintergrund: Die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um den Schadstoffausstoß der Autos drastisch zu reduzieren. Eine bestimmte Technik hat sie zwar nicht vorgeschrieben, aber der Katalysator ist bisher die einzige ausgereifte Methode. Der Einsatz des Katalysators setzt aber bleifreies Benzin voraus.

Dollinger appellierte gestern an die Mineralölindustrie, ihrerseits ein flächendeckendes Netz von Bleifrei-Tankstellen möglichst bald zu schaffen. Obwohl die Steueränderungen für unverbleites Benzin erst vom 1. Juli an gelten, sollte die Mineralölwirtschaft schon jetzt das bleifreie Benzin nicht teurer anbieten. Angesichts der zunächst geringen Mengen sei ein solcher „Einführungsrabatt" verkraftbar. Dollinger wandte sich gegen weitere Geschwindigkeitsbegrenzungen. Durch Tempo 100 auf Autobahnen würde der Stickstoffausstoß nur um 2,6 Prozent reduziert.

Stimmt Warschau jetzt dem kirchlichen Agrarfonds zu?

Am Samstag trifft sich Jaruzelski mit Kardinal Glemp

DW. Warschau

Die Konferenz der katholischen Bischöfe Polens hat jetzt die Satzung eines Kirchenfonds zur Unterstützung der privaten Landwirtschaft in Polen gebilligt. Warschauer Kirchenkreise rechnen damit, daß die polnische Regierung ihre endgültige Zustimmung zu dem Fonds am Samstag während eines Treffens des polnischen Partei- und Regierungschefs Wojciech Jaruzelski mit Jozef Kardinal Glemp, dem Primas von Polen, geben wird.

Eine vorläufige Einigung über die Satzung war nach zweijährigen Verhandlungen bereits am Donnerstag vergangener Woche zwischen Regierung und Kirche erzielt worden.

Die Entscheidung der Bischöfe fiel auf einer auf zwei Tage angesetzten Tagung in Warschau, bei der der Bericht des privaten Organisationskomitees für den Agrarfonds entgegengenommen wurde. Die katholische Kirche in Polen hofft, daß aus dem Fonds über einen Zeitraum von fünf Jahren bis zu 1,8 Milliarden Dollar (5,4 Milliarden Mark) an private Landwirte ausgezahlt werden können. In den Händen der etwa 3,3 Millionen privaten Landwirte befinden sich mehr als 75 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Wegen fehlender finanzieller und technischer Mittel können die Landwirte allerdings wenig produktiv arbeiten.

Die Europäische Gemeinschaft hat nach Angaben des Organisationskomitees einen Beitrag von zehn Millionen Dollar (30 Millionen Mark) in Aussicht gestellt. US-Präsident Ronald Reagan hat den Kongreß um die Bewilligung einer gleich großen Summe ersucht. Die Konferenz der katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten hat drei Millionen Dollar (neun Millionen Mark) und die kanadische Bischofskonferenz eine Million Dollar (drei Millionen Mark) zugesagt.

In den vergangenen Monaten waren wiederholt Zweifel aufgekommen, ob die ursprünglichen Zusagen von kirchlicher und staatlicher Seite überhaupt eingehalten werden können. Das Regime in Warschau leistete lange Zeit Widerstand gegen das Projekt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Doch noch eine Drei?

Von Peter Gillies

Noch bei jedem Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik erwies sich der Export als entscheidende Triebkraft. Dieses Muster wurde in der Wirtschaftsbelebung, die 1982/83 begann, durchbrochen. Als Anstoß für mehr Wachstum hatte damals die lebhafte Konsumnachfrage – teilweise durch Plündern der Sparbücher – gedient.

Jetzt scheint es freilich, als dürfe die Exportnation Bundesrepublik sich wieder auf ihr bewährtes Zugpferd verlassen. Die rekordhohen Zuwachsraten im Außenhandel sprechen jedenfalls dafür, man denke nur an die sensationellen Zuwachsraten des deutschen Exports in die USA von rund fünfzig Prozent im ersten Halbjahr.

Sind also die Unken dementiert, die die deutsche Wirtschaft schon meilenweit vom Zug der Weltkonkurrenz abgehängt sahen? Die Stimmungslagen, die bei Deutschen leider heftigen Wechseln unterliegen, sind interpretationsbedürftig. Preislich sind deutsche Produkte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Der hohe Dollar besorgte dies ebenso wie Erfolge bei der Kostendämpfung. Auch bei Qualität und Service sind ernstzunehmende Klagen nicht laut geworden.

Und bei der Hoch- und Spitzentechnologie, wie sie im Sonnengürtel der USA oder in Japan und im pazifischen Becken vorgedacht wird? Sie hängt von den Investitionen ab, vom Bewußtsein für technischen Fortschritt, nicht zuletzt von der Bereitschaft, die Produkte der Zukunft nicht in Selbstzweifel zu hüllen, sondern mutig zu erproben. In allen Punkten haben wir manches nachzuarbeiten. So ist der etwas senile deutsche Maschinenpark das Opfer einst unterlassener Investitionen.

Eine Volkswirtschaft kann aufholen. Sie muß es nur wollen. Konjunkturtests und Experteneinschätzungen zeigen, daß sie es macht. Entsprechend bessern sich die Stimmung und alsbald die Lage weiter. Nimmt man die stabil-niedrige Geldentwertung sowie die Chance auf weitere Zinssenkungen hinzu, ist zur Verzagtheit kein Anlaß. Die professionellen Laubfrösche der Ökonomie mögen ihre Daten vielleicht nicht so rasch revidieren, weil sie so oft auf der falschen Leiterstufe standen, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß das reale Wachstum dieses Jahres doch noch eine Drei vor dem Komma trägt.

Was alles geht

Von Günther Bading

In Krieg und Liebe sei jede List gerechtfertigt, heißt es. So mancher Klassenkämpfer würde das allzugern auch auf Arbeitskämpfe ausdehnen, obwohl – und das ist ein entscheidender Unterschied zum Kriegsgeschehen – das Ziel jeder Auseinandersetzung zwischen Tarif-„Gegnern" nicht das Niederringen des anderen, sondern der Kompromiß, die Wiederherstellung des Arbeitsfriedens, sein muß.

Was jetzt aus der IG Metall zu hören ist, klingt allerdings fast so, also wollten da einige den Arbeitskampf im Betrieb wieder aufleben lassen. Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall sollen geschult werden, um in den bevorstehenden Verhandlungen über Betriebsvereinbarungen zur Ausfüllung des Rahmen-Tarifvertrages über die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden nicht die zulässige Bandbreite von 37 bis 40 Wochenstunden auszunutzen; sie sollen stattdessen auf generelle Arbeitszeitverkürzung und damit auf die 38,5 Stunden-Woche für alle drängen. Soll also die im vielgerühmten „Leber-Kompromiß" nur als eine von vielen Möglichkeiten vereinbarte generelle Arbeitszeitverkürzung durch die Hintertür eingeführt werden, quasi im kalten Arbeitskrieg?

So schlimm ist es wohl nicht; selbst Tarifexperte Hans Janßen, der gern mit den Ideologen in seiner Gewerkschaft liebäugelt, hat schon zu erkennen gegeben, daß die IG-Metall-Betriebsräte dort, wo der Unternehmer betriebliche Notwendigkeiten für eine Differenzierung der Arbeitszeit geltend machen kann, solcher Auffächerung auch zustimmen werden. Mit dem neuen Propagandawirbel um die generelle Arbeitszeitregelung haben offenbar nur jene Flügelmänner Positionen besetzen wollen, die in der Tarifrunde dieses Jahres den kompromißbereiteren Pragmatikern unterlegen sind.

Was in den Betriebsverhandlungen tatsächlich herauskommen wird, ob generelle 38,5-Stunden-Woche oder flexible Arbeitszeit, wird weitgehend vom Mut des jeweiligen Unternehmers abhängen. Aus Scheu vor Konflikten mit dem meist IG-Metall-beherrschten Betriebsrat alles beim alten Trott genereller Regelung zu lassen, hieße, auf den mühsam erkämpften Freiraum im neuen Tarifrecht zu verzichten.

EG und Mittelamerika

Von Günter Friedländer

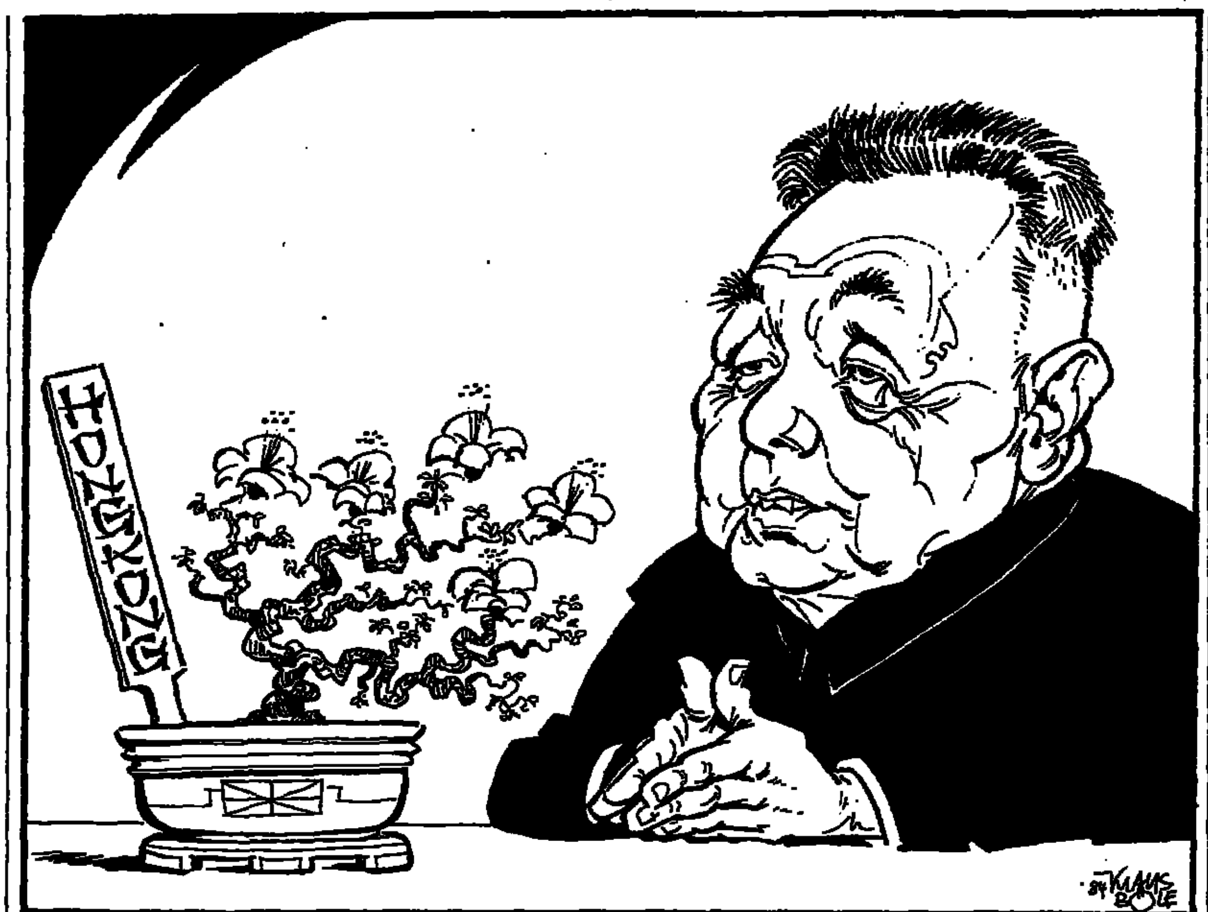
Während am heutigen Freitag in Costa Ricas Hauptstadt San José die Außenminister der EG sich mit denen Mittelamerikas und der Contadora-Gruppe – Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela – treffen, fragen sich viele Beobachter, wer eigentlich das Treffen anregte, wozu es dienen soll und was man sich von ihm versprechen kann.

Präsident Luis Alberto Monge will nicht als Vater des Treffens gelten, sagt Costa Ricas Außenminister Carlos José Gutierrez. Diese Ehre gebühre Hans-Dietrich Genscher, der Monge allerdings veranlaßte, den Gedanken in Europa vorzutragen. Daß elf europäische Minister sich auf die lange Reise machen, hat Hoffnungen geweckt und trotz aller Warnungen genährt, man habe Großes im Sinn, etwa in der Richtung des von der Kissinger-Kommission vorgeschlagenen Marshallplans für Mittelamerika.

Davon kann nicht die Rede sein. Genscher spricht nur von einem Vertrag wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Mittelamerikas Ländern und einem ständigen politischen Dialog. Andere Europäer betonen, Mittelamerika könne nicht mit umfangreicher Wirtschaftshilfe der EG rechnen.

Die USA wurden nicht einmal als Beobachter eingeladen. Gutierrez mußte sich von Costa Ricas angesehener Zeitung „La Nacion" fragen lassen, ob die EG-Außenminister vielleicht mit ihrem Besuch nur die Unzufriedenheit einiger europäischer Länder mit der nordamerikanischen Mittelamerika-Politik im Hinterhof der USA ausdrücken wollen. Die Veranstalter des Treffens luden zwar auf Anregung Hollands die Außenminister der Contadora-Gruppe ein, um bei ihnen nicht den Eindruck zu erwecken, daß man sie übergehe. Hinsichtlich der USA schien niemand solche Sorgen zu hegen.

Die allgemeine Verwirrung geht so weit, daß einige glauben, es könne bei dem Treffen zur Unterschrift des Friedensplans der Contadora-Länder kommen. Eingeweihte hingegen meinen, es sei nicht einmal sicher, ob Nicaraguas Außenminister überhaupt kommen werde, obwohl er an den Vorbereitungen des Treffens mitwirkte.



Warte nur, balde . . . KLAUS BÖHLE

Das Kabel wird empfohlen

Von Enno v. Loewenstern

Vierundsiebzig Prozent aller Teilnehmer eines von der Post veranstalteten Kabelfernsehtests antworteten auf die Frage, ob sie ihren Bekannten zum Kabelanschluß raten würden oder nicht, mit Ja. Nur acht Prozent würden abraten. Sechzig Prozent hätten die neuen Programme gern weiter bekommen, viele haben sogar erbittert protestiert, als der Test beendet wurde. Nur neun Prozent fanden die neuen Programme „langweiliger" als die bisherigen. Das deutsche Wunder besteht darin, daß man solche Fragen überhaupt stellen muß. Welcher normale Mensch kann denn etwas dagegen haben, daß man ihm die Möglichkeit zu mehr Information und Unterhaltung bietet, vor allem aber: die Möglichkeit schafft, daß es auf diesem Gebiet endlich Wettbewerb gibt anstelle einer von oben verordneten Reichseinheitskost?

Nun, was ist schon normal in diesem nicht nur physisch zerrissenen Land. In Ansehung der Tatsache, daß hier ein wutschnaubender Kampf um die Rettung des öffentlich-rechtlichen Monopols geführt wurde, daß „Verkabelung des Bürgers" zum Schmähwort wurde, daß in gewissen Wohngegenden sich regelrechte Blockwartsysteme für Unterschriftensammlungen bildeten – angesichts all dieser deutschen Wunderlichkeiten ist der Prozentsatz der Ablehner normal. Dabei sind die bisherigen Kabelversuche ja nur eine hauchdünne Andeutung dessen, was sein kann, wenn endlich die Fernsehfreiheit hergestellt wird.

Diese Fernsehfreiheit stößt heute auf zwei Probleme, denen gegenüber sich die freien Veranstalter seltsam hilflos anstellen. Da ist zum einen die „Bestandsgarantie für die öffentlich-rechtlichen Anstalten", die sogar eine „Entwicklungsgarantie" enthält, durch die Länder-Ministerpräsidenten. Da ist zum anderen die Behauptung, Rundfunk sei Ländersache (weil „Kultur" und daher unter die „Kulturhoheit der Länder" fallend), daher können Ministerpräsidenten jener politischen Partei, der das bisherige Funkmonopol politisch zugutekommt, alles tun, um die Kabellegung und damit die Fernsehfreiheit zu sabotieren. Beide Annahmen sind verfassungsrechtlich nicht haltbar.

Was immer die Kulturhoheit sein mag, sie ist jedenfalls eindeutig der Presse- und sonstigen Medienfreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes untergeordnet. Hüter der Medienfreiheit ist der Bund, notfalls das Bundesverfassungsgericht. Wer es anruft, kriegt das jederzeit gegen jeden Länderchef bestätigt, der sich als Ludwig XIV. fühlt und die Fernsehfreiheit nur ad usum delphini zulassen möchte.

Dasselbe gilt für die wohl finsterste Bizarrerie, die sich unsere Verfassungswirklichkeit bislang geleistet hat: die „Bestandsgarantie". Selbstverständlich wäre es kraß verfassungswidrig und würde auch so vom Bundesverfassungsgericht bestätigt werden, wenn irgendein Organ der öffentlichen Meinungsbildung endgültig einen Vorrang und ein Vorrecht vor den anderen Meinungsträgern bekäme. So, wie der Staat es sich auch nicht einfallen lassen könnte, für eine Staatszeitung von jedem Bürger erst einmal zwanzig Mark monatlich zu verlangen und zudem Anzeigen im Werte von Hunderten Millionen abzusaugen, um dann großzügig zu verkünden: was noch übrigbleibt an Anzeigen und Leserinteresse, das nehmt hin im freien Wettbewerb! Natürlich kann es öffentlich-rechtliche Zeitungen geben, so, wie es öffentlich-rechtliche Funkunternehmen geben kann. Aber es kann keine Privilegien für einzelne gegen andere geben; insofern ist die Verfassung glasklar.



Wie Freiheit geschaffen wird: Kabelverlegung FOTO: JUPP DARCHINGER

Funk und Fernsehen hatten bislang ein Monopol, weil nicht genügend Kanäle zur Verfügung standen. Damit ist es vorbei. Das Kabel schafft genügend Kanäle.

Zwar gibt es eine seltsame Äußerung unter den obiter dicta des „dritten Fernsehurteils" des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Juni 1981, wo gesetzliche Regelungen auch jenseits von Frequenzmängeln gefordert werden, denn es könne auch bei voller Fernsehfreiheit „nicht mit hinreichender Sicherheit erwartet werden, daß das Programmangebot in seiner Gesamtheit kraft der Eigengesetzlichkeit des Wettbewerbs den Anforderungen der Rundfunkfreiheit entsprechen werde." Dabei wird auf die Vielfalt der Zeitungen hingewiesen; da jedoch gebe es, im Unterschied zum Funk, eine „geschichtliche Entwicklung", die „zu einem gewissen bestehenden Gleichgewicht geführt" habe.

Aber abgesehen davon, daß dies nichts mit „Bestandsgarantien" zu tun hat – man würde das Bundesverfassungsgericht in seiner heutigen Besetzung unterschätzen, unterstellte man ihm, an diesem Unsinn festhalten zu wollen. Zeitungen werden ebenso wie Funk und Fernsehen (und wie übrigens auch Parteien) von Menschen gemacht. Es gibt eine geschichtliche Erfahrung, daß bei freier Entfaltungsmöglichkeit von Menschen eine Vielfalt herauskommt, weil der Markt sich seine Lieferanten schafft. Und es gibt eine geschichtliche Erfahrung, daß Kontrolle der Freiheit zu Beeinträchtigung der Freiheit führt; das haben wir erst vor wenigen Jahrzehnten auch auf dem Gebiet der Zeitungen und der Parteien erfahren und erfahren es in anderen Ländern noch heute.

Unter dem Grundgesetz sind Gleichberechtigung, Gewerbefreiheit und sogar Niederlassungsfreiheit für Apotheker eingeführt worden, ohne daß man auf diesen Gebieten „geschichtliche Erfahrungen" gesammelt hätte außer der, daß Freiheit erfahrungsgemäß besser ist als Lenkung. Das gilt vor allem für die Freiheit des Wortes. Jeder freie Fernsehveranstalter, der das in Karlsruhe testet, wird es bestätigt bekommen.

IM GESPRÄCH Uwe Hansen

Angesengte Ohren

Von Herbert Schütte

Die Personalkarteien von fünfunddreißig Jahren Bundestag durchzublättern hatte der Abgeordnete Uwe Hansen noch keine Gelegenheit – der Nachrücker gehört dem Hohen Haus erst seit Ende Juni an. Doch der ein wenig vierschrötig wirkende Hamburger ist ziemlich sicher, der erste Feuerwehrmann im Bonner Parlament zu sein. Sein Vorgänger als Bundestagsabgeordneter der Hamburger SPD, Steuerrat a. D. Horst Gobrecht, erhielt kürzlich höhere Weihen: Er wurde Finanzsenator der Hansestadt. Mit Nachrücker Uwe Hansen gewinnt die Oppositionsfraktion einen Mann fürs Praktische, einen Parlamentarier, der nach Meinung seiner Parteifreunde ein Herz für den „kleinen Mann" hat.

Praktiker sind rar geworden bei den Genossen am Rhein. Hansen gehört zu den wenigen, die zupacken gelernt haben. Der Sohn eines Arbeiters auf dem Hamburger Gemüsegroßmarkt machte die mittlere Reife, besuchte die Seefahrtsschule und fuhr zehn Jahre zur See – weltweit und als Steuermann mit Patent [illegible] auf einem Küstenmotorschiff in [illegible] Nord- und Ostsee. 1964 wechselte er zur Berufsfeuerwehr. Stationiert an der berühmten Feuerwache A[illegible]litätsstraße, fuhr er Einsätze [illegible] Schiffsbrand bis zum Groß[illegible] auf der Reeperbahn. „Ein Fe[illegible]mann, dem die Ohren nicht angesengt sind, ist kein richtiger [illegible]wehrmann", meint Hansen. [illegible] hat mehrfach angesengte Ohren gehabt. Er hat im Einsatzwagen [illegible]bindungen geholfen, Sprung[illegible] gehalten und Kinder aus [illegible] geholt. Zuletzt verst[illegible] sich als Personalratsvorsitzender von 2300 Hamburger Feuerwe[illegible] als ein Ombudsman für die [illegible] einer Beamtengruppe, die nicht soviel von sich reden macht [illegible] die GEW, die aber gewiß nicht minder wichtig ist.



Ein [illegible]wehrmann im Parlament: Hansen FOTO: CHRISTA KUJATH

Nach Bonn bringt der Gewerkschafter und Genosse (seit 1966) die Erfahrung des Kommunalpolitikers in einem ausgesprochenen Arbeiter[illegible] mit, wie der Stadtteil Rothen[illegible] es heute noch ist. In seinem [illegible]kreis Mitte – er zählt im weitge[illegible]ten Spektrum des Hamburger [illegible]esverbands zum Mitte/Rechts-[illegible] – war „uns Uwe" ein typischer [illegible]treter der Wählerschaft. Und die besteht hier überwiegend aus gewerblichen Arbeitnehmern. Als der Parteitag vor zwei Jahren den Exponenten der Parteilinken, Ortwin Runde, zum Landesvorsitzenden wählte, wurde Hansen einer seiner beiden Stellvertreter. Damit rückte zum ersten Mal nach langer Zeit wieder ein richtiger Arbeitnehmer in die Hamburger Führungsspitze auf.

Im Bundestag nahm der beurlaubte Feuerwehrmann im Ausschuß für Forschung und Technologie Platz – unter vielen Eggheads ein Mann, der mit Technik auch praktisch Umgang hat. Ein bißchen Feuerwehrpraxis will er auch als Abgeordneter aufrechterhalten: Bei der jährlichen Atemschutzübung wird er das nächste Mal dabei sein mit Tunnelkriechen und dem Erklettern einer 20-Meter-Leiter mit schwerem Gewicht unter Atemschutzgerät. „Für mich", so sinniert der dienstjüngste Hamburger in Bonn, „ist das eine Art Überlebenstraining."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Trierischer Volksfreund

Die Zeitung mokiert sich über den SPD-Bundesgeschäftsführer:

Peinlich wird es allerdings, wenn Politiker im Eifer des Gefechts von den eigenen Freunden widerlegt werden, wie es dem SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz gestern geschah. Wie glaubhaft ist wohl sein Vorwurf, diese Regierung sei nicht zu einer zweiten Ostpolitik, wohl aber zu einem zweiten Kalten Krieg fähig. Glotz müßte sich eigentlich daran erinnern, daß seine Genossen Bahr und Ehmke vor wenigen Tagen in Moskau die Bundesregierung und ihre Politik gegenüber den ungerechtfertigten sowjetischen Vorwürfen verteidigten. Auch wenn Glotz abwertend von der „Raketenpolitik" spricht und der Regierung vorwirft, sie wandle damit die Bundesrepublik in eine „Provinz der Vereinigten Staaten" um, vergißt er, daß es die Politik von Helmut Schmidt ist, um die es dabei geht und daß es die SPD ist, die sich abgewendet hat.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zu Kiechle heißt es hier:

Einen Tag lang konnte sich Ignaz Kiechle ... in dem Glanz sonnen, dem mächtigen Münchner Ersatzmonarchen einmal gezeigt zu haben, wo der Bartl den Most holt. Das Schulterklopfen im Kabinettssaal nahm – wie das Fernsehen ausgiebig bezeugte – kein Ende. Die Schadenfreude strahlte in jedes Haus ... Doch das Bravourstück geriet zur Tragikomödie. Nur wenige Stunden später übermittelte der Minister, der seinen Parteivorsitzenden vorher so entschlossen zurechtgewiesen hatte, die Unterwerfungserklärung nach München. Kurz gesagt: Er fiel um – obwohl ihm doch von allen Experten schwarz auf weiß bestätigt worden war, er habe die weit besseren Sachargumente als sein nach Wählerstimmen schielender Parteichef.

MÜNSTERSCHE ZEITUNG

Das Blatt beschäftigt sich mit der Verfahrensweise von Strauß:

Franz Josef Strauß, dem es an politischer Phantasie gemeinhin nicht mangelt, fallen auch nur noch Wohltaten aus dem staatlichen Füllhorn ein, wenn ihm die Wähler weglaufen. Der CSU-Chef muß seit der Europawahl um seinen bäuerlichen Anhang bangen und macht deshalb den Bonner Bauernminister aus Bayern in einer derart illoyalen Weise herunter, daß man hier ein CSU-Doppelspiel nach dem Motto vermuten darf: Der eine knebelt und kassiert, und die anderen führen sich als die Rächer der Enterbten auf.

SÜDWEST PRESSE

Zu den Manöverstörungen bemerkt die Ulmer Zeitung:

Die ersten Schüsse sind gefallen. Und wenn es auch – nur – Warnschüsse waren – sie zeigen, auf welchem gefährlichen Weg jene Teile der Friedensbewegung (und die sie unterstützenden Grünen und sozialdemokratischen Politiker) sind, die beschlossen haben, mit Blockaden und anderen „friedlichen" Mitteln die Herbstmanöver der NATO-Streitkräfte in der Bundesrepublik zu stören. Hierbei von Gewaltfreiheit zu sprechen, ist blanker Hohn.

„DDR"-Christenbekenntnis: Von der Wahrheit reden

Die Bundessynode der Protestanten griff erneut Tabu-Themen auf / Von Hans-Rüdiger Karutz

Wie ein Blitz erhellten zwei Ereignisse der letzten Tage den inneren Zustand der „DDR": die Bundessynode der evangelischen Christen, höchstes protestantisches Beschlußgremium im Lande, und Joachim Kardinal Meisner formulierten am selben Tag, was christliches Gewissen in einer atheistischen Umwelt ausmacht: Von der Wahrheit reden. Wobei die Ausgangspunkte weit auseinanderliegen: hier die im täglichen Bewährungskampf stehenden evangelischen Laien, dort die von der Einheit der Weltkirche geschützte „kleine Herde" einer Ortskirche.

Christen in der „DDR" verkehren nicht in Oppositionslokalen, wie die mißtrauische Staatsmacht trotz aller Dialogbereitschaft im Grunde unterstellt, evangelische wie katholische Gläubige verweigern sich jedoch dem Totalitätsanspruch des Staates. Sie mischen sich ein. Sie nehmen Ratschlüsse des Politbüros nicht als Ausdruck höchster Einsicht. „Durch uns ist Gott da in dieser atheistischen Gesellschaft, die ihn nicht will", hieß es in einem Hirtenbrief der katholischen „DDR"-Bischöfe. Das Prinzip der positiven Einmischung zum Wohl der Menschen praktizierten die evangelischen Synodalen mutig und konsequent erneut in Greifswald. Keiner dieser Beschlüsse fand in der gelenkten Staatspresse Erwähnung:

– Volle Ausschöpfung und „unbürokratische Anwendung" aller Reisemöglichkeiten in den Westen und ihre Ausweitung;
– die Forderung, endlich nach sechs Jahren hinhaltender Taktik mit den Zusagen von Erich Honekker ernst zu machen, junge Christen auch in der Schule unbehelligt zu lassen und ihnen nicht das Diktat einer „marxistisch-leninistischen Bekenntnisschule" (Bischof Gottfried Forck in Wittenberg 1983) aufzudrängen;
– Einsatz von Bausoldaten für zivile Objekte;
– Einrichtung eines Wehrersatzdienstes;
– Unter Hinweis auf die Besorgnisse nach der Stationierung von Raketen in der „DDR" soll sich die Regierung „beharrlich für alternative Sicherheitskonzepte" einsetzen. Die Protestanten drüben sehen weder „gute" Ost-Raketen noch „böse" West-Flugkörper.

Nicht „Feindschaft zum Sozialismus" prägt – wie es Bischof Johannes Hempel aus Dresden in Greifswald ausdrückte – das Denken der Protestanten, sondern sie erheben den Anspruch, frei von den Schemata ihrer nicht selbstbestimmten Staatsdoktrin zumindest den Weg von Helsinki und Madrid weiterhin einschlagen zu können.

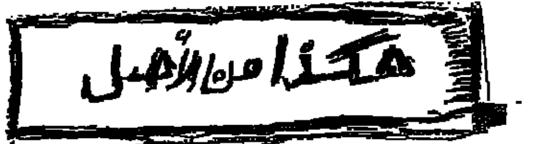
Die individualistische Laienbewegung der „DDR"-Kirchen bedeutet Stärke und Schwäche zugleich: Der Staatssicherheitsdienst konnte Friedenszirkel, die die Staatspolitik massiv kritisierten, „austrocknen". Als Beispiel dient der Komplex Jena – abgeschoben aus der „Heimat DDR". Etliche besonders aktive „Friedenspfarrer" in der Kirche resignierten und leben heute in der Bundesrepublik.

Die feste Verankerung der „DDR"-Kirchen in der weltweiten Ökumene bewahrt sie bislang vor dem Schicksal etwa der katholischen Kirche in der CSSR. Aber zugleich wächst – und Synodale sprachen das in der Jacobikirche zu Greifswald aus – an der Basis die Unzufriedenheit mit dem anscheinend herrschenden stillschweigenden Einverständnis zwischen Kirchen-Oberen und SED-Spitze in Fragen der Außenpolitik. Die Kirche läuft nach dieser Meinung Gefahr, zum nützlichen, weil besser legitimierten Arm ihrer Regierung im Sinne der Beeinflussung der Kirchen in der Bundesrepublik zu werden. „Kirche im Sozialismus" kann bei aller Pragmatik nicht in die Nähe von „Kirche für den Sozialismus" führen.

Gegen solche Irritationen oder Gratwanderungen sind die 1,2 Millionen Katholiken in der „DDR"-Diaspora eher gefeit. Beim Besuch von Joachim Kardinal Meisner und seiner Bischofskollegen im Herbst 1982 zog Papst Johannes Paul II. – er ist mit den Dingen in der „DDR" wie keiner seiner Vorgänger vertraut – die Linie: „Die gelebte und praktizierte Einheit der Bischöfe einer Ortskirche mit dem Papst als Bischof von Rom und dem Garanten der weltweiten Einheit der Kirche Christi ist und bleibt eine wesentliche Bedingung für die notwendige innere Freiheit und Selbstbestimmung jeder Ortskirche. Diese Einheit macht sichtbar, daß der Verbund der Ortskirchen der Welt die im staatlichen Bereich gegebenen Grenzen überschreitet."

Es gibt bis heute keine Vokabel der katholischen Christen, die von „Kirche im Sozialismus" redet. Die Weltkirche zielt nicht auf das sozialistische Umfeld, sondern auf die religiöse Orientierung. Sie unterstellt sich, auch unter „DDR"-Bedingungen, geistig-moralischer Führung. Katholiken müssen hier nicht so exponiert das lutherische „Hier stehe ich, ich kann nicht anders" gegenüber der SED-Obrigkeit wagen und im Einzelfall auf die Hilfe ihrer Kirchenleitung vertrauen.

Der Fels Petri hat, und das weiß man in Ost-Berlin, schon anderen Stößen standgehalten.



Die Soldaten haben gelernt, mit Demonstranten zu leben

Massiv sollten die Manöver gestört oder gar verhindert werden. Auch wenn es hier und da zu Zwischenfällen kam, ihr Ziel haben die „Friedensmarschierer" nirgendwo erreicht: Die Soldaten waren gut auf die wenigen Demonstranten vorbereitet.

Von HORST STEIN

Von der Autobahn her rumpeln gemächlich zwei Wasserwerfer. Unter der Trauerweide beim Kasernentor der amerikanischen „Downs Barracks" in Fulda reckt sich und streckt sich eine Funkstreife den verdösten Mittag aus den Knochen. Um die Ecke steht ein Wagen des Hessischen Rundfunks, neben dem der Kameramann verträumt mit einer Gummilinse spielt; das ist jene Optik, die für die „Tagesschau" zwölf Pkws auf der Autobahn zur Ferien-Blechlawine macht. Und das harmlose Palaver von hundert Friedensbewegten zur gewaltigen Demonstration.

Der Fernsehmann weiß schon, wieviele Demonstranten etwa kommen werden und wann. Alle wissen Bescheid: die Polizei, die Friedensmarschierer, die Medien und die Militärs. Die Medien, ganz besonders die elektronischen, und die Marschierer haben lange schon einen symbiotischen Bund geschlossen, sie sind nämlich auf einander angewiesen; und die beiden übrigen Gruppen spielen – täglich routinierter – mit.

Das Stück, das seit zehn Tagen als Freilichtaufführung en suite gegeben wird, heißt „Friedensherbst '84". Wo immer sich bei den saisonüblichen Manövern, so hatten es sich die Einfädler gedacht, ein NATO-Bein regt, ein deutscher Leo fährt oder ein britisches Gewehr knattert, wo amerikanische Trucks die Kaserne verlassen oder ein niederländischer Konvoi sich durch enge Dorfstraßen windet: Überall wollten die Demonstranten zugegen sein, um die Entfaltung des Manöver-Szenarios zu verhindern und um den Zeitplan der Militärs zu verderben. Dies ist ihnen, vorweg gesagt, nicht gelungen.

Die Aktionen sollten, so hieß es in einem bald zwanzig Seiten starken Aktionsplan der „Friedensbewegung", von kleinen Gruppen, die sich im Manövergebiet in Camps und auf Bauernhöfen einquartieren, in eigener Regie durchgeführt werden. Auf der Vorschlagsliste standen Bummel-Konvois zur Behinderung von Truppenbewegungen, die Manipulation an Wegweisern und taktischen Zeichen der übenden Truppe, Störungen des Funk- und Fernmeldeverkehrs, die Blockade von Treibstoff- und Munitionslagern, von Verpflegungstrupps und Instandsetzungszügen.

Selbst zu gemeinhin populären Veranstaltungen wie etwa „Rock gegen Manöver" in Fulda kamen jedoch statt erwarteter „mindestens 2000" Zuhörer nur eben 600. Wäre nicht das Fernsehen als stets präsenter Kolporteur zugegen – all diese Regie-Einfälle hätten nicht einmal Schauwert gehabt. Wenn sich das Publikum nicht für ein Stück interessiert, hilft auch die beste Inszenierung wenig.

Nehmen wir nur den Ablauf vor den „Downs Barracks": Die Polizei ist wach, der Kameramann parat und das Kasernentor bis auf eine Pforte geschlossen. Davor zwei Sergeants, ein Hundert-Kilo-Mann und ein kleiner Blonder mit Brille; Pat und Patachon im getigerten Kampfanzug. Dann sind plötzlich die Demonstranten da, zwanzig erst, dann dreißig und schließlich ein halbes Hundert. Freundliche junge Leute, die lässig ihre Transparente entrollen, während ein paar GIs hinter'm Maschendrahtzaun rasch noch mit der Schere die Rasenkanten schneiden. „Wenn die Leute vom Fernsehen kommen", hatte der Kommandeur wohl gesagt, „dann wollen wir einen ordentlichen Eindruck machen".

Die „Friedenskämpfer" tänzeln ihre Bühne ab, ein Elfenreigen eher denn eine Wagner-Oper. Es ist, als hätte der Inspizient vergessen, dem Drachen Bescheid zu sagen, so schwebend, so locker läuft das ab. Aber gekonnt. Noch ehe die beiden Wachposten dies verhindern können, ist eine Anti-Reagan-Parole zur Hälfte auf einen einladend weißen Betonsockel gesprüht. Der Sprüher taucht ab, Mädchen setzen sich an den Tatort, andere folgend schlendernd, wieder andere kreuzen sichtbehindernd mit einem Transparent die Einfahrt und – schwupp – schon stehen zwei Parolen da. Der Trupp trollt sich, als die Polizei nach den Ausweisen fragt, und erst jetzt werden die Zuschauer gewahr, daß mitten auf der Straße ein großes, gesprühtes Peace-Zeichen prangt und daneben ein kleiner Sowjetstern. Ausgerechnet der.

Die Fernsehleute hatten unterdessen die Dramatik vermißt und waren enttäuscht abgegangen. Sie haben auch andernorts nicht viel gefunden. Wenig in Hildesheim, wenig in Fulda, wo die Gestaltungsprinzipien des Barock, Maß und Mitte, Ordnung und Regel, noch allgegenwärtig sind; wo es noch heißt „Hotel zum halben Mond" oder „Drogerie zum Krokodil", wo sich die katholischen Pfarreien auf Tausenden von Handzetteln von den Aktionen „selbsternannter Friedensaktivisten" distanzierten. Die Bonifatius-Stadt sei seit Menschengedenken Zentrum einer Friedensbewegung, denn mehr als 70 000 beteten Sonntag für Sonntag in ihren Kirchen „Dona nobis pacem".

Die Stadt, die am Wochenende mit einem Menschennetz überzogen werden soll, interessiert die Manöver noch nicht. Sie liegt eben im „Fulda-Gap", und darum sind die vielen Einrichtungen der US-Armee da und schließlich auch die Demonstranten. „Gap", eigentlich nichts weiter als Riß, Lücke, Kluft, ist eine jener Vokabeln geworden, mit denen sich die Amerikaner für Lehnwörter wie Blitzkrieg, Kindergarten oder Gemütlichkeit erkenntlich zeigen. Gap – das ist die Schneise, durch die im Kriegsfall der Russe kommen kann. Es gibt deren mehrere, aber das Fulda-Gap und jenes im Raum Kassel–Hildesheim sind die bekanntesten. Deswegen also dort die starke Rüstungs- und Militär-Konzentration zu beiden Seiten des Eisernen Vorhanges und deswegen die vielen Manöver. Für die symbolsuchenden Amerikaner ist Gap geradezu zum Sinnbild der Bedrohung geworden. Es gibt amerikanische Strategiespiele, eine Art Monopoly für Apokalyptiker, in denen es heißt: „Du hast soeben das Fulda-Gap passiert. Rücke sechs Felder vor und lege Geld für Pontons bereit, denn du mußt bald über den Rhein."

Daß dieses so leicht nicht passieren kann, dafür üben die 150 000 NATO-Soldaten mit großem Aufwand an Kraft, Sprit und Geld in den Räumen rund um das niedersächsische Hildesheim. Dort gab es in der Tat auch härtere Zusammenstöße zwischen Soldaten und Demonstranten: Ein junger deutscher Offizier wurde mit dem Knüppel attackiert, ein niederländischer Soldat mit dem Luftgewehr in den Kopf geschossen, es gab zerschnittene Reifen und Krähenfüße auf einigen Straßen. Im Raum Fulda wurden sogar drei „Hawk"-Raketen unbrauchbar gemacht und im Raum Oldenburg Brandflaschen auf ein Fahrzeug geworfen. Aber jene Dramatik, die der Bonner Staatssekretär Spranger registriert haben will, die hat kein deutscher und kein britischer Offizier bestätigt.

„Gemessen an der Zahl von Soldaten und Fahrzeugen, die wir hier durch's Gelände bewegen", sagt dazu Generalmajor von Ondarza, der „Orange" brillant gegen die „Lionheart"-Briten führt, „daran gemessen ist es hier absolut friedlich zugegangen". Die Soldaten haben gelernt, Demonstranten als Manöver-Einlage zu betrachten. Die sind dann eben Flüchtlingskolonnen, mit denen man ja auch im Ernstfall zu rechnen hätte. Einige Tausend Störer – die Bundeswehr hat nur 1300 gezählt – auf einem Areal von 30 mal 50 Kilometern, das ist in der Tat nicht der Rede wert, so die 1. Panzerdivision.

Aber die Militärs haben sich auch nie zuvor so viel Mühe gegeben, Manöverschäden zu vermeiden und, wenn sie unvermeidlich sind, prompt zu regulieren. Allein die Rheinarmee hatte tausend Mann für Sofortausbesserungen abkommandiert, andere waren mit Spezialmaschinen unterwegs und wieder andere mit der großen Kasse. Nicht zufällig fiel einem Reserveoffizier der Witz vom sterbenden Bauern ein, der sein Erbe verteilt: Der Älteste bekam die EG-Subventionen, der Zweite die Einkünfte aus dem Grünen Plan und den Manöverschäden. Und zum Jüngsten sagte der Bauer: „Sei nicht traurig, aber für Dich bleibt halt nur noch der Hof."



Auch mediengerecht entrollte Transparente konnten das Manöver „Flinker Igel" nicht bremsen. FOTO: DPA

WIE WAR DAS?

Als die Briten nach Hongkong kamen

Von HEINER KLINGE

Als die offiziellen Vertreter Großbritanniens und der Volksrepublik China am Mittwoch in Peking nach zweijährigen zähen Verhandlungen das Abkommen paraphierten, durch das Hongkong 1997 an China zurückfällt, wurde das letzte Kapitel britischer Kolonialgeschichte auf dem asiatischen Festland aufgeschlagen. Wie war eigentlich der dreibeinige Schemel Hongkong, der mit einem Bein in dieser britischen Kronkolonie, mit dem zweiten in London und mit dem dritten in Peking steht, in den Besitz von Großbritannien geraten?

Es begann damit, daß die Ostindische Kompanie nach der britischen Besetzung Indiens dort den Opiumanbau drastisch erweiterte und 1773 das Monopol des Opiumschmuggels nach China an sich riß. Erzürnt über die langnasigen Barbaren, ordnete der Kaiser von China ein totales Verbot dieser Droge an. Er ließ 1839 in Kanton 20 000 Kisten Opium beschlagnahmen und viele davon auf einem Scheiterhaufen öffentlich verbrennen. Den Briten wurde bedeutet, sie hätten an den Küsten Chinas nichts mehr zu suchen.

Als eine von vielen Vergeltungsaktionen annektierte der britische Captain Charles Elliot am 20. Januar 1841 auf eigene Faust mit Waffengewalt die Insel Hongkong. Zugunsten der Opiumhändler fuhr Elliot mit Kriegsschiffen den Perlfluß hinauf, verhängte eine Blockade über Kanton und eroberte drei Festungen. Unter diesem Druck schloß China mit England 1842 den Vertrag von Nanking, der London eine Entschädigung von 21 Millionen Silberdollar zusicherte und in Artikel 3 die Formulierung enthält: „Seine Majestät der Kaiser von China tritt an Ihre Majestät die Königin von Großbritannien die Insel Hongkong ab, die auf ewig in den Besitz Ihrer Britannischen Majestät übergeht." Am 26. Juni 1843 wurde Hongkong offiziell zur britischen Kronkolonie erklärt.

Nachdem die Briten im Dezember 1857, diesmal gemeinsam mit den Franzosen, erneut Kanton erobert hatten, um das Reich der Mitte zu weiteren Konzessionen in Handel und Politik zu zwingen, sicherte sich London am 26. März 1860 in der Pekinger Konvention das Recht, einen Teil der Hongkong gegenüberliegenden Halbinsel Kowloon „auf Dauer" zu pachten. Als China der französischen Flotte einen Hafen mit Kohlendepot an der Südküste gegenüber der Insel Hainan einräumte, erzwang Großbritannien eine neue, letzte Ausweitung seines Machtbereichs auf dem chinesischen Festland: Mit Wirkung vom 1. Juli 1898 pachtete London auf 99 Jahre die „Neuen Territorien", wodurch sich die Gesamtfläche der Kronkolonie auf 1045 Quadratkilometer erweiterte. 5000 Hongkong-Dollar Jahrespacht (heute weniger als 2000 Mark) werden nach wie vor pünktlich an Peking gezahlt.

Nach britischer Lesart sollten eigentlich nur diese Territorien an China zurückfallen. Doch setzte sich Peking mit seiner Auffassung durch, daß es sich bei den Abmachungen von 1842 und 1860 um „ungleiche", unter Druck geschlossene und daher ungültige Verträge handelt.

Da die Insel Hongkong ohne ihr Hinterland nicht lebensfähig wäre, erweist sich nun das Pekinger Bein als das Standbein des Schemels.

Modell der permanenten Raumstation mit Raumgleiter ZEICHNUNG: NASA

Als Beifahrer zum „Kontinent Space"

Im Oktober, so ist zu vernehmen, wird der Bundestag über eine deutsche Beteiligung an einer permanenten Raumstation debattieren. Kostenpunkt: vier Milliarden Mark in zehn Jahren. Ein Projekt, bei dem die USA jedoch alle wichtigen Fäden in der Hand behalten.

Von ADALBERT BÄRWOLF

Als der amerikanische Weltraumchef James Beggs im letzten Frühjahr in einem Bonner Hotel einen kleinen weißen Zylinder mit der deutschen Fahne an das Modell eines unirdischen Gebildes namens Space Station anschrauben ließ, drängte der prominente Vertreter der Regierung Reagan die Bundesregierung zu einer Entscheidung bis Ende des Jahres. Noch lange vor Ablauf dieser Frist beeilt sich die Koalition, eine schnelle Entscheidung über eine Beteiligung an der Raumstation herbeizuführen. Damit würde sich Bonn den Führungsanspruch sichern, den Washington den deutschen Partnern im Rahmen einer europäischen Beteiligung zugesichert hat.

Der Preis: Neben den regulären Aufwendungen für die Raumfahrt von rund 800 Millionen Mark aus dem aufgestockten Budget eine jährliche und kontinuierliche Beteiligung von etwa 400 Millionen Mark an der Raumstation über einen Zeitraum von wenigstens zehn Jahren. Das ist eine Menge Geld. Lohnt sich das?

Über diese Frage werden sich in den nächsten Wochen die Gemüter erhitzen. Längst ist die Raumstations-Frage über das Ressort Forschung und Technologie hinausgewachsen. Der Außenminister ist stark in die Thematik verstrickt. Die Weltraumfrage wird zur Kabinettssache.

Bei seinem Besuch in Bonn hatte es James Beggs denjenigen, die in die Station verwickelt werden würden, mit einer wichtigen Aussage etwas leichter zu machen versucht. Der Chef der großen Nasa hatte nämlich klipp und klar gesagt: „Die Wissenschaft allein ist keine Rechtfertigung für die Konstruktion einer Raumstation." Damit hatte zum ersten Mal ein leitendes Mitglied der Regierung Reagan öffentlich mit dem Unsinn aufgeräumt, die alleinige Rechtfertigung für die Erdaußenstation sei die wissenschaftliche Forschung.

Die permanente Konstruktion im Nichts, die im Vakuum verankert werden wird, ist ganz eindeutig eine Mehrzweckstation, in der Experimente der Astrophysik, der Astronomie, der Physik, der physikalischen Chemie, der Materialwissenschaften, der Biologie oder der Medizin ihren Platz haben. Aber deswegen wird die Station nicht gebaut.

Die Station wird gebaut, weil sie im „technologischen Krieg" mit dem ideologischen Gegner, dessen Kosmonauten schon seit bald acht Monaten munter in der Station Saljut Runde für Runde um den Erdball ziehen, ein Instrument der Macht ist. So wie die Amerikaner nicht zum Mond flogen, um dort ein paar Steine aufzusammeln und aus ihnen die Geschichte über den Ursprung des Universums abzulesen, so bauen sie jetzt nicht die Station, um von der kosmischen Sternwarte aus das Rätsel der Quasare zu lösen. Die permanente Raumstation mit ihrem Riesenkomplex aus Gestängen, Modulen, Antennen und freifliegenden Plattformen ist Ausdruck von Machtentfaltung. Deswegen ist Präsident Reagans Beschluß zum Bau dieser Station oder dieses Weltraumoperationszentrums ein rein politischer Beschluß gewesen, obgleich die militärischen Aspekte nicht im Vordergrund standen und das Pentagon sich sogar wegen der Verwundbarkeit der Station auf der festen Umlaufbahn gegen das Projekt ausgesprochen hatte.

Auch das Bundeskabinett wird einen politischen Beschluß fassen müssen, Deutschland mit rund vier Milliarden Mark in einer Dekade an der US-Station zu beteiligen. Durch diese kostspielige Kooperation mit dem stärksten Bündnispartner, der viel Geld dafür opfert, daß er präsent ist und die Sicherheit der Bundesrepublik gewährleistet, stärkt Bonn die kosmische Position der USA.

Die Europäer sollten sich nicht der Illusion hingeben, von den Amerikanern den Auftrag zum Bau eines strategisch wichtigen Elementes der Raumstation zu erhalten. Die USA werden sich auf keinen Fall von den Europäern abhängig machen wollen, so wie sie sich Anfang der 70er Jahre bei der Beteiligung am Space Shuttle nicht abhängig machen wollten, was beispielsweise bei der Produktion des Flügels oder des Leitwerks der Fall gewesen wäre.

Der europäische Beitrag wird sich auf alle Fälle auf ein Supplement beschränken, auf das die Amerikaner zur Not auch verzichten könnten. Denkbar wäre ein europäischer Beitrag zur Konstruktion frei fliegender Plattformen. Auf dem Gebiet dieser „Freiflieger", die besonders lagenstabil sind und deren Experimente nicht durch die ständige Bewegung der Astronauten gestört werden, hat die Bundesrepublik zur Zeit eine führende Rolle. Dieser Beitrag käme den langfristigen Plänen entgegen, mit dem Projekt „Columbus" praktisch eine eigene Station zu besitzen.

Das Mitziehen der Europäer und besonders der Deutschen mit Amerika sichert langfristig den Zugang zu den Produkten des neuen „Kontinents Space" und eine führende Position unter den Industriestaaten. Die zunächst politisch motivierte Investition in die Zukunft wird sich eines Tages auch kommerziell und wissenschaftlich rentieren. Und ganz fern hinter dem Horizont der Zukunft schwebt eine von Amerika unabhängige europäische Raumstation, gestartet mit den Trägern der deutsch-französischen Kooperation.

Honecker verweist wieder auf Stalin

hrk. Berlin

SED-Generalsekretär Erich Honecker hat erstmals seit Jahren wieder den sowjetischen Diktator Stalin in positivem Sinne erwähnt und auf seinen Anteil an der „DDR"-Gründung hingewiesen. In der Bemühung, wieder engeren Anschluß an die UdSSR zu gewinnen und die Ergebenheit der SED gegenüber der Bruderpartei zu beweisen, besuchte Honecker am Dienstag das neue sowjetische Kulturzentrum nahe dem Übergang „Checkpoint Charlie".

In einer Ansprache sagte Honekker: „Die Gründung der DDR war, wie im Telegramm Stalins vor 35 Jahren festgestellt wurde, ein Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes und Europas." Alles, „was wir erreichten", sei „aufs engste" mit dem festen Bruderbund mit der Sowjetunion verknüpft. „Heute ist die Freundschaft zur Sowjetunion Herzenssache jedes Bürgers in der DDR." Ausdrücklich führte Honekker als Beleg für die gleichsam neue Qualität der Beziehungen nach den heftigen Irritationen des Sommers das Treffen mit den deutschen, sowjetischen und polnischen Absolventen der „DDR"-Militärakademien zu Beginn der Woche an. Auch die Plazierung des Honecker-Besuchs als Aufmacher sämtlicher Zeitungen unterstreicht die politische Bedeutung der Visite. Allerdings stand direkt daneben auch eine ausführliche Darstellung des Empfangs von Volkskammer-Präsident Horst Sindermann bei König Juan Carlos und dessen Bereitschaft, der „DDR" als erster Monarch einen Besuch abzustatten.

Priester über Kleidung erkennen

AP, Fulda

Die Deutsche Bischofskonferenz berät über Normen zum neuen Kanonischen Recht der Katholischen Kirche, mit dem im November 1983 das alte Kirchenrecht von 1917 abgelöst wurde. Auf der bis Freitag dauernden Vollversammlung in Fulda haben die Bischöfe erste Normen für die Ausbildungsordnung von Priestern und Diakonen, die Verkündigung von Glaubenslehre in Rundfunk und Fernsehen sowie für den kirchlichen Glaubensunterricht in Gemeinde und Schule erlassen. Zu dem Punkt „geistliche Kleidung" beschloß die Bischofskonferenz, daß „der katholische Geistliche an seiner Kleidung klar zu erkennen sein" müsse.

„DDR"-Blatt klagt über Cocom-Liste

hrk. Berlin

In einer scharfen Attacke auf die Arbeit von Cocom in Paris, die die Lieferung westlicher Ausrüstungen in den Ostblock überwacht, hat das FDJ-Blatt „Junge Welt" gestern zugleich die Unentbehrlichkeit westlicher Technologie für die eigene Entwicklung unterstrichen. In der Antwort auf eine entsprechende Leserfrage heißt es, Cocom versuche, „den sozialistischen Ländern den im Zuge der internationalen Arbeitsteilung üblichen Zugang zu moderner kapitalistischer Technologie zu verwehren". Innerhalb der Cocom sei es in letzter Zeit gelungen, „immer mehr Waren mit sogenannter doppelter Zweckbestimmung – Anlagen, in denen irgendein Bauteil angeblich auch für militärische Zwecke nutzbar sein könnte – in die Liste aufzunehmen".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Vogel beklagt eine mangelhafte Informationsschiene zu Kohl

SPD: Ausbleibende Unterrichtung der Opposition durch die Regierung ist Prinzip

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Bonner SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat jetzt erstmals beredt Klage geführt darüber, daß Teile der Regierung, insbesondere der Bundeskanzler selbst, die Informationsschienen zur Opposition hin nicht nur verrosten lassen, sondern sogar noch aktiv den Fortschritt dieser Korrosion befördern. Nun sind Klagen der Opposition über mangelndes Herrschaftswissen älter als das Parlament dieser Republik, aber offenbar hat sich eine neue Qualität entwickelt, die im wesentlichen in den Personen der beiden Haupt-Agierenden begründet liegt: Bundeskanzler Kohl und Oppositionsführer Vogel sind sich in von Herzen kommender Abneigung zugetan. Das Naturell beider ist so grundverschieden, daß der Graben schier unüberwindlich scheint – und wenn sie miteinander sprechen, reden sie auf verschiedenen Ebenen aneinander vorbei.

Ein von Vorgänger Helmut Schmidt als Oppositionsführer ähnlich geschnittener Helmut Kohl hatte zu Beginn seiner Regierungszeit in bester Absicht verkündet: „Zu unserem Demokratieverständnis, meine Damen und Herren von der SPD, gehört, daß man miteinander, nicht übereinander spricht." Er war sich seiner eigenen Klagen über mangelnde Einbindung in Informationen des Kanzleramtes noch bewußt, kündigte ein neues Verhältnis zwischen Regierungschef und Oppositionsführer an. Es blieb bei der Absicht. Am 6. März 1983 machte Vogel seinen „Antrittsbesuch" nach seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden. Im Oktober desselben Jahres wurde er ins Amt gebeten, um dem „Reisebericht aus Tausendundeinernacht" (Vogel) von des Kanzlers Arabien-Trip zu lauschen. Auf dem Höhepunkt der Kießling/Wörner-Affäre begab sich der Sozialdemokrat noch einmal auf eigene Faust in die Regierungszentrale. Das Gespräch war wieder einmal unbefriedigend – seitdem herrscht Funkstille. Kohl bemüht sich, seinen parlamentarischen Gegenspieler sogar in seinen Reden möglichst zu ignorieren. Vogel klagt, daß er in diesem Jahr noch kein Vieraugen-Gespräch mit Kohl geführt habe. Die beiden Politiker haben auch nicht den feinsten „Draht" zueinander finden können. Während der Kanzler auch in Sachgesprächen eine lockere Atmosphäre bevorzugt, in der man – auch bei einem Schlückchen Rotwein – breiter ausholt, schätzt Vogel konzentrierte, anhand der Akten präzise vorbereitete Arbeitsatmosphäre. Da ist der ehemalige Kanzler Willy Brandt dem heutigen Regierungschef im Naturell schon näher, tut sich Kohl auf diesem Weg leichter mit Kontakten. Doch auch hier scheinen inzwischen die Drähte gestört zu sein. Nach Vogels Auskunft liegt auch der letzte Kohl-Brandt-Dialog sieben Monate zurück.

Es gibt mehrere Felder, auf denen die Sozialdemokraten die mangelhaften Gesprächs-Schienen zur Regierung beklagen: Für Vogel hätte es zum Beispiel „in der kritischen Phase der Deutschlandpolitik genügend Gründe" für vertrauliche Unterredungen gegeben. Auch die Europa-Politik sei ein solches Feld gewesen.

Inzwischen wird in den Reihen der Opposition der Verdacht geäußert, daß die Funkstille zum Oppositionsführer vom Regierungschef auch in anderen Bereichen zum Prinzip erhoben werden könnte. So habe es, sagt Vogel, bis jetzt keine Unterrichtung der Opposition über die Bundeswehr-Strukturplanung gegeben. Der zuständige Fraktionsarbeitskreis der CDU/CSU sei zwar ausführlich von der Hardthöhe über die Pläne und Vorstellungen informiert worden, aber der erbetene, vergleichbare Wissens-Transfer an die SPD sei sogar ausdrücklich untersagt worden.

Ein gut Teil Frustration über die geringen Mittel einer Oppositionsfraktion schwingen in solchen Klagen naturgemäß auch mit. Doch zugleich fordert ein solcherart gestörtes Verhältnis natürlich geradezu die Überlegungen heraus, welche eigenen Antwort-Möglichkeiten man besitzt. Und dazu gehört z. B., daß Vogel als Vorsitzender der Parlamentarischen Kontrollkommission sich nun Kanzleramtschef Schreckenberger vorgeladen hat, um über den mutmaßlichen Spionagefall bei MBB zu berichten – mit der Drohung, möglicherweise eine Sondersitzung des Ausschusses einzuberufen.

Nur ein Viertel der Ausländer will für immer in Deutschland bleiben

Vor allem Türken haben großes „Nachzugs-Potential" / Studie des Marplan-Instituts

GÜNTHER BADING, Bonn

Je länger Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland leben und arbeiten, um so schwächer ausgeprägt ist ihr Wunsch, in den nächsten Jahren wieder in ihr Heimatland zurückzukehren. Das hat eine Studie des Offenbacher Marplan-Instituts ergeben, die im Frühjahr im Auftrag des Bundesinnenministeriums erstellt worden ist. Rund ein Viertel, so haben die Marplan-Befrager herausgefunden, der befragten Arbeitnehmer aus Spanien, Italien, Griechenland, Jugoslawien und der Türkei würden gern „für immer" in Deutschland bleiben.

Schlüsselt man dies nach Nationen auf, so ist diese Bleibeabsicht bei den Türken etwas geringer: sie liegt bei 21 Prozent. Die Türken geben zu 24 Prozent an, sie planten eine Rückkehr in ihre Heimat innerhalb eines Zeitraumes von ein bis sechs Jahren; jeder achte Türke will innerhalb der nächsten zwei Jahre, 7,4 Prozent der türkischen Arbeitnehmer wollen in den kommenden zwölf Monaten zurückkehren. Das sind nach den Marplan-Schätzungen rund 40 700 Personen zuzüglich mehr als 91 000 Familienangehörige. Nimmt man alle genannten Nationalitäten zusammen, so wollen etwa 57 000 ausländische Arbeitnehmer zuzüglich rund 111 000 Familienangehörige bis zum Frühjahr 1985 die Bundesrepublik Deutschland wieder verlassen.

Die Absicht, länger oder für ganz in der Bundesrepublik Deutschland zu bleiben, wächst mit der Aufenthaltsdauer in unserem Lande. Während jede vierte hier lebende Ausländer einigermassen sicher einen Rückkehrtermin nennen kann, sind nach den Marplan-Erhebungen 37 Prozent der Gastarbeiter noch völlig unentschlossen. In der Studie heißt es dazu: „Wie aus der Ausländerforschung bekannt, wechselt mit längerem Aufenthalt der größere Teil derjenigen, die sich jetzt noch nicht entscheiden können, zu der Gruppe, die unbegrenzt hierbleiben will, hinüber." So wächst der Anteil von 24 Prozent bleibewilliger Arbeitnehmer unter den seit fünf Jahren hier Lebenden auf 51 Prozent bei den schon vor 1970 hierher Gezogenen.

Für die Diskussion um die Alternative Rückkehr oder Integration der ausländischen Arbeitnehmer ist auch die Frage des Nachzugs-Potentials an Familienangehörigen und an Kindern unter 16 Jahren in den Heimatländern von Bedeutung. Hier hat Marplan herausgefunden, daß – bei genereller Betrachtung aller fünf Nationen – bei vier von fünf Familein die Zusammenführung bereits abgeschlossen ist. Nur etwa zehn Prozent der hier arbeitenden Spanier, Italiener, Griechen, Jugoslawen und Türken haben einen Ehegatten in der Heimat; 16 Prozent haben noch Kinder in ihrem Land. Im Durchschnitt hat jeder der ausländischen Arbeitnehmer mit Kindern noch ein Kind unter 16 Jahren im Heimatland. Bei den Türken sieht das anders aus: sie haben durchschnittlich noch zwei Minderjährige unter 16 Jahren in der Türkei.

In konkreten Zahlen schätzt Marplan – mit dem Hinweis darauf, daß diese Zahlen mit einer verhältnismässig hohen Fehlerquote behaftet sind – die Zahl der Ehepartner hier lebender türkischer Arbeitnehmer in der Türkei auf rund 65 000. Kinder von türkischen Gastarbeitern unter 16 Jahren leben noch etwa 165 000 in der Türkei. Schlüsselt man diese Zahl nach Altersgruppen auf, so ist die Gruppe der neun- bis 16jährigen mit 103 800 am stärksten, gefolgt von etwa 32 000 sechs- bis neunjährigen und 29 500 Kindenr im Vorschulalter. Die nächstgrößere Gruppe mit Kindern in der Heimat stellen die Jugoslawen mit rund 61 000 Jugendlichen unter 16 Jahren; ihnen folgen die Italiener mit knapp 30 000, Griechen mit gut 11 000 und die Spanier mit nur 6000 Kindern bis 16 Jahren.

Die Marplan-Befragung versuchte auch, die objektiven Lebensbedingungen der Ausländer, etwa die Wohnverhältnisse, aber auch die subjektiven Absichten zur Ausgestaltung der Lebensbedingungen etwa durch Wahl des Wohnorts und der Nachbarschaft zu erfragen. Zweifellos haben sich die Wohnverhältnisse der Ausländer in den vergangenen fünf Jahren beträchtlich verbessert.

1979 lebte noch jeder fünfte ausländische Arbeitnehmer in einer Gemeinschaftsunterkunft. Im Erhebungszeitraum im April und Mai 1984 gab nur noch jeder 23. an, in einem Wohnheim zu leben. Je länger die Befragten in der Bundesrepublik Deutschland lebten, um so geringer war der Anteil der Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften.

Durchschnittlich 81 Prozent wohnen in privat gemieteten Wohnungen, wobei kaum Nationalitätsunterschiede feststellbar sind. Beim Wohnungseigentum hierzulande fallen die Türken allerdings ab. Während 5,4 Prozent der Italiener, Jugoslawen und Spanier angeben, Wohnungseigentum zu besitzen, konnten das nur 0,6 Prozent der Türken – die immerhin rund ein Drittel der rund 4,5 Millionen Ausländer in unserem Lande stellen – von sich sagen.

Die Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen scheint von der Aufenthaltsdauer im Lande abzuhängen, wohl deshalb, wie die Marplan-Auswerter vermuten, weil mit längerer Verweildauer die Kenntnisse des Wohnungsmarktes zunehmen und längere Suche nach geeigneten Wohnungen zu besseren Wohnverhältnissen führt.

Insgesamt wollen 49 Prozent der Ausländer lieber Landsleute als Nachbarn; 46 Prozent – wiederum mit besonderes starken Anteil die schon länger hier lebenden Gastarbeiter – würden lieber neben deutschen Familien wohnen.

Die „Stern"-Millionen bleiben verschwunden

Angeklagter deckt Auftraggeber / Fehlende Unterlagen

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der geständige Fälscher der „Hitler-Tagebücher", der Stuttgarter Militaria-Händler Konrad Kujau, bleibt vorerst in Untersuchungshaft. Bei einem Haftprüfungstermin stellte sein Verteidiger Kurt Groenewold gestern vormittag den Antrag auf Entlassung aus der Untersuchungshaft zurück, bis ein vom Gericht für wichtig erachteter Zeuge vernommen worden ist. Die Große Strafkammer 11 des Hamburger Landgerichts wird den Betrugsprozeß gegen Kujau und den ehemaligen „Stern"-Reporter Gerd Heidemann am Dienstag mit der Vernehmung von Edith Lieblang fortsetzen. Die Lebensgefährtin Kujaus wird der Hehlerei beschuldigt.

Nach den ausführlichen Aussagen Kujaus und Heidemanns sieht die bisherige Bilanz dieses aufwendigen Strafverfahrens – mit einer Urteilsverkündung wird erst für das kommende Frühjahr gerechnet – eher mager aus: Es ist dem Gericht bislang nicht gelungen, den Verbleib von rund sechs Millionen Mark aufzuklären. Das sind fast zwei Drittel der 9,34 Millionen Mark, die das Hamburger Verlagshaus Gruner + Jahr für die Beschaffung der „Hitler-Tagebücher" zur Verfügung gestellt hatte. Weder Heidemann noch Kujau wollen diese Millionen veruntreut haben.

Der Reporter geriet am siebten und letzten Tag seiner Vernehmung erkennbar ins Schleudern. Die Richter wollten von ihm die Namen von Geschäftsleuten wissen, von denen er rund 1,4 Millionen Mark erhalten haben will, um damit gegen Gewinnbeteiligung die Suche nach NS-Schätzen zu finanzieren. Er habe gehofft, so Heidemann, „schnell fündig zu werden". Doch diese Hoffnung trog, und „nun habe ich sehr viele Schulden", resümierte der Reporter. Nun wolle er seine Geldgeber „nicht auch noch bloßstellen". Er habe ihnen versprochen, ihre Namen nicht preiszugeben.

Zäh hatte sich die Kammer bis dahin durch die Heidemannschen Zahlungsvorgänge gekämpft. Ob bar, per Überweisung, per Scheck oder durch Gegengeschäft – die Beträge waren in der Regel hoch. 100 000 Mark waren für den damaligen „Stern"-Reporter eine sehr vertraute Größenordnung. 1,7 Millionen Mark soll Heidemann laut Anklage von den Verlagsgeldern abgezweigt und für sich verbraucht haben. Bislang stehen plausible Erklärungen und Beweise dafür, wie der Journalist seinen aufwendigen persönlichen Lebensstil und die hohen Ausgaben für seine Militaria- und NS-Sammlungen denn sonst finanziert hat, noch aus.

Das ist der eigentliche schwache Punkt an der Position des Angeklagten Gerd Heidemann. In den ihn betreffenden gerichtlichen Asservaten, also den Beweisstücken, sonst gut bewandert, hat der Archiv-Fan Heidemann den Richtern bislang mit den für ihn wichtigsten Unterlagen, nämlich den Verträgen mit den Geldgebern und den Quittungen für die empfangenen Summen, nicht dienen können oder wollen: „Die Verträge sind bei den Geldgebern. Ich habe nur unterschrieben und nichts in der Hand."

Ihren Abschluß fand die Vernehmung Heidemanns am Mittwoch mit einer vom Gericht veranstalteten Dia-Vorführung. Auf einer großen Projektionswand waren ganze Serien von Aufnahmen zu besichtigen, die Kriminalbeamte in den Häusern und Wohnungen Heidemanns und Kujaus angefertigt hatten. Der Journalist erläuterte der Kammer die Farbaufnahmen seiner luxuriösen Wohnungen an der Elbchaussee und im Schickeria-Viertel Düsseldorfs mit den umfangreichen Sammlungen von Militaria und NS-Devotionalien, zu denen auch eine gestickte Hakenkreuzfahne aus rotem Stoff gehörte. Das sei „Hitlers Fahne für Opernbesuche" gewesen. „Die hing dann an seiner Loge." Von Reservistenkrügen aus der Kaiserzeit über die Schuhspanner Hermann Görings bis zu einer Unterhose des einstigen Uganda-Diktators Idi Amin, die der damalige „Stern"-Reporter aus Afrika mitbrachte und an einer Wand seines Düsseldorfer Archivs ausstellte – Heidemanns Sammlertrieb war unstillbar.

Kujaus Heim und Militaria-Handel hingegen waren nur auf Schwarz-Weiß-Bildern zu betrachten. Eine Außenaufnahme seines Hauses während der Durchsuchung erläuterte Kujau mit dem Hinweis: „Da steht der Herr Staatsanwalt Klein und verdeckt mal wieder alles."

Schonung für das Opfer

Juristen wollen die Zeugenstellung ändern

H.-H. HOLZAMER, Hamburg

Resozialisierung des Täters oder Genugtuung für das Opfer, was hat nun Vorrang? So lautet auf den Punkt gebracht die Streitfrage unter den Strafrechtlern des 55. Deutschen Juristentages, der heute im Hamburger Kongreßzentrum seine Diskussionen abschließt.

Da sich die strafrechtliche Abteilung des Juristentages die Verbesserung der Rechtsstellung des Verletzten zum Ziel gesetzt hat, kamen naturgemäß vor allem die zum Zuge, die für eine effektive Genugtuung zum Teil erhebliche Forderungen stellten. So forderte etwa eine Rechtsanwältin aus den Reihen der Grünen, die vergewaltigte Frau müsse das Recht haben, zu bestimmten Beweisthemen zu schweigen, etwa zu Fragen zu ihrem Vorleben und generell zu allem, was ihr zur Unehre gereichen könnte. Kritiker hielten dagegen, es dürfe weder ein Sonderprozeßrecht für Vergewaltigungen geben, noch dürfe nach dem Prinzip „im Zweifel für die Frau" geurteilt werden. Im Verlauf der weiteren Diskussion zeichnete sich jedoch ab, daß nur behutsame Änderungen Eingang in das Beschlußpaket des Juristentages finden werden.

Konkrete Vorschläge sind bei der Zeugenstellung des Opfers zu erwarten. Durch die Befragung muß es vor Gericht in vielen Fällen die Tat erneut durchleben. Hier wird mehr Schonung gefordert. Hier kann der Ausschluß der Öffentlichkeit in mehr Fällen, als das bisher möglich ist, nach Auffassung vieler Juristen weiterhelfen. Die Bundesregierung, die seit dem 1. April 1984 in einer Richtlinie der Staatsanwaltschaft das Recht zum Ausschluß übertragen hat, will zunächst neue Erfahrungen abwarten. Daß aber in bestimmten Fällen, eben bei Vergewaltigung, auch der Zeuge den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragen können soll, ist eine der heute schon mehrheitsfähigen Forderungen aus der gestrigen Diskussion. Das setze jedoch zugleich voraus, daß der Zeuge in die Lage versetzt wird, seine Rechte besser als bisher wahrzunehmen. Dies könnte dadurch geschehen, daß ihm ein „Verletztenbeistand" zugeordnet wird oder die Nebenklage erheblich erweitert wird.

Ein zweiter umstrittener Punkt betrifft den Ausgleich zwischen Opfer und Schädiger. Schon heute gibt es die Möglichkeit, in einem sogenannten Adhäsionsverfahren nach dem Strafverfahren auch Wiedergutmachung des Schadens zu verlangen. Hierzu wurde gestern der Vorschlag in die Debatte gebracht, der Staat solle dem Verletzten einen Schadensvorschuß zahlen und die zivilrechtliche Wiedergutmachung solle Vorrang haben vor der Sühne.

Tandler: Nicht die Kleinen stark belasten

PETER SCHMALZ, München

Die „Mahnungen und Hinweise" der CSU zur europäischen und deutschen Agrarpolitik müssen nach Ansicht von CSU-Generalsekretär Gerold Tandler in Bonn „ernster genommen werden". In einem Gespräch mit der WELT kritisierte der CSU-Politiker gestern in erster Linie den Behördenapparat des Bundeslandwirtschaftsministeriums, dem er mangelnde Einsicht in die derzeitigen Sorgen kleinerer und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe vorwirft. „13 Jahre haben sie die Bauern in die Mehrproduktion getrieben, obwohl sie gewußt haben, daß es so nicht weitergehen kann. Und jetzt kommt ohne Vorbereitung die große kalte Dusche", sagte Tandler wörtlich.

Die Änderung der Brüsseler Agrarpolitik, die auch von der CSU als notwendig erachtet wird, sei über die Betroffenen hereingebrochen „wie ein Unwetter". Tandler weiter: „Sie kam ohne Ankündigung von heute auf morgen. Da gab es keine Vorbereitung und keinen Plan. Und die bisherigen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen wären ohne den massiven Druck der CSU und ihres Vorsitzenden nie zustande gekommen."

Als unverständlich und an den Tatsachen vorbeigehend bezeichnete der CSU-Politiker die gegen Strauß erhobene Kritik, er mache den Bauern Versprechungen, die nie eingelöst werden könnten. Tandler verwies auf die Rede von Ministerpräsident Strauß bei der Eröffnung des Zentrallandwirtschaftsfestes am vergangenen Samstag in München, in der er wörtlich sagte: „Wir haben nicht die Absicht, die Landwirtschaft in einer freien Gesellschaft unter die schützende Glasglocke einer Reichsnährstandsordnung sorglos abgeschirmt von jedem Wettbewerb zu stellen."

Bayern aber habe, so Tandler, einen überproportional großen Anteil von ungünstigen Agrarflächen und viel mehr kleine und kleinste Betriebe als im übrigen Bundesgebiet. Leider sei für diese bayerische Situation außerhalb des Freistaats nur wenig Verständnis anzutreffen, denn „ein solches Problem kennen die in Norddeutschland gar nicht".

Nach den Worten Tandlers geht es der CSU weniger um direkte finanzielle Hilfe für die durch die EG-Beschlüsse in ihrer Existenz betroffenen Landwirte (Strauß nannte die Zahl von 10 bis 30 000 allein in Bayern) als um eine auch an sozialen Aspekten orientierten Milchquoten-Verteilung. Man solle jene belangen, die „das Überschußprodukt Milch in überproportionalem Maße herstellen, indem sie vor allem oder nur Kraftfutter verwenden". Der erforderliche Umstellungsprozeß in der Landwirtschaft müsse von der Regierung so gesteuert werden, daß er nicht die Kleinen übermäßig belastet, forderte Tandler.

Als Beispiel erwähnte der CSU-Politiker einen Bauern, der mit 15 Kühen im Jahr die relativ niedrige Menge von 60 000 Kilo Milch abliefert: „Er hat ohnehin kein hohes Einkommen. Wenn ihm jetzt von heute auf morgen neun Prozent davon weggenommen werden, ist er kaum mehr in der Lage, das Darlehen für einen Anbau oder eine Modernisierung zurückzuzahlen. Ich möchte mal den Aufschrei der Arbeitnehmerorganisationen hören, wenn es einen einzigen Berufsstand gäbe, der über Nacht nominal neun Prozent seines Einkommens verliert."

Auf dem Münchner Bauern-Treffen hatte Strauß gewarnt: „Wir wollen nicht einen Bodensatz verzweifelter ehemaliger Klein- und Mittelbauern haben, die dann als Elemente der Radikalisierung unsere politische Landschaft ungünstig beeinflussen." Und Tandler mahnt die CDU, sich der Erkenntnis nicht zu verschließen, daß ein Wegfall der bayerischen Bauernstimmen nicht nur Verluste für die CSU in Bayern bringen würde, sondern die Wahlerfolge der Union in Bonn insgesamt gefährden könnte.

Möllemann kämpft gegen Rote, Grüne und den „Spiegel“

Nordrhein-westfälischer FDP-Landeschef rechnet mit einem „guten Resultat“

Von WALTER H. RUEB

Einhundertundsiebzig Veranstaltungen hat Staatsminister Jürgen Möllemann im Kommunalwahlkampf von Nordrhein-Westfalen in den letzten Wochen hinter sich gebracht. „Ich bin sicher, daß wir ein gutes Resultat erreichen“, sagt der FDP-Landesvorsitzende nach einem langen Tag in Viersen. „Aber ich bin froh, wenn der Wahltag da ist und der wahnsinnige Streß ein Ende hat.“

Möllemanns Streitbarkeit hat unter den körperlichen Anstrengungen nicht gelitten. Sein rhetorisches Trommelfeuer auf Grüne, Rote und den „Spiegel“ beweist es. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt bedient sich in der Verbalauseinandersetzung mit dem politischen Gegner einer deutlichen Sprache, und im Fernduell mit dem Hamburger Magazin nimmt er kein Blatt vor den Mund. „'Spiegel'-Herausgeber Augstein trägt der Partei nach, daß er während der Zugehörigkeit zur FDP-Bundestagsfraktion seine großmäulig angekündigten Pläne nicht realisieren konnte“, kontert Möllemann die neueste Breitseite des Magazins gegen ihn. „Dafür wurden Genscher und Lambsdorff gejagt, dafür muß ich herhalten.“

Möllemann tut das Mitgefühl seiner Zuhörer in Wesel gut. Für einen Moment gehen vor örtlicher Parteiprominenz sowie Chef und Mitarbeitern der Firmengruppe Landers die Emotionen mit dem sonst so kühl wirkenden Politiker durch. Er entschuldigt sich, setzt wieder sein smartes Lächeln auf. „Selbstverständlich habe ich das Magazin verklagt“, verrät er. „Vier Verfahren habe ich bereits gewonnen, das fünfte läuft, das *sechste steht im Oktober an* ... 30 000 Mark habe ich in Prozessen gegen das Blatt ausgegeben. Da kann ich nur fragen: Was macht eigentlich ein Durchschnittsbürger, um in einem ähnlichen Fall seine Ehre wiederherzustellen?“

Möllemann wird im Wahlkampf jedoch nicht nur in eigener, sondern auch in der Sache seiner Partei tätig. In der Abrechnung mit den Sozialdemokraten und besonders mit den Grünen fallen harte Worte. Den Grünen hält er rücksichtslos den Spiegel vor, kritisiert aber im gleichen Atemzug die anderen Parteien. „Sie treten sich auf die Zunge, so hecheln sie hinter den Grünen her“.

Genüßlich erzählt er in Wesel mehrmals am Tag die unglaubliche Geschichte von den Grünen in Köln. „Die haben davon gesprochen, daß in den Fordwerken ein Tötungsinstrument für Tausende von Menschen geschaffen werde“, *empört er sich*. „Die Kölner Grünen planen sogar, die Fordwerke zu demontieren und statt dessen mit einer Fahrradfabrik die Zukunft Kölns zu sichern ...“

Möllemanns Sachkompetenz hält nicht immer Schritt mit seiner Kampfeslust. Im Gespräch mit dem Vorstand der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund in Duisburg über knifflige Fragen von Wochen- und Lebensarbeitszeit, Stellenplan und Beförderungsstau aber gibt er ohne Umschweife zu, daß er zu wenig Experte sei. Umgeben von überzeugten Gewerkschaftern bleibt er jedoch seinen liberalen Grundsätzen treu, scheut weder vor der Erteilung unpopulärer Ratschläge noch der Abgabe düsterer Prognosen bezüglich der Zukunft unserer Rentenversicherung zurück.

Die von der Polizei geforderten Distanzwaffen und die Verschärfung des Demonstrationsrechts hält der *oberste Liberale im Lande weiterhin* nicht für notwendig. Der Vorwurf, seine Partei sei in diesen Fragen in der Bonner Koalition der Bremser, nötigt ihm nur ein Lächeln ab. Die Fragen, ob er den Hütern der Ordnung als etwaiger Innenminister in einem Kabinett Rau oder Werms die Wünsche nach C-Gas, Gummigeschossen und verbessertem Demonstrationsrecht erfüllen würde, beantwortet Möllemann ausweichend.

Im Kreise Gleichgesinnter wagt er sich weiter vor. „Ich gehe davon aus, daß im nächsten Landtag vier Parteien vertreten sind“, sagt er in Wesel. „Und ich nehme jede Wette an, daß wir bei den Wahlen im Mai 1985 eine Sieben vor dem Komma haben.“ Wenig später schreitet er durch eine Platanenallee an Landers' Maschinenfabrik am Weseler Lippeglacis. Im Januar 1984 griff Möllemann bei der Anpflanzung zur Schippe. Ein vom verdienten FDP-Kommunalpolitiker Landers überreichtes Foto erinnert daran. Die Platanen gedeihen, im Frühjahr werden sie in Blüte stehen. *Ein Symbol für das politische Schicksal Möllemanns?*

Im Wahlkampf des Politikers haben trotz der knapp bemessenen Zeit auch Besuche bei Menschen Platz, die nicht zum sogenannten Wähler-Potential gehören. Im heilpädagogischen Heim der Rheinischen Landesklinik *in Viersen unterhält sich* Möllemann mit schwerbehinderten Schützlingen seines Jugendfreundes Hans-Peter Steden. Die Schwerbe*hinderten sind entmündigt, dürfen* also nicht wählen.

Allein ihr Schicksal interessiere ihn, beteuert der Staatsminister. Die Aussage ist sogar glaubhaft: *Möllemanns* Gespräche mit Schwerbehinderten, Pflegern und Heimleiter finden nicht vor Kameras statt. Dem *aufmerksamen* Beobachter *aber ist* klar ersichtlich: Erschüttert ist der FDP-Mann nicht.

Wer haftet für die Folgen des Waldsterbens?

XING-HU KUO, Ulm

Mit dem zunehmenden Waldsterben wird die Frage immer akuter, wer für die wirtschaftlichen Folgen haftet und eine Entschädigung zahlen soll. Zahlreiche Waldbesitzer sind in den letzten Jahren dadurch bis zum Ruin geschädigt worden. Über diese Probleme diskutierten Vertreter der Betroffenen, der Bundesregierung, Juristen und Forstexperten in Ulm. Im Rahmen der Tagung des „Deutschen Forstvereins“ erörterte der Forstrecht-Ausschuß der Deutschen Gesellschaft für Agrarrecht e. V. auf einer Podiumsdiskussion in Ulm das Thema „Rechtsfragen zum Waldsterben“.

Großen Beifall erhielt Waldbesitzer-Vertreter Graf Brandenstein-Zeppelin aus Mittelbiberach, der als „Anspruchsteller“ erklärte, die bisher „machtlos“ dastehenden Opfer des Waldsterbens sollten nunmehr „alle Register ziehen, die einem Bürger in einer Demokratie zur Verfügung stehen“. Massive Kritik richtete Graf Zeppelin vor allem an die Adresse der Bundesregierung, die nach seiner Auffassung der Industrie hörig sei. Diese „stinkende“ Industrie, die sich „aufführt wie der Denver-Clan“, finde leider in Bonn ein „Gehör, das Schlimmes für die Umwelt zur Folge hat“. Vor allem die in öffentlichem Besitz befindliche Industrie, so die Energieunternehmen, seien „am schlimmsten“. Deswegen hafte in erster Linie der Staat für die wirtschaftlichen Folgen des Waldsterbens.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, von Geldern, wies die Vor*würfe zurück: „Nicht der Staat, sondern* wir alle verschmutzen die Luft. Jeder Autofahrer, jeder Hausbrand trägt zur Umweltverschmutzung bei.“ Die „Industriehörigkeit“ treffe nicht zu. Innenminister Zimmermann habe „verdammt harte Gespräche“ mit der Industrie geführt.

Von Geldern erkannte allerdings an, daß die Geschädigten Anspruch auf eine angemessene Entschädigung hätten, wenn auch nicht von der Regierung. Er verwies dabei auf ein neues Urteil des Bundesgerichtshofes vom 18. September dieses Jahres: Danach muß die Beweislast bei Umweltschutzklagen beim Schädiger liegen, nämlich, daß er die Umweltschäden nicht herbeigeführt habe. Der Geschädigte braucht nicht diese Beweislast zu erbringen.

Die Juristen, Professor Ebersbach und sein Kollege Leisner, betonten das Recht auf Entschädigung „auf Heller und Pfennig“ (Leisner). Statt „Härteklauseln oder Subventionen“ sollte durch eine „geschickte Prozeßführung“ bis nach Karlsruhe eine Bewegung „im politischen Wald“ erreicht werden, forderte Leisner. Ebersbach regte einen „Waldschadensausgleichsfonds“, kombiniert mit einer Entschädigung aus der Staatskasse, an.

Wachsende Skepsis gegenüber Garantie für Monopol-Rundfunk

Vogel (CDU): Vorrangig Rahmenbedingungen für die privaten Veranstalter sichern

GERNOT FACIUS, Bonn

Unter den Ministerpräsidenten von CDU und CSU ist offenbar ein Prozeß des Nachdenkens darüber im Gange, ob den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine unbegrenzte „Bestands- und Entwicklungsgarantie“ gegeben werden soll. Bernhard Vogel, rheinland-pfälzischer Regierungschef, *gab jetzt öffentlich* zu erkennen, daß für ihn die Abgabe einer Art Blanko-Vollmacht zugunsten des bisherigen Rundfunk-Monopols nicht in Frage *kommt*.

Vogel sagte während eines Empfangs zur Jahresversammlung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger in Trier, *für ihn stehe* die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ohnehin nicht in Frage. „Aber“, fügte er als entscheidende Einschränkung hinzu, „vorrangig müssen die Rahmenbedingungen des Einstiegs für neue freie Veranstalter in das Medium Rundfunk gesichert werden.“ Es müsse ein Einstieg sein, so die weitere wichtige Passage, „der fair ist und der Bedingungen für eine dauerhafte Entfaltung schafft“. Der Mainzer Regierungschef machte zugleich klar, daß bei Rundfunk und Fernsehen in privatwirtschaftlicher Trägerschaft „für die Werbung andere Maßstäbe als für die öffentlich-rechtlichen Anstalten gelten“. Es müsse auch gewährleistet werden, daß grundsätzlich private Programme bundesweit verbreitet und empfangen werden könnten – eine versteckte Kritik an den Bundesländern, die sich noch immer gegen das Hinzutreten privater Sendegesellschaften *sperren*. Eine Ausdehnung der Werbung in den öffentlich-rechtlichen Anstalten lehnte Vogel ebenso ab, wie eine „Blanko-Vollmacht“ für eine Rundfunkgebührenerhöhung.

Vor Vogel hatte bereits der schleswig-holsteinische Ministerpräsident, Uwe Barschel (CDU), seinen Argwohn *gegenüber einer undifferenzierten* „Bestands- und Entwicklungsgarantie“ artikuliert. Barschel wies auf den enormen Wettbewerbsvorsprung der *öffentlich-rechtlichen Anstalten* in finanzieller, programmlicher und sendetechnischer Hinsicht hin. Die Verpflichtung, eine solche – inzwischen heftig umstrittene – Garantie abzugeben, war offensichtlich der Preis für die Bereitschaftserklärung der SPD-regierten Länder, die Nutzung des Westbeams des Kommunikationssatelliten ECS-1 durch Private zu akzeptieren. Am 1. Januar 1985 startet via ECS-1 das Informationsprogramm der von Zeitungsverlagen getragenen Gesellschaft AKTUELL Presse-Fernsehen (APF), mit Produktionsort Hamburg. Es ist Bestandteil des privaten Vollprogramms SAT 1 mit täglich rund zehn Stunden Sendezeit und kann über Kabel empfangen werden.

Noch immer aber ist die gesetzgeberische Arbeit für die Einspeisung dieser Sendungen in Kabelanlagen in den einzelnen Ländern nicht abgeschlossen, ja es gibt noch heftige Wi*derstände. APF-Geschäftsführer* Gerhard Naeher veranlaßt dies zu der Bemerkung: „Es grenzt für mich an Absurdität, daß ein Fernsehprogramm, das in der Bundesrepublik völlig legal veranstaltet wird und den Schutz der Jugend und der Familie ernst nimmt, nur deshalb nicht in allen Bundesländern verbreitet werden darf, weil es privatwirtschaftlich strukturiert ist. Bei den DDR-Programmen gibt es dieses Problem nicht. Es wird bei uns ohne weiteres verbreitet.“

Naeher, die APF und das private Konsortium für das neue bundesweite Fernsehprogramm setzen ungebrochen auf das Kabel. Sie können darauf verweisen, daß – die Entwicklung in den USA und in Nachbarländern *der Bundesrepublik zeigen dies* – der Kabelanschluß auf absehbare Zeit für den interessierten Haushalt die wirtschaftlicheste Form des Fernsehempfangs ist. Über Kabelnetze lassen sich nicht nur die herkömmlichen Programme, sondern auch die Programmabstrahlungen von Satellitensystemen aller Art sowie lokale und regionale Programme „großflächig“ verbreiten. Glasfaser kann dafür erst in den 90er Jahren eingesetzt werden. Vieles spreche dafür, meint beispielsweise Naeher, daß der direkt empfangbare Satellit im besten Falle Lückenfülleraufgaben übernehmen könne. Er verweist unter anderem auf die hohen Kosten: Es gehe nicht darum, daß im Zuge der Massenfertigung die Parabol-Antenne eines Tages vielleicht weniger als 500 Mark *kosten kann, „man muß wissen, daß* die Installationskosten immer vierstellig bleiben werden“.

Gute Noten für private Programme

PETER GILLIES, Bonn

Wer einmal ans Kabel- und Satellitenfernsehen angeschlossen war, findet diese Programme überwiegend interessanter als die öffentlich-rechtlichen, möchte den Kabelanschluß nicht mehr missen und würde ihn seinen Bekannten weiterempfehlen. Mit diesem Tenor einer Umfrage in Versuchsgebieten von Kabelfernsehnetzen sieht Bundespostminister Schwarz-Schilling seine Ansicht bestätigt, daß der Ausbau des Kabelnetzes entscheidend von attraktiven Fernsehprogrammen abhängt.

In einem Pressegespräch erläuterte Christian Schwarz-Schilling (CDU) die vom Institut Allensbach vorgenommene Befragung von rund 1650 Zuschauern, die von der Post versuchsweise für zwei Monate weitere Programme in ihr Kabelnetz eingespeist erhielten. Es waren dies das private Kabelprogramm PKS/FAZ, das ZDF 2, der englischsprachige „*Sky Channel*“ *sowie – regional – die* „Music-Box“. Zwischen Mitte Juni und Mitte August schaltete die Post in den Testorten Weiden, Meschede, Hannover, Berlin und Kiel Satellitenprogramme zu. Ebenso wurde bei den Teilnehmern der Pilotprojekte in München und Ludwigshafen die Zuschauerreaktion getestet.

Das Ergebnis bewertet der Postminister als „erstaunlich positiv“. 81 Prozent sahen sich die neuen Programme an, vor allem das PKS/FAZ-Programm wurde häufig gesehen und überdurchschnittlich gut beurteilt. 44 Prozent erklärten, sie nutzten die neuen Kanäle häufiger als die Programme von ARD und ZDF. 41 Prozent fühlten ihre Erwartungen erfüllt, 24 Prozent übertroffen, nur jeder fünfte äußerte sich enttäuscht.

Die neuen Programme seien interessanter als die bisherigen, befanden 50 Prozent der Haushalte, nur 9 Prozent antworteten „langweiliger“. Auf die Frage, ob sich die Kosten des *Kabelanschlusses gelohnt hätten*, meinten 60 Prozent ja, 15 Prozent „eigentlich nicht“. Das Programmangebot ist den meisten eine Zusatzge*bühr von drei Mark wert. 76 Prozent* möchten die Programme gern weiter bekommen. Der Postminister verwies auf zahlreiche Protestbriefe, die darum baten, nach der zweimonatigen Versuchsphase weiter angeschlossen zu bleiben.

Die Mehrheit der Kabelhaushalte (54 Prozent) wünschten sich eine weitere Vermehrung der Fernsehprogramme, 39 Prozent zeigten kein Interesse daran. Wer bereits an das Breitbandkabel angeschlossen ist, identifiziert sich in hohem Maße damit und möchte es nicht missen: 74 Prozent erklärten, sie würden auch ihren Bekannten das Kabel empfehlen, nur 8 Prozent wollten abraten. In zehn Jahren seien die meisten Bürger ebenfalls angeschlossen, vermuteten 71 Prozent der Befragten.

Schwarz-Schilling: Die Post betreibe keine Medienpolitik, wolle aber die nötige Infrastruktur für Programmvielfalt liefern. Derzeit seien 800 000 Haushalte verkabelt, 2,2 Mil*lionen anschlußfähig, und das Ziel* sei, in etwa zehn Jahren rund 80 Prozent aller deutschen Haushalte anzuschließen.

Wenn *das Programmangebot* erst erweitert sei, werde die Akzeptanz für das Kabel sprunghaft steigen, meinte der Minister.

Seite 2: Das Kabel wird *empfohlen*

Aufforderung zu Straftaten

AP, Lüneburg

Die Lüneburger Staatsanwaltschaft hat bei einer Hausdurchsuchung ein „Strategiepapier“ von Kernkraftgegnern beschlagnahmt, in dem zum bevorstehenden „Tag X“ zu Gewaltakten aufgerufen wird. An dem „Tag X“ wird der erste Transport atomaren Abfalls in das neue Zwischenlager in Gorleben erwartet.

Wie der Sprecher gestern mitteilte, *sollen* Atomgegner die Kernkraftwerke Stade und Würgassen beobachten und bundesweit Alarm auslösen, wenn ein Transporter eines der Werke mit radioaktivem Abfall verläßt. Dabei seien auch Anschläge auf Straßen und Bahnlinien geplant. Straßendecken sollen aufgerissen werden. Damit werde zu erheblichen Straftaten aufgefordert.

38-Stunden-Woche: Noch Unklarheiten

dpa, Düsseldorf

Drei Tage vor Inkrafttreten des Tarifvertrages über die 38-Stunden-Woche für die Arbeitnehmer der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Osnabrück ist die Form der Arbeitszeitverkürzung noch offen. Ein Gespräch zwischen der IG Metall und dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall brachte gestern in Einzelfragen keine Übereinstimmung.

Besonders umstritten ist die Zahl der Freischichten, die sich rechnerisch aus der kürzeren Wochenarbeitszeit ergibt, und die Frage, ob die kürzere Wochenarbeitszeit für alle Arbeitnehmer in Freischichten umgesetzt werden soll. Für Beschäftigte in kontinuierlich arbeitenden und in Drei-Schicht-Betrieben ergeben sich keine Probleme.

Bonn will Fehler im DED korrigieren

rtr, Bonn

Die Bundesregierung will den von ihr finanzierten Deutschen Entwicklungsdienst (DED) ausschließlich auf ihre eigene entwicklungspolitische Konzeption verpflichten. Der Parlamentarische Staatssekretär im Entwicklungsministerium, Volkmar Köhler, sagte gestern in Bonn, „Fehlentwicklungen“ müßten korrigiert, „linkskonformistischer Meinungsdruck“ in der Entwicklungsorganisation abgebaut und die Vertrauensbasis für eine Zusammenarbeit wiederhergestellt werden. Zum Jahresende seien auch personelle Konsequenzen in der DED-Leitung vorgesehen. Nach dem Gesellschaftsvertrag bilde die Entwicklungspolitik der Bundesregierung den Rahmen für die DED-Arbeit, sagte Köhler.



Genscher will Syrien einen Besuch abstatten

Nahost-Gespräche am Rande der UNO-Vollversammlung

BERND CONRAD, New York

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher will bald Syrien besuchen. Dies hat er seinem syrischen Amtskollegen Faruk Al-Sharia bei einer Begegnung in New York zugesagt. Eine Syrienreise Genschers war schon früher in Aussicht genommen, aber mit Rücksicht auf die Zuspitzung des Libanon-Konflikts verschoben worden. Jetzt hat Al-Sharia, der in Damaskus Nachfolger des zum Vizepräsidenten aufgerückten langjährigen Außenministers Khaddam geworden ist, die Einladung nachdrücklich erneuert. Khaddam, heute einer der Vizepräsidenten Syriens, hatte sich schon früher um einen Besuch Genschers in Damaskus bemüht.

Bei dem Gespräch wurde, wie zuvor schon bei Begegnungen Genschers mit den Außenministern Yitzak Shamir (Israel) und Achmad Abd El Meguid (Ägypten) vor allem die Lage in Libanon erörtert. Auch die Situation der PLO kam zur Sprache.

Im November nach Polen

Der Bundesaußenminister betonte die große Verantwortung Syriens im Nahen Osten. Er war gestern darum bemüht, auch noch den saudi-arabischen Außenminister am Rande der UNO-Vollversammlung zu treffen.

Diese Aktivität unterstreicht Genschers Absicht, die Europäische Gemeinschaft nach der abgeschlossenen israelischen Regierungsbildung wieder stärker im Nahen Osten ins Spiel zu bringen.

Um die für November geplante Polen-Reise des Bundesaußenminister ging es bei einem Gespräch mit dem polnischen Außenminister Olzowski. Ein deutscher Sprecher erklärte, beide Minister hätten den vorgesehenen Besuch als wichtig bezeichnet. Ihr Gespräch sei „sehr nach vorn gerichtet" gewesen.

Schon im Oktober werden drei polnische Vizeminister für Außenhandel, Finanzen und Planung zu Wirtschaftsgesprächen nach Bonn kommen. Etwa zur gleichen Zeit wird Ministerialdirektor Pfeffer vom Bonner Auswärtigen Amt zu politischen Konsultationen nach Warschau fliegen.

Interesse in Warschau

Im Gespräch mit Olzowski äußerte Genscher Besorgnis über den dramatischen Rückgang der Ausreise von Deutschen aus Polen. Er bat dringend darum, die Lage zu verbessern und nach dem deutsch-polnischen Ausreiseprotokoll zu verfahren.

Der Pole zeigte sich seinerseits – ohne konkret auf den in der polnischen Presse vielfach erhobenen Revanchismus-Vorwurf zu sprechen zu kommen – besorgt über bestimmte „Meinungsäußerungen" in der Bundesrepublik. Dagegen lobte er Genschers Erklärung über Grenzfragen im Bundestag. Das Engagement des Bundesaußenministers sei überhaupt in den letzten Monaten in Warschau aufmerksam verfolgt worden.

Positiv beurteilten beide Minister die Entwicklung des deutsch-polnischen Warenaustausches, der im ersten Halbjahr dieses Jahres zu einem polnischen Überschuß von 174 Millionen Mark geführt hat.

Beim Thema internationale Lage änderte Tschernenko den Ton

Erstmals seit 13 Jahren wieder ein finnischer Ministerpräsident in Moskau

REINER GATERMANN, Helsinki

Höhepunkt des ersten offiziellen Besuches eines finnischen Regierungschefs in der Sowjetunion seit 13 Jahren war das 45minütige Gespräch, das Ministerpräsident Kalevi Sorsa mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko in dessen Arbeitszimmer führte. Der Hausherr, der sich bei Sorsas Eintritt erhob und ihm entgegen kam, äußerte sich sehr zufrieden über die finnisch-sowjetischen Beziehungen, änderte jedoch seinen Ton als die internationale Lage zur Sprache kam. Wie Sorsa anschließend gegenüber finnischen Journalisten erklärte, habe er nichts feststellen können was zu Optimismus Anlaß gebe, aber auch nichts „fatalistisches". Tschernenko habe „recht gesund" ausgesehen und auf ihn den Eindruck eines „sehr sympathischen Menschen" gemacht.

Nur zu besonderem Anlaß

Daß es 13 Jahre dauerte bis wieder ein finnischer Ministerpräsident offiziell in die Sowjetunion reiste, kann nur damit begründet werden, daß die beiden Staaten auf verschiedenen Ebenen so viele Kontakte miteinander haben, daß die protokollarisch aufgebauschten offiziellen Besuche ganz besonderen Anlässen vorbehalten bleiben. Diese waren diesmal in zweifacher Hinsicht vorhanden. Sorsa, der die Sowjetunion mehrfach in verschiedenen Funktionen besucht hat, kam mit dem Zug nach Moskau nur wenige Tage, nachdem in beiden Ländern des am 19. September 1944 eingegangenen Waffenstillstandes gedacht worden war, der die fünfjährigen finnisch-sowjetischen Kriegshandlungen beendete. Ihm folgte 1947 der Friedensvertrag von Paris und 1948 der sowjetisch-finnische Freundschafts- und Beistandspakt. Dieser Pakt bildet die Grundlage im Zusammenleben Finnlands mit seinem großen Nachbarn; er sorgte für bisher 40 Jahre Frieden, für einen intensiven Handel und – wie es Kalevi Sorsa in seiner Tischrede im Kreml sagte –: „Die guten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Finnland sind ein zentraler Faktor, der die Stabilität in Nordeuropa verstärkt".

Ein anderer Aspekt dieser Visite sollte aber auch nicht unbeachtet bleiben. Kalevi Sorsa ist Sozialdemokrat, seine Partei war über viele Jahre im Kreml als „unfreundlich" eingestuft worden. Die Sowjets hatten auch einige Bedenken gegen die Wahl des Sozialdemokraten Mauno Koivisto zum Staatsoberhaupt Finnlands. Jetzt wurde Sorsa von seinem Gastgeber, Ministerpräsident Nikolai Tichonow, besonders für seine Arbeit als Vorsitzender der Abrüstungskommission der Sozialistischen Internationale (SI) gelobt.

Während Kalevi Sorsa in seiner offiziellen Rede vor allem auf die guten Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion einging – anläßlich seines Aufenthaltes wurde ein fünfjähriges Warenabkommen unterzeichnet –, befaßte sich Tichonow hauptsächlich mit internationalen Themen. Er kritisierte die Aufstellung neuer amerikanischer Atomraketen in „gewissen westeuropäischen Ländern". Sie hätte in keiner Weise die allgemeine Sicherheit verstärkt sondern geschwächt, und man „versteht gut die Unruhe, die Finnland angesichts der Möglichkeit spürt, daß amerikanische Raketen seinen Luftraum verletzen". Zur in Stockholm tagenden Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) meinte Tichonow, der Schlüssel zum Fortschritt liege in der Vereinigung von umfassenden politischen Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens und militärisch-technischer Schritte, „aber natürlich nicht solcher deren deutliche Absicht die Spionage ist".

Tichonows Lob

Zu dem Wunsch der Finnen im September 1985 den 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki gebührend, das heißt auf so hoher politischer Ebene wie möglich, zu gedenken, erklärte der sowjetische Regierungschef, er unterstütze diesen Gedanken, er entspreche der historischen Bedeutung des Dokuments. Tichonow hob dessen Lebenskraft hervor „trotz aller Versuche, dessen Inhalt zu verzerren".

Sehr lobend äußerte sich Tichonow zu dem Bestreben Finnlands Nordeuropa permanent kernwaffenfrei zu machen. Die Sowjetunion stehe voll hinter dieser Absicht und habe bereits „ausführlich genug die Frage beantwortet, in welcher Richtung sie bei der Verwirklichung des Gedankens mitarbeiten würde". Eingehend befaßte er sich mit der Einbeziehung des Weltraums in das Wettrüsten. Die Sowjetunion widersetze sich ihr und sei gegen alle Waffen im Weltraum einschließlich derjenigen, die Satelliten abwehren sollen.

Moderates Vorwort in Gromykos Buch

dpa, Bonn

Die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit hat nach Auffassung des sowjetischen Außenminister Gromyko „trotz komplizierter Weltlage die Festigkeitsprobe bestanden". Dies schreibt Gromyko in einem Vorwort zur deutschen Ausgabe seines neuen Buches „Den Frieden auf Erden erhalten". Es wurde gestern in Bonn in Anwesenheit des sowjetischen Botschafters, Semjonow, vorgestellt.

In dem Vorwort beschreibt Gromyko die sowjetische Deutschlandpolitik als verstandnisbereit. Die deutschen Ost-Verträge werden als „bedeutender historischer Akt" dargestellt. Alle seine Kontakte mit deutschen Politikern, von Scheel über Brandt bis Genscher und Kohl, seien „im großen und ganzen nützlich und inhaltsreich" gewesen.

Unbekannt blieb während der Präsentation des Buches, wann das Vorwort autorisiert wurde. In dem Text ist von Revanchismus-Vorwürfen keine Rede. Dagegen setzt sich Gromyko für eine Verständigung ein und erklärt, daß bei allen Unterschieden „eine gemeinsame Sprache gefunden werden kann und muß".

SPD will Debatte zur Kulturpolitik

rmc, Bonn

Weil die Bundesregierung seit mehr als einem Jahr eine Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zur Kulturpolitik unbeantwortet gelassen hat, will die Opposition in der nächsten Woche eine Bundestagsdebatte darüber „erzwingen". Als Grund für die lange Wartezeit vermutet der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Duve, die Bundesregierung sei unfähig, in den Ressorts eine gemeinsame Haltung zu möglichen Steuererleichterungen für Künstler herbeizuführen.

Nach Informationen der WELT hat der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, Dregger, kürzlich in Briefen an Bundeskanzler Kohl und Finanzminister Stoltenberg gebeten, die Absage aus dessen Ressort zu revidieren. Dregger machte sich die Position von Innenminister Zimmermann zueigen, der in einem vertraulichen Vermerk vom 4. Januar 1984 festgestellt hatte, der „politische Erfolg in der Beantwortung der Großen Anfrage ... wird daran gemessen werden, ob die Bundesregierung im Steuerrecht zu positiven kulturfreundlichen Aussagen kommt". Kohl soll, wie es gestern hieß, die Ansicht Zimmermanns teilen, so daß wahrscheinlich noch vor der von der SPD geforderten Debatte mit einer Regierungsabsprache über Steuererleichterungen für Künstler zu rechnen ist. Denn inzwischen scheint sich insgesamt in der Koalition die Meinung durchzusetzen, daß die damit verbundenen Steuerausfälle nicht das von der Bundesregierung verfolgte Konsolidierungsziel beeinträchtigen würde.

Mobutu findet überall viel Aufmerksamkeit

Zaires Kampf um wirtschaftliche Stabilität / Besuch in Bonn

ACHIM REMDE, Bonn

Der Präsident von Zaire, Mobutu Sese Seko, traf bei seinem zweitägigen Besuch in der Bundesrepublik, der gestern zuende ging, auch mit Bundeskanzler Kohl und Bundespräsident von Weizsäcker zusammen. Nach Angaben eines Regierungssprechers ist die Bundesregierung bereit, die enge entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Zaire fortzuführen. Kohl begrüßte insbesondere, daß Mobutu „entschlossene Maßnahmen" zur Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Stabilität in Zaire ergriffen habe.

Damit ist vor allem die Abwertung der nationalen Währung des Zaire um 80 Prozent gemeint, die Mobutu im letzten Jahr auf Druck des Internationalen Währungsfonds durchgeführt hat. Politische Beobachter gehen davon aus, daß damit der kontinuierliche Niedergang der Wirtschaft zum Stillstand gekommen und eine Trendwende eingeleitet worden sei, die zu vorsichtigem Optimismus Anlaß gibt. Die Inflationsrate, die 1983 noch bei 44 Prozent lag, ist infolge der Abwertung jedoch zunächst einmal auf 70 Prozent für das laufende Jahr angestiegen.

Trotz rigider Kreditauflagen der Weltbank ist es in der Vergangenheit nie gelungen, die marode Wirtschaft Zaires zu konsolidieren. Korruption, Nepotismus und Mißwirtschaft treiben hier selbst für afrikanische Verhältnisse außergewöhnlich üppige Blüten. Mobutu selbst gilt als einer der reichsten Männer der Welt, während die Mehrheit der Bevölkerung Zaires unter Mangelernährung leidet.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß Mobutus Interesse an der Übernahme von Hermesbürgschaften für Exporte nach Zaire und an deutschen Privatinvestitionen in Zaire in der Bundesrepublik ohne Erfolg geblieben ist. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit läuft dagegen zufriedenstellend. Im Jahre 1983 hat Zaire von der Bundesregierung 12 Millionen Mark im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit und 20 Millionen Mark im Rahmen der technischen Zusammenarbeit erhalten. Von den nichtstaatlichen Entwicklungshilfeorganisationen ist die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung in Zaire besonders stark engagiert.

Ob Mobutu ein dezidierter Verbündeter der westlichen Welt ist, weil diese ihn unterstützt oder ob der Westen ihm hilft, weil er sich als Bollwerk gegen sowjetische Infiltration und libysche Subversion erwiesen hat und als einziger in der Lage ist, das riesige Land Zaire vor politischem Chaos zu bewahren, ist eine beliebte Seminarfrage. Fest steht, daß Mobutu mit Aufmerksamkeit behandelt wird, wo immer er erscheint.

Den Gesprächen mit der Bundesregierung gingen Treffen mit Reagan am Rande der UNO-Vollversammlung, mit Mitterrand und mit der britischen Regierung voraus. Dabei spielt auch eine Rolle, daß Mobutu im innerafrikanischen Kontext mit verschiedenen Initiativen hervorgetreten ist. In Tschad stehen 2000 zairische Soldaten, die zusammen mit den libyschen und französischen Truppen demnächst abgezogen werden sollen.

Von seinen Verbündeten in Afrika demokratisches Wohlverhalten zu verlangen, hat der Westen – mit Recht – längst aufgegeben. Immer wiederkehrende Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Zaire sind allerdings leider nicht unbegründet. Daß Zaire von Katastrophen und Brutalitäten verschont geblieben ist, wie sie in anderen Ländern Afrikas an der Tagesordnung sind, findet in Fachkreisen nicht geringe Beachtung.

Taiwan – wenigstens genauso entschlossen wie Kommunisten

C. GRAF BROCKDORFF, Taipeh

Der Doppelposten vor dem Oberkommando der Vereinigten Streitkräfte in Taipeh steht unter Gewehr. Wenn ein chinesischer Offizier passiert, brüllen sich die Soldaten Präsentierkommandos in einer Lautstärke zu, als wollten sie die ganze Kaserne alarmieren.

Was in Japan leise geschieht, ist in der Republik China bei den Nachfahren des Marschalls Tschiangkaischek laut. Das Land ist martialisch geprägt, als müßte es sich jeden Augenblick seiner Haut erwehren. Die Geschichte hat lange Nachwehen: In China wurde fast immer gekämpft, in diesem Jahrhundert vor allem gegen Japan und gegen die Kommunisten.

Der Krieg dauerte lange und endete mit dem Rückzug der Kuomintang-Chinesen auf die knapp 40 Kilometer lange und 100 Kilometer breite Insel, die vor dem Eingang zum Südchinesischen Meer vom Wendekreis des Krebses durchschnitten wird.

Nationalchina fühlt sich noch immer auf dem Kreuzzug gegen die Kommunisten, die eigenen Landsleute insbesondere, die auf dem Festland residieren und von ihnen verächtlich „Chicoms" (Chinese Communists) genannt werden. „Es sind keine wirklichen Chinesen, sie haben nur eine chinesische Haut", sagt ein bedächtiger alter Mann, dessen Erinnerung nicht nur bis 1949 zurückreicht, als die geschlagenen Nationalchinesen nach Taiwan auswichen, sondern bis zu Sun Yat-sen der 1912 die chinesische Republik gründete. In Taiwan fühlt man sich als der wahre Erbe der 4000 Jahr alten chinesischen Kultur.

Nicht nur tritt das Militär in Taiwan selbstbewußter auf. Nationalchina fühlt sich als Teil der großen Allianz des Zweiten Weltkrieges, dessen Vertreter in der Bucht von Tokio an der Siegesfeier teilnahmen, anders als in Japan dreht sich in Taiwan eigentlich alles um die Streitkräfte: Das Land hat 18,5 Millionen Einwohner, aber 464 000 Mann unter Waffen, beinahe so viel wie die Bundesrepublik Deutschland. Im Alarmfall kann es 1,5 Millionen Reservisten sofort zu den Fahnen rufen, weitere 1,3 Millionen haben eine etwas herabgestufte Reservefunktion.

Seit Präsident Carter 1979 die Beziehungen zu Taiwan abbrach, um sich den „Chicoms" zuzuwenden, fühlt man sich in Taipeh alleingelassen. Man weiß, daß das Herz der meisten westlichen Staaten auf seiten des nationalen China schlägt, Realpolitik aber die Beziehungen zum China auf dem Festland diktieren. Dennoch schmerzt die Abwesenheit der Vertretungen aller großen Länder: Die Liste der noch in Taiwan residierenden Botschaften läßt sich auf einer halben Telefonbuchspalte abdrucken. Außer einigen lateinamerikanischen Ländern findet man nur noch Südafrika und Saudi-Arabien.

Deshalb hat Taiwan Sorgen, denn für den Fortbestand seiner Streitkräfte ist es auf den Waffennachschub aus den Industrienationen angewiesen. Zwar glauben die Verantwortlichen in Taipeh daran, daß man sie letztlich nicht im Stich lassen wird, schon weil Washington nicht daran interessiert sein könnte, das prekäre Gleichgewicht im westlichen Pazifik in Unordnung geraten zu lassen.

Doch der Waffennachschub wird langsamer, eifersüchtig überwacht von den Rotchinesen. Besonders drückt Taiwan die Frage der Modernisierung der Luftverteidigung: Man braucht einen leistungsstarken neuen Jäger, am liebsten die amerikanische F-16, doch die wird vermutlich niemals geliefert.

Was Taiwan in den Augen der Verantwortlichen der Republik China schützt, ist seine strategische Lage. Generaloberst Wego Chiang, der jüngste Sohn Chiang Kai-sheks und Bruder des Staatspräsidenten Chiang Ching-kuo, sieht Taiwan als Schlüssel für die Beherrschung des westlichen Pazifik. Sollte die sowjetische Flotte nach einem Ausbruch aus den Meerengen um Japan nach Süden laufen, müßte sie Taiwan ausschalten. Sollte sie sofort linksum machen, um den freien Pazifik aufzusuchen, hätte sie Taiwan in der tiefen Flanke.

Diesen Argumenten Wego Chiangs, der als der Militärphilosoph der Republik angesehen ist, ist die Logik nicht abzustreiten. Das weiß man auch in Washington: Schon trafen sich in Taipeh inoffiziell und unter dem Anstrich einer wissenschaftlichen Tagung amerikanische und chinesische Sicherheitsexperten. Man ist durchaus noch weiter im Gespräch.

In Taipeh weist man darauf hin, daß die Beziehungen zu Japan, wenngleich nicht auf diplomatischer Ebene, vorzüglich sind. Die gut geleitete nationale Fluggesellschaft „China Airlines" genießt in Tokio besondere Landerechte. Jeden Tag, so beobachtet man in Taipeh, durchqueren zehn bis zwölf japanische Super-Tanker die Gewässer von Taiwan.

Japan könne sich glücklich preisen, auf der Insel heimliche Verbündete zu haben. Das würdigen übrigens auch die Sowjets, deren Handelsschiffe jedesmal beim Durchfahren der Straße von Taiwan einen Höflichkeitsfunkspruch an das absetzten, was General Wego Chiang gerne als das „Gibraltar des Fernen Ostens" bezeichnet. „Wir antworten nur nie auf die russischen Signale", sagen die Chinesen nicht frei von Hochmut.

Die japanische Flotte ist aus chinesischer Sicht noch nicht in der Lage, sich einer sowjetischen U-Boot-Bedrohung gewachsen zu zeigen. Diese Beurteilung wird von der japanischen Marine geteilt. Taipeh aber könne mit seinem nicht unerheblichen Potential an Schiffen, die zur U-Jagd gerüstet seien, zur Stabilität im westlichen Pazifik beitragen. Taiwan besitzt 33 Zerstörer, die laufend modernisiert worden sind.

Sorge vor einer Invasion der Festland-Chinesen hat man nicht. Man fühlt sich zu gut vorbereitet. Die Rotchinesen könnten mit ihrem Landungspotential höchstens drei oder vier Divisonen anlanden, sie würden vom vorzüglich ausgebildeten Heer der Republik ins Wasser geworfen werden. Eine derartige militärische Niederlage werde sich die Volksrepublik nicht leisten.

Eine andere Frage ist die Möglichkeit der nuklearen Erpressung. Die Volksrepublik besitzt Atomwaffen. Die Antwort der National-Chinesen lautet: Die Kommunisten wollen unserer blühende Insel mit ihrer florierenden Wirtschaft unzerstört in die Hand bekommen. Erpressung könne nur funktionieren, wenn man gewillt sei, das Druckmittel zu benutzen.

So weit die offizielle Sprachregelung. Ob die Chinesen, die natürlich wissen, daß eine konventionelle Armee immer gezwungen ist, vor einer nuklear gerüsteten zu kapitulieren, wirklich Opfer dieser Devise geworden sind, ist unergründlich. In privaten Gesprächen weisen als wohl informiert geltende Chinesen daraufhin, daß es im Land ausreichend viele Atomwissenschaftler gibt. Man habe drei nukleare Reaktoren in Betrieb: „Wir haben die Kapazität, die Bombe zu bauen, nur haben wir sie nicht gebaut."

Ähnlich klingt es auch aus Israel, obwohl niemand mehr daran zweifelt, daß Israel längst im Besitz der Atomwaffe ist, die es als letzte Zuflucht davor schoützen soll, von den Arabern ins Meer getrieben zu werden. Über die Chinesen auf Taiwan mag man spekulieren. Fest steht, daß sie weise Leute sind, entschlossen, wenigstens so entschlossen zu sein wie Kommunisten. (SAD)

Auf Taiwan, dem „Gibraltar des Ostens" hat man keine Sorge vor einer Invasion der Festlandschinesen: F5E-Kampfflieger auf dem Luftwaffenstützpunkt Chiayi FOTO: AP

Timerman mischt wieder mit

WERNER THOMAS, Miami

Jacobo Timerman fühlt sich wieder in seinem Element. Er thront hinter einem breiten Schreibtisch, auf dem sich Zeitungen, Zeitschriften und Bücher stapeln und führt ein forsches Kommando. Er erteilt Anweisungen, schreibt, korrigiert und telefoniert.

Wie sich die Zeiten ändern. Vor fünf Jahren war Timerman Argentiniens prominentester Gefangener. Nach seiner Entlassung ließ sich der Jude in Israel nieder und verfaßte einen Bestseller über seine bitteren Erfahrungen mit der Militärregierung des Generals Jorge Rafael Videla, „Häftling ohne Namen, Zelle ohne Nummer". In den argentinischen Medien folgte damals eine Hetzkampagne gegen den Autor. Besonders stark engagierte sich das Nachmittagsblatt „La Razon". Heute sitzt General Videla hinter Gittern. Timerman kehrte Anfang des Jahres in seine Heimat zurück. Jetzt übt er wieder seinen früheren Beruf aus – Chefredakteur. Er redigiert „La Razon".

In nur zwei Wochen hat der passionierte Zeitungsmann das altmodische und 80 Jahre alte Blatt total umgekrempelt. Zum ersten Mal erscheinen Bilder auf Seite eins und die Artikel sind locker geschrieben. Die Auslandsberichterstattung wurde ausgeweitet und der politische Kurs geändert, statt konservativ nun liberal. Die Auflage stieg prompt um 46 000 Exemplare auf 230 000. Nun will er seine von den Militärs einst geschlossene Zeitung „La Opinion" zu neuem Leben erwecken. Er kann bald wieder der einflußreichste Vertreter der Pressebranche sein.

Jacobo Timerman ist ein streitbarer Mann, der oft in der gefährlichen argentinischen Politik mitmischte. Er schürte die Staatsstreiche der Militärs gegen die zivilen Präsidenten Arturo Illia (1966) und Isabel Peron (1976), was er heute bereut. Timerman hat noch viele Feinde in Argentinien. In erster Linie jene Offiziere, die nach dem Sturz Isabel Perons an die Macht kamen. Obgleich er nie von einem Gericht verurteilt wurde, meinen diese Militärs, daß er einst mit dem linken Untergrund kollaborierte. Selbst die führenden Vertreter der jüdischen Organisationen sind nicht gut auf ihn zu sprechen, seit Timerman ihnen mangelnde Zivilcourage unterstellte. (SAD)

Grüne bezahlten Anreise aus USA

hey, Bonn

Die Bundestagsfraktion der Grünen hatten einer Amerikanerin, die am Mittwoch vom Amtsgericht Würzburg wegen Nötigung verurteilt wurde, die Anreise von San Franzisko finanziert. Nach Angaben von Fraktionssprecher Georg Dick war Pamela Posgoud, die einer amerikanischen Anti-Militarismus-Gruppe angehört, mit „Atom-Veteran" Anthony Guarisco, der 1946 als Soldat bei zwei Atombombenversuchen im Pazifik dabei war, zu Gesprächen mit dem Fraktionsvorstand nach Bonn eingeladen worden. Sie waren nach Wildflecken (Rhön) gereist, wo wegen der Herbstmanöver die „Friedensbewegung" ein „Friedenscamp" veranstaltet. Dort wurde Pamela Posgoud am Dienstag bei Blockaden, die sich gegen die US-Armee richteten, mit 20 anderen festgenommen. Sie bekam eine 60-Mark-Geldstrafe.

Wolfgang Bötsch, Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, nannte es „empörend" und einen „Skandal, wenn Steuergelder", die die Grünen für ihre parlamentarisch-politische Arbeit erhalten, „für illegale Blockadeaktionen und berufsmäßige Demonstranten verwendet werden". Dies sei „mehr als eine Zweckentfremdung" öffentlicher Mittel.

Was Gesine Schwan im NDR sagte

DW. Bonn

Ein Zitat aus einem Interview, das der Norddeutsche Rundfunk (NDR) mit der aus der Grundwerte-Kommission der SPD abberufenen Berliner Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan geführt hat, wurde in der WELT nicht vollständig wiedergegeben. Das für den Sinn des Satzes wichtige Wort „genug" fiel weg. Vollständig lautet das Zitat: „Ich habe den Eindruck, daß die Partei aus einer Reihe von taktischen Gründen und auch aus Gründen, die in Fehlern der Vergangenheit liegen, zur Zeit des NATO-Doppelbeschlusses den Grundwert der Freiheit nicht wichtig genug genommen hat."

Folgt Bagdad dem Beispiel Ammans?

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Irak mag sehr bald dem jordanischen Beispiel folgen und seine diplomatischen Beziehungen mit Ägypten wiederaufnehmen. Dies berichten palästinensische Führer, die aus Amman in Jerusalem eingetroffen sind, aber nicht genannt werden wollen.

Wie Jordanien, brach auch Irak seine Beziehungen mit Ägypten im Jahre 1979 als „Strafe" für die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Israel ab. Mittlerweile haben sich sehr innige, aber inoffizielle Beziehungen zwischen Irak und Ägypten entwikkelt, vor allem infolge des Golfkrieges. Ägypten unterstützt Irak mit Waffen und diplomatischem Beistand. Im Gegensatz zu Syrien, Iran und Libyen, hat Irak auch die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Jordanien und Ägypten begrüßt und sie als weiteren Schritt zum Frieden beschrieben.

Diese Entwicklung ist ein Versuch zu einer Gesamtlösung – allerdings unter Bedingungen, denen Israel derzeit nicht zustimmen würde. Der erste Schritt in Richtung dieser Lösung ist jedoch nicht etwa eine Absprache mit Israel. Statt dessen arbeiten Jordanien und Irak derzeit nur an ihrer Aussöhnung mit Ägypten, das ja als erster arabischer Staat Frieden mit Israel geschlossen hat und deshalb in der arabischen Welt unter Acht und Bann gestellt wurde. Nur Oman, Somalia und Sudan weigerten sich vor fünf Jahren, dem Beschluß der Arabischen Liga zu folgen und ihre Beziehungen mit Ägypten abzubrechen.

Wenn jetzt, dank Jordanien und Irak, Ägypten wieder salonfähig wird, so wird nach Ansicht politischer Beobachter in Jerusalem in den Augen der arabischen öffentlichen Meinung auch ein etwaiger Friedensschluß mit Israel in den Bereich des Möglichen gerückt.

Wie weit Israel im Bilde ist, geht indirekt aus einer Bemerkung von Premierminister Peres hervor, die er in einem Interview am Mittwoch machte: Er stellte fest, daß zwischen Jordanien und Israel zwar kein formeller Friede bestehe, „doch gibt es ein ganzes System von friedlichen und beruhigenden Beziehungen ... Diese müssen wir jetzt zu einem formell unterschriebenen Abkommen umgestalten." (SAD)

Die starken Bataillone stehen hinter Sharon

In der Herut formt sich eine Fronde gegen die Parteispitze

Von RAFAEL SELIGMANN

In zwei Jahren soll der Chef der israelischen Arbeiterpartei, Shimon Peres, von seinem Amt als Premierminister zurücktreten und die Stelle für den gegenwärtigen Außenminister Yitzhak Shamir freimachen, so steht es in den Koalitionsvereinbarungen zur Bildung der neuen Regierung der Nationalen Einheit in Jerusalem. Freilich, daran glaubt heute kaum noch jemand in Israel. Shamirs Position als Chef der Herut-Partei ist angeschlagen. Es ist allerdings nicht eine Krise Shamirs, wie viele unzufriedene Parteimitglieder glauben machen wollen, sondern in erster Linie eine Krise der Herut-Partei.

Die Herut kann mit Fug und Recht „ein Kind" Menachem Begins genannt werden. Der frühere Kommandeur der gegen die Briten kämpfenden Untergrundorganisation Irgun Zwai Leumi (Ezel) gründete nach der Staatsgründung im Jahre 1948 die Herut (Freiheits)-Partei. Er führte die Herut von einer verfemten politischen Gruppe, die nur zehn Abgeordnete in der Knesset besaß, nach Bündnissen mit den Liberalen und anderen Parteien der Mitte (Likud) zur anerkannten Mehrheitspartei. 1977 wurde Begin Premierminister. Er war neben Staatsgründer David Ben Gurion gewiß der wichtigste israelische Politiker. In seiner Partei war der charismatische Redner Begin der unumstrittene Chef. Gleichwohl verstand er es, sich aus den vielfältigen politischen Strömungen der Herut herauszuhalten. Begin thronte gewissermaßen über dem gemeinen Parteivolk. Als Begin 1982, nur ein Jahr nach einem klaren Wahlsieg, ohne Vorankündigung zurücktrat, stürzte er die Partei in eine tiefe Identitätskrise. Wie fast alle starken politischen Führungspersönlichkeiten hatte er es versäumt, einen Nachfolger zu fördern.

Shamirs knapper Sieg

Nach einer Kampfabstimmung wurde der damalige Außenminister Shamir zum Nachfolger Begins als Premier und zum Chef der Herut gewählt. Nomineller Vorsitzender blieb Menachem Begin. Shamir, der aus Polen stammt, setzte sich gegen Vizepremier David Levy, einen marokkanischen Juden, durch. Beobachtern fiel bereits damals auf, daß sich gut ein Drittel des rund 1000-köpfigen Herut-Zentralkomitees nicht an der Abstimmung beteiligt hatte. Es waren, wie sich bald herausstellen sollte, die Anhänger des damaligen Verteidigungsministers Moshe Arens und seines Vorgängers Ariel Sharon. Arens konnte nicht kandidieren, weil er kein Knesset-Mitglied war, und Sharon hatte als Verteidigungsminister des von vielen Pannen begleiteten Libanon-Feldzugs erheblich an Ansehen verloren.

Arens als Kompromiß?

Kaum war Shamir im Amt, betrieb er eine rigorose Personalpolitik. Die Herut-Mitglieder, an eine weitgehende innerparteiliche Demokratie gewöhnt, begehrten auf. Kurz vor den Wahlen im vergangenen Juli forderte Sharon Shamir heraus. Der Premier siegte nur knapp gegen seinen Widersacher, den er im politischen Abseits wähnte. Während des Wahlkampfes gelang es Sharon, einem europäischstämmigen Juden, sich die Sympathien der meisten orientalischen Herut-Anhänger zu sichern. Vor allem die Einwohner der Entwicklungsstädte, der Grenzregionen und der ärmeren Stadtviertel in Tel Aviv sowie Jerusalems unterstützen Sharon. Levy dagegen wird in erster Linie von den europäisch-stämmigen Großstädtern favorisiert.

Das relativ schlechte Abschneiden bei den Wahlen, der Likud fiel von 47 auf 41 Mandate zurück, wurde nun von vielen Shamir angelastet. Dennoch blieb die Partei zunächst loyal. Als Shamir während der Koalitionsverhandlungen mit der Arbeiterpartei, in erster Linie von Begins Schwiegersohn Roni Milo und dem Abgeordneten Deckel beraten, nach eigenem Gutdünken Minister- und Staatssekretärsposten für die Herut festlegte, brach der Sturm in der Herut los. Anführer der Fronde ist gegenwärtig der frühere Finanzminister Yoram Aridor, der sich von Shamir übergangen fühlt. Die starken Bataillone stehen jedoch hinter Ariel Sharon und David Levy Gewehr bei Fuß. Es ist durchaus denkbar, daß nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen beiden Moshe Arens als Kompromiß-Kandidat an die Spitze der Herut treten könnte.

Niederlande: Die Parteien werden immer kleiner

BODO RADKE, Den Haag

Nahezu alle politischen Parteien der Niederlande leiden unter Mitgliederschwund. Für einige von ihnen haben deshalb die finanziellen Schwierigkeiten bereits dramatische Formen angenommen. Parteiaustritte werden in der Regel damit begründet, daß man den Mitgliedsbeitrag nicht mehr aufbringen könne. Ausgenommen von der allgemeinen Tendenz sind nur drei kleine orthodox-calvinistische Parteien, deren Anhang in letzter Zeit sogar leicht zunahm.

Die Sozialistische Partei der Arbeit (PVDA), bei der im Rekordjahr 1977 noch 123 000 Menschen als Mitglieder eingeschrieben waren, sackte im August erstmalig auf eine Mitgliederzahl von unter 100 000. Die Christdemokraten (CDA), die im Jahre 1980 nach der Fusion von drei konfessionellen Vorgängerparteien über rund 150 000 eingeschriebene Anhänger verfügten, müssen sich inzwischen mit 132 000 begnügen. Und die zusammen mit den Christdemokraten regierenden Liberalkonservativen (VVD) sahen seit Beginn dieses Jahres ihre Mitgliederzahl von 95 528 auf 91 151 zusammenschrumpfen.

Während an den Spitzen dieser drei großen Parteien Hollands die finanziellen Auswirkungen dieser Entwicklung noch gelassen beurteilt werden, befinden sich die Linksliberalen bereits in einer Existenzkrise. Seit 1981 ist der linksliberale Anhang von etwa 20 000 auf knapp 9000 zusammengeschmolzen. Auch die Sozialistischen Pazifisten (PSP) tragen Trauer. Wenn diese linksradikale Oppositionspartei zwischen 1977 und 1982 eine Verdoppelung ihrer Mitgliederzahl auf über 10 000 erlebte, muß sie sich inzwischen mit 8000 zufrieden geben.

Von der Zentrale der Kommunistischen Partei (CPN) werden exakte Angaben über die Zahl der Mitglieder abgelehnt. Man gibt jedoch zu, daß Verluste zu registrieren sind, wobei die heftigen Flügelkämpfe im kommunistischen Lager zweifellos eine Rolle spielen.

Nur für die drei orthodox-calvinistischen Parteien SGP, GPV und RPF gibt es keine Probleme. Zusammen verfügen sie über einen festen Anhängerstamm von etwa 48 000 strenggläubigen Menschen, die alle politischen Vorgänge an den heiligen Worten der Bibel messen. (SAD)

Fast unmerklich gewinnt der Islam immer mehr Einfluß

Stetige Ausbreitung unter Animisten-Stämmen / Khadhafi hilft nach, notfalls mit Gewalt

Von BERNT RÜTTEN

Kano, alte Handelsmetropole im Norden Nigerias, ist bei weitem nicht so chaotisch wie die Hauptstadt Lagos. Doch auch hier hat die Moderne längst Einzug gehalten. Bauten aus Zement, Stahl und Glas drängen die traditionelle Lehmarchitektur zurück und nur vor den schmalen, ungepflasterten Wegen der Altstadt macht der motorisierte Verkehrsfluß halt.

Doch allwöchentlich freitags um die Mittagszeit scheint das Chaos Form anzunehmen: Die ganze Stadt strebt einem Ziel zu: Der große Platz vor der Moschee füllt sich mit Tausenden von Menschen, die sich ordentlich in Reihen niederlassen. Stille breitet sich aus, wenn vom Minarett der Ruf des Muezzin erschallt, verbeugt sich die riesige Menschenmasse wie von einer unsichtbaren Hand gesteuert im Gleichtakt in Richtung Mekka, wirft sich, minutenlang verharrend, zu Boden, erhebt sich, das Ganze mehrmals wiederholend.

Nordnigeria ist Schwarzafrika. Aber irgendwo und unmerklich – etwa auf der Höhe des 20. Breitengrades – verläuft quer durch Mauretanien, Mali, Niger, Tschad und Sudan die Grenze zwischen Schwarz- und Weiß- (Nord-)afrika.

Mit Ausnahme von Mauretanien, wo Schwarze traditionell Sklavenstatus einnehmen, haben all diese Staaten eindeutig schwarzafrikanischen Charakter. Die dort nomadisierenden hellhäutigen Stämme sind zumeist Tuareg. Ein seßhaftes Leben zu führen, ist ihnen fremd, und bis heute mißachten sie die willkürlich gezogenen Grenzen der Staaten der Region. Sie haben sich auch einer Integration weitgehend entzogen.

Die nordafrikanischen Staaten sind demgegenüber eindeutig arabisch geprägt, obwohl zumindest in den Maghreb-Staaten nicht Araber, sondern Berber als autochthone Bevölkerung gelten müssen. Im Zuge der islamischen Expansion Anfang des 8. Jahrhunderts vermischten sich dort die von der arabischen Halbinsel kommenden Eroberer mit den einheimischen Berbern oder Kabylen.

Seither fühlen sich die nordafrikanischen Staaten, obwohl seit ihrer Gründung Mitglied in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE), die alle Staaten des Kontinents außer Südafrika umfaßt, mehr zum Nahen Osten als zu Afrika gehörig. Hinzu kommt, daß Nordafrika im Gegensatz zu Schwarzafrika schon in der Antike dem Mittelmeerraum und dem griechisch-römischen Kulturkreis verbunden war.

Im Laufe der Jahrhunderte gelangte der Islam durch die Sahara, die wie ein riesiges Binnenmeer Nord- und Schwarzafrika zugleich trennt und verbindet, von Nord- nach Westafrika. Einerseits waren es arabische Kaufleute, andererseits Militärexpeditionen nordafrikanischer Herrscher – so die Almoraviden –, die den Islam in den damals blühenden Reichen von Ghana, Mali und Songhay zur Religion des Hofes und des Handels in Westafrika erhoben.

Der Islam blieb jedoch mit heidnisch-animistischen Elementen vermischt, bis Anfang des 19. Jahrhunderts puritanisch geprägte Erneuerungsbewegungen eine Rückkehr zum „reinen" Islam durchsetzten. So unterwarf der Fulani Usman Dan Fodio in einem „heiligen Krieg" die Haussa-Königtümer im heutigen Nordnigeria und ersetzte sie durch islamische Herrscher, die ihrerseits einem Sultan unterstellt waren.



Seitdem sind weite Teile Westafrikas ganz überwiegend islamisch geprägt – vor allem Senegal, Mali, Niger, Nordnigeria. Die christliche Missionierung bremste lange Zeit den Vormarsch des Islam. Christliche Erziehung und Bildung erwiesen sich gegenüber der traditionell islamischen als überlegen, weil sie den Schlüssel zum Verständnis der modernen westlichen Zivilisation enthielten, die die christlichen Kolonialherren mit sich brachten.

Das Nebeneinander von Islam, Christentum und Animismus hat in Westafrika bis heute immer gut funktioniert. Wenn es zu Pogromen kam, waren diese ethnisch, nicht religiös bedingt. Ein Beispiel dafür ist die Ermordung christlich-animistischer Ibos durch islamische Nordnigerianer, die zum Ausbruch des Biafra-Krieges führte. Auch beim Bürgerkrieg in Tschad trifft dies zu.

Die Radikalisierungstendenzen des Islam scheinen in Westafrika bis vor wenigen Jahren keine Rolle gespielt zu haben. Sie können sich offenbar nur auf einem traditionell einheitlich-islamischen Hintergrund bilden. Auch die starken sozialen Gegensätze werden in Schwarzafrika eher vom Problem der ethnischen Gegensätze überschattet. In jüngster Zeit jedoch sind auch in westafrikanischen Staaten Umtriebe radikaler Muslims zu beobachten.

Packt islamischer Fanatismus die Massen, bleibt dies regional beschränkt – wie bei den Unruhen in Nordnigeria in den Jahren 1981 und 1983. So fehlt auch den mit egalitären Umverteilungsparolen an die Massen appellierenden Revolutionären Rawlings in Ghana und Sankara in Bukina (Obervolta) die islamische Komponente, ohne die ihr Flirt mit dem libyschen Revolutionsführer Khadhafi auf Dauer nur mit Gewalt ernst werden kann. Seine Stärke ist allein, daß er bereit und in der Lage ist, überall und jederzeit diejenigen zu unterstützen, die eine soziale Veränderung herbeiführen oder auch nur einfach die herrschenden Regime beseitigen wollen.

Wie fremdartig den schwarzen Afrikanern im Grunde der revolutionäre Modellstaat Libyen ist, zeigte sich bei den beiden mißglückten Versuchen, 1982 in Tripolis eine OAE-Gipfelkonferenz zustandezubringen: Da Alkoholkonsum in Libyen damals noch streng bestraft wurde, brachten viele Delegierte ihre eigenen Bier- und Whiskyvorräte mit. Die Zöllner drückten beide Augen zu.

Dennoch scheint der Islam in Schwarzafrika insgesamt in einer langsamen, aber stetigen Expansion begriffen zu sein. In einer Zeit des raschen Wandels von archaischen zu modernen Lebensformen, in der traditionelle Werte zerbrechen, ohne daß neue erkennbar sind, vermag der Islam wegen seiner starken Formalisierung manchen Stämmen einen Halt zu bieten. Auch wird der Islam als Religion der Dritten Welt nicht mit der Epoche des Kolonialismus assoziiert.

Ein Experiment findet seine Rechtfertigung

Von E. ANTONAROS

In weniger als sechs Wochen wird das jüngste Experiment der Türkei mit der Demokratie ein Jahr alt. Als nach dreijähriger direkter Militärherrschaft die türkischen Wähler am 6. November 1983 ein Parlament wählen durften, ging durch Anatolien, aber auch durch Westeuropa ein Schrei der Entrüstung über dieses „abgekartete Spiel".

Tatsächlich hatte der ein Jahr zuvor zum Staatsoberhaupt gewählte General Kenan Evren nur drei Parteien zugelassen und dazu noch in einer glücklosen Fernsehrede am Vorabend des Urnengangs das Ergebnis zu beeinflussen versucht. Keine 48 Stunden später mußte er jedoch zusehen, wie seine Lieblingspartei unterging und der vom Militär nicht gerade gemochte Turgut Özal zum Wahlsieger wurde.

In den seither verstrichenen elf Monaten ist der Weg zur politischen Normalisierung fortgesetzt worden. Freilich: Eine parlamentarische Demokratie nach westeuropäischem Muster ist das Land zwischen der Ägäis und dem Berg Ararat ganz bestimmt nicht – und wird es in den nächsten Jahren möglicherweise auch nicht werden. Die Presse leidet weiterhin unter einer – vorsichtig und nur in bestimmten Sachgebieten praktizierten – Zensur, die Situation in den türkischen Gefängnissen ist bedenklich, das Gewerkschaftswesen ist weitgehend eingeschränkt worden, trotz der Auflockerung des Ausnahmezustandes kommen viele Türken vor Militärgerichte, zahlreiche Prozesse sind politisch motiviert.

Dennoch tut man den Türken unrecht, wenn man ihr Regime, wie es vor allem linkslastige Kreise ohne gründliche Türkei-Kenntnisse oft tun,kritiklos als eine „Diktatur unter dem Deckmantel der Demokratie" apostrophiert. Eher handelt es sich um eine „beaufsichtigte Demokratie in der Entstehungsphase".

Die türkische Demokratie hat bekanntlich eine kurze Geschichte. Sie begann fast unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, als Staatschef Ismet Inönü als Nachfolger des Staatsgründers Kemal Atatürk den Einparteienstaat freiwillig abschaffte und den politischen Pluralismus einführte. Bereits 1950 wurden diese Reformen mit der Wahlniederlage der bisherigen Staatspartei besiegelt.

Seither hat das Militär insgesamt dreimal – 1960 und 1980 direkt, 1971 per Ultimatum an die Politiker – in das politische Geschehen eingegriffen. Diese Eingriffe hatten immer einen korrektiven Charakter. Es ging nicht darum, die eine oder andere politische Partei zu favorisieren, sondern das nach Ansicht der Offiziere – zu Recht oder Unrecht – bedrohte Staatsgefüge zu stabilisieren. In keinem Fall ist die Armee gezwungen worden, die Macht an die Politiker zurückzugeben. Der Übergang ist jeweils freiwillig über die Bühne gegangen. Auch 1983 erfolgte die Rückgabe der Macht an die gewählten Volksvertreter nicht etwa aus einer Notlage heraus, wie es 1974 im Nachbarland Griechenland der Fall gewesen ist, sondern aus freien Stücken.

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß die Generale auch diesmal ein genaues Konzept über die künftigen Konturen der Demokratie in der Türkei haben. Ob ihre Erwartungen in der Praxis anwendbar und daher realitätsbezogen sind, bleibt abzuwarten. Bisher ist deutlich geworden, daß die Vorstellungen der Offiziere selbst in einem Land, wo der Respekt vor dem Militär tief in der Seele des Durchschnittsbürgers sitzt und daher echt ist, mit den politischen Realitäten selten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind. Solche Erfahrungen haben die Offiziere seit der Parlamentswahl, wenn auch gelegentlich zähneknirschend, in Mengen gesammelt.

Andererseits: Der freiwillige Rückzug des Militärs in die Kasernen beruht auf einem stillschweigenden politischen Konsens, vor allem im Zusammenhang mit der Aufteilung der Kompetenzen in der Ausübung der Macht. Ministerpräsident Turgut Özal, der seit Dezember 1983 die Türkei regiert, kennt diese Realitäten. Er trägt die Verantwortung in fast allen Bereichen – die nationale Verteidigung und Sicherheitsfragen bilden die wichtigen Ausnahmen.

Das Militär hat sich diese Kompetenzen vorbehalten, weil dies selbst unter früheren demokratischeren Regierungen – etwa zu Zeiten Demirels oder Ecevits – zur Standardpraxis gehört hat. Nach allen türkischen Verfassungen gilt die Armee nämlich als Garant der Reformen Atatürks und ist nicht nur berechtigt, sondern auch beauftragt, sofort einzuschreiten, wann immer dieses Reformwerk bedroht zu sein scheint.

Seit 1980 ist die Wachsamkeit der Offiziere besonders groß: Denn nie zuvor hatte die Türkei so nah am Rande des Bürgerkriegs gestanden wie in den Jahren unmittelbar vor der letzten Machtergreifung der Streitkräfte. „Was damals passierte, ist noch frisch in unserer Erinnerung und darf so schnell nicht vergessen werden", pflegt Staatschef Evren den Türken gelegentlich zu sagen. Özal respektiert diese Sensibilitäten.

Dennoch ist die Aufteilung der Macht zwischen Politikern und Offizieren kein enganliegendes Korsett, das nicht gelockert werden kann. Die Entwicklungen der letzten Monate haben vielmehr in aller Deutlichkeit gezeigt, daß das Militär in gewissen Aspekten flexibel ist, weil es die eigenen Unzulänglichkeiten immer wieder zur Kenntnis nehmen muß. Das eklatanteste Beispiel stellen die Veränderungen in der türkischen Parteienlandschaft dar. Neue Parteien sind wie Pilze aus dem Boden geschossen. Bei den Kommunalwahlen im Frühjahr wurden zwei der ursprünglich drei von den Generalen zugelassenen Formationen von den neuen Gruppen zu Außenseiterrollen verurteilt. Nur Özal und seine rechtskonservative „Mutterlandspartei" konnten sich, und zwar erstaunlich gut, behaupten, was ein Beweis für ihre Popularität ist. Dazu noch: Gegenüber den Kritikern im In- und Ausland konnte sich Özal nachträglich legitimieren.

Özal ist klug, hat ein selbständiges Denken und genug erfahren, um auf jeden Wunsch der Generale mit einem Ja zu reagieren. Andererseits ist er gescheit genug, um gut zu wissen, daß es sinnlos wäre, die Generale auf Schritt und Tritt zu antagonisieren. Es gilt, sie mit Taten zu überzeugen, daß er Herr der Lage ist, ein erfolgversprechendes Sanierungskonzept für die Wirtschaft hat und dem Land den inneren Frieden bescheren kann, den die Türkei durch die Aktivitäten der Extremisten von rechts und links jahrelang vermissen mußte.

„Unser Weg ist beschwerlich und hindernisreich. Wir müssen unser Ziel in Etappen erreichen", hatte Özal sibyllinisch unmittelbar nach seiner Regierungsbildung gesagt. Im Klartext bedeutet diese Aussage, die gegenüber manchmal ungeduldigen Landsleuten von Zeit zu Zeit in dieser oder anderer Form immer wieder vorgebracht wird: Wir werden beobachtet und müssen immer wieder beweisen, daß unser Weg richtig ist.

Die Türkei ist ein schwer zu regierendes Land mit vielschichtigen Problemen. Es gibt ein Ost-West-Gefälle sozialer und wirtschaftlicher Natur, eine immense Bevölkerungsexplosion, eine fehlende Infrastruktur, zuweilen wird sogar eine Identitätskrise spürbar, weil die Türken einerseits Moslems sind, sich andererseits jedoch zum Laizismus und zum Westen bekennen. Hinzu kommt, daß entlang der östlichen Grenze Anatoliens seit vier Jahren ein Krieg ohne absehbares Ende im Gange ist, der Militärs und Politiker zutiefst beunruhigt. Die Ostregionen sind für die Türken sowieso ein höchst problematisches Gebiet, weil dort ein paar Millionen Kurden zu Hause sind, die die Zentralgewalt in Ankara immer wieder herauszufordern suchen.

Über dieses Thema spricht kein türkischer Politiker, kein türkischer General gerne. Das Wort „Kurde" ist tabu – von „Bergtürken" ist im offiziellen Sprachgebrauch die Rede. Von „separatistischen Elementen" wird gesprochen, wenn kurdische Rebellen aktiv werden. So zuletzt im August, als Aufständische einige Polizeistationen überfielen und mindestens zwei Uniformierte umbrachten.

Problem Nummer eins der Türkei bleibt jedoch die Wirtschaft. Özal weiß allzugut, daß daran sein Erfolg gemessen wird. Deswegen hat er sich auf diese Problematik konzentriert. Seine Austerity-Politik und die Liberalisierung der türkischen Wirtschaft, die einer kleinen Revolution gleichkommen, sind nicht nur gelobt worden. Auch innerhalb seiner Kritik kam es zu Turbulenzen, Özal mußte teilweise harte Kritik einstecken. Aber Ankaras Premier ist in seinem Glauben unerschütterlich, daß allein dadurch nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die türkische Demokratie stabilisiert werden können. Seine bisherigen Teilergebnisse lassen sich sehen und geben ihm recht.



Alle blicken auf Özal, auch die, die ihn nicht wählten. FOTO:HHH

INVESTITIONEN / Stabilität brachte neues Interesse

Drei Pfade ins Ölgeschäft

Die politische Instabilität der Türkei ließ in den Hintergrund treten, daß die Türkei auch für Investoren ein nicht zu übersehender Anlageplatz ist. Denn geographisch gesehen bildet sie eine Brücke zwischen Europa und den noch längst nicht erschlossenen Märkten des Vorderen Orients und Asiens, und auch der einheimische Markt mit 46 Millionen ist attraktiv genug.

Die Unsicherheit über die Zukunft des Landes ließ auch vergessen, daß die Türkei ihre internationale Verflechtung stets beibehalten hat. Sie ist Mitglied der Vereinten Nationen, der NATO, des Europarates, der Islamischen Konferenz, der Islamischen Entwicklungsbank (IDB) der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Sie befindet sich im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) und gemäß des Ankara-Abkommens im Übergang zur Vollmitgliedschaft der Europäischen Gemeinschaft.

Allerdings sind die Beziehungen zur EG nicht ungetrübt. Aufgrund ihrer eigenen wirtschaftlichen Rezession sahen sich die Mitgliedsländer der Gemeinschaft zu Maßnahmen gezwungen, die mit den Bestimmungen des Ankara-Abkommens nicht in Einklang zu bringen sind. Insbesondere wurde die Textilfrage zu einem ständigen Problem zwischen der Türkei und ihren europäischen Partnern. Auch ist die Hoffnung gering, daß den Arbeitern die Freizügigkeit im Jahre 1986, wie vorgesehen, gewährleistet werden kann. Schließlich wartet das vierte Finanzprotokoll seit einem Jahr auf die Unterschrift.

Seitdem die Regierung Özal jedoch wirtschaftliche Erfolge vorweisen kann, und die Zweifel an der Demokratisierung des Landes geringer wurden, rückt die Türkei auch wieder wirtschaftlich in den Mittelpunkt des Interesses.Nach staatlichen Zahlen expandierten die Kapitalinvestitionen 1982 im Vergleich zum Vorjahr um 3 Prozent und 1983 um 4,2 Prozent. Die Investitionen werden von drei staatlichen Banken durch Kreditvergabe gefördert, und zwar durch die State Investment Bank, die Industrial Development Bank of Turkey und die Industrial Investment and Credit Bank. 1983 wurden insgesamt 1031 neue Vorhaben durch die Ausgabe des Incentive Certificates gefördert, mit den Schwerpunkten Dienstleistungen, Manufaktur und Landwirtschaft.

Besonders günstig sind die Regelungen für Investoren im Bereich der Petroindustrie, da das Land für den Ölimport noch erhebliche Ausgaben verkraften muß. Es bieten sich hier drei Möglichkeiten an, einmal die Errichtung einer 100prozentigen eigenen Tochter nach türkischem Recht. Die zweite Option ist ein Joint venture mit einer privaten türkischen Firma und die dritte Möglichkeit ist die Bildung eines Joint venture mit der TPAO, der staatlichen Ölfirma. Gibt es im Bereich der Joint ventures mit Privatfirmen keine Beschränkung hinsichtlich des ausländischen Anteils, werden Joint ventures mit der TPAO auf 49 Prozent begrenzt.

Neben den staatlichen Banken haben auch türkische Privatbanken den Bereich ausländische Investitionen inzwischen in das Spektrum ihrer Dienstleistungen aufgenommen. Die erste, die vollberechtigte Niederlassungen in der Bundesrepublik eröffnete, war die Is-Bank. M.M.

WIRTSCHAFTSPOLITIK / Ziel: Gesundes Partnerland auf der Messe in Hannover

Özals erfolgreiches Umkrempeln

Das Programm, das Ministerpräsident Turgut Özal seit seinem Amtsantritt zur Sanierung der türkischen Wirtschaft anwendet, ist nicht neu. Es ist in den letzten vier Jahren *im Großen und Ganzen fast* in seiner jetzigen Form angewandt worden, weil Özal bereits vor der Machtergreifung durch das Militär die Stabilisierung der türkischen Wirtschaft übernommen hatte und, von einer kleinen Unterbrechung abgesehen, bis zu seinem Wahlsieg im November 1983 in diesem Amt geblieben war.

Und doch erlebt die Türkei seit der Bildung der Regierung Özal eine kleine Revolution im Wirtschaftsbereich: Frei von politischen Zwängen und mit einer absoluten Entscheidungsfreiheit in diesem Gebiet ausgestattet, hat Özal Maßnahmen ergriffen und durchgesetzt, die noch vor einigen Jahren für die Türkei undenkbar gewesen wären. Dazu gehören die Liberalisierung der Devisenpolitik, die Lockerung der Importrestriktionen, die Beseitigung der Subventionen für den hochdefizitären Staatssektor, Pläne über die Rückführung von Staatsunternehmen in die private Hand. Ebenfalls forcierte der gläubige Moslem Özal den Außenhandel mit Anatoliens östlichen Nachbarn und der islamisch-arabischen Welt, während er zugleich in der Anlehnung der Türkei an den Westen neue Akzente setzte.

Wenig Freunde

Özal hat bei seinen 45 Millionen Landsleuten, die in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die schlimmste Wirtschaftskrise in der Geschichte der Türkei durchleben mußten, keine falschen Hoffnungen erweckt. „Mein Programm wird die Wirtschaft umkrempeln, aber nicht von heute auf morgen sanieren. Wir brauchen Jahre, um zur dauerhaften Stabilität zurückkehren zu können", sagte er unmittelbar nach seiner Vereidigung.

Diese Worte bedeuteten: Die Arbeitnehmer mußten den Gürtel noch enger als bisher schnallen. Die Unternehmer mußten ihr Investitionsgebaren revidieren, mit weniger Krediten auskommen, auf ihre eigenen Rücklagen zurückgreifen.

Mit einer solchen Haltung macht man sich verständlicherweise kaum Freunde. Die einzige zugelassene Dachgewerkschaft Türk-Is forderte von Özal eine grundsätzliche Anpassung von Gehältern und Löhnen an den Lebenshaltungskostenindex und darf erst nach mehrmonatigem Warten im Spätherbst mit dem Abschluß eines neuen Tarifvertrags rechnen, der die hochgesteckten Wunschvorstellungen wohlgemerkt kaum wird erfüllen können. Die Unternehmerwelt, zu der Özal früher ausgezeichnete Beziehungen hatte, stöhnt unter der Last der restriktiven Kreditpolitik und der hohen Zinssätze und fordert eine Eindämmung der Importflut, weil davon die einheimische Industrie bedroht wäre.

Stimmen des Zornes und der Enttäuschung werden immer lauter. Schließlich betrachten auch die staatsbewußten Militärs mit deutlicher Skepsis Özals Privatisierungspläne, obwohl sie sich bisher dazu nicht geäußert haben. Ihnen ist aber die Tatsache ein Dorn im Auge, daß Özal Gewinnanteile an der Bosporus-Brücke verkaufen oder die staatliche Fluggesellschaft abstoßen will.

Trotz des Umfangs der Protestwelle zeigt Özal nicht die geringste Neigung, sein Programm auch nur geringfügig zu modifizieren. Im Gegenteil: Er hält daran fest, obwohl er gelegentlich auch innerhalb seiner „Mutterlandspartei" mit scharfer Munition angegriffen wird. Er ist hundertprozentig davon überzeugt, daß er sich auf dem richtigen Pfad befindet.

Die bisherigen Zwischenergebnisse rechtfertigen diesen Optimismus: Die jährliche Inflationsrate konnte von der Mammut-Höhe von über 120 Prozent in 1979 auf weniger als 40 Prozent reduziert werden, eine zusätzliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes, der mit 17 Prozent Arbeitslosen bereits schlimm genug ist, ist ausgeblieben, Ankara erlebt einen keineswegs bescheidenen Exportboom. Große Banken und Konzerne zeigen verstärktes Interesse.

Nach einem geringfügigen Exportrückgang in 1983 (5,73 Milliarden Dollar) rechnet auch die OECD mit Gesamtausfuhren in der Höhe von 6,5 Milliarden für 1984. Özal ist es gelungen, vor allem den Außenhandel mit den kriegerischen Nachbarn Iran und Irak auszuweiten und von den Versorgungsengpässen in diesen beiden Ländern zu profitieren. Andererseits haben die Türken jedoch die unangenehme Erfahrung gemacht, daß der Außenhandel mit diesen beiden Ländern äußerst unbeständig sein und daher unangenehme Auswirkungen, vor allem kurzfristig, auf die türkische Handelsbilanz haben kann. So gingen die Exporte in den Irak von 610 Millionen Dollar in 1982 auf 319 Millionen in 1983 abrupt zurück.

Daher ist es für Ankara besonders wichtig, daß die Bundesrepublik ihren Platz als traditionell wichtigster Außenhandelspartner der Türkei zurückerobert hat. Schließlich will man sich im Frühjahr auf der Hannover-Messe als „gesunder Partner" vorstellen. Im ersten Halbjahr 1984 exportierten die Türken Waren im Gesamtwert von 642 Millionen Dollar (ein Plus von 74 Prozent gegenüber dem Vorjahr) nach Deutschland.

Erstmals Überschuß

In türkischen Regierungskreisen ist man der festen Überzeugung, daß ohne die innerhalb der europäischen Gemeinschaft geltenden Einfuhrrestriktionen für Textilien der Handel mit der Bundesrepublik noch mehr floriert hätte. Bemerkenswert ist, daß zum ersten Mal überhaupt der Handel mit Deutschland einen Überschuß zugunsten der Türkei aufweist.

Trotz des Exportbooms haben die Türken ein recht großes Loch in ihrer Leistungsbilanz zu stopfen, weil unter anderem die sehr wichtigen Überweisungen der Gastarbeiter nach wie vor rückläufig sind: In den ersten vier Monaten von 1984 sind nur 362 Millionen Dollar gegenüber 473 Millionen in demselben Vorjahreszeitraum überwiesen worden. Bei erwarteten Importen in der Höhe von 9,7 Milliarden Dollar und einem Schuldendienst von 1,3 Milliarden wird das Zahlungsbilanzdefizit voraussichtlich 850 Millionen Dollar betragen, was eine beträchtliche Verbesserung gegenüber 1983 (2,1 Mrd. Dollar) ist.

Es besteht kein Zweifel: Obwohl die Auslandsschulden zur Zeit 19 Milliarden Dollar betragen, ist die Türkei schon wieder kreditwürdig geworden. Zahlreiche Banken im Ausland, aber auch der Internationale Währungsfonds und die OECD beurteilen die Zwischenbilanz der Sanierungsmaßnahmen positiv und begrüßen die ständige Zunahme des Bruttosozialproduktes. Gleichzeitig warnen sie allerdings vor einer übermäßigen Euphorie.

EVANGELOS ANTONAROS

AUF EINEN BLICK

WICHTIGE ANSCHRIFTEN

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Türkische Botschaft, Utestraße 47, 5300 Bonn 2, Tel.: 0228/34 40 81, Telex: 88 55 96

Honorar-Generalkonsulat in Bremen, Generalkonsulate in Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Köln, Mainz, München, Münster, Nürnberg, Stuttgart, Berlin

Informationsbüro des Kultur- und Tourismusiministeriums Baselerstr. 37, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/23 30 81-2

Karls Platz 3/1, 8000 München 2, Tel.: 089-59 49 02 und 59 43 17

Türkisch Airlines Büros, in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln, München, Nürnberg, Stuttgart und Ulm

Staatliche Industrie- und Arbeitnehmerinvestitionsbank, Hansaring 149, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/72 04 58, Telex:88 82 729 dsyb d

Is-Bank, Kaiserstr. 3, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel.: 069/20 635 und Admiralstr. 37, 1000 Berlin 36, Tel.: 030/61 43 034

TÜRKEI

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Atatürk Bulvari 114, Ankara, Tel.: 009041/26 54 65, Telex: 42 379 aank tr

Generalkonsulate in Istanbul und Izmir

ÖFFNUNGSZEITEN DER BEHÖRDEN

9.00 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr

OFFIZIELLE FEIERTAGE

1. Januar: Neujahrstag, 23. April: Tag der nationalen Unabhängigkeit und Tag der Kinder, 19. Mai: Tag der Jugend und des Sports, 30. August: Tag des Sieges, 29. Oktober: Tag der Republik

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Volk ohne Geschichte?

„Vom nationalen Horizont der Schrebergarten-Pluralisten"; WELT vom 17. September

Dieser Artikel war schon lange fällig.

Er wird natürlich ein gewaltiges Kontra vieler sogenannter Fachleute hervorrufen, die – unbeeindruckt von den täglich feststellbaren katastrophalen Folgen der absoluten Geschichtslosigkeit an unseren Schulen – an ihrer privaten Geschichtsdeutung festhalten und sie als allein seligmachend anerkannt wissen wollen.

Die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten bei uns zeigt zweierlei: Erstens eine bis ins Groteske gesteigerte vermeintliche Objektivität, die meint, Geschichte aus allen möglichen Richtungen heraus betrachten zu müssen und dabei offenbar bewußt auf die Einnahme eines eigenen deutschen Standpunktes verzichtet, zweitens die Unfähigkeit (oder Absicht?), Geschichte im Zusammenhang mit der jeweiligen Zeit zu sehen. Die Projizierung auf die Gegenwart bringt es mit sich, daß selbst Heinrich I. als Wegbereiter Hitlers hingestellt werden kann.

Jeder tut sein Bestes, um bloß nicht in den Verdacht zu geraten, etwa als national gleich deutsch zu erscheinen, denn das wäre das schlimmste, was einem modernen Historiker passieren könnte: Als Nationalist abgestempelt zu werden, schlimmstenfalls sogar als Nazi. Alles schon geschehen.

In diesem Zusammenhang muß die Frage erlaubt sein, ob die Übertragung der Kulturhoheit auf die Länder seinerzeit wirklich der Weisheit letzter Schluß war.

Mit freundlichen Grüßen
B. Kriebel,
Groß Gronau

*

Den Behauptungen von Prof. Diwald kann ich nicht voll zustimmen: Im Geschichtslehrbuchwerk 1983 der DDR – nur ein verbindliches Buch für jedes Schuljahr – ist Friedrich der Große noch Friedrich II., Bismarck kommt gar nicht gut weg, und Thomas Müntzer wird mehr Raum gewidmet als Luther. Selbst auf der offiziellen Luther-Ausstellung 1983 im Berliner Zeughaus war Müntzer besonders durch einen Tiefstrahler hervorgehoben. Die Aufstellung des Friedrich-Denkmals „Unter den Linden" (nachts ohne Beleuchtung!) und die Biographie von Ingrid Mittenzwei haben im Geschichtsunterricht keine Änderung gebracht.

Mit freundlichem Gruß
G. K. Schmelzle,
Norden 1

*

Hellmut Diwald hat vielen „Republikflüchtlingen" aus dem Herzen gesprochen, dafür Dank. Erneuerung des Nationalbewußtseins in einem zerstückelten, orientierungslosen, von Selbsthaß heimgesuchten Volk ist eine fortschrittliche, ja lebenspendende Tat, ganz gleich, wer sie ausführt und aus welchen Motiven auch immer. Ohne Eigenwürde, Geschichtssinn, Nationalstolz gibt es keine Zukunft des deutschen Volkes. Trotz politischer Gegnerschaft zum diktatorischen Honecker-Regime muß anerkannt werden, daß die Wiederbelebung des gesamtdeutschen Geschichtsbewußtseins eine Errungenschaft für die ganze Nation darstellt. Als ehemaliger Bautzen-Häftling bekenne ich: Gebe es diese „DDR" nicht, man müßte sie erfinden.

Wie kläglich agiert dagegen die SPD, die absolut nichts zur Renaissance des deutschen Nationalbewußtseins beiträgt, statt dessen jeder Äußerung von Wiedervereinigungsgegnern im Ausland als Bestätigung der eigenen Kapitulation zujubelt (wie im Fall Andreotti). Die deutsche Frage sei nicht mehr offen, der in Jalta diktierte Status quo müsse von den Deutschen sanktioniert werden: das fordert Apel als Mitglied einer Partei, in deren Reihen einst gesamtdeutsche Patrioten (und Sozialisten!) wie Lassalle, Liebknecht, Bebel, Wels, Reuter, Schumacher, Ollenhauer, Jaksch gekämpft, gelitten haben. Vielleicht ist nach Oskar Lafontaine auch das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl nur eine „Sekundärtugend", auf die man verzichten soll?

Wolfgang Strauss,
Furth i. Wald

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. *Je kürzer die Zuschrift ist,* desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Echte Aufgabe

Es stand in der WELT, in der Ausgabe vom 19. September, aber leider nur relativ klein auf Seite 1 und auch nicht sehr ausführlich auf Seite 20: Rund 66 Milliarden Mark haben die Bundesbürger im letzten Jahr für alkoholische Getränke und Tabakwaren ausgegeben!

Vergleicht man diesen Betrag mit den Kosten des sogenannten Gesundheitswesens, so ist doch überraschend, daß die Ausgaben für stationäre Behandlung im Krankenhaus, für ambulante Behandlung bei Ärzten und für Arzneimittel in der ambulanten Medizin diesen Betrag nicht erreichen. Könnte man die Ausgabenflut für Nikotin- und Alkoholika dämmen, so könnte sicher auch die Kostenflut in der medizinischen Versorgung vermindert werden.

Wenn ich nur das relativ kleine Spektrum meiner Tätigkeit als niedergelassener Internist und Belegarzt überblicke, so muß ich doch leider beobachten, daß neben den überalterten Patienten die kostspieligste Behandlung unsere Alkoholiker und die durch Nikotin Geschädigten erfordern.

Hier wäre eine echte Aufgabe für den Gesetzgeber. Dieser, an der Spitze unser Arbeitsminister Herr Blüm, begnügt sich jedoch damit, auf die Ärzte als die angeblichen Schuldigen fürdie Kosten für ärztliche Behandlung einzuprügeln.

Dr. K. Reichel,
Hersbruck

Wort des Tages

„Liebet eure Feinde! – Nicht aus Schwäche, nicht aus Pflichtgefühl und nicht wegen höherer Forderungen liebt man einen Feind, sondern solche wahre Liebe erblüht aus dem großen, umfassenden Verstehen. Wer tief genug erkennt, kann nur lieben, er kann niemals hassen."

Mahatma Gandhi; ind. Politiker (1869–1948)

Nachholbedarf

„ARD verordnet Engelkes und Gruber Abstinenz"; WELT vom 12. September

Ich meine, daß es einfach unmöglich erscheint, daß vielleicht in Zukunft in allen unseren Medien – wie jetzt im „ARD Aktuell" – nur noch „eine" politische Richtung (und zwar die der linksorientierten Programmdirektoren und Redakteure) vertreten werden darf. Dies würde bedeuten, daß in den öffentlich-rechtlichen Medien keine parteipolitische Neutralität in der Berichterstattung und Moderation mehr möglich sein soll, wie sie an sich eigentlich jeder denkende Rundfunk- und Fernsehhörer als ganz natürlich erwartet, um sich dann selber ein richtiges Bild machen zu können. Nunmehr sollte endlich von den zuständigen Gremien dafür gesorgt werden, daß jeweils die politische Ansicht der Programmdirektoren, Redakteure, Moderatoren, Fernsehjournalisten usw. von diesen nur noch als Privatsache angesehen werden darf. Dies ist z. B. in England und Amerika bei den privaten Fernsehanstalten der Fall. Dies versuchten die Herren Gruber und Engelkes in unserem ziemlich roten ARD-Monopolmedium leider noch ohne dauernden Erfolg.

Bestimmt werden wir über die recht bald auch bei uns eingerichteten privaten Sendeanstalten – und diese mit echter Chancengleichheit, d. h. ohne besondere Anweisungen von den bestehenden öffentlich-rechtlichen Medien in Form eines in ihrem Sinne gedachten Kontrollorgans entgegennehmen zu müssen – über Kabel ein größeres Programmangebot (ohne ständige Wiederholungen) bei bester Qualität bekommen und keine einseitige Orientierung, sondern nur noch eine unparteiische Unterrichtung anhören können. Die dann freie Informationswahl wurde uns Bundesbürgern durch die SPD in den Jahren ihrer Regierung unter ihrem Chef Schmidt bewußt stets verweigert und damit zugleich das Kabelfernsehen usw. abgelehnt.

Die Bundesrepublik hat deshalb beim Kabelfernsehen einen großen Nachholbedarf gegenüber unseren Nachbarländern, wo unter anderem in den Niederlanden bereits 56,6 Prozent aller Haushalte verkabelt sind und in der Schweiz auch schon 43,3 Prozent. Auf die in Amerika nur bestehenden privaten Fernsehanstalten mit ihrer Vielfalt und bekannten Qualität usw. braucht hier nicht eingegangen zu werden.

Helmut Spindler,
Lübeck

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Großer Zapfenstreich für zwei Generale: Bundesverteidigungsminister Dr. **Manfred Wörner** gab auf der Bonner Hardthöhe für den scheidenden Inspekteur des Heeres, Generalleutnant **Meinhard Glanz**, und den ebenfalls in Pension gehenden Leiter der Personalabteilung, Generalleutnant **Hans Kubis**, einen Empfang mit anschließendem musikalischem Zeremoniell. Wörner fand für beide Offiziere herzliche Worte zum Abschied. „Ihr Herz war immer bei der Truppe", sagte er, an Glanz gerichtet. An Kubis schätzte der Minister die trockene Art von Humor besonders in den Personalkonferenzen. Voller spitzbübischer Heiterkeit fügte Wörner hinzu: „Darüber kann ich aber hier wegen der Vertraulichkeit in Personalangelegenheiten nichts sagen." Neben zahlreichen Militärattachés war zu dem Abend auf der Hardthöhe aus Heidelberg auch der Oberbefehlshaber der NATO-Armeegruppe Mitte (Centag), der US-Dreisterne-General **Glenn Kay Otis**, nach Bonn gekommen. In dessen Kommandobereich war vorletzte Woche die deutsche Heeresübung „Flinker Igel" unter der Verantwortung des „KG" vom III. Korps zu Ende gegangen. „Werner Lange hat die Sache prima gemacht", war Otis voll des Lobes über den deutschen Generalleutnant. Heeresinspekteur Glanz faßte in seinen Dankesworten an den Minister die „Erfahrung meiner 29 Jahre freudig erfüllter Pflicht in der Bundeswehr als Lebensregeln für alle Soldaten unseres Landes" zusammen: „Selbstbewußtsein, nicht Selbstherrlichkeit; Mut, nicht Rücksichtslosigkeit; Gelassenheit, nicht Gleichgültigkeit; Gehorsam, nicht Besserwisserei; Treue, nicht Anpassung".

*

„Enthüllungen, aber auf ganz diskrete Weise", meinte Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** gestern, seien in dem Buch „Gnadengesuch für Bonn – Notizen über eine mühsame Politik" enthalten. Verfasser ist **Hans-Henning Zencke**, seit mehr als dreißig Jahren Korrespondent in Bonn, Besitzer des größten „Bauchladens" der Bundeshauptstadt, denn er beliefert 13 Zeitungen. Das im Econ-Verlag erschienene Buch stellt in Tagebuchform das erste Halbjahr 1984 dar.

„Was in einem halben Jahr so alles passieren kann", resümierte Blüm, der beim Chronisten Zencke keineswegs immer gut wegkommt. In diesem sechs Monaten ballten sich Flick-Affäre, Lambsdorff-Rücktritt, Arbeitskampf, Kießling-Affäre, Steuerreform, Personal- und Sachquerelen mancherlei Art im Regierungslager, innen- wie außenpolitisches. Geschildert wird die Kleinarbeit, wie sie auf Fernsehschirmen und in glatten Agenturmeldungen nicht vorkommt. Besonders aufregend werde das Buch jedoch erst, „wenn man es von hinten liest", meinte Blüm schmunzelnd.

Gestern in der Bayern-Vertretung delektierte man sich an diesen Schilderungen und Seitenhieben aus einem ganz normalen Journalistenalltag, suchte den eigenen Namen und lüsterte nach Zitaten derjenigen, die man zu gut kennt. **Fides Krause-Brewer** (ZDF) entdeckte in dem Buch „Politik zum Anfassen". Bayerns Statthalter in Bonn, Minister **Peter Schmidhuber**, konnte viel „Journaille", aber auch manchen Staatssekretär begrüßen, so Dr. **Otto Schlecht** (Bundeswirtschaftsministerium), wie der Buchschreiber Zencke Mitglied der marktwirtschaftlichen Riege, die man liebevoll-spöttisch die „Brigade Erhard" nennt.



Abschied von zwei führenden Heeresgeneralen: Minister Wörner gab für General Glanz (links) und General Kubis den Großen Zapfenstreich. FOTO: WELT

BESTECHUNG?

Italiener fürchten um WM 1990

KLAUS RÜHLE, Rom

Der Verdacht, das Vorrunden-Spiel der Fußball-Weltmeisterschaft gegen Kamerun vom 23. Juni 1982 gekauft zu haben, beschäftigt die italienische Öffentlichkeit und die Massenmedien des Landes. In der Untersuchung des Falles Italien/Kamerun wird eine Art nationale Schmach gesehen, auf alle Fälle jedoch wird vollkommene Klarheit gefordert. Nationaltrainer Enzo Bearzot, Rekordschütze Paolo Rossi und alle übrigen betroffenen Akteure dementieren voller Empörung und nennen das Ganze eine bösartige Seifenblase, die bald platzen werde.

Die italienische Presse scheint die Affäre hingegen sehr ernst zu nehmen. Nach den Enthüllungen von „Epoca" beschäftigt sich jetzt auch die bekannte Wochenzeitung „Europeo" eingehend mit dem Fall. Sie weist darauf hin, daß Gerüchte über *die Manipulation bereits damals in* Spanien im Umlauf waren. Rechtsanwalt Ugo Dal Lago, eine in italienischen Fußball-Kreisen geachtete und als gut informiert geltende Persönlichkeit, habe gleich nach dem Triumph Italiens im Endspiel gegen Deutschland (3:1) in einem Madrider Lokal erklärt: „Ein herrlicher Sieg. Schade bloß, daß wir vor den Erfolgen gegen Argentinien, Brasilien, Polen und die Bundesrepublik Deutschland das Spiel gegen Kamerun gekauft haben." Jetzt, mit zwei Jahren Abstand, nach der Richtigkeit dieser schwerwiegenden Äußerung befragt, stellt Dal Lago fest: „Es gehört nicht zu meinen Gewohnheiten, Behauptungen zurückzunehmen."

Das belastende Material, von den italienischen Journalisten Oliviero Beha und Roberto Chiodi in langen Reisen zusammengetragen, wurde von den Verlagen Mondadori und Feltrinelli – einer für die Veröffentlichung in „Epoca", der andere für eine Publikation in Buchform – den jeweiligen juristischen Experten zur Prüfung vorgelegt und von diesem gutgeheißen, woraus man schließen darf, daß es sich nicht um leere Schaumschlägerei handelt.

In den Erinnerungsberichten der italienischen Zeitungen über das fragliche Vorrunden-Spiel, das Italien dank des Unentschieden den Weg ins Finale öffnete, wird vermerkt, daß die Kamerun-Elf nach dem 1:1 plötzlich passiv wurde und die Spieler am En*de fröhliche Mienen zeigten. Der rö*mische „Messaggero" teilt mit, daß Italiens Fußball-Verband und das Nationale Olympische Komitee als Dachorganisation zwar in ihrer Finanzgebarung vom Rechnungshof streng kontrolliert werden, daß es aber über private Sponsoren durchaus möglich sei, „schwarze Fonds" zu Bestechungszwecken anzuzapfen. Als charmantes Kuriosum informiert das Blatt seine Leser darüber, daß die Firma „Le Coq Sportif" als Sponsor sowohl die italienische wie die Kamerun-Elf mit Kleidung versorgte ...

Der Weltmeisterschafts-Sieg der Italiener wirkte sich nicht nur in einer patriotischen Welle aus, sondern begünstigte auch generell Italiens Image im Ausland. Ein Verlust des Titels am grünen Tisch wäre deshalb eine sehr bittere Pille für die Nation. Außerdem – und das fällt für die Sportbehörden des Landes wohl noch mehr ins Gewicht – würde dann sicher der eben erst abgeschlossene Sponsor-Vertrag für die Nationalelf in Höhe von 100 Millionen Mark verlorengehen und vermutlich auch der Zuschlag für die WM 1990.

TENNIS / Heute im Fernsehen: Deutschland kämpft gegen Rumänien und gegen den Abstieg aus der A-Gruppe des Davis-Cups

Harmonie im Team – weil der Gegner schwach ist

H.-JÜRGEN POHMANN, Berlin

Die Meldung tickerte am 18. September über den Fernschreiber. An diesem Tag nominierte der rumänische Tennis-Verband seine Mannschaft für das Abstiegsspiel im Davis-Cup (heute ab 11.00 Uhr) gegen Deutschland. Doch was auf den ersten Blick für den Deutschen Tennis-Bund (DTB) wie ein glücklicher Zufall aussah, entpuppte sich bei näherem Hinsehen immer mehr als eine billige Möglichkeit, in der A-Gruppe der 16 weltbesten Nationen zu bleiben, ohne durch einen spörtlich ernsthaften Kampf seine Erstklassigkeit zu beweisen. Der Grund: Die Rumänen reisten ohne ihre zwei besten Spieler nach Berlin. Ilie Nastase (39), das vielleicht größte Tennis-Genie nach dem Krieg, fehlt ebenso wie die Nummer zwei Rumäniens, Florin Segarceanu, der an einer Fußverletzung leidet. Dabei ist besonders die Absage von Nastase bedauerlich, der zuletzt in New York und Genf bei Grand-Prix-Turnieren startete. Er al*leine hätte für einen vollen Centre*-Court beim ausrichtenden LTTC Rot-Weiß Berlin gesorgt.

So jedoch präsentieren die Rumänen den Berliner Zuschauern ein Team, das zumindest auf dem Papier noch nicht einmal zweitklassig ist. Wer kennt schon Andrei Dirzu, Adrian Marcu, Michail Vanta und den Neffen von Ilie Nastase, den jugendlichen Mihnea Nastase. Das sind alles Spieler, die in kein Grand-Prix-Turnier der Welt direkt gelangen, sich also qualifizieren müssen, weil sie nicht unter den 400 besten Spielern auf der Computer-Rangliste zu finden sind. Zwar waren die ersten Trainingsspielchen der Rumänen in Berlin recht nett anzuschauen, doch der deutsche Coach, Niki Pilic, hat recht, wenn er sagt: „Über drei Gewinnsätze dürften wir kein Match verlieren."

Und so wirkte das deutsche Team, das auf der Rot-Weiß-Anlage seit Montag trainiert, diesmal sogar als harmonische Einheit. Kein Wunder, vom Gegner droht keine Gefahr. Vergessen sind auch alle Ärgernisse der *letzten Wochen in den Funktionärs*gremien. Wer spricht heute noch über Andreas Maurer, der mit Schlägern und Schuhen startet, die nicht dem DTB-Pool angehören, und der deshalb auch nicht nicht für den DTB im Davis-Cup startberechtigt war.

Auch über den Alibi-Doppeltest, der vor zwei Wochen in Hannover stattfand, spricht keiner mehr. Damals kamen die Funktionäre auf die schlaue Idee, der Öffentlichkeit eigene Einfälle und Aktivitäten zu demonstrieren. Also luden sie die nationalen Meister Klaus Eberhard und Uli Marten ein, um gegen Hans-Dieter Beutel und Wolfgang Popp sogenannte Test-Spiele zu bestreiten. Doch heraus kam, was ohnehin jeder wußte: Obwohl die Berliner mehr Sätze als ihre Gegner gewannen, wurden Beutel und Popp nominiert. Sicherlich keine Fehlentscheidung, warum aber dieser Zirkus in Hannover?

Und selbst Boris Becker, das 16jährige Talent, ist in Berlin kein Thema mehr. Dabei reiste vor 14 Tagen zu einem Bundesliga-Spiel in Amberg neben Pilic und Privatcoach Günter Bosch sogar Beckers Manager, Ion Tiriac an. Alle wollten sich von den Fortschritten des Mannheimer Jungen nach seinem Bänderriß überzeugen. Als jedoch Pilic seine Davis-Cup-Mannschaft ohne Becker nominierte, entlockte dies Tiriac nur ein ironisches „Du bist der Größte".

All dies ist Schnee von gestern, was zählt, ist die Gegenwart. Hier hat Pilic erneut bewiesen, daß er derjenige ist, der die deutschen Stars am besten ansprechen kann. Vier Stunden Training am Tag waren in Berlin ein normales Pensum, *alle zogen sie mit.* Dabei kristallisierte sich recht deutlich heraus, daß Michael Westphal und der 20jährige Debütant Hansjörg Schwaier aus München die besten deutschen Einzelspieler sind. Beide wirkten speziell an der Grundlinie sicher und sind nach dem erfolgreichen Abstecher beim US-Sommer-Cirquit der USA mit einer *gehörigen Portion* Selbstvertrauen ausgestattet. Eine Hoffnung, die auch für das Doppel gilt, denn Beutel und Popp treten in Berlin zum erstenmal gemeinsam in einem Wettkampf auf. Angesichts der schwachen Gegner wird auch das schwerwiegendste Manko der beiden keine Rolle spielen. Beide sind sogenannte „Linksspieler", was so viel heißt, daß sie gewohnt sind, auf der Rückhand-Seite zu returnieren.

Also ist alles auf ein 5:0-Erfolg der Deutschen programmiert, was nicht nur den Erhalt der Erstklassigkeit im Davis-Cup bedeuten würde. Zusätzlich wird diese harmonische Berlin-Woche noch mit einigen Prämien des Verbandes versüßt. 5000 Mark erhält jeder Spieler als Grundprämie, weitere 2500 Mark je Einsatz, 10 000 Mark je Punkt (solange die Begegnung noch nicht entschieden ist) und 30 000 Mark gibt es zusätzlich als Siegprämie für die Mannschaft.

*

● Das Erste Deutsche Fernsehprogramm (ARD) überträgt heute ab *11.00 Uhr original die beiden ersten* Einzel. Schwaier spielt als erster gegen Marcu, Westphal anschließend gegen Dirzu. Das Doppel wird morgen ab 13 Uhr ausgetragen.

SCHACH / WM

6. Partie: Karpow hat Vorteile

LUDEK PACHMAN, Bonn

Die sechste Partie der Schach-Weltmeisterschaft in Moskau zwischen Titelverteidiger Anatoli Karpow und seinem Herausforderer Garri Kasparow ist nach 41 Zügen vertagt worden. Die Begegnung wurde gestern abend zu Ende gespielt (Ergebnis lag bei Redaktionschluß noch nicht vor). Weltmeister Karpow hat in der Abbruchstellung bei materiellem Gleichstand in einem Turm-Endspiel einen entfernten Mehrbauern und die aktivere Königsstellung.

Im bisherigen Verlauf des Wettkampfes *(Sieger ist, wer als erster* sechsmal gewonnen hat, Unentschieden werden nicht gezählt) ließ sich Kasparow weitgehend den Stil seines Gegners aufzwingen und fand überhaupt keine Möglichkeit, günstige taktische Verwicklungen herbeizuführen. Anatoli Karpow ist theoretisch offensichtlich viel besser vorbereitet.

Die Notation (Damenindisch, Kasparow weiß): **1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sf3 b6, 4.g3 La6, 5.b3 Lb4+, 6.Ld2 Le7, 7.Lg2 0-0,**

In der vierten Partie hatte Kasparow nach Lb7, 8.Sc3 d5, 9.cxd5 exd5 nur minimalen Vorteil. Trotzdem wählt Karpow jetzt einen neuen, wie es scheint chancenreichen Aufbau.

8.0-0 d5, 9.Se5 ...

Die ganze mit 5.b3 beginnende Variante gilt als sehr ruhig, aber hier verspricht 9.cxd5 doch ein wenig mehr.

9. ... c6, 10.Le3 Sfd7!, 11.Sxd7 Sxd7, 12.Sd2 Te8, 13.e4 b5!,

Schwarz hat bereits gutes Gegenspiel: 14.c5? wird mit b4! beantwortet.

14.Te1 dxe4, 15.bxc4 Sb6!,

Nach dxc4 ließe sich der Bauer c4 nicht lange verteidigen. Es folgt zum Beispiel 16. Da4 Lb5, 17.Dc2 c5, 18.d5. Oder 17. ... Te8, 18.a4 La6, 19.Da2 usw.

16.cxb5 cxb5, 17.Tc1 La3, 18.Te2 Sa4, 19.La1 Txc2, 20.Dxc2 Da5, 21.Dd1 Te8, 22.Sb3 Db4, 23.d5 exd5, 24.exd5 Se3, 25.Dd4!? ...

Auch nach 25.Dd2? könnte Schwarz den Bauern a2 schlagen, aber 25.Lxc3 bot meines Erachtens bessere Ausgleichschancen.

25. ... Dxd4, 26.Sxd4 Sxa2, 27.Se6 Lc5, 28.Lb3 Ta8, 29.Ld4!? ...

Auch im Falle von 29.Td1 Sb4!, 30.Sxb4 Lxb4, 31.d6 Td8 wird der d-Bauer aufgehalten.

29. ... Lxd4, 30.Sxd4 Kf8, 31.d6 Se3, 32.Sc6 Lb7, 33.Lg2 Te8, 34.Se5! f6!,

Natürlich nicht Lxg2??, 35.Sd7+ und gewinnt.

35.d7 Td8, 36.Lxb7 fxe5, 37.Le6 ...

Nach 37.Txe5+ Kd6, 38.Te8 Kc7, 39. Kf1 folgt b4 usw.

37. ... Ke7, 38.Lxe5 Sxb5, 39.Txe5+ Kxd7, 40.Txb5 Kc6, 41.Th5 h6, 42.Te5 ...

Hier wurde die Partie abgebrochen. Nach dem wahrscheinlichen Zug 42. ... Ta8 kann Weiß den Bauern g7 nicht gewinnen. Zum Beispiel: 43.Te7 a5, 44.Txg7 a4, 45.Te7 a3, 46.Te1 a2, 47 Ta1 Kc5.

1. FC KÖLN / Nationalspieler in Nöten

Libero Strack kämpft gegen finanziellen Ruin

ULRICH DOST, Köln

Gerd Strack hat mit seinem Kopfballtor zum 2:1 über Albanien die deutsche Fußball-Nationalmannschaft vor einer der größten Blamagen bewahrt und gleichzeitig die Teilnahme an der Endrunde der Europameisterschaft in Frankreich gesichert. Nun aber ist der 29 Jahre alte Libero des 1. FC Köln an einem *Punkt in seinem Leben* angekommen, den er bislang noch nicht kannte: Gerd Strack ist wirtschaftlich am Ende (die WELT berichtete).

Für ihn kam es in den letzten Wochen knüppeldick: Zum einen stellte sich heraus, daß er in seinem Lotto-Toto-Geschäft ein Minus von 200 000 Mark gemacht hat. Zum anderen wurden für ihn die monatlichen Belastungen bei einem Häuserkauf unerwartet so hoch, daß er sie nicht mehr bezahlen konnte: Als die Not am größten war, wurde sein Manager Rüdiger Schmitz beim 1. FC Köln vorstellig und wollte vom Klub einen Vorschuß für seinen Mandanten. Die Kölner verlangten selbstverständlich Einblick in den Vorgang und kamen durch ihre Rechtsanwälte ziemlich bald zu dem Schluß, daß der Spieler wirtschaftlich am Ende sei. Schmitz betreut auch die Kölner Schumacher und Littbarski sowie die Frankfurter Falkenmayer und Kroth.

Gerd Strack kam selbst zu dem Entschluß, daß es besser sei, sich von seinem Manager Rüdiger Schmitz zu trennen, und zu versuchen, seine Probleme in Zusammenarbeit mit dem 1. FC Köln zu lösen. Gerd Strack: „Der Klub hat mich nicht dazu gedrängt, bei meinem Manager zu kündigen." In der Tat ist der Manager nicht im vollen Umfang für Stracks verzweifelte Lage verantwortlich zu machen. Gerd Strack: „Wie das Minus von 200 000 Mark in meinem Geschäft zustande kam, kann ich mir nicht erklären. *Ich habe jetzt erst einmal* den Steuerberater gewechselt. Ich vermute, daß mich irgendjemand hintergangen hat." Ungereimtheiten soll es beim Vorverkauf für Eintrittskarten der Spiele des 1. FC Köln geben.

Für die Fehlinvestition bei einem Hauskauf in Weilerswist trifft die Schuld den Manager schon eher. Diese Fertighäuser soll der Euskirchner Unternehmer an seine Klienten vermittelt haben, und dafür soll er auch Provision kassiert haben. Dennoch bezweifelte Rüdiger Schmitz gestern, daß sein früherer Klient einen Häuserkauf getätigt oder daran beteiligt war: „Ein solches Rechtsgeschäft ist mit mir nicht besprochen worden." Fest steht aber, daß Schmitz eine notarielle Generalvollmacht von Strack besaß und alle Geschäfte für ihn tätigen konnte, ohne daß der Spieler etwas zu unterschreiben brauchte. Deshalb sagt auch Gerd Strack: „Die wirtschaftlichen Planungen basierten auf vollkommen falschen Zahlen. Das Haus wurde plötzlich immer teurer *und damit stiegen auch die monatli*chen Belastungen. Weil ich aber in dieser Saison verletzt bin und weniger an Prämien kassiere, stimmten auf einmal die Berechnungen nicht mehr." Der Manager hatte also mit Geldern spekuliert, die der Spieler noch gar nicht verdient hatte.

Gerd Strack sagt: „Ich traue mich die Summe gar nicht zu nennen, für die ich jetzt gerade stehen muß. Wie es aussieht, werde ich wohl beim 1. FC Köln bis zum Ende meiner Karriere umsonst spielen müssen. Ein Glück, daß der Klub mich jetzt nicht fallen läßt."

Wie Gerd Strack ist es schon mehreren Fußball-Profis gegangen. In der letzten Saison sorgte Frankfurts damaliger Vize-Präsident Zenker für Aufsehen in der Bundesliga, als er an Spieler wie Tscha Bum oder Wolfgang Trapp Bauherrenmodelle verkaufte, die viel zu teuer waren und die Spieler ebenfalls an den Rand des Ruins brachten.

Über zwei Stunden haben die Kölner am Mittwochabend zusammengesessen, um ihre atmosphärischen Störungen zu bereinigen. Bei dem Gespräch kam heraus: Die Spieler dürfen öffentlich nichts mehr sagen, was dem Verein schaden könnte, Hartwig (der für das Spiel am Samstag gegen Dortmund gesperrt bleibt) und Littbarski, die nach dem 0:2 in München aneinandergeraten waren, zahlen eine Geldstrafe von 2000 Mark.

SPORT-NACHRICHTEN

Heute: Bundesligaspiele

Düsseldorf (sid) – Zwei Spiele der sechsten Runde der Fußball-Bundesliga finden bereits heute *statt (20.00* Uhr): Schalke 04 – Eintracht Braunschweig und Frankfurt – Bielefeld.

Von Doping nichts gewußt

Helsinki (sid) – Der Finne Martti Vainio, Zweiter in Los Angeles über 10 000 Meter, hat bestätigt, Anfang Juli „ohne sein Wissen" (Vainio) mit Anabolika behandelt worden zu sein. Wegen einer Grippe sei ihm ein Präparat verabreicht worden, das ein positives Ergebnis verursachte.

Erfolg für Bruppacher

Hanau (sid) – Die Europameisterschaften der Rollkunstläufer in Hanau begannen für den Deutschen Rollsport-Bund mit einem Doppelsieg. Weltmeisterin Claudia Bruppacher (Stuttgart) gewann zum zweiten Mal den Titel einer Pflicht-Europameisterin mit 133,4 Punkten. Titelverteidigerin Petra Schneider (Heilbronn) gewann mit 127,1 Punkten die Silbermedaille.

Fritz Geis Vierter

Torbole (dpa) – Der frühere deutsche Europameister Fritz Geis (Chiemsee) liegt nach vier Wettfahrten bei der Soling-Weltmeisterschaft auf dem Gardasee vor Torbole (Italien) mit 59,7 Punkten auf dem vierten Platz. Mit 66 Punkten ist der Hamburger Jungblut Siebter.

St. Leger: Neun Pferde

Dortmund (kgö) – Neun Pferde starten am Sonntag (15.25 Uhr) im 100. Deutschen St. Leger (102 000 Mark, 60 000 Mark dem Sieger, 2800 m) auf der Galopprennbahn in Dort*mund. Es ist das letzte von fünf* klassischen Rennen der Saison. Favoritin: Las Vegas mit Jockey Peter Alafi. Weiter am Start: Aratan (Remmert), August (Richardson), Der Wind (Gilson) und Kioto (Suerland).

ZAHLEN

FUSSBALL

Qualifikation zur Weltmeisterschaft 1986, *Gruppe 5:* Ungarn – Österreich 3:1, Gruppe 6: Dänemark – Norwegen 1:0. – **Länderspiele:** Italien – Schweden 1:0, Polen – Türkei 2:0. – **Pokal der Pokalsieger,** 1. Runde, Rückspiel: Sparta Hamrum (Malta) – Ballymena United 2:1 (Hinspiel 1:0, Malta weiter).

BASKETBALL

Bundesliga, Männer, 3. Spieltag: 1. FC Bamberg – DTV Charlottenburg Berlin 64:71, USC Heidelberg – SSV Hagen 73:78, BG Düsseldorf – AC Göttingen 94:108, MTV Gießen – Giants Osnabrück 77:75, Saturn Köln – Bayer Leverkusen 96:71.

1. Göttingen	3	3	0	0	287:222	6:0
2. Köln	3	3	0	0	264:200	6:0
3. DTV Berlin	3	3	0	0	236:224	6:0
4. SSV Hagen	3	2	0	1	223:211	4:2
5. Gießen	3	2	0	1	225:222	4:2
6. Heidelberg	3	1	0	2	242:244	2:4
7. Bamberg	3	1	0	2	210:235	2:4
8. Leverkusen	3	0	0	3	222:259	0:6
9. Düsseldorf	3	0	0	0	212:255	0:6
10. Osnabrück	3	0	0	3	220:269	0:6

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 6, 16, 18, 20, 33, 35, 36, Zusatzzahl: 32. – Spiel 77: 1 3 0 2 1 6 5. – **Gewinnquoten,** Mittwochslotto: Klasse 1: 1 256 158,80, 2: 28 549,00, 3: 4301,90, 4: 83,60, 5: 7,00. (ohne Gewähr).

FUSSBALL

„Schweden sehr stark"

sid, Mailand

Franz Beckenbauer, der neue Teamchef der deutschen Fußball-Nationalmannschaft hat beim 1:0-Sieg *Italiens über Schweden in Mailand* ein „wenig aufregendes Spiel" gesehen. Dennoch hat er diese Erkenntnis gewonnen: „Die Schweden sind als Mannschaft sehr stark. Unser Start in die WM-Qualifikation in drei Wochen in Köln wird schwer."

Nach dem frühen Tor der Italiener (2. Minute/Cabrini) „waren die Schweden aktiv und haben Italien oft schlecht aussehen lassen. Wenn sie im Angriff liegen, kommen sie mit fünf Leuten nach vorne. Da muß unsere Abwehr auf der Hut sein" (Beckenbauer). Die Erkenntnis des Teamchefs, der eine Einladung an Hans-Peter Briegel zum Spiel gegen Schweden am 17. Oktober bestätigte: „Wir können nur durch schnelles und direktes Angriffsspiel zum Erfolg kommen."

STAND ● PUNKT

Kündigung

Erich Ribbeck verläßt den Deutschen Fußball-Bund; der bis zum *30. Juni 1988 laufende Vertrag wurde* aufgelöst. Das ist nur noch eine Vollzugsmeldung. Gerade deshalb hätte sich der Verband auch die liebe Formel „in gutem Einvernehmen" schenken können. Es gab kein gutes Einvernehmen mehr. Ribbeck wurde als „Königsmörder" bezeichnet, als er nicht mehr unter Jupp Derwall dienen wollte.

Die spätere Entwicklung zeigte, daß hier nur ein wichtiges Zeichen gesetzt worden war. Der Trainer wollte nicht unter Franz Beckenbauer arbeiten, weil der keine Lizenz besitzt („zum Bälle aufpumpen bin ich mir zu schade"). Das ist zumindest eine Haltung, die jenseits der möglichen Qualitäten Beckenbauers als Teamchef respektiert werden muß. Was bleibt, ist die Erkenntnis, daß der DFB seinen vielleicht fähigsten Trainer verliert, weil er zu lange an Derwall festgehalten hat. DW.

RADSPORT

Trennung von Thaler

dpa, Hamburg

Der Bund Deutscher Radfahrer (BDR) und der Straßen-Bundestrainer Klaus-Peter Thaler haben sich getrennt. Nach den Mißerfolgen bei den Olympischen Spielen in Los Angeles wurde die Probezeit für den zweimaligen Querfeldein-Weltmeister, der als Profi 1978 bei der Tour de France *zwei Tage lang das gelbe Trikot des* Spitzenreiters trug, nicht mehr verlängert. Sportreferent Bittendorf: „Man hat sich ausgesprochen und keine gemeinsame Zukunft gesehen."

Thaler selbst sieht seine Arbeit als Trainer nicht gescheitert. Er sagt: „Auf keinen Fall bin ich das aus meiner Sicht." Der 35 Jahre alte Thaler beendete im April 1983 seine Profi-Laufbahn und wurde Nachfolger von Karl Ziegler. Die Nachfolgefrage ist *noch nicht* geklärt. Ebensowenig weiß Thaler, was er in Zukunft tun wird.

Reagan: Gespräch über Abbau des Argwohns

● Fortsetzung von Seite 1

Mittwoch zu seinem für gestern angesetzten Gespräch mit Gromyko in New York eintraf. Vor den Fernsehkameras und in Gegenwart des New Yorker Bürgermeisters Edward Koch wiederholte Mondale seinen Vorwurf, der Präsident sei vier Jahre lang Reagan gewesen und benehme sich außenpolitisch nun seit zwei Tagen wie Mondale. Auf die Frage, ob er denn Reagans Aussagen nicht für ehrlich halte, schränkte Mondale allerdings ein: „Ich hoffe, er meint es ehrlich." Ein Reporter setzte nach: „Weshalb fordern Sie Gromyko auf, sich gegenüber dem Präsidenten verständigungsbereit zu zeigen, wenn Sie selbst an Reagans Meinungswandel gar nicht glauben?" Darauf Mondale: „Das habe ich nicht gesagt."

*

D. SCHULZ, Washington

„Wir sind bereit, über eine Verringerung der Nuklearwaffen schon morgen zu verhandeln, wenn die Sowjets das wünschen sollten", hat Präsident Ronald Reagan auf einer Wahlveranstaltung in Bowling Green (Bundesstaat Ohio) erklärt.

Reagan, der in der Vergangenheit oft harte Urteile über die Sowjetunion fällte, blieb diesmal bei seinen Wahlkampfauftritten im Mittleren Westen bei den versöhnlichen Tönen, die er seit der Bekanntgabe des für heute vorgesehenen Treffens mit Gromyko in den vergangenen beiden Wochen angeschlagen hatte. In einem Frage-und-Antwort-Spiel mit Studenten sagte der Präsident, er glaube, daß das sowjetische Volk den Frieden wolle. „Frieden in Amerika ist eine so attraktive Lebensweise, und Krieg wäre solch eine schreckliche Unterbrechung."

Reagan begründete die Absicht, auf einen Abbau der Spannungen in den Beziehungen hinzuarbeiten, mit dem Hinweis, daß die USA jetzt von einer Position der Stärke aus mit den Sowjets verhandeln könnten. „Uncle Sam ist ein freundlicher alter Mann", erklärte Reagan, „aber er hat ein Rückgrat aus Stahl. Wir müssen genügend stark und zuversichtlich sein, um Geduld zu behalten, wenn wir provoziert werden, aber es muß ebenso klar sein, daß uns unsere Gegner nur auf eigene Gefahr jenseits eines bestimmten Punktes herumschubsen können." (SAD)

Honecker schon bald nach Rom? Große Erwartungen in Ost-Berlin

„DDR"-Botschafter sprach bei der Regierung vor / Spekulationen um Andreotti

DW. Rom/Bonn

Gespräche, die „DDR"-Botschafter Hans Voss vor wenigen Tagen im Amt des italienischen Ministerpräsidenten Craxi führte, haben Spekulationen genährt, daß Erich Honeckers erste offizielle West-Reise nach Rom führen könnte. In diplomatischen Kreisen hieß es gestern, ein Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden in Italien könnte schon relativ bald stattfinden. Nach den Gesprächen des Ostberliner Diplomaten in Craxis Amt wurde erklärt, die „DDR" verbinde große Erwartungen mit der Italien-Reise Honeckers.

Craxi hatte vor zwei Monaten Ost-Berlin besucht. Beide Seiten äußerten damals Verständnis für die jeweiligen Positionen und vereinbarten engere Kontakte. Honecker nahm eine Einladung nach Rom an. Die umstrittenen deutschlandpolitischen Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti wurden von der SED unverzüglich in ihrer Argumentation, auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, übernommen. Die gegen eine Wiedervereinigung gerichteten Erklärungen Andreottis wurden im Westen auch als gezielte Äußerungen in Richtung des Ostens, insbesondere der „DDR", interpretiert. Von Andreottis Amt wurden solche Einschätzungen zwar zurückgewiesen, aber es blieben dennoch Zweifel bestehen. Das Thema Ostpolitik hat für die italienische Regierung einen hohen Stellenwert.

Als nach den italienisch-sowjetischen Gesprächen im Kreml die Einladung für Craxi aus der „DDR" kam, wurde damals in der römischen Regierung spekuliert, daß die Ost-West-Kontakte unterhalb der Ebene der Supermächte durchaus erfolgversprechend sein könnten und von Moskau – zumindest was Italien betrifft – auch nicht behindert würden.

Nach der Absage der Honecker-Reise in die Bundesrepublik wird die damalige Einladung Ost-Berlins an Craxi jetzt in Rom eher unter dem Gesichtspunkt gesehen, daß der „DDR"-Parteichef im Hinblick auf seinen Besuch in der Bundesrepublik die Moskauer Stimmung „testen" wollte. Ein solcher „Test" könnte sich mit dem jetzt anvisierten Rom-Besuch wiederholen.

Die für Italiens Außenpolitik ungewöhnlichen osteuropäischen Initiativen wurden vor allem durch die Raketendiskussion ausgelöst. Bedrängt von der auch südlich der Alpen vorhandenen Kritik an den neuen amerikanischen Atomwaffen in Europa, hatte sich Craxi zunächst für eine Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR stark gemacht.

Er legte dazu einen Vorschlag vor – Neuverhandlungen auf der Grundlage der bestehenden Raketenzahlen –, der jedoch vor allem in Washington kein Gehör fand. Der nächste Schritt der italienischen Diplomatie war dann, den Ost-West-Dialog auf europäischer Ebene zu suchen.

Die römische Regierung, die auch die starken wirtschaftlichen Interessen des Landes im Ostblock berücksichtigen muß, sieht sich dabei in einer bevorzugten Stellung. Als treuer Partner der westlichen Allianz, der dennoch nicht zum Kreis der Großen gehört und der auch keine nationalen Probleme mit Ostblockländern hat, biete sich Rom als bevorzugter Gesprächspartner an.

Windelen: Ost-Berlin soll präzisieren

DW./p.p. Berlin/Bonn

Bundesminister Heinrich Windelen (CDU) ist Eindrücken entgegengetreten, zwischen seinen deutschlandpolitischen *Vorstellungen und* denen des Bundeskanzleramtes gebe es Differenzen. Vor der Europäischen Akademie Berlin legte er gestern die Motive dar, die ihn in seinem „Spiegel"-Interview zum Thema Staatsbürgerschaft bewegt hatten: „Ich habe deswegen, da die DDR noch nie präzisiert hat, was sie unter dem Begriff Respektierung versteht und worin der Unterschied zum Begriff Anerkennung bestehen könnte, gesagt, es wäre gut, wenn dies präzisiert würde."

Staatsminister Jenninger (CDU) vom Bundeskanzleramt habe ihm am Mittwoch ausdrücklich versichert, berichtete Windelen, daß es keinen einzigen Punkt in seinem umstrittenen Interview gäbe, dem er nicht inhaltlich beitreten könne. „Ich habe nicht vorgeschlagen, ich werde nicht vorschlagen und ich kann nicht vorschlagen, daß über Fragen der Staatsbürgerschaft verhandelt wird. Fragen der Staatsbürgerschaft stehen ausschließlich zur Disposition des jeweiligen Staates. Sie können also kein Verhandlungsgegenstand sein", sagte der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen.

Jürgen Schmude, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender, sprach gestern von der Bereitschaft seiner Partei, an der „deutschlandpolitischen Front für Ruhe zu sorgen", und von einem Willen zur Gemeinsamkeit. Er warf Bundeskanzler Kohl allerdings „fehlende Sensibilität" vor.

Was die Geraer Forderungen Honeckers angeht, so scheinen nach Schmudes Ansicht die „Signale" aus der Bonner Regierungszentrale darauf hinzudeuten, daß die Bundesregierung sich in der Frage der Abschaffung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter „bewegt". Hingegen bestehe bei ihm der Eindruck, daß sich beim Thema Elbgrenze „die Haltung des Bundeskanzlers verändert und verhärtet habe, nachdem die bürgerliche Koalition in den ersten Antworten auf parlamentarische Anfragen noch fast nahtlos die alten sozial-liberalen Formulierungen übernommen habe.

Die vom Historiker Golo Mann geforderte „Anerkennung der Staatsbürgerschaft" lehnte Schmude ab, sie werde ja auch nicht einmal mehr von Honecker gefordert. Man solle statt dessen die „DDR erklären lassen, was sie denn noch mehr will als die bereits existierende tatsächliche Respektierung". Wenn sie darunter allerdings auch das „Zurückschicken" aus der Bonner Ständigen Vertretung oder aus Bonner Botschaften verstehe, dann „wird sie keinen Schritt weiterkommen, dies hat mit Respektierung nichts zu tun".

Wie „Friedensfreunde" zu Geld kommen wollen

Briefspenden-Aktion nach schwedischem Vorbild

WERNER KAHL, Bonn

Mit einer Kettenbriefaktion nach dem Schneeballsystem will sich die „Friedensbewegung" in diesem Herbst wieder finanziell sanieren. Das Bonner Koordinationsbüro der Bewegung, in dem sechs gesellschaftliche Organisationen – vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) bis zur DKP-nahen Deutschen Friedensgesellschaft/VK – vertreten sind, beklagt derzeit ein „Liquiditätsloch".

Die Mitglieder der „Friedensinitiativen" *sollen nun per Rundbrief auf*gerufen werden, nicht nur selbst zu spenden, sondern auch dem Koordinationsbüro Adressen mitzuteilen, „an die wir uns ebenfalls mit unserer Spendenbitte wenden können". Der Appell wird mit gestiegenen Ausgaben für den „Friedensherbst '84" begründet. Die „thematische Erweiterung" hätte zu einer „Vermehrung" der Aktionen geführt, heißt es im „Rundbrief 9. 84". Dies mache den Herbst „so teuer": „Insgesamt werden fast 600 000 Mark benötigt."

Nach einer groben Hochrechnung fließen dem Koordinationsausschuß in diesem Jahr etwa 1,5 Millionen Mark an Spenden und Materialeinnahmen zu. Täglich gehen derzeit nach Angaben im Rundbrief zufolge circa 4000 Mark nicht aufgeschlüsselter Spenden und Einnahmen aus anderen Quellen zu. „Doch genau das Doppelte wird gebraucht, um die Herbstaktionen sicher finanzieren zu können", heißt es in dem Aufruf weiter. *Auf die Schnelle fehlten rund* 100 000 Mark.

Dieses „Loch" hatte bereits Spekulationen ausgelöst, die Geschäftsführung des Koordinationsausschusses verhandele mit der SPD über einen Betriebsmittelkredit in Höhe von 100 000 Mark, der zu bankenüblichen Konditionen gewährt werden solle.

SPD-Geschäftsführer Glotz bezeichnete jedoch Mitteilungen über einen solchen Kredit als falsch. Die SPD halte es allerdings für „sinnvoll", die „Friedensbewegung" zu unterstützen, um mit friedlichen Mitteln die Politik der Bundesregierung zu verändern. Sozialdemokraten, die dies für notwendig erachteten, könnten die „Friedensbewegung" deshalb materiell unterstützen.

Dies wird jetzt auch in dem Rundbrief des Bonner Koordinationsausschusses bestätigt. Von „einzelnen SPD-Mitgliedern" würden „Bürgschaftserklärungen" gesammelt, „um auch auf diese Weise zur finanziellen Absicherung der Herbstaktionen beizutragen". Als „läppisch" bezeichnete bereits die „taz", das linke Szenenblatt, die Beiträge der Jusos. Die DKP hätte allein in Hamburg das „Fünffache" gegeben.

Das Modell, Spenden über „Kettenbriefe" zu erhalten, wurde in Bonn von schwedischen „Friedenskämpfern" *übernommen. In kürzester Zeit* seien dort durch die „Basisfinanzierung" Spenden von umgerechnet mehr als einer Million Mark eingegangen. Wenn allerdings in der Bundesrepublik Deutschland nicht in kürzester Zeit ebenfalls mindestens 600 000 Mark zusammenkommen, müßten, so der Ausschuß, „weitere Streichungen am Herbstkonzept" vorgenommen werden, weil dann die „finanzielle Entwicklung mit der politischen nicht Schritt hält".

Die Ebbe in der Kasse deutet auch auf eine geringere Bereitschaft kirchlicher Institutionen hin, sich mit Spenden an Straßenaufzügen, Blockaden und Feldlagern zu beteiligen. Der Bonner Koordinationsausschuß stellt daher in dem Rundbrief die drängende Frage: „Wer finanziert den Friedensherbst?"

Die DKP rief gestern auf der Frontseite ihres Zentralorgans „Unsere Zeit" dazu auf, mit der „Friedensbewegung" gegen die Amerikaner auf deutschem Boden zu „kämpfen". *Die* erste Großaktion des Bonner Koordinationsausschusses an diesem Wochenende im Manöverraum Fulda soll nun, nach Angaben des DKP-Blattes, erst der Beginn für längerfristige Auseinandersetzungen sein.

Die geplante große „Störpremiere" niedersächsischer Manöver zeigte nicht die erhoffte Wirkung. Während die Soldaten planmäßig in die Kasernen abrückten, riefen die erfolglosen „Störer" zum Sammeln für den „Tag X" auf. Nun soll der erste Transport von Kernbrennstoffen ins niedersächsische Zwischenlagerungsdepot blockiert werden. Nicht Fulda war gestern unter den „Störern" das neue Ziel; die Parole hieß in Niedersachsen: „Manöver hat Ruh' – alle ins Wendland."

Darf Franke vor Gericht nicht aussagen?

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Bundesregierung erwägt offenbar, dem wegen „Beihilfe zu strafbaren Handlungen" angeklagten ehemaligen Minister Egon Franke für die Gerichtsverhandlung keine Aussagegenehmigung zu erteilen.

Als ehemaliger Bundesminister steht er unter den Vorbehalten des Ministergesetzes, die den Minister auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt zu Stillschweigen über Vorgänge während seiner Amtszeit verpflichten. Aussagen über dienstliche Vorgänge dürften weder vor Gericht noch außergerichtlich ohne Genehmigung der Bundesregierung gemacht werden.

Franke und sein damaliger Ministerialdirektor Edgar Hirt stehen vor Gericht, weil es für 5,6 Millionen Mark, die in Frankes Amtszeit ausgegeben wurden, keine Belege gibt. Die Staatsanwaltschaft hat festgestellt, es habe sich unter anderem um Schmiergelder für Botschaftspersonal aus Ostblockstaaten, um haushaltsrechtlich nicht vorgesehene Starthilfen für „DDR"-Flüchtlinge und nicht nachgewiesene Beträge zumFreikauf von Inhaftierten aus „DDR"-Haftanstalten gehandelt.

Im Bundeskanzleramt herrscht offenbar die Auffassung vor, eine Aussage Frankes könne den Häftlingsfreikauf beeinträchtigen. Beim derzeitigen Stand der innerdeutschen Beziehungen dürfe man das Verhältnis zu Ost-Berlin nicht durch eine öffentliche Erörterung belasten.

Schon bei der Anhörung von Franke und Hirt vor einem parlamentarischen Unterausschuß des Haushaltsausschusses waren aus Ost-Berlin Forderungen laut geworden, die öffentliche Untersuchung müsse eingestellt werden, eine Fortsetzung der Freikaufaktion im bisher praktizierten Stil sei sonst nicht garantiert.

Bei der Entscheidung, ob Franke vor Gericht aussagen dürfe, ist es offenbar zu Differenzen zwischen dem Kanzleramt und dem innerdeutschen Ministerium gekommen. Aus der Umgebung von Minister Heinrich Windelen wurde bekannt, man gehe von einer Aussagegenehmigung für Franke aus. Wegen der im Kabinett vorhandenen Bedenken hat sich die Bundesregierung allerdings noch nicht zu einer Entscheidung durchgerungen.

Zögern aus Schwäche

ha (Brüssel) – Es gehört zu den goldenen Regeln der Politik, Zugeständnisse nicht vorschnell zu machen. Der Verhandlungsstil, der in der EG gang und gäbe ist, spiegelt indes lediglich die Schwäche und Hilflosigkeit der Mitgliedsregierungen wider.

Über sechs Jahre wird jetzt in Brüssel über den Beitritt Spaniens und Portugals verhandelt und jedermann weiß, daß es ohne Vorkehrungen gegen die zu erwartenden gewaltigen neuen Überschüsse an Tafelweinen nicht geht. Trotzdem hat die EG erst mit der internen Diskussion über die notwendigen Anpassungen begonnen, als die Spanier in diesem Herbst nicht länger vertröstet werden *konnten*. Nicht einmal die EG-Kommission traute sich, dem Rat rechtzeitig die entscheidenden Vorschläge zu präsentieren.

Der erstaunte Beobachter erfährt plötzlich, daß es noch Monate dauern kann, bis die tiefgreifenden französisch-italienischen Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt sind. Hatten die Außenminister der Gemeinschaft sich nicht feierlich zum Ziel gesetzt, die Erweiterungsverhandlungen in allen wichtigen Fragen bis Ende September abzuschließen? Natürlich werden jetzt Zugeständnisse auch in anderen Bereichen zurückgehalten.

Die Unfähigkeit der Gemeinschaft, ihre Handlungsfähigkeit zu sichern, steht im krassen Gegensatz zu ihrem Anspruch, Märkte zu regeln und Lebensbedingungen zu gestalten. Wen kann es wundern, wenn sich der Bürger kopfschüttelnd vom Brüsseler Geschehen abwendet?

Zweifel

adh. – Weniger als erhofft haben die deutschen Hersteller von Textilien für die Wohnung bisher vom Bauaufschwung des vergangenen Jahres profitiert. Die Bauherren haben offensichtlich nach dem finanzieleln Kraftakt des Bauens den Rotstift bei der Innenausstattung angelegt. Trotz einer durchweg positiven Exportentwicklung blieb vor diesem Hintergrund die Umsatzentwicklung für die meisten deutschen Hersteller der Heim- und Haustextilienindustrie wie gehabt bescheiden. Angesichts der Tatsache, daß die Baukonjunktur inzwischen abgebrochen ist, bleibt ihnen nur die Hoffnung auf einen steigenden Ersatzbedarf und eine zunehmende Zahl von Familiengründungen, die angesichts der Altersstruktur in der Bevölkerung in den kommenden Jahren zu erwarten sind. Dies signalisiert mittelfristig bessere Geschäfte ebenso wie das freundlichere Konjunkturumfeld. Ob eine Belebung für alle der zum Teil mit dünnster Kapitaldecke arbeitenden Unternehmen rechtzeitig kommt, darf bezweifelt werden.

Laster im Kriechgang

Von WERNER NEITZEL, Stuttgart

Hatte es noch zu Jahresbeginn so ausgesehen, als würde der seit Herbst 1980 andauernde Schrumpfungsprozeß im deutschen Nutzfahrzeugbau gestoppt werden, so steht heute fest, daß diese Hoffnung getrogen hat. Die Produktionskurve zeigt weiterhin nach unten.

Voller Wehmut denkt man an jene Jahre zurück, in denen zeitweilige Schwächen des Inlandmarkts durch Exporte ausgebügelt werden konnten. Seinerzeit war insbesondere die Sparte der Schwerlastwagen Nutznießer des in schwindelnde Höhen getriebenen Ölpreises. Denn die ölexportierenden Länder zweigten einen wesentlichen Teil ihrer üppig sprudelnden Devisenquellen in großdimensionierte Lkw-Aufträge ab. Die Folge war, daß zeitweise in der Sparte der Schwerlastwagen bis zu Dreiviertel der Produktion – nach Herstellern unterschiedlich – ins Ausland ausgeliefert wurde.

Inzwischen hat sich längst der Wind gedreht. Der auf hohe Touren gebrachte Export entwickelt ich in wesentlich beschaulicherem Tempo. Denn die Deviseneinnahmen der Ölländer fließen immer spärlicher. Der daraus resultierende Ausfall der Nachfrage von jener Seite und der labile Zustand der Weltkonjunktur öffnen für eine baldige Beschleunigung der Nutzfahrzeug-Exporte keine günstige Perspektive.

Die ungünstige Ausgangslage der Branche auf vielen Auslandsmärkten fällt zusammen mit lahmenden Zulassungen am inländischen Markt. Nach zwei Jahren der Talfahrt ist es 1983 bei den Neuzulassungen wieder bergauf gegangen, wenngleich die hohen Volumina der konjunkturell guten Jahre 1978 bis 1980 bei weitem nicht erreicht werden konnten. Nicht zuletzt unter dem Einfluß der Investitionszulage zog der Inlandsabsatz an Nutzfahrzeugen im vergangenen Jahr um fast 17 Prozent an.

In der Branche gab man sich denn auch kaum der Illusion hin, daß nach Auslaufen jener absatzfördernden staatlichen Investitionszuschüsse das Verkaufsklima so günstig bleiben würde. Noch nährte ein relativ günstiger Jahresauftakt, der das befürchtete große Auftragsloch nicht eintreten ließ, die Zuversicht bei den Lkw-Bauern. Sie bekam freilich einen erneuten Dämpfer, denn bei den Neuzulassungen mußte in einen kleineren Gang zurückgeschaltet werden. Vor allem Daimler-Benz, der Welt größter Lkw-Hersteller, aber auch andere Nutzfahrzeugbauer wurden durch streikbedingten Produktionsausfall hart getroffen. Von vielen Auftragsannullierungen und auch von Marktanteilverschiebungen auf wichtigen Auslandsmärkten war die Rede.

Eines steht fest: Die Produktionsausfälle in Folge des Arbeitskampfes werden trotz aller Aufholversuche ihre Spuren in den Ertragsrechnungen hinterlassen. Eine ohnehin ertragsmäßig nicht auf Rosen gebettete, sondern vielmehr mit roten Zahlen kämpfende Branche wird einer weitere Belastungsprobe unterzogen. Der Rütteltest ist nicht zuletzt deshalb schmerzhaft, als sich die Lkw-Hersteller weltweit im Verhältnis zur abgeschwächten Nachfrage mit beträchtlichen Überkapazitäten herumzuplagen haben.

Schon seit Jahren wird auch (und gerade) am Inlandsmarkt über gnadenlose Preiskämpfe geklagt. Die Lkw-Hersteller und -Händler übertrumpfen sich geradezu mit großzügigen Rabattofferten. Die Spuren der aus den Fugen geratenen Marktlage sind deutlich. Der Schumpfungsprozeß bei Iveco-Magirus oder auch die Ertragsprobleme bei MAN sind sichtbare Zeichen. Wenn der Marktführer Daimler-Benz optisch besser dasteht, dann hat er dies in erster Linie auch dem glänzenden Pkw-Geschäft zu verdanken. Der Zwang zu weiterer Kooperation und Konzentration der Kräfte in der Branche wird, das läßt sich unschwer voraussagen, weiter zunehmen.

In dieser Lage nimmt man im Nutzfahrzeugbau allzu gern Zuflucht zur Seelenmassage. Da liefern beispielsweise Langfrist-Prognosen gute Dienste. Ihre Kernaussage: Das auf längere Sicht steigende Transportaufkommen, das wiederum in direkten Zusammenhang mit der industriellen Produktion steht, führt – so sagen die Prognostiker – zwangsläufig zu einem verstärkten Straßengüterverkehr. Doch was helfen längerfristig sich eröffnende Chancen, wenn die aktuellen Probleme so sehr auf den Nägeln brennen. Noch befindet man sich im Kriechgang auf einer regelrechten Marterstrecke.

ZENTRALVERBAND DES HANDWERKS / Gespräch mit Generalsekretär Kübler

Existenzgründungen sollen nach dem Bauspar-Modell gefördert werden

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die deutschen Handwerker fordern die Einführung des Existenzgründungssparens. Die Gewährung von Prämien etwa nach dem Modell des Bausparens ist für Klaus-Joachim Kübler, Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, am ehesten geeignet, Existenzgründungen nachhaltig zu unterstützen und zu sichern.

Allerdings: Das, was gegenwärtig im politischen Raum zu diesem Thema gesagt wird, gehe häufig an den Bedürfnissen des Handwerks vorbei, sagte Kübler in einem Gespräch mit der WELT.

Die Eigenkapitalbasis der deutschen Unternehmen sei von 1966 bis 1981 von 30 auf weniger als 20 Prozent der Bilanzsumme geschrumpft. Die Folge davon sei gewesen, daß vor allem im Mittelstand während der zurückliegenden Rezession die Zahl der Insolvenzen überdurchschnittlich gestiegen ist. „Daher begrüßt das Handwerk grundsätzlich alle Bestrebungen, die unzulängliche Eigenkapitalausstattung der Unternehmen zu verbessern und Risikokapital zu fördern.

Bei der Diskussion gehe es häufig darum, börsenrechtliche, kapitalmarktpolitische und versicherungsrechtliche Neuregelungen einzuführen, die von vornherein auf Größenordnungen zugeschnitten sind, die im Handwerk nur in den seltensten Fällen anzutreffen sind. Kübler: „Bei aller Anerkennung des guten Willens der Politiker glaube ich jedenfalls nicht, daß beispielsweise der Vorschlag, kleinen und mittleren Unternehmen den Börsenzugang zu erleichtern, dem Handwerk viel bringt."

Ähnlich sehe es mit der Beteiligungsfinanzierung aus. Im Rahmen der geplanten „zweiten Stufe" des vermögenspolitischen Programms der Bundesregierung werde angestrebt, neben einer stärkeren Beteiligung breiter Schichten am Produktivvermögen zugleich durch die Wieeranlage der verfügbar gemachten Mittel die Finanzierung der Unternehmen zu verbessern. „Leider ist auch die Beteiligungsfinanzierung kein geeignetes Instrument für den typischen Handwerksbetrieb", betonte Kübler.

Wie die langjährigen Erfahrungen zeigen, stoße eine Fremdbeteiligung – unabhängig von ihrer rechtlichen Form – im Handwerk auf kaum überwindbare organisatorische, verwaltungsmäßige und auch psychologische Hindernisse, die in der Mentalität der Betriebsinhaber begründet sind. „So haben wir leider feststellen müssen, daß alle Bemühungen, für das Handwerk geeignete Konstruktionen der Beteiligungsfinanzierung zu schaffen, bisher ergebnislos verlaufen sind", so der Generalsekretär.

Das Handwerk schlägt daher vor:

1. das Eigenkapitalhilfeprogramm der Bundesregierung über 1986 hinaus zu verlängern,
2. in Anlehnung an das Bausparmodell das Existenzgründungssparen zu fördern,
3. die Ansammlung von Eigenkapital für Investitionszwecke durch die Zulassung vorgezogener Abschreibungen, wie *zum Beispiel* einer Investitionsrücklage, zu erleichtern.

Über das Existenzgründungssparen haben bereits Gespräche zwischen Finanz- und Wirtschaftsminister stattgefunden. Dabei hat sich gezeigt, daß der neue Wirtschaftsminister Bangemann die frühere Zurückhaltung seines Hauses nicht weiter verfolgt. In Kürze soll das Bundeskabinett darüber entscheiden. Das Handwerk meldet dazu spezielle Wünsche an. So sollte die Prämie für das Existenzgründungssparen nicht unter der für eine Förderung des Beteiligungssparens vorgesehenen Prämie von 23 Prozent liegen. Die Festlegungsfrist sollte fünf Jahre betragen, die Ansparzeit auf insgesamt zehn Jahre bemessen sein.

Die Sparprämie sollte bei der Existenzgründung gutgeschrieben und mit dem Sparkapital ausgezahlt werden, so daß eine mißbräuchliche Inanspruchnahme weitgehend ausgeschlossen ist. Vorhandene Spar- und Bausparverträge sollten nach den Vorstellungen des Handwerks in Existenzgründungssparverträge umgewandelt werden können, wobei die bisherige Ansparzeit angerechnet werden sollte. Der zulässige Förderungsrahmen sollte auch rückwirkend ausgeschöpft werden können.

IFO-KONJUNKTURTEST

Geschäftsaussichten werden optimistischer beurteilt

DANKWARD SEITZ, München

Eine weitere Stimmungsverbesserung über die konjunkturelle Entwicklung in den nächsten sechs Monaten war im August gegenüber dem Vormonat in der deutschen Industrie zu verzeichnen. *Obwohl* nach der recht ausgeprägten Erholung im Juli sich die Geschäftslage des verarbeitenden Gewerbes nur unbedeutend verbessert hat – sie wird nahezu als befriedigend bewertet –, beurteilen die Firmen ihre weiteren Geschäftsaussichten etwas optimistischer. Zu diesem Ergebnis kommt der jüngste Konjunkturtest des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München.

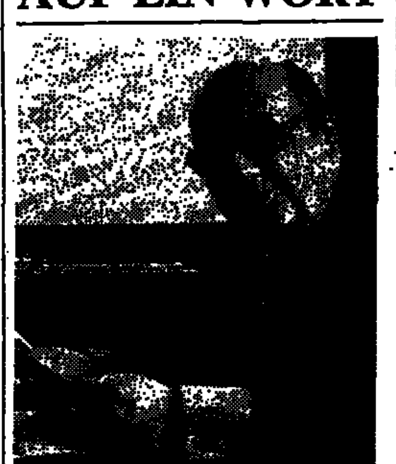
*Zum einen werden von den Unter*nehmen die Exportchancen für die nächste Zeit als recht positiv dargestellt. Zum anderen wird hervorgehoben, daß die Nachfrage nach dem bereits kräftigen Anstieg im Vormonat weiter zugenommen hat. Die Auftragsbestände dürften weiter gestiegen sein. Die Produktionstätigkeit, so das Ifo, die schon im Juli das Bemühen der Firmen erkennen ließ, die vorangegangenen streikbedingten Einbußen aufzuholen, wurde offensichtlich weiter gesteigert.

Auffällig ist, daß diese konjunkturelle Eischätzung zum ersten Mal einstimmig sowohl vom Investitionsgüterbereich als auch von den Gebrauchsgüter- und den Verkaufsgüter-Herstellern getragen wird. Nur wenige Sparten (Lkw, feinmechanisch-optische Erzeugnisse, Bekleidung und Schuhe) rechnen kaum mit einer Besserung. Wesentlich häufiger als im Vormonat äußerten die befragten Firmen nach Angaben des Ifo die Absicht, ihre Preise in nächster Zeit anzuheben.

Ungünstiger werden die längerfristigen Geschäftsaussichten hingegen sowohl vom Groß- als auch vom Einzelhandel beurteilt. Hierzu dürfte wohl nicht zuletzt beigetragen haben, daß sich die Geschäftslage im August kaum verändert bzw. sogar etwas verschlechtert hat. Die schlechtere Beurteilung im Einzelhandel ist, so das Ifo, jedoch ausschließlich den pessimistischen Erwartungen des Nahrungs- und Genußmittelbereichs zuzuschreiben. Als unverändert günstig werden die Aussichten vom Versandhandel beurteilt, doch bei den Warenhausunternehmen haben sich die Aussichten weiter aufgehellt.

Im Bauhauptgewerbe hat sich das Geschäftsklima im August nach Feststellungen des Ifo wieder etwas verschlechtert, womit sich die im ersten Halbjahr 1984 zu beobachtende Tendenz *fortgesetzt hat, die zur Jahres*mitte zum Stillstand gekommen war. Die Bauproduktion verzeichnete einen konjunkturellen Rückgang. Als Folge hiervon waren auch die Gerätekapazitäten mit 52 nach 56 Prozent im Juli schlechter ausgelastet. Mit nur knapp zwei Monaten (saisonbereinigt) wiesen die Auftragsbestände die gleiche Reichweite wie im Juli auf; vor einem Jahr waren es hingegen immerhin noch 2,6 Monate.

AUF EIN WORT



» Bei nur gering gestiegenen Haushaltsbudgets kalkuliert der Verbraucher insbesondere beim Lebensmitteleinkauf mit dem Pfennig. Er nutzt alle sich ihm bietenden günstigen Einkaufsgelegenheiten aus. Das wird ihm heute leicht gemacht, denn die Konzentration im Lebensmittel-Einzelhandel setzt sich weiter fort. «

Hans Imhoff, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Stollwerck AG, Köln
FOTO: WOLF P. PRANGE

Bonn will DED neu ordnen

VWD, Bonn

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit will aus der anhaltenden Kritik die Konsequenzen ziehen und die Arbeit des Deutschen Entwicklungsdienst (DED) neu ordnen. Künftig sollen bei der Auswahl von Bewerbern die fachliche Eignung und Erfahrung stärker in den Vordergrund treten, kündigte der Parlamentarische Staatssekretär Volkmar Köhler an. Geplant sei auch, die als überzogen angesehene Mitbestimmungspraxis einzuschränken. Der Haushaltsausschuß des Bundestages hatte breits im November 1982 ein Konzept zur Neuordnung des DED gefordert.

UMWELTFREUNDLICHE AUTOS

Brüssel braucht Monate zur Prüfung Bonner Beschlüsse

WILHELM HADLER, Brüssel

Auf drei Schreibmaschinenseiten hat die Bundesregierung der EG-Kommission ihre Beschlüsse zur Einführung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge notifiziert. Darin wird der Inhalt der geplanten steuerlichen Anreize skizziert und auf die Notwendigkeit hingewiesen, für eine obligatorische Einführung der amerikanischen Schadstoff-Grenzwerte im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft „die Voraussetzungen" zu schaffen.

Bonn äußert sich weder zum umstrittenen Katalysator noch dazu, ob man gegebenenfalls einen Alleingang wagen will. Eine rechtliche Basis könnte Art. 36 des Römischen Vertrages abgeben, der Einfuhrverbote u. a. dann gestattet, wenn sie dem Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen dienen.

Die Kommission vermied jede Reaktion auf die Bonner Beschlüsse. Sie ließ nur mitteilen, daß das deutsche Schreiben an ihren juristischen Dienst und die Fachabteilungen weitergeleitet worden sei. Die Prüfung der geplanten steuerlichen Maßnahmen auf ihre Vertragskonformität – hieß es – werde „Wochen und Monate" dauern. Als Ergänzung ihrer Harmonisierungsvorschläge hat die Behörde inzwischen auch einen Richtlinienentwurf für den Mindest-Oktan-Gehalt im Benzin vorgelegt. Die obligatorische Einführung von zwei bleifreien Benzinen (Normal und Super) rechtfertigt sich nach ihrer Meinung nicht in allen EG-Ländern. Der vorgeschlagene Mindestwert von 85 Oktan bezieht sich daher lediglich auf Superkraftstoff.

VERKEHRSMARKT

BDI: Freigabe von Preisen und Kapazitäten gefordert

W. WESSENDORF, Bremen

„Der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) fordert die Freigabe von Preisen und Kapazitäten auf dem deutschen Verkehrsmarkt. Das erklärte der Leiter der Hauptabteilung „Infrastruktur und Forschung" des BDI, John von Freyend, vor der Mitgliederversammlung der Bremischen Hafenvertretung e.V. in der Hansestadt.

Dies ist nach Ansicht des BDI das ökonomisch geeignete Mittel, die Nachteile der kontrollierten Wettbewerbsordnung *für die* verladene Industrie und die Seehäfen zu beseitigen. Wenn die Verkehrspolitik allerdings nicht so weit gehen wolle, meinte Freyend, müsse wenigstens die Tarifbildung im Zu- und Ablauf der Seehäfen liberalisiert werden.

Außerdem erwartet der BDI, daß die deutsche Schiffahrtspolitik künftig „nachdrücklich und intensiver" der Ausbreitung protektionistischer Tendenzen entgegenwirke. Freyend: „Abwehr politischer Interventionen *heißt für die Linienschiffmärkte* Abwehr von Ladungslenkung."

Die Klagen über Dumpingpreise sind nach Meinung der BDI klärungsbedürftig, bislang sei es weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in einem anderen europäischen Land gelungen zu konkretisieren, was Dumping eigentlich bedeute. Der BDI bekräftige noch einmal, daß er staatliches Eingreifen gegen *Ostblock-Wettbewerb nicht grundsätzlich* ablehne. Grundlage dafür müßten aber gesicherte Erkenntnisse über Art und Ausmaß des Wettbewerbs sein. Angesichts der Kartellierung der Linienschiffsmärkte sei der Staat außerdem aufgerufen, auf Sicherung eines ausreichenden Maßes an wirksamem Wettbewerb hinzuwirken.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Jochimsen für Freihafen in Duisburg

Düsseldorf (dpa/VWD) – Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen (SPD) steht dem Wunsch der Duisburger Hafenaktiengesellschaft positiv gegenüber, im größten Binnenhafen Europas einen Freihafen zu schaffen. In einem dpa/vwd-Gespräch betonte der Minister, es sei „überhaupt nicht einzusehen", daß dieses Statut jenem Hafen versagt bleiben sollte, dessen Umschlagsvolumen über dem vieler Küstenhäfen liege. Für die Einrichtung eines Freihafens in Duisburg muß der *Bund erst noch gewonnen* werden, denn eine Änderung des geltenden Bundeszollgesetzes wäre dafür die Voraussetzung. Der - öffentliche - Duisburger Hafen gehört zu je einem Drittel der Revierstadt, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Bund. Daneben gibt es zahlreiche private Hafenanlagen von Industriebetrieben.

Verhandlungen mit Manila

New York (dpa/VWD) – Noch in dieser Woche beginnen in New York Kreditverhandlungen zwischen den Philippinen und seinen mehr als 355 ausländischen Gläubigerbanken und Kreditgebern. Nur wenn sich das Regime des philippinischen Staatspräsidenten Ferdinand Marcos mit den Banken über ein Neukreditpaket und die von den Kreditgebern gewünschten Konditionen einigen kann, wird der IWF einen zugesagten 630 Mill. Dollar-Bereitschaftskredit freigeben. Die Philippinen haben sich zu weiteren Peso-Abwertungen und zu Sanierungsmaßnahmen bereit erklärt, doch verlangen die Banken unter anderem auch die Freigabe von 500 Mill. Dollar an Cititbank-Guthaben, die die philippinische Regierung nicht aus dem Land lassen will. Die Philippinen müssen sich ferner erst mit bilateralen Kreditgebern wie Japan und den USA einigen, ehe sie an das Geld des IWF herankommen.

Leichtes Umsatzplus

Wiesbaden (VWD) – Die Großhandelsunternehmen im Bundesgebiet setzten nach vorläufigen Ergebnissen im August 1984 rund 64 Mrd. DM um. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, waren das rund eine Mrd. DM oder nominal ein Prozent mehr als im August 1983. Infolge gestiegener Großhandelsverkaufspreise ergab sich real – in Preisen von 1980 gerechnet – ein Umsatzrückgang von 0,2 Prozent. In den Monaten Januar bis August 1984 wurden rund 526 Mrd. Mark umgesetzt, das waren rund 32 Mrd. Mark mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres (nominal plus sieben Prozent, real plus drei Prozent).

Neues Pensionsgeschäft

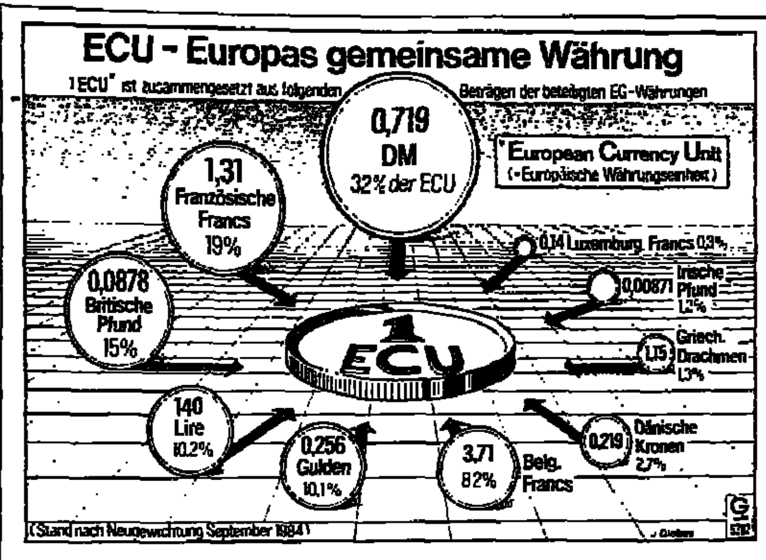
Frankfurt (VWD) – Im Wertpapierpensionsgeschäft legt die Deutsche Bundesbank einen Mengentender zum Satz von 5,7 Prozent auf. Die Gebotsfrist geht bis heute 11.00 Uhr, die Zuteilung erfolgt heute bis 16.00 Uhr. Gutgeschrieben wird am 1. Oktober, Rückgabetag ist der 6. November. Die Rückgabefrist beträgt damit 36 Tage.

Große US-Haushaltslücke

Washington (VWD) – Überdurchschnittlich hohe Ausgaben von 88,7 Mrd. Dollar, denen Einnahmen von nur 55,2 Mrd. Dollar gegenüberstanden, ließen das US-Haushaltsdefizit im August auf 33,5 Mrd. Dollar steigen. Im Juli hatte der Fehlbetrag 16,4 Mrd. Dollar ausgemacht, im August 1983 waren es 17,5 Mrd. Für die ersten elf Monate des laufenden Fiskaljahres (30. September) stellt sich das Defizit auf 192,1 (Vorjahr: 197,3) Mrd. Dollar.

EG-Abkommen mit China

Peking (rtr) – Die Volksrepublik China und die Europäische Gemeinschaft (EG) haben am Donnerstag ein neues fünfjähriges Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit paraphiert und damit die starke Ausweitung ihres Austausches auf den Gebieten Handel und Technologie unterstrichen. Das Abkommen wurde nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Neues China vom Vizepräsidenten der EG-Kommission für Außenbeziehungen, Wilhelm Haferkamp, und dem chinesischen Außenhandelsminister, Chen Muhua, paraphiert.



Entschieden wendet sich der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) dagegen, die Ecu (European Currency Unit) in den Rang einer Devise zu erheben. Im Vorfeld der Ständigen Konferenz der europäischen Industrie- und Handelskammern, die in der nächsten Woche in Frankreich stattfindet, betont der DIHT, das Pferd werde vom Schwanz her aufgezäumt, wenn die Ecu weiterentwickelt werde, bevor ein stabilitätsorientierter Währungsverbund errichtet sei. Als Rechengröße zwischen den EG-Ländern, für den Haushalt der EG, für die Statistik, für die Festsetzung der EG-Agrarpreise, als Meßinstrument für die Kursentwicklung der beteiligten Währungen und zunehmend auch als Anleihewährung spielt die Ecu eine wichtige Rolle. Über die neue Zusammensetzung hat sich der EG-Ministerrat Mitte September geeinigt. Hinzugekommen ist die griechische Drachme. Der Wert der Ecu wird erst klar, wenn man die genannten Beträge der fremden Währungen zum geltenden Wechselkurs in DM umrechnet und zusammenzählt. Dann ergibt sich: Der Ecu ist gegenwärtig 2,24 DM wert.

QUELLE: GLOBUS

DEUTSCHER JURISTENTAG / Gesellschaftsrecht sollte flexibler gestaltet werden

Die Eigenkapitalquote sinkt rapide

H. H. HOLZAMER, **Hamburg**

„Wenn die Entwicklung so weitergeht", führte der Hannoveraner Wissenschaftler Carstens P. Claussen gestern seinen Diskussionspartnern auf dem 55. Deutschen Juristentag in Hamburg vor Augen, „dann sinkt die Eigenkapitalquote in 15 Jahren auf sieben Prozent. Im Jahre 2010 ist die deutsche Wirtschaft statistisch bei der Eigenkapitalquote Null angekommen." Wenn man berücksichtigt, daß der Eigenkapitalanteil der deutschen Industrie-Aktiengesellschaften vor rund zehn Jahren noch bei 45 Prozent lag – heute liegt er bei etwa 37 Prozent –, dann zeigt diese Äußerung die Brisanz des Themas der wirtschaftlichen Abteilung: „Welche Maßnahmen empfehlen sich, um die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen langfristig zu sichern?"

Die Kapitallücke, die zu schließen der Juristentag Vorschläge vorlegen wird, bezifferte der Wissenschaftler Horst Albach, Bonn, „unter Berücksichtigung des Konsolidierungs- und Investitionsproblems" in seinem Einführungsreferat auf etwa 250 Mrd. DM. Das eigentliche Problem sei, meinte gestern ein Diskussionsteilnehmer, wie man sich das Geld anderer Leute beschaffe. Hierzu wurden in Hamburg eine Reihe von Vorschlägen zum Teil leidenschaftlich diskutiert.

So vertrat Prof. Dieter Reuter die Auffassung, allein die Aktiengesellschaft sei zur Sicherung einer genügenden Eigenkapitalbasis geeignet. Der Tübinger Rechtslehrer, Gutachter zu diesem Thema in Hamburg, stieß damit jedoch auf wenig Gegenliebe. Er wolle die Entscheidungsfreiheit der Unternehmer einschränken, wurde ihm vorgeworfen, und die Arbeitsgemeinschaft „Wirtschaftlicher Mittelstand" appellierte an die Juristen, Reuters Thesen nicht zu folgen. Dieser Weg sei „angesichts der Heterogenität der mittelständischen Wirtschaft verfehlt". Sinnvoller sei es, die gesellschaftsrechtlichen Regelungen für die GmbH und die KG flexibler zu gestalten.

Unter dem Stichwort „Differenzierung statt Standardisierung" schlug Albach für die GmbH die Schaffung von auf den Namen lautenden Anteilscheinen vor, die auf einen börsenähnlichen Parallelmarkt zum Handel zugelassen werden sollten. Für die Personengesellschaften empfahl er einen „Genußschein", der keine Mitwirkungsrechte, sondern nur Ansprüche auf Anteile an Gewinn und Verlust verbriefe. Dieser Genußschein solle im Telefonhandel als Inhaberpapier geführt werden.

Andere gingen noch weiter und plädierten für die Handelbarkeit von GmbH- und KG-Anteilen; einzelne gar für ihre Börsenfähigkeit, was von anderen wiederum als „Eingriff in die gesellschaftsrechtliche Dogmatik" abgelehnt wurde. Favorit bei den Änderungsvorschlägen zum Aktienrecht war der „aktiengleiche Genußschein".

Eine Reihe von Vorschlägen zielte auf eine Änderung des Steuerrechtes hin mit der Absicht, die Eigenkapitalbildung zu erleichtern. Das könnte – so einige Juristen – etwa dadurch geschehen, daß bei der Thesaurierung von Gewinnen nicht der hohe Steuersatz von 56 Prozent zur Anwendung komme, sondern wie bei der Gewinnausschüttung der von 36 Prozent.

Die – so Albach – „ordnungspolitisch bedenkliche" Diskriminierung der Fremdfinanzierung müsse ebenso fallen wie die der Kapitalgesellschaften gegenüber den Personengesellschaften durch die Doppelbelastung durch Vermögens- und Gesellschaftssteuer.

FRANKREICH / Paris will mehr Lehrstellen schaffen

Neuer Beschäftigungsplan

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Ende nächsten Jahres soll in Frankreich kein Jugendlicher unter 21 Jahren ohne Arbeit oder Berufsausbildung sein. Zur Durchführung dieses von Premierminister Laurent Fabius vor drei Wochen gegebenen Versprechens hat die Regierung jetzt eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, deren Kosten für die Staatskasse auf drei Mrd. Franc (knapp 1 Mrd. DM) beziffert worden sind. Dieser sechste sozialistische Beschäftigungsplan stößt weder beim Patronat noch bei den Gewerkschaften auf größere Begeisterung.

Wichtigste Neuerung ist die Schaffung von „Arbeitsplätzen öffentlicher Nützlichkeit". Vor allem die Gemeinden sollen danach bis zu 21jährige Arbeitslose bis zu einem Jahr 20 Stunden in der Woche beschäftigen. Sie zahlen dafür monatlich 500 Franc. Hinzu kommt ein Entgeld aus der Staatskasse von 1200 Franc. Die Jugendlichen, die zur Altenbetreuung, Garten- und Waldpflege und anderen Arbeiten herangezogen werden sollen, scheiden damit aus der Arbeitslosenstatistik aus.

Außerdem werden die Berufsausbildungsprogramme für Jugendliche bis zu 25 Jahren wesentlich erweitert. Mit staatlicher Hilfe sollen 200 000 neue Lehrstellen geschaffen werden. Auch ist für bestimmte Berufe eine Verlängerung der Schul- und Universitätsausbildung vorgesehen. Schließlich wird der Militärdienst stärker der Berufsausbildung nutzbar gemacht.

Eine Sonderaktion ist für die Arbeitsplatzbeschaffung in Exportunternehmen, in der Verkehrswirtschaft und in der Bauwirtschaft geplant. Bereits beschlossen wurde, daß die an öffentlichen Bauarbeiten beteiligten Unternehmen zusätzliche Staatskredite von sechs Mrd. Franc für die Durchführung von 16 Mrd. Franc Aufträgen erhalten. Die Bauwirtschaft verliert gegenwärtig etwa 2000 Arbeitsplätze im Monat. In den letzten zehn Jahren ist ihre Belegschaft um 400 000 Personen geschrumpft.

Frankreich zählt gegenwärtig 2,64 Mill. Arbeitslose. Davon sind 921 000 unter 25 und rund 500 000 unter 21 Jahre. Ohne Berücksichtigung des neuen Beschäftigungsprogramms hatte die OECD Frankreich für Ende 1985 eine Arbeitslosenquote von elf Prozent gegenüber zur Zeit knapp zehn Prozent in Aussicht gestellt.

ARGENTINIEN / Umschuldung noch nicht perfekt

Die Banken pokern hoch

HORST-A. SIEBERT, **Washington**

Die Umschuldung der Argentinien-Kredite – es geht um rund 20 Mrd. Dollar – ist noch nicht unter Dach und Fach. Von der Währungstagung in Washington haben sich die Auseinandersetzungen nach New York verlagert, wo der Koordinierungsausschuß der Geschäftsbanken inzwischen auch Staatspräsident Alfonsin ins Kreuzverhör genommen hat. Die Institute pokern hoch; sie möchten dem südamerikanischen Land möglichst wenig „frisches Geld" pumpen. Von der Höhe hängt es aber ab, ob der Internationale Währungsfonds (IWF) Buenos Aires einen Bereitschaftskredit über 1,42 Mrd. Dollar gewährt.

Im Falle Mexikos zum Beispiel hatte der IWF die Banken gezwungen, sich bis zu einem bestimmten Tag auf einen bestimmten Betrag zu einigen. Das ist bisher nicht geschehen. Als Forderung „gehandelt" wurde auf der gestern zu Ende gegangenen IWF-Jahresversammlung fünf Mrd. Dollar an neuen Krediten. Der Aufschrei der Banken war laut und überall zu hören. Sie denken an eine viel kleinere Summe, wobei darüber gestritten wird, ob der Fonds-Anteil von den fünf Mrd. abzuziehen oder zuzuschlagen ist.

Der Schwarze Peter liegt also bei den Instituten, deren Forderungen gegenüber Argentinien nach IWF-Quellen Ende Dezember 24,1 Mrd. Dollar ausmachten. Davon muß die Masse umgeschuldet werden. Im einzelnen schlugen Argentiniens Interbank-Verpflichtungen im ersten Quartal 1984 mit 7,4, die Auslandsschulden der Nichtbanken mit 16,5 und die ausländischen Depositen mit 1,8 Mrd. Dollar zu Buch. An die Bereitschaft der Privatbanken, ihren Teil zur Lösung der argentinischen Schuldenkrise beizutragen, hat der geschäftsführende Direktor des Fonds, der Franzose Jacques de Larosière, sein Einverständnis mit dem wirtschaftspolitischen Memorandum, das zwischen dem IWF und Buenos Aires ausgehandelt worden ist, geknüpft.

Dieses Papier ist von den Argentiniern noch auf der Währungstagung in Washington in Umlauf gebracht worden. Es kommt zu dem Ergebnis, daß bei Alfonsins Amtsantritt die Auslandsschulden den jährlichen Wert der Warenexporte fünfmal überstiegen und bei einer monatlichen Teuerungsrate von 15 bis 20 Prozent das reale Bruttoinlandsprodukt auf das Niveau von 1975 zurückgefallen war.

In den letzten neun Monaten hat sich Argentiniens Wirtschaftslage indes gebessert. Das öffentliche Kassendifizit schrumpfte ebenso wie das Defizit in der Leistungsbilanz. Nicht gebremst worden ist bisher allerdings die Inflation. Für die Banken besteht jedoch das Problem, daß die wirtschaftspolitishen Maßnahmen der Alfonsin-Regierung zu weich formuliert sind, um Vertrauen zu wecken. Im Augenblick heißt es bei den Banken: drei Mrd. Dollar und keinen Cent mehr.

SCHINDLER / Aufzugbau leidet unter Baukonjunktur

Umsatzziel nicht erreicht

ot. **Berlin**

Die schlechte Baukonjunktur bekommt auch die Schindler Aufzügefabrik GmbH, Berlin, deutlich zu spüren. Der ursprünglich für 1984 angepeilte Umsatz von 300 Mill. DM wird mit Sicherheit nicht erreicht. Das sagte der Geschäftsführer der 100prozentigen Tochter des gleichnamigen Schweizer Konzerns, Wolfgang Koch. 1983 hatte Schindler 275 Mill. DM umgesetzt.

Koch spricht von einem harten Wettbewerb auf dem Aufzüge-Markt. Das Auftragsvolumen für Schindler sei zwar in etwa gleichgeblieben, doch seien die Preise gleichzeitig um zehn Prozent rückläufig. Einen gewissen Ausgleich habe Schindler über den Wartungs- und Service-Dienst erzielt, der etwa ein Drittel des Umsatzes bringt. Im übrigen bemühe sich das Unternehmen, fehlende Inlandsaufträge über Exportbemühungen – sie machen etwa 30 Prozent des Anlagengeschäftes aus – und Diversifikationen auszugleichen. Nähere Einzelheiten dazu wollte Koch zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen. Sicher sei auf jeden Fall, daß die Beschäftigung der 2500 Mitarbeiter garantiert sei.

Im übrigen beschwerte sich Koch wieder über die Diskussion besonders in Berlin, Aufzüge bei Neubauten erst ab der siebten Etage – bisher 5. Etage – vorzuschreiben. Ob dies nun in Berlin so geschehen wird, wußte er auch nicht zu sagen. In einem Referentenentwurf jedenfalls habe er diese Zahl nicht entdecken können. Er verwies auf das schwedische Beispiel, wo man Fahrstühle schon ab der dritten Etage vorschreibe. So ließen sich später Folgekosten – wenn beispielsweise kranke Mieter auf den Rollstuhl angewiesen sind – vermeiden.

Koch teilte mit, daß in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 300 000 Fahrstühle in Betrieb sind. Dies sei das meistbenutzte und sicherste Nahverkehrsmittel. Jeder zweite Bundesbürger benutze statistisch gesehen einmal am Tag einen Fahrstuhl. Unfälle seien so gut wie unbekannt, denn jeder Fahrstuhl müsse regelmäßig zum TÜV.

Renault wird weiter bestreikt

J. Sch. **Paris**

Mit unterschiedlicher Intensität sind die meisten Werke des staatlichen französischen Automobilkonzerns Renault in den letzten Tagen bestreikt worden. Die Gewerkschaften fordern die Anwendung der für die 8800 Arbeiter des Werks von Le Mans getroffenen Weihnachtsgeld- und Urlaubsvereinbarungen auf den Gesamtkonzern. Auch wollen sie feste Zusagen, daß der Belegschaftsabbau generell durch freiwillige Pensionierungen erfolgt.

Als neue Forderung auch für Le Mans ist der Ausgleich von Kaufkraftverlusten aufgestellt worden. Danach könnte der Streik auch wieder auf dieses Werk übergreifen. Auch das Werk von Flins, das den neuen R 5 montiert, blieb weitgehend von Störungen verschont. Offensichtlich will sich die kommunistische CGT nicht dem Vorwurf aussetzen, daß sie dieses erfolgversprechende Renault-Modell sabotiert. Ob es rechtzeitig auf den Markt kommen kann, ist aber fraglich. Denn Flins ist auf Zulieferungen der bestreikten Werke angewiesen.

JUGOSLAWIEN / „Müßiggang" der Arbeiter beklagt

Zusätzliche Kredite benötigt

dpa/VWD, **Belgrad**

Das mit rund 20 Mrd. Dollar im Westen verschuldete Jugoslawien will im kommenden Jahr Kredite von 3,3 Mrd. Dollar aufnehmen, um seine Schulden abzahlen zu können. Das berichtete die Belgrader Zeitung „Politika Ekspres" unter Berufung auf die jugoslawische Regierung. Insgesamt müsse das Land 1985 rund 6,1 Mrd. Dollar tilgen.

Jugoslawien möchte in Zukunft keine jährlichen, sondern längerfristige Schuldenregulierungen vereinbaren. Daher habe die Regierung dem Internationalen Währungsfonds (IWF) einen Vertrag über fünf Jahre vorgeschlagen, berichtete die Zeitung weiter. Eine Übereinkunft mit dem IWF ist die Voraussetzung für Kredite von 17 westlichen Regierungen und rund 500 Geschäftsbanken an Jugoslawien. Jugoslawien muß 1984 rund 40 Prozent seiner Deviseneinnahmen zur Schuldentilgung aufbringen.

Angesichts der schweren Wirtschaftskrise machen sich Politiker und Presse des Landes Gedanken darüber, wie die seit Jahren sinkende Produktivität der Betriebe verbessert und die Arbeitsunlust der meisten Beschäftigten behoben werden könnte. Denn von den sechs Mill. Arbeitern und Angestellten im vergesellschafteten Sektor bleiben täglich rund 600 000, also zehn Prozent, dem Arbeitsplatz fern. Im vergangenen Jahr feierte jeder beschäftigte Jugoslawe im Schnitt ganze zwei Wochen krank. Vor allem am Montag und am Freitag fehlen in den Betrieben die Mitarbeiter. Personalengpässe gibt es auch in der Erntezeit: Etwa drei Mill. Berufstätige bearbeiten nach Feierabend ein größeres Stück Ackerland. Diese Zahlen nahm die renommierte Wochenzeitung „Nin" in ihrer letzten Nummer zum Anlaß, von „diszipliniertem Müßiggang" in den jugoslawischen Unternehmen zu sprechen.

Nach der neuesten Untersuchung liegt die mangelnde Arbeitsdisziplin vor allem in der schlechten und wenig leistungsbezogenen Bezahlung begründet. Da der durchschnittliche Monatsverdienst von rund 20 000 Dinar (rund 370 DM) bei weitem nicht zum Leben reicht, ist die außerbetriebliche Arbeit für die meisten zur Haupteinnahmequelle geworden. Daneben wissen die Arbeitsunlustigen ganz genau, daß sie auch bei mangelnder Leistung stets unter dem Schutz des Staates stehen: Die Kündigung eines Arbeiters ist in Jugoslawien nach wie vor nur sehr schwer durchzusetzen.

WELTBÖRSEN / Zinssenkungshoffnungen stabilisieren Trend an der Wall Street

Tokio auf höchstem Niveau seit Mai

Paris (J. Sch.) – Die Pariser Börse hat die Emission der neuen Staatsanleihe reibungslos aufgenommen, obwohl ihr Betrag von ursprünglich zehn auf 15 Mrd. Franc erhöht worden war. Auch die Ultimo-Liquidation von Ende letzter Woche wurde gut verkraftet. Nach ihrer Abwicklung zeigte der Kursindex für französische Aktien bereits wieder nach oben. Diese im internationalen Vergleich überraschend feste Haltung der Wertpapierbörse findet ihre Stütze in der sehr hohen Liquidität der Anleger. Sie erklärt sich vor allem aus dem anhaltenden Desinteresse für Immobilien in Folge des verschärften Mieterschutzes. Außerdem ging die Spartätigkeit zurück, nachdem der Sparzins reduziert wurde. Nicht zuletzt aber münzten viele Franzosen ihre weniger wertvoll gewordenen Goldmünzen in Aktien um. Zum erstenmal seit 1959 wurde jetzt der „Napoleon" zu einem Preis notiert, der auf das Gramm Feingold bezogen unter dem Barrenpreis lag.

New York (VWD) – In gut behaupteter Verfassung präsentierte sich zur Wochenmitte die Aktienbörse in Wall Street. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte zog leicht um 4,96 auf 1212,12 Punkte an (Vorwoche: 1213,01). Stützung fand der Markt durch Portefeuille-Aufrundungen der Institutionellen zum Quartalsende. Daneben scheint sich im Publikum hinsichtlich der weiteren Zinsentwicklung leichter Optimismus breit zu machen – eine Auffassung, die durch den Rückgang des Tagesgeldsatzes bestärkt wurde. Gerüchte, mit der Citibank habe eine weitere US-Bank ihre Prime rate herabgesetzt, wurden zwar dementiert, können jedoch ebenfalls als Hinweis auf das verbesserte Zinsklima gewertet werden. Die Weels Fargo Bank dagegen setzte ihre Prime rate von 13 auf 12½ Prozent und damit noch unter das Niveau der Morgan Guaranty herab. Favorit des Tages und zweitmeist gehandelter Wert waren Rolm Corp. (plus 4⅞ auf 64⅞), für die IBM ein Übernahmeangebot zu 70 Dollar je Aktie machte.

Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto veröffentlicht die WELT einmal in der Woche – jeweils in der Freitagsausgabe – einen Überblick über den Trend an den internationalen Aktienmärkten.

London (AP) – An der Londoner Börse gaben die Standardwerte trotz einer allgemeinen Aufwärtstendenz nach. Der Financial-Times-Index erhöhte sich zur Wochenmitte um einen Punkt auf 869,0. Vor einer Woche lag der Index noch bei 871 Punkte. Bankaktien zogen an, nachdem sich Argentinien offenbar mit dem IWF geeinigt habe.

Tokio (dlt) – Nach einem schwachen Start stiegen die Kurse in Tokio auf den höchsten Stand seit Mitte Mai. Der Dow-Jones-Index verbesserte sich im Wochenvergleich um 122,6 Punkte auf 10 643,9. Die Tagesumsätze bewegten sich zwischen 210 und 480 Millionen Aktien. Der Yen tendierte gegenüber dem Dollar zwar schwächer, doch wirkten sich die Erholung an der Wall Street und gute Gewinnaussichten der Unternehmen bei den Geschäftsabschlüssen Ende September günstig aus.

GENERAL MOTORS / Tarifvertrag nahm erste Hürde

Fonds für Umschulungskosten

dpa/rtr, **St. Louis**

Der zwischen der Gewerkschaft der Automobilarbeiter und der Führung von General Motors ausgehandelte Vertrag über Lohnerhöhungen und eine bessere Arbeitsplatzsicherung hat die erste Hürde genommen und muß in den kommenden zwei bis drei Wochen noch von den 350 000 betroffenen Arbeitern gebilligt werden.

Die 300 Mitglieder des Gremiums, das bei der Gewerkschaft United Auto Workers (UAW) für General Motors zuständig ist, stimmte dem Vertrag mit großer Mehrheit zu. Nach Angaben der Gewerkschaft sieht der Vertrag, der eine Laufzeit von drei Jahren hat, im ersten Jahr Lohnerhöhungen zwischen ein und 3,5 Prozent vor – je nach Qualifikation der Arbeiter. Der Stundenlohn eines Fließbandarbeiters werde sich demnach von jetzt 12,82 auf 13,28 Dollar zum Ende des ersten Jahres erhöhen. Außerdem wurden drei zusätzliche Urlaubstage für die Dreijahresperiode vereinbart.

Die Regelungen zur Arbeitsplatzsicherung verpflichten den Konzern unter anderem, einen Fonds mit einer Milliarde Dollar zu schaffen, aus dem die Gehälter von Arbeitern und Umschulungskosten eine bestimmte Zeit weitergezahlt werden, wenn sie beispielsweise wegen der Einführung neuer Technologien oder der Verbesserung von Produktionsanlagen ihre Arbeit verlieren. Der Fonds soll von dem Unternehmen und der Gewerkschaft gemeinsam verwaltet werden.

Die Unterhändler der beiden Parteien hatten sich Anfang der Woche über den Kompromiß geeinigt. In der Woche zuvor waren bis 90 000 Arbeiter in verschiedenen Zweigwerken des größten Automobilkonzerns der Welt in den Streik getreten.

HATLAPA / „Wir schreiben schwarze Zahlen"

Umsatzrückgang erheblich

DIETER F. HERTEL, Hamburg

Einen erheblichen Umsatzrückgang von 75 Mill. DM auf nur noch 55 Mill. DM in diesem Jahr mußte die Hatlapa Uetersener Maschinenfabrik als Folge der Schiffbaukrise hinnehmen. Wie der Geschäftsführer des in zweiter Generation in Familienbesitz befindlichen, 1921 gegründeten Unternehmens, Thomas Guth, dazu auf der internationalen Fachmesse „Schiff, Maschine, Meerestechnik" in Hamburg sagte, wird versucht, einen Ausgleich dafür mit einem Tochterunternehmen zu erreichen: die FTH Fördertechnik Hamburg, die u. a. Palettierungsanlagen herstellt. Das Unternehmen war von Hatlapa im vergangenen Jahr aus der in Konkurs gegangenen Harry Lässig GmbH & Co KG übernommen worden. Es konnte den Umsatz von fünf Mill. DM im Jahre 1983 auf 15 Mill. DM in diesem Jahr steigern.

Verlustaufträge werden nicht hereingenommen, wie Guth sagte: „Wir schreiben schwarze Zahlen, und dabei soll es auch bleiben." Der Exportanteil beträgt derzeit bei Hatlapa 60 und bei FTH 25 Prozent. Bei Hatlapa dürfte er in naher Zukunft auf unter 50 Prozent sinken: Immer mehr Länder bevorzugen im Schiffbau Zulieferungen aus dem eigenen Land, auch wenn diese teurer und von schlechterer Qualität sind. Manche Werften, so stellte Guth fest, handeln nach dem Grundsatz: „Hauptsache, die Komponenten überstehen die Garantiezeit." Das sei eine Folge des extremen Preisdrucks, unter dem die Schiffbauer stehen.

Auf dem Produktionsprogramm von Hatlapa stehen fünf Produktgruppen: Decksmaschinen, bei denen durch weitgehende Normung der Bau von Kleinserien möglich ist; Kompressoren, Ruderanlagen, Querstrahlsteuer und Bordkrane, die u. a. mit einer Höhe von nur 2,70 Meter über Drehkranz für binnenwasserstraßengängige Seeschiffe besonders geeignet sind.

Die Unternehmensgruppe hat in den vergangenen dreieinhalb Jahren 14 Mill. DM für Modernisierung und Rationalisierung investiert. Sie beschäftigt zur Zeit rund 500 Mitarbeiter, darunter 50 Lehrlinge. Angestrebt wird eine Verminderung des Personals um etwa 50 Mitarbeiter. Bisher wurden nur 25 Mitarbeiter eingespart. Das war trotz des Umsatzrückgangs möglich, weil der Anteil der Eigenfertigungen gesteigert werden konnte.

KABELMETAL / Auftragsbestand signalisiert weitere positive Entwicklung

Die Dividende wird verdoppelt

DOMINIK SCHMIDT, Berlin

Die Ausschüttung einer auf zehn Prozent verdoppelten Dividende wird der Vorstand der Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG, Osnabrück, für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) vorschlagen. Kabelmetal-Vorstandschef Jörg Stegmann hielt sich in Berlin bei der Erläuterung des ersten Überblicks über den Verlauf des Berichtsjahres mit konkreten Zahlen noch zurück. Er ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß gegenüber dem vergangenen Jahr, für das ein Überschuß von 6,8 Mill. DM ausgewiesen worden war, ein „deutlich besseres Ergebnis" erzielt wurde. Der Dividendenvorschlag, so Stegmann, spiegele die tatsächliche Ertragssituation nur bedingt wider. In beträchtlichem Umfang stünden darüber hinaus Mittel für die Bildung stiller Reserven zur Verfügung.

Die Wende zum Besseren begründet Stegmann mit den günstigeren Marktbedingungen und den planmäßig vorgeführten Maßnahmen zur Kostensenkung. Allerdings sei zumindest in Teilbereichen die Mengenkonjunktur besser verlaufen als die Preisentwicklung. Während bei Walzerzeugnissen befriedigende Preise erzielt wurden, seien im Preß- und Ziehbereich nur marginal Preiserhöhungen durchgesetzt worden. Von der französischen Cable de Lyon, an der Kabelmetal mit 25 Prozent beteiligt ist, flossen knapp 2 Mill. DM an Dividende nach Osnabrück.

Der Dividendensatz soll beileibe kein Einmalereignis bleiben. Viele Faktoren, so Stegmann, sprechen dafür, daß auch das Geschäftsjahr 1984/85 erfolgreich verlaufen wird. Impulse verspricht man sich vor allem vom Export. Bei den für Kabelmetal wichtigen Branchen seien derzeit lediglich im Bausektor Abschwächungstendenzen erkennbar. Daraus resultierende negative Einflüsse werde das Unternehmen mit verstärkten Anstrengungen in den übrigen Bereichen begegnen. Dazu gehöre das Bemühen, das Spezialitätenangebot (Veredelung) zu Lasten der Standardprodukte auszuweiten.

Vor allem die Belebungen der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 1983/84 ließ den Erzeugnisumsatz im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent ansteigen. Wenn Kabelmetal dennoch den neutralisierten Vollumsatz mit 624 (650) Mill. DM um vier Prozent niedriger als 1982/83 ausweist, so ist das zum einen auf die Einstellung der Drahtfertigung (rund 100 Mill. DM Umsatz) sowie auf den Abbau der Vorräte (erstmals wurden keine Rohstoffe verkauft) zurückzuführen. Der Exportanteil verringerte sich leicht auf 35,2 (36,2) Prozent.

Um 13 Prozent über dem Niveau des Vorjahres lag der Auftragseingang. Der Auftragsbestand am 30. Juni erreichte 99,6 (84,5) Mill. DM. Vor allem die Nachfragebelebung in der Bauwirtschaft habe sich positiv ausgewirkt. Die Kapazitäten waren bis auf wenige Ausnahmen in der Sonderfertigung voll ausgelastet. Die Mitarbeiterzahl verringerte sich im Berichtsjahr um 4,8 Prozent auf 2656 (2791) Beschäftigte. Die Investitionen in Sachanlagen erreichten 17 (13) Mill. DM.

Der nicht-konsolidierte Gruppenumsatz errechnet sich mit knapp 1,1 Mrd. DM. Wichtigste Tochtergesellschaft ist die Kabelmetal Messing GmbH in Berlin, die auf dem besten Weg sei, auch ertragsmäßig „eine wohlproportionierte Tochter" zu werden. Das Berliner Unternehmen beschäftigt 450 Mitarbeiter und weist einen Umsatz von rund 300 Mill. DM aus. Die Kapazitäten – 60 Prozent der Erzeugnisse gehen in den Baubereich – sind voll ausgelastet. Die jährliche Produktion liegt bei 70 000 Tonnen.

LOHMANN / Kräftiger Anstieg der Investitionen

Produktpalette wird erweitert

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Das Wachstum muß aus neuen Märkten und aus neuen Produkten kommen. Den Erfolgsbeweis solcher Überzeugung liefert das 133 Jahre alte Familienunternehmen Lohmann GmbH & Co. KG, Neuwied, gerade in jüngster Zeit besonders eindrucksvoll. Der mittelständische Produzent von Verbandstoffen, Klebebändern und Vliesstoffen hat 1983 seinen Gesamtumsatz um stattliche 11,2 (4,1) Prozent auf 237 Mill. DM gesteigert. Noch kräftiger geht es in diesem Jahr voran, in dem der Umsatz bis Ende August um reichlich 15 Prozent wuchs. Davon stammen jetzt wieder 30 Prozent aus dem Auslandsgeschäft, das 1983 nur noch 28,2 (29,3) Prozent zum Umsatz beitrug, vor allem in den USA aber kräftige Wachstumstendenz zeigt.

Nebst nicht konsolidierten Beteiligungen dürfte die Gruppe inzwischen bei 300 Mill. DM Jahresumsatz angelangt sein. Das ist im wesentlichen ein Resultat aus der letzten Dekade freiwilliger Bilanzpublizität, die Lohmann 1974 mit damals 124 Mill. DM Umsatz und einem über die Stammfirma hinaus erst wenige mitteleuropäischen Vertriebsniederlassungen umfassenden Netz von Auslandstöchtern begann.

Anhaltende Wachstumstendenzen zeigt auch die bereits 1983 auf jahresdurchschnittlich 1244 (1209) Leute gesteigerte Beschäftigtenzahl. Noch deutlicher im Wachstum liegen die Investitionen, die 1983 auf 16,5 (7,6) Mill. DM Sachanlagenzugänge – bei 10,2 (6,9) Mill. DM Abschreibungen – sowie 1,7 (1,6) Mill. DM Beteiligungszugang gesteigert wurden und 1984 auf 20 Mill. DM Sachinvestitionen kommen sollen. Ein wichtiger Investitionsschwerpunkt war 1983 der Ausbau der Kleber-Grundstoffproduktion. Noch wichtiger wird da 1984 der Bau einer neuen Anlage am Stammsitz Neuwied für die Produktion wirkstoffhaltiger Pflasterprodukte.

Für diesen jungen Produktzweig der „transdermalen" Heilmittelpflaster, mit dem Lohmann 1983 als einer der ersten unter den noch wenigen Produzenten auf Anhieb schon mehr als 10 Mill. DM Umsatz schaffte, ließ man sich zur Kapitalbedarfsdeckung etwas Neues einfallen: Gründung der Lohmann Therapie-Systeme GmbH & Co. KG (heute 6,4 Mill. DM Kapital und 9,3 Mill. DM Rücklagen), an der zu 49 Prozent private Kapitalanleger fast nur aus dem 53 Personen starken „familiennahen" Kreis der Stammfirma-Kommanditisten beteiligt sind. Zur Produktinnovation gehört beim Stammhaus, das 1983 seine „technischen Produkte" (Klebebänder und Vliesstoffe) bereits auf 34,7 (33,2) Prozent des Gesamtumsatzes brachte, insbesondere auch die nun mit großen Erwartungen gestartete Herstellung von Spezial-Vliesstoffen für die Elektroindustrie.

Bei alledem stimmt (auch für das seit Jahren erfolgreich praktizierte Mitarbeiter-Beteiligungsmodell) die Rendite: Für 1983 ein Jahresüberschuß-Ausweis von 10,4 (7,4) Mill. DM und als Resultat langjähriger Ertragskraft eine ordentliche Quote der nach 8,7 (7,4) Mill. DM Ausschüttung verbliebenen 56,5 (50,2) Mill. DM Eigenmittel von 40 (39) Prozent des Bilanzvolumens.

PAUL LINDENAU / Schiffswerft ist gut ausgelastet

Größeres Reparaturgeschäft

DIETER F. HERTEL, Kiel

Die Paul Lindenau Schiffswerft, Kiel, ist in diesem Jahr gut ausgelastet. Sie baut zwei Gastanker von je 5200 Kubikmetern Tankinhalt, zwei Chemikalien- und Öltanker von je 11 000 Tonnen Tragfähigkeit und zwei Passagierfähren. In etwa drei Wochen findet außerdem die Ablieferung eines für die Forschung umgebauten Schiffes statt. Ein ähnlicher Umbau wurde in diesen Tagen in Auftrag gegeben. Nach Ablieferung wird er das größte von insgesamt 20 seismischen Forschungsschiffen der Western Geophysical Company of America sein.

Auf seinem Gelände von fast 70 000 Quadratmetern unmittelbar am Nord-Ostsee-Kanal konnte die Werft mit ihren 440 Mitarbeitern ihr Reparaturgeschäft beträchtlich ausweiten. Außerdem wurde ein zweites Schwimmdock für Schiffe bis zu 25 000 Tonnen Tragfähigkeit angekauft.

Wie Werft-Chef Harald Lindenau anläßlich der Fachmesse „Schiff, Maschine, Meerestechnik" in Hamburg sagte, ist es seinem Unternehmen gelungen, durch Anwendung aller möglichen Konstruktionsverbesserungen Einsparungen von bis zu 20 Prozent bei den laufenden Energiekosten seiner Neubauten zu ermöglichen.

Neu entwickelt hat die Werft eine Hilfsbesegelung. Mit vollautomatisierten Gaffelsegeln, die während der Reise keinerlei Bedienungsaufwand erfordern, soll sie je nach Fahrtgebiet und vorherrschenden Windrichtungen Treibstoffeinsparungen von zehn bis 20 Prozent ermöglichen. Bei Serienfertigung wird eine Amortisation der zusätzlichen Kosten in zweieinhalb Jahren erwartet.

Aufträge für Schwimmbagger

dfh, Hamburg

Weitgehend diversifiziert hat sich in den vergangenen Jahren der Lübecker Unternehmensbereich Tagebau und Schiffbau der Orenstein & Koppel AG, Dortmund. O & K-Vorstandsmitglied Robert Mann sagte dazu in Hamburg: „Wir sind keine Werft im üblichen Sinn mehr." Der Schiffbau mache nur noch knapp 50 Prozent der Gesamtleistung von 400 Mill. DM jährlich aus.

Bei großen Schwimmbaggern sei sein Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland nahezu ohne Konkurrenz. Bis Mitte 1985 sei die Beschäftigung der 1800 Mitarbeiter dieses Unternehmensbereichs durch „kostendeckende" Aufträge gesichert. Zur Zeit befindet sich ein 3000-Kubikmeter-Split-Hopperbagger für Uruguay in Bau sowie zwei kleinere Schneidkopfbagger für deutsche Auftraggeber.

DAIMLER-BENZ / Zulieferungen aus Frankreich

Fertigung wird gesteigert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Daimler-Benz AG will für die Pkw- und Nutzfahrzeugproduktion ihrer zwölf deutschen Werke mehr Einzelteile in Frankreich fertigen lassen. Zu diesem Zweck hat sie erstmals eine Tagung für die bestehenden und potentiellen Zuliefererunternehmen in Paris veranstaltet. Zu deren laufender Betreuung wird Anfang nächsten Jahres am Sitz der Tochtergesellschaft Mercedes-Benz-France ein ständiges Einkaufsbüro eingerichtet.

Frankreich ist schon jetzt für Daimler-Benz der größte ausländische Zulieferer mit jährlichen Zuwachsraten von durchschnittlich 15 Prozent. Im vergangenen Jahr hatten diese Lieferungen 1,2 Mrd. Franc erreicht. Das entsprach einem Beschäftigungsvolumen von 4000 bis 5000 Personen. Insgesamt arbeiten für Daimler-Benz rund 15 000 Franzosen (Zulieferer, Verkauf, Auslieferung und Grenzgänger).

Der Frankreichumsatz von Daimler-Benz dürfte in diesem Jahr 6 (5,4) Mrd. Franc erreichen. Stückzahlmäßig ist die Firma am hiesigen Pkw-Markt mit einem Prozent beteiligt – bei den Nutzfahrzeugen aber *mit 10 Prozent*, wobei der Anteil am Markt für Lkw mit mehr als 5 Tonnen 20 Prozent erreicht.

Vor Industriellen und Regierungsvertretern zollte Vorstandsvorsitzender Professor Breitschwerdt in der deutschen Botschaft der Qualität der französischen Zulieferungen großes Lob. Gleichwohl ist es sehr ungewöhnlich, daß der Industriekonzern derartige Initiativen von sich aus ergreift. Dazu erklärten die Herren aus Stuttgart: „Frankreich ist für Daimler-Benz kein Ausland mehr".

NAMEN

Josef G. Rösch, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes, München, vollendet heute das 60. Lebensjahr.

Dr. **Gerhard Höfken** (63) bei der Grundig AG in Fürth verantwortlich für den Großvertrieb in der Verkaufsdirektion Inland sowie für die Organisation des OEM-Geschäfts, wird am 30. September in den Ruhestand treten. Zu seinem Nachfolger wurde **Erich Pinkau** bestellt, der bisher als Vertriebsdirektor in der Grundig-Filiale Düsseldorf tätig war.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: M + S Bauträger GmbH; **Beckum:** Nachl. d. Bernd Friedrichs, Gastwirt, Ahlen; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Jochen Werner Schröder; **Deggendorf:** Eleonore Fochtmann, Kauffrau, Otzing; **Essen:** Heinz Meier, Kaufmann, Essen-Steele; **Geilenkirchen:** Christian Ebel, Elektromeister; **Stadthagen:** F. u. H. Wärmetechnik GmbH, Hagenberg.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Neu-Ulm: Schwaben Wäsche GmbH, Günzburg.

Vergleich beantragt: Ravensburg: *Dezel GmbH & Co. KG elektrische* Anlagen; **Trier:** Hans Engel GmbH & Co. KG Baumarkt.

Atempause am Aktienmarkt

Auf ermäßigter Kursbasis Wiederbelebung der Nachfrage

DW. – Nachdem vorbörslich in einigen Spitzenpapieren die Nachfrage des Auslandes zu Kursen befriedigt worden war, die über denen des Vortags lagen, mangelte es während der Börsenzeit an Kaufaufträgen. Aufmerksam wurde registriert, daß auf der im Verlaufe ermäßigten Kursbasis die Nachfrage wieder lebhafter wurde. Ein großer Teil der an der Mittwochbörse erreichten Kursgewinne blieb erhalten, obwohl die „Exportaktien" wie Schering, Daimler, Mercedes und Degussa Tageseinbußen bis zu fünf DM zu verkraften hatten.

Bemerkenswert rege war auf ermäßigter Basis die Anlagebereitschaft bei den Bankaktien, von denen sich Deutsche Bank trotz des ansehnlichen Gewinns am Mittwoch kaum veränderten. Die vierprozentige Wandelanleihe der Deutschen Bank überschritt erstmals die Grenze von 120 Prozent. Der Markt befindet sich hier offensichtlich in einer Reinigungsphase. Glattstellungen gab es auch bei den AEG-Aktien, die unmittelbar nach Auslaufen des Vergleichsverfahrens bis 116 DM gestiegen waren, jetzt aber um rund fünf Prozent zurückgefallen sind. Maschinenbaupapiere tendierten uneinheitlich, dort wo in den letzten Wochen spekulative Phantasie den Handel beflügelt hatte, waren Gewinnmitnahmen zu registrieren.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt verminderten um 5 DM, Heinrich und Hindrich Auffermann um 4 DM. Kromschröder gaben um 7 DM nach. Erhöhen konnten Conc. Chemie um 5 DM, Hein. Lehmann um 7 DM und Stinnes um 10 DM. Bei den Versicherungen verloren Aachen Münchner Bet. 19 DM und Allianz Leben 100 DM.

Frankfurt: Metallgesellschaft erhöhten umd 7 DM auf 230 DM und Parkbräu um 7 DM auf 415 DM. Rütgers stockten um 5 DM auf 363 DM auf und Thuringia Gas um 10 DM auf 325 DM. Veith Pirelli schlossen um 9,50 DM fester.

München: Etienne Aigner und Agrob St. erhöhten um 1 DM. Audi NSU gaben um 15 DM nach. Cassella stockten um 8 DM und Deckel AG um 2,50 DM auf. Erlus AG verbesserten sich um 7 DM, Flachglas um 3 DM und Hutschenreuther um 5 DM. Ebenfalls um 5 DM erhöhten Leonische Draht.

Hamburg: Beiersdorf gaben um 2,50 DM, Phoenix Gummi um 2 DM, Triton um 3 DM und Reichelt um 1 DM nach. HEW wurden mit 82 DM und NWK-Vz. mit 164 DM gehandelt. Aus dem Rahmen fielen Markt und Kühlhallen, die mit 308 DM bezahlt werden mußten. Vereins- und Westbank gingen weiter unverändert zu 297 DM aus dem Markt.

Berlin: Herlitz St. festigten sich um 3 DM, Herlitz Vz. und Berthold um 2 DM. Berliner Kindl konnten sich um 1,50 DM geringfügig verbessern. Schering büßten 4,50 DM und Orenstein 2,50 DM ein. DUB-Schultheiss bröckelten um 1 DM ab. DeTeWe wurden um 2 DM höher taxiert.

Nachbörse: leichter

WELT-Aktienumsatz: 154,7 (155,6)
WELT-Umsatzindex: 4150 (3670)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Amsterdam / Tokio / Zürich / Madrid / Paris / Mailand / Toronto / London / Wien / Brüssel / Kopenhagen / Hongkong / Singapur / Sydney

[illegible]

Optionshandel

Frankfurt: 27. 9. 84: 1822 Optionen = 94 950 (94 750) Aktien, davon ... Verkaufsoptionen: = 9800 Aktien. Kaufoptionen: [illegible] ... (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 27. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

geschlossen

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 27. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1510,00	1869,40
10 US-Dollar (Indian)**)	1255,00	1519,40
5 US-Dollar (Liberty)	475,00	655,50
1 £ Sovereign alt	237,00	292,98
1 £ Sovereign Elizabeth II.	234,00	289,56
20 belgische Franken	183,00	235,98
10 Rubel Tscherwonez	248,00	310,08
2 südafrikanische Rand	235,00	289,56
Krüger Rand, neu	1064,00	1253,86
Maple Leaf	1064,00	1252,86
Platin Noble Man	1015,00	1197,00

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	246,00	307,80
20 schweiz. Franken „Vreneli"	187,00	237,12
20 franz. Franken „Napoléon"	185,00	234,84
100 österr. Kronen (Neuprägung)	984,00	1185,60
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	245,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	103,00	134,52
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	449,00	551,76
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

27. 9. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs*)	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York³)	3,0263	3,0343	2,9920	2,98	3,07
London¹)	3,763	3,777	3,729	3,70	3,85
Dublin¹)	3,092	3,106	3,046	3,76	3,91
Montreal³)	2,2960	2,3060	2,683	2,25	2,35
Amsterd.	88,540	88,760	88,500	87,25	89,75
Zürich	121,180	121,380	121,175	120,00	122,75
Brüssel	4,926	4,948	4,876	4,80	5,00
Paris	32,510	32,670	32,100	31,75	33,50
Kopenh.	27,580	27,690	27,270	26,50	28,25
Oslo	34,530	34,650	33,940	33,50	35,25
Stockh.**)	35,170	35,330	34,610	34,25	36,00
Mailand²)**)	1,600	1,610	15,62	1,56	1,66
Wien	14,211	14,251	14,177	14,15	14,35
Madrid**)	1,781	1,791	1,745	1,72	1,84
Lissabon**)	1,890	1,910	1,788	1,55	2,35
Tokio	1,2375	1,2405	–	1,20	1,26
Helsinki	47,970	48,170	47,29	47,25	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,06	0,23
Athen*)**)	2,3935	2,4475	–	2,15	3,05
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5185	2,5375	–	2,48	2,59
Johannesbg.*)	1,8125	1,8315	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar.
*) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert
**) Einfuhr begrenzt gestattet

Devisenmärkte

In New York kam es am am Vorabend zu einer starken Abschwächung des Dollarkurses bis auf fast 3,01. Mutmaßend über Dollar-Verkäufe europäischer Zentralbanken sowie mögliche Primerate-Sekungen und Aktivitäten der International Money Markets in Chicago wurden als Gründe genannt. Festzuhalten ist die Primerate-Senkung einer Großbank von 13 auf 12,5 Prozent. In Europa ergab sich am 27. 9. bei relativ ruhigem Geschäft eine Spanne von 3,02 bis 3,0470 für die Leitwährung. Die Deutsche Bundesbank beschränkte sich auf den notwendigen Ausgleich von 19,1 Millionen Dollar zur Notiz von 3,0303. Der starke Kursverfall des Dollar im Tagesvergleich wirkte sich auch auf die Notierung der übrigen Währungen aus, die in der Mehrzahl schwächer gehandelt wurden. Besonders starke Rückgänge verzeichnete der Schweizer Franken und der japanische Yen mit 94 Pfennig auf 121,28 bzw. mit 185 Punkten auf 1,2390. US-Dollar in: Frankfurt 3,0303; Amsterdam 3,4155; Brüssel 61,39; Paris 9,2945; Mailand 1886,0; Wien 2129,80; Zürich 2,4986; Ir. Pfund/DM 3,099; Pfund/Dollar 1,2441; PFD/DM 3,770.

Ostmarkkurs am 26. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,50; Verkauf 23,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die niedrigere Dollar-Basis und die festen DM-Zinssätze waren am 27. September der Grund für eine deutliche Verengung der Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,46/1,36	4,31/4,21	8,17/7,97
Pfund/Dollar	0,045–0,06	0,22–0,25	0,52–0,57
Pfund/DM	2,20/0,80	5,30/3,90	9,10/7,70
FF/DM	23/7	55/39	98/82

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 27. 9.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 27. 9.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 26. 9.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 7,75 (6,87) – 8,00 (7,12) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,48). Ausgabe 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 7,25 (6,91) – 8,00 (7,18) – 8,25 (7,40) – 8,50 (7,58) – 8,50 (7,71) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,55, 2 Jahre 6,50. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100,80, Rendite 7,30.

HAUS- UND HEIMTEXTILIEN / Gardinenexport legte im ersten Halbjahr zu

Teppichindustrie spürte den Streik

INGE ADHAM, Frankfurt

Über sehr unterschiedliche Entwicklungen in diesem Jahr berichten die verschiedenen Branchen, die Textilien für den Wohnbereich herstellen. Zwar hatte für die deutsche Teppichindustrie das Jahr 1984 sehr gut begonnen – die rege Bautätigkeit des Vorjahres wirkte sich absatzsteigernd aus – aber mit dem zweiten Quartal sah das Bild dann schon anders aus. Besonders in den klassischen Handelsbereichen und bei den Herstellern, die für die Autoindustrie liefern, wurden Streikfolgen sichtbar, so daß per Saldo keine Umsatzsteigerung gegenüber dem ersten Halbjahr 1983 zu erreichen war.

Inzwischen läuft es zwar wieder besser, aber trotz eines deutlich höheren Exports als im Vorjahr (bisher plus 7 Prozent) rechnet die Branche nicht mit wesentlichen Steigerungsraten. Einzige Ausnahme bildet bisher noch das Objektgeschäft, das sich vor allem für die Anbieter gewebter Auslegeware (der Tufting-Bereich hat Marktanteile verloren) positiv entwickelt. Hier sorgen noch das Auslaufen des Bauherrenmodells und die Streichung der Investitionszulage für Belebung in diesem Jahr. Es sei im übrigen nicht gelungen, Kostensteigerungen in der notwendigen Form an die jeweiligen Handelsstufen weiterzugeben, betont der Verband der deutschen Heimtextilien-Industrie. Trotz radikaler innerbetrieblicher Rationalisierungen bewegten sich viele Unternehmen an der „Grenze ihrer finanziellen Möglichkeiten". Auch der Verband verhehlt freilich nicht, daß „durch Innovationen Firmenkonjunkturen möglich" sind.

Besonders positiv lief mit einem Plus von gut 9 Prozent im ersten Halbjahr der Export für die deutsche Gardinenindustrie, deren Inlandsumsatz in der gleichen Zeit stagnierte. Die Gardinen-Hersteller tun sich nach eigener Einschätzung auch aus hausgemachten Gründen im Inland schwer: Die Haltbarkeit der Gardinen aus Chemiefasern ist nahezu unbegrenzt; Neubedarf ist da nur mit besonders pfiffigen Angeboten zu schaffen. Dies scheint den Herstellern von bedruckten Dekorationsstoffen in diesem Jahr gelungen zu sein, dem Exportaufschwung zu Jahresbeginn ist inzwischen auch das Inlandsgeschäft gefolgt. Insgesamt rechnen sie mit einer Produktionssteigerung von 10 Prozent in diesem Jahr.

Weniger im modischen Trend liegen dagegen die gewebten Dekorationsstoffe. Ihre Hersteller berichten von einem starken Geschäfteinbruch im Juni, sowohl im Inland als uch im Export, der für das gesamte erste Halbjahr noch ein Plus von gut 12 Prozent zeigt. Von besonders positiver Exportenentwicklung sprechen auch die Produzenten von Decken und Steppdecken.

Zur „heimtextil '85" Anfang Januar in Frankfurt will man allgemein mit Neu- und Weiterentwicklungen antreten und so Umsätze sichern. Insgesamt werden auf der internationalen Fachmesse – erstmals auf dem komplett umgestalteten Frankfurter Messegelände – gut 1500 Aussteller aus 45 Ländern ihr Angebot präsentieren.

KALIKO / Formhimmel für Pkw als Umsatzrenner

Hohes Wachstum eingeplant

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Als ein „gesuchter Entwicklungspartner" der Autoindustrie sieht sich die mehrheitlich zum Continental-Konzern gehörende Göppinger Kaliko- und Kunstleder-Werke GmbH, Eislingen, nach Einschätzung des Sprechers der Geschäftsführung Dieter Encke. Für das laufende Geschäftsjahr 1984 hat sich das wachstumsträchtige Unternehmen, das über 50 Prozent seines Umsatzes mit Zulieferungen von Kunststoff- und Kunstleder-Produkten für die Autoindustrie tätigt, ein Umsatzziel von fast 200 Mill. DM gesteckt. Dazu beitragen soll insbesondere ein neuentwickelter, einbaufertiger Formhimmel für Pkw, der sich bereits als „Renner" erweist.

In 1983 hat der Umsatz der Kaliko-Gruppe um 6,3 Prozent auf 166 Mill. DM zugenommen. Größter Umsatzträger war mit etwa 40 Prozent Anteil der Sektor der Kunstleder-Produkte, gefolgt von Folien (34 Prozent). Abnehmer der vielfältigen Kaliko-Erzeugnisse sind neben der Autoindustrie die Baubranche, die Lederwaren-Industrie, Freizeit- und Sportartikel, Bekleidung, Schuhe oder auch die Werbe- und Organisationsmittel-Industrie.

Die hohe Entwicklungsintensität des Unternehmens wird darin deutlich, daß mehr als die Hälfte des Umsatzes mit Erzeugnissen hereingeholt wird, die jünger als zwei Jahre sind. Die Exportquote der Gruppe hat sich leicht auf 12,8 (13,7) Prozent ermäßigt. Bei weiter verbesserter Ertragslage wurde ein Jahresüberschuß von 4 (0,4) Mill. DM erwirtschaftet. Investiert wurden 8 (6,9) Mill. DM und abgeschrieben 6,4 (5,5) Mill. DM. Die Gruppe beschäftigte im Jahresdurchschnitt knapp 1000 Mitarbeiter, eine Personalaufstockung ist im Zuge des Wachstums vorgesehen.

Löslicher Kaffee soll teurer werden

ot. Berlin

Löslicher Kaffee soll in den letzten drei Monaten dieses Jahres noch um fünf bis sechs Prozent teurer werden. Das teilte Jan Beernd Rothfos, Vorsitzender des Bundesverbandes der Hersteller von löslichem Kaffee e. V., in Berlin mit. Der Kursanstieg des Dollar auf über drei Mark sei nicht mehr zu verkraften. Löslicher Kaffee ist im laufenden Jahr schon einmal wegen der anziehenden Rohkaffeepreise um ebenfalls fünf bis sechs Prozent teurer geworden.

Die sechs Hersteller von löslichem Kaffee erhoffen sich große Marktchancen in der Zukunft, denn in der Bundesrepublik liege der Anteil erst bei zehn Prozent. Im vergangenen Jahr haben die Hersteller nach den Angaben des Verbandes die Produktion um 2,7 Prozent auf 19 361 Tonnen erhöht. Die Mehrproduktion ist vor allem in den auf 98 (69) Mill. DM gestiegenen Export gegangen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Rheinmetall-Vorzugsaktien

Düsseldorf (J.G.) – In voller Höhe nutzt die Rheinmetall Berlin AG, Berlin/Düsseldorf, ihr vor Jahresfrist geschaffenes genehmigtes Kapital zu einer Kapitalerhöhung auf 135 (90) Mill. DM. Laut Verwaltungsbeschluß sollen nur stimmrechtslose Vorzugsaktien ausgegeben werden, die mit nachzahlbarer Vorzugsdividende von 3 DM und einer nicht nachzahlbaren Mehrdividende von 1 DM gegenüber den Stammaktien ausgestattet sind. Der Emissionspreis der ab dem zweiten Halbjahr 1984 gewinnberechtigten Aktien wird 195 DM betragen gegenüber derzeit rund 360 DM Kurs der Stammaktien, die zu 78 Prozent der Röchling-Familiengruppe gehören.

Uhren-Bürk in Konkurs

Stuttgart (nl) – Die Württembergische Uhrenfabrik Bürk & Söhne, Villingen-Schwenningen, hat beim Amtsgericht Villingen Konkursantrag gestellt. Über den Antrag soll nach Auskunft des Amtsgerichts erst Anfang Oktober entschieden werden. Die Firma, eine GmbH & Co. KG, ist Hersteller technischer Uhren und beschäftigt 129 Mitarbeiter.

Mehrheit bei Hoesch

Dortmund (dpa/VWD) – Der Dortmunder Maschinen- und Anlagenbauer Orenstein & Koppel gehört jetzt zu 75 Prozent zur Hoesch AG, Dortmund. Hoesch, bisher schon mit 50 Prozent am O & K-Grundkapital von 90 Mill. DM beteiligt, hat die bisher von der Frankfurter Agiv gehaltene O & K-Schachtelbeteiligung übernommen.

Klingmüller wird 70

Düsseldorf (Py.) – Ernst Klingmüller, von 1961 bis 1982 ordentlicher Professor und Direktor des Lehrstuhls für Versicherungsrecht an der Universität Köln, wird morgen 70 Jahre. Der gebürtige Berliner vereint durch seine Tätigkeiten als Wissenschaftler, im auswärtigen Dienst, in der Versicherungswirtschaft, als Publizist der Fachzeitschriften Versicherungswirtschaft und Versicherungsrecht sowie als Richter vielseitig wie erfolgreich Lehre und praktisches Handeln. Klingmüller ist als Nestor des Haftungs- und Versicherungsrechts auch im In- und Ausland anerkannter Experte.

US-Motorrad nach Berlin?

Berlin (VWD) – Das geplante europäische Werk des US-Motorrad-Herstellers Harley-Davidson wird wahrscheinlich in Berlin angesiedelt. Der Aufsichtsrat hat den Plänen des Managements zugestimmt. Die Grundsatzentscheidung erfolgte nach ersten Gesprächen mit dem Berliner Senat und Berliner Banken.

ZF kooperiert

Stuttgart (nl) – Die Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF) und die zum britischen GKN-Konzern gehörende Uni-Cardan AG, Siegburg, haben unter dem Namen Viscodrive GmbH, Schwäbisch Gmünd, eine gemeinsame Tochter gegründet. Die Firma wird Entwicklung und Vertrieb sogenannter Viskosekupplungen übernehmen.

Schering baut aus

Berlin (ot.) – Mit Investitionen von insgesamt rund 54 Mill. DM baut die Schering AG, Berlin, ihre Pflanzenschutz-Produktion in Großbritannien aus. Das Pflanzenschutz-Geschäft habe sich in diesem Jahr besser als erwartet entwickelt, teilt der Berliner Chemiekonzern mit. Der Umsatz der Sparte stieg in den ersten acht Monaten um 19,6 Prozent auf 978 Mill. DM. Die Investitionen in Großbritannien werden bei dem im Jahr 1983 gekauften Pflanzenschutz-Unternehmen FBC Ltd. vorgenommen.

IBM will Rolm erwerben

New York (dpa/VWD) – Der US-Computermulti IBM will den Telefonvermittlungs-Hersteller Rolm, Santa Clara, für insgesamt 1,27 Mrd. Dollar übernehmen. Dies gaben die beiden Firmen nach entsprechenden Beschlüssen ihrer Aufsichtsräte bekannt. Die Übernahme muß noch von den US-Kartellbehörden genehmigt werden. Derzeit hält IBM bereits 23 Prozent an der vor 15 Jahren gegründeten Rolm, die jährlich etwa 660 Mill. Dollar Umsatz macht.

MILCHMARKT / Widersprüchliche Angaben zur Eindämmung der Überschüsse

Die Preise haben wieder angezogen

dpa/VWD, Hamburg

„Europa ertrinkt im Milchsee" – „Milch wird knapp". Nach den EG-Beschlüssen vom 1. April 1984 zur Eindämmung der Milchüberschüsse überschlagen sich die Meldungen zu diesem Thema und verwirren zusehens die Verbraucher. So verbreitete der Bundesfachverband der Marktmolkereien, daß „die Marktmolkereien als Folge der EG-Maßnahme bald nicht mehr genügend Milch erhalten würden, um alle Wünsche des Handels wie bisher erfüllen zu können". Damit versucht der Verband dem Verbraucher im gleichen Atemzug auch die gestiegenen Preise für Milch und Milchprodukte klar zu machen.

Werden die Europäer tatsächlich bald auf ihre Frühstücksmilch verzichten müssen? Dies ist kaum zu befürchten, denn auch knapp fünf Monate nach Inkrafttreten der Brüsseler Beschlüsse ist der Milchsee noch bis zum Rand voll und sein Pegel steigt beständig – wenn auch etwas langsamer.

Wahr ist allerdings, daß es in einigen Regionen zu einer plötzlichen Unterversorgung mit Milch gekommen ist. Von einer Verknappung der Milch und akuten Versorgungsschwierigkeiten mit diesem Produkt spricht jedoch weder das Bundesernährungsministerium noch der deutsche Milchhandel. Auch die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft in Frankfurt kann nur bestätigen, daß die Brüsseler Maßnahmen zum Abbau der Milchüberschüsse „gegriffen" hätten.

Die regional aufgetretene Unterversorgung ist vielmehr ein Verteilungsproblem. Die Milchproduktion wurde insgesamt gedrosselt, dabei aber gleichzeitig nicht daran gedacht, daß der Milchbedarf regional sehr unterschiedlich ist, d. h. die an einem Ende der Gemeinschaft überflüssige Milch wurde nicht dorthin transportiert, wo sie verbraucht wird und nach den Brüsseler Sparbeschlüssen nun fehlt.

Durch diese Maßnahme wird die Produktionsmenge im Wirtschaftsjahr 1984/85 (April bis März) von 105 Millionen auf 99,4 Millionen Tonnen Milch heruntergefahren. Das sind jedoch immer noch rund zehn Millionen Tonnen Milch mehr als die EG-Bürger verbrauchen können. Von einem generellen Engpaß zu sprechen, darin sind sich das Landwirtschaftsministerium, der Deutsche Bauernverband wie auch der deutsche Milchhandel einig, ist falsch.

Eine weitere Erklärung für die auch in der Bundesrepublik regional aufgetretene Milchknappheit dürfte auch die Milchrente sein. Mit dieser Maßnahme wollte die Bundesregierung den Landwirten einen Ausgleich für die strikte EG-Quotenregelung schaffen, wonach jeder über die von Brüssel verordnete Höchstgrenze hinaus gemolkene Liter Milch den Bauern „zur Strafe" 80 Prozent weniger Milchgeld einbringt. Bonn bot den Landwirten deshalb an, die Milchkühe für 1000 DM an den Staat zu „verkaufen" und somit die Milchproduktion langfristig um eine Million Tonnen zu senken. Viele Landwirte (inzwischen gingen Anträge auf rund 700 000 Tonnen ein) griffen bei diesem Angebot zu, was sich häufig auf eine Region konzentrierte und dort zu Engpässen bei der Milchversorgung führte.

Der frühere Präsident und langjährige Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages,

Justizminister a. D.

Dr. jur. Werner Hofmeister

Rechtsanwalt und Notar

Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland

Inhaber der Niedersächsischen Landesmedaille

ist am 21. September 1984 im 83. Lebensjahr verstorben.

Das Land Niedersachsen hat mit ihm einen stets dem allgemeinen Wohl dienenden und dem Recht verpflichteten Politiker verloren.

Als Mitglied des Parlamentarischen Rates war er an der Gestaltung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland beteiligt, die Vorläufige Niedersächsische Verfassung hat er maßgeblich mitgestaltet.

Dr. Werner Hofmeister hat sich um das Land verdient gemacht.

Bruno Brandes
Präsident des Niedersächsischen Landtages

Hannover, den 25. September 1984

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30

Berlin
(0 30) 25 91-29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

FINANZANZEIGEN

Strom fürs Neckarland

– Wertpapier-Kenn-Nummer 675 800 –

Bezugsangebot Kapitalerhöhung 1984

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft hat am 29. Juni 1984 beschlossen, das Grundkapital um DM 30.060.000,– auf DM 180.360.000,– durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Aktien zum Preis von DM 100,– je Aktie zu DM 50,– mit Dividendenberechtigung ab 1. Juli 1984 zu erhöhen.

Von den neuen Aktien werden der Neckar-Elektrizitätsverband, Esslingen am Neckar, sowie die ihm angeschlossenen Gemeinden und die Energie-Versorgung Schwaben AG, Stuttgart, unmittelbar nom. DM 27.557.000,– zum Ausgabepreis von DM 100,– für eine Aktie zu DM 50,– übernehmen.

Die verbleibenden nom. DM 2.503.000,– neuen Aktien sind von einem unter der Führung der Württembergischen Kommunalen Landesbank Girozentrale, Stuttgart, stehenden Konsortium übernommen worden mit der Verpflichtung, diese Aktien den Inhabern der alten Aktien im Verhältnis 5:1 zum Ausgabepreis von DM 100,– für eine Aktie zu DM 50,– nach Maßgabe der nachstehenden Bedingungen zum Bezug anzubieten.

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, bitten wir hiermit unsere Aktionäre (mit Ausnahme der unmittelbar beziehenden Aktionäre), ihr Bezugsrecht auf die neuen Aktien zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 1. Oktober 1984 bis 12. Oktober 1984 einschließlich

gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 43 bei einer der nachstehend aufgeführten Bezugsstellen und deren Niederlassungen während der üblichen Schalterstunden auszuüben:

Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Landesgirokasse öffentliche Bank und Landessparkasse Stuttgart

Auf fünf alte Aktien im Nennwert von je DM 50,– kann eine neue Aktie im Nennwert von je DM 50,– zum Ausgabepreis von DM 100,– börsenumsatzsteuerfrei bezogen werden. Der Bezugspreis ist spätestens am 12. Oktober 1984 zu entrichten. Die Bezugsrechte werden vom 1. Oktober bis 10. Oktober 1984 einschließlich an den Wertpapierbörsen in Stuttgart, Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg und München gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln. Vom Beginn der Bezugsfrist an werden die alten Aktien ausschließlich Bezugsrecht notiert.

Für den Bezug wird die übliche Bankenprovision berechnet, es sei denn, daß der Bezug unter Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 43 durch den Bezieher während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer der obengenannten Bezugsstellen vorgenommen wird und ein weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Die neuen Aktien werden bis zur Auslieferung von Einzelurkunden in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Wertpapiersammelbank Baden-Württemberg AG, Stuttgart, hinterlegt wird. Die Erwerber erhalten Gutschrift auf Girosammeldepotkonto. Nach Fertigstellung der Einzelurkunden werden diese unverzüglich gegen die Globalurkunde ausgetauscht. Der Druck der Aktienurkunden ist eingeleitet. Bis zum Zeitpunkt des Austauschs können Ansprüche auf Auslieferung von Einzelurkunden nicht geltend gemacht werden.

Die Zulassung der neuen Aktien zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen in Stuttgart, Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg und München ist beantragt. Bis zur Gleichstellung mit den alten Aktien erhalten die neuen Aktien die Wertpapier-Kenn-Nummer 675801.

Esslingen am Neckar, im September 1984

Der Vorstand



BASF

BASF Aktiengesellschaft

2. Aufforderung zum Umtausch

der auf Badische Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft lautenden Aktien

– Wertpapier-Kenn-Nummer 515 100 –

Nach der Ausschüttung der Dividende für das Geschäftsjahr 1983 ist es erforderlich, neue Gewinnanteilscheinbogen zu den Aktien unserer Gesellschaft bereitzustellen.

In Verbindung hiermit sollen gemäß § 73 AktG aufgrund der von der Hauptversammlung am 20. Juni 1973 beschlossenen Firmenänderung von "Badische Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft" in "BASF Aktiengesellschaft" die wegen Firmenänderung unrichtig gewordenen Aktienurkunden umgetauscht werden.

Wir fordern hiermit unsere Aktionäre auf, die auf die alte Firma "Badische Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft" lautenden unrichtig gewordenen Aktienurkunden mit der linken Hälfte des Erneuerungsscheins

bis zum 10. Dezember 1984 einschließlich

bei einer der nachstehend genannten Umtauschstellen während der üblichen Schalterstunden zum Umtausch gegen auf "BASF Aktiengesellschaft" lautende Aktien mit Gewinnanteilscheinbogen, enthaltend die Gewinnanteilscheine Nr. 1 bis 20 und Erneuerungsschein, einzureichen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Badische Kommunale Landesbank -Girozentrale-
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Hamburgische Landesbank Girozentrale
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Hessische Landesbank -Girozentrale-
Landesbank Rheinland/Pfalz -Girozentrale-
Landesbank Schleswig-Holstein -Girozentrale-
Merck, Finck & Co.
Metallbank GmbH
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft

Gemäß Beschluß der Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 29.06.1984 ist das Grundkapital der Gesellschaft ausschließlich eingeteilt in Aktien im Nennbetrag von 50,– DM. Es stehen Urkunden über 1 Aktie sowie Sammelaktien über 10 Aktien, über 20 Aktien und über 50 Aktien zur Verfügung.

Der vollständige Wortlaut dieser Umtauschbekanntmachung ist im Bundesanzeiger Nr. 184 vom 28. September 1984 veröffentlicht.

Ludwigshafen am Rhein, im September 1984

Der Vorstand

BASF



SERVICE

Verkaufsangebot
über
DM 150 000,- neue Vorzugsaktien
der
Technischen Kundenservicegruppe Wienold & Partner AG
Landshut / München

mit Gewinnbeteiligung ab 1. 1. 1985; Wertpapier-Kenn-Nr. – 745113 –

Die Gesellschaft hat ihr Grundkapital um DM 150 000,- auf DM 300 000,- unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre erhöht.

Die 3000 neuen Vorzugsaktien im Nennbetrag von DM 50,- werden ab September 1984 **zum Preis von DM 175,- je Aktie von dem Münchner Aktien- und Wirtschaftskreis e. V., 0 89 / 42 55 44, und der Raiffeisenbank Adlkofen e. G., 0 87 07 / 4 11 - 3**, freibleibend zum Kauf angeboten.

Kaufanträge und Zeichnungsscheine sowie Verkaufsprospekte können bei den oben genannten Institutionen tel. und schriftlich während der üblichen Schalterstunden geordert werden.

Der Kaufpreis ist von den Erwerbern auf das Zeichnungskonto der Raiffeisenbank Adlkofen e. G. zu überweisen.

Den Erwerbern werden die Aktien nach Zahlung des Kaufpreises zunächst auf Girosammeldepotkonto gutgeschrieben. Bis zur Auslieferung gedruckter Aktienurkunden können Ansprüche auf Auslieferung effektiver Stücke nicht geltend gemacht werden. Die zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Einzelaktien über DM 50,- werden mit Gewinnanteilscheinen ausgestattet sein und gebührenfrei zugestellt werden.

Die Einbeziehung des gesamten Grundkapitals der Gesellschaft in den geregelten Telefonhandel an der Wertpapierbörse München ist vorbereitet.

Landshut, im September 1984

Der Vorstand

Technische Kundenservicegruppe Wienold & Partner AG, 8300 Landshut, Rupprechtstr. 18, Tel. 08 71 / 6 75 76

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Waldenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT/WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Fredrich

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Renten wieder erholt

In Übereinstimmung mit dem leichten Renditerückgang am US-Bondsmarkt setzte sich auch auf dem deutschen Rentenmarkt wieder eine zuversichtlichere Tendenz durch. Öffentliche Anleihen wurden bis zu 0,20 Prozentpunkte heraufgesetzt. Die in dieser Woche eingeführten siebendreiviertelprozentigen Bundesobligationen Serie 48 stiegen auf 100,95 (plus 0,20). Auch bei den DM-Auslandsanleihen waren die Kurse stabil. Bei den Pfandbriefen kamen nur geringe Umsätze auf bisheriger Renditebasis zustande.

	28. 9.	25. 9.		28. 9.	25. 9.		28. 9.	25. 9.
M 5½ Bayer.Hdbk Pf 14	94,75G	94,75G	H 6 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117	M 6 Verbank Hbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 20	82G	82G	6 dgl. 14	92,8G	92,8G	6 dgl. Pf 85	78G	78G
6½ dgl. Pf. 2	86G	86G	6 dgl. 47	82G	82G	7 dgl. Pf 100	100,8G	100,8G
7 dgl. Pf 3	97,5bG	97,5bG	F 5 Helaba Pf 8	111G	111G	D 8 WestLB Pf 350	101,1G	101,1G
6½ dgl. KS 14	98G	98G	6 dgl. Pf 80	98,95G	98,95G	6¾ dgl. Pf 403	99,35G	99,35G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG	8 dgl. Pf 73	102,05G	102,05G	9½ dgl. Pf 1007	107,75G	107,75G
M 5 Bayer. Hypo Pf 93	123G	123G	4 dgl. KO 6	103G	103G	8 dgl. Pf 1015	101,3G	101,3G
5½ dgl. Pf 11	129,25G	129,25G	H 6 Hyp.Lbg. Pf 98	83,75	83,75	7 dgl. KO 558	100,2bG	100,2bG
6 dgl. Pf 34	77,5G	77,5G				6¾ dgl. KS 420	98,15G	98,15G
						9¾ dgl. KO 1301	106,8bG	[illegible]

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Deutlich schwächer schlossen am Mittwoch die Gold- und Silbernotierungen. Kupfer konnte sich dagegen kräftig verbessern. Zu Abschlägen kam es bei Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	26. 9.	25. 9.
Dez.	347,00	350,50
März	354,25	357,50
Mai	352,00	355,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	26. 9.	25. 9.
St. Lawrence 1 CW	239,50	238,90
Amber Durum	255,65	255,85
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	142,40	142,70
Dez.	147,60	147,50
März	154,00	154,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	122,00	122,00
Dez.	123,20	123,00
März	125,20	125,00
Hafer Chicago (c/bush)	26. 9.	25. 9.
Dez.	174,50	176,25
März	173,75	174,25
Mai	172,50	172,50
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	281,50	283,50
März	284,25	287,75
Mai	287,25	291,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	26. 9.	25. 9.
Okt.	127,00	126,10
Dez.	129,10	128,70
März	132,10	131,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	26. 9.	25. 9.
Terminkontr. Dez.	135,05	136,90
März	133,85	135,90
Mai	132,75	134,40
Kakao New York ($/t)	26. 9.	25. 9.
Terminkontr. Dez.	2323	2331
März	2270	2270
Mai	2274	2271
Umsatz	–	3397
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	4,14	4,03
Jan.	4,86	4,75
März	5,43	5,29
Mai	5,78	5,67
Juli	6,12	6,04
Umsatz	17 777	13 570
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	26. 9. 3,90	25. 9. 3,93
Kaffee London (£/t) Robusta-	26. 9.	25. 9.
Kontrakt Sept.	2345–2350	2385–2390
Nov.	2365–2367	2404–2405
Jan.	2258–2258	2289–2292
Umsatz	6146	5030
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	2230–2240	2276–2279
Dez.	1966–1968	1996–1998
März	1916–1917	1942–1943
Umsatz	4426	5241
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Okt.	116,60–117,00	112,80–113,00
Dez.	130,00–130,60	126,00–126,40
März	146,60–147,00	141,80–142,00
Umsatz	2980	–
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	26. 9.	25. 9.
schw. Sarawak spez.	450,00	450,00
weißer Sarawak	700,00	700,00
weißer Muntok	707,50	707,50

Orangensaft New York (c/lb)	26. 9.	25. 9.
Nov.	179,35	181,00
Jan.	180,80	182,50
März	181,20	182,90
Mai	180,80	182,80
Juli	181,00	183,15
Umsatz	1 000	1 500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	26. 9.	25. 9.
Südstaaten fob Werk	36,00	37,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,75	29,25
Sojaöl Chicago (c/lb) Okt.	25,25	25,28
Dez.	24,45	24,45
Jan.	24,25	24,35
März	24,10	24,15
Mai	23,85	24,00
Juli	23,85	23,80
Aug.	23,40	23,40
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	29,50	29,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	27,50	27,00
Choice white hog 4% fr. F.	21,50	19,50
Talg New York (c/lb)		
top white	21,75	21,75
fancy	21,50	21,50
bleichfähig	19,75	19,75
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	45,30	45,50
Dez.	46,70	46,95
Febr.	48,72	48,85
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	62,55	62,70
März	61,95	61,85
Mai	63,00	62,50
Rinder Chicago (c/lb)	26. 9.	25. 9.
Ochsen sieh. schwere River Northern	57,00	57,00
Kühe sieh. schwere River Northern	58,00	58,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	594,50	598,00
Jan.	605,50	609,00
März	620,00	620,00
Mai	627,50	631,00
Juli	632,00	634,50
Aug.	632,00	633,00
Sept.	625,00	625,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	146,20	146,80
Dez.	152,40	153,10
Jan.	155,00	155,90
März	159,00	160,50
Mai	163,00	164,00
Juli	166,50	176,50
Aug.	166,50	168,80
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	26. 9.	25. 9.
Okt.	344,00	344,00
Dez.	353,00	353,50
März	366,00	367,00
Kokosöl New York (c/lb)	26. 9.	25. 9.
Westküste fob Werk	61,00	60,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	27. 9.	26. 9.
jegl. Herk. cif	900,00	900,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	635,00	635,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	640,00	635,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	232,50	230,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1450,00	1400,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	287,00	287,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb)	26. 9.	25. 9.
Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	65,15	64,22
Dez.	65,75	65,15
März	67,55	66,83
Mai	68,50	67,90
Juli	69,50	69,05
Okt.	69,65	69,55
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1:	46,00	46,25
Wolle Lond. (Neuseel. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	26. 9.	25. 9.
Okt.	500–511	505–511
Dez.	507–511	508–510
Jan.	509–512	512–513
Umsatz:	135	111
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	26. 9.	25. 9.
Dez.	51,60	51,60
März	51,40	51,40
Mai	53,10	53,10
Juli	53,40	53,40
Umsatz:	1	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	26. 9.	25. 9.
Okt.	556,0	555,0–558,0
Dez.	564,0–566,0	563,0–565,0
März	–	574,0–576,0
Umsatz:	10	18
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	26. 9.	25. 9.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	26. 9.	25. 9.
Sept.	13 220	13 214
Okt.	12 925	13 001
Kautschuk London (p/kg)	26. 9.	25. 9.
Nr. 1 RSS loco	62,00–65,50	–
Okt.	60,00–64,00	60,00–64,00
Nov.	61,50–66,00	61,50–66,00
Dez.	62,50–67,00	62,50–67,00
Tendenz: uneinheitlich		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	26. 9.	25. 9.
Okt.	geschlossen	214,25–215,50
Nov.	geschlossen	215,00–216,00
Nr. 2 RSS Okt.	geschlossen	202,50–203,50
Nr. 3 RSS Okt.	geschlossen	199,00–200,00
Nr. 4 RSS Okt.	geschlossen	192,00–193,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	26. 9.	25. 9.
BWC	810,00	810,00
BWD	795,00	795,00
BTC	810,00	810,00
BTD	795,00	795,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	27. 9.	26. 9.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	123,51–123,70	125,08–125,27
drittfolg. Monat	125,02–125,21	126,79–126,98
Zink: Basis London		
laufend. Monat	230,77–231,15	234,97–235,73
drittfolg. Monat	230,96–231,15	234,59–234,97
Produz.-Preis	285,22	290,79
Rohzinn 99,9%	geschlossen	4147–4188

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	27. 9.	26. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke		
(DEL-Notiz)*)	398,20–398,09	398,40–400,29
Blei in Kabeln	131,25–132,25	132,75–133,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	27. 9.	26. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	384–385	385–387
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	427–432	428–434
MS 63	413–418	414–419

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	26. 9.	25. 9.
ab Werk prompt (Ring./kg)	–	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	27. 9.	26. 9.
Leg. 225	345–363	345–363
Leg. 226	347–365	347–365
Leg. 231	377–395	377–395
Leg. 233	387–405	387–405

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	27. 9.	26. 9.
Platin (DM je g)	34,45	35,10
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 300	34 700
Rücknahmepr.	34 050	33 950
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 370	35 080
Rücknahmepr.	34 230	34 210
verarbeitet	35 900	36 800
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 640	34 355
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	722,10	772,90
Rücknahmepr.	744,00	[illegible]
verarbeitet	776,50	806,90

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	27. 9.	26. 9.
10.30	344,00	345,75
15.00	345,25	345,10
Zürich mittags	343,60–344,10	345,50–346,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 000	105 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	598,05	618,13
3 Monate	613,00	634,00
6 Monate	628,50	650,15
12 Monate	663,10	685,25
Platin (£-Feinunze) London	26. 9.	25. 9.
fr. Markt	253,90	252,95
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	111,60	112,95

New Yorker Preise	26. 9.	25. 9.
Gold H & H Ankauf	346,10	348,80
Silber H & H Ankauf	754,00	757,00
Platin fr. Händlerpr.	325,30–328,10	322,80–327,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	138,50–139,50	138,30–140,30
Produz.-Preis	152,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	745,30	780,30
Nov.	752,30	779,00
Dez.	758,30	778,30
Jan.	766,30	784,10
März	779,30	799,30
Mai	792,50	813,20
Juli	808,30	–
Umsatz	25 000	18 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	26. 9.	25. 9.
Okt.	56,35	58,00
Nov.	57,55	–
Dez.	58,10	57,75
Jan.	56,90	58,35
März	59,95	59,55
Mai	62,15	60,95
Juli	62,15	–
Umsatz	5 500	5 500

Londoner Metallbörse

	27. 9.	26. 9.
Aluminium (£/t)		
Kasse	811,30–812,00	819,00–820,00
3 Monate	834,50–835,00	843,00–844,00
Blei (£/t) Kasse	327,00–327,50	328,50–328,50
3 Monate	331,00–331,50	333,00–333,50
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1036,0–1037,0	1037,0–1037,5
3 Monate	1056,5–1057,0	1057,5–1058,0
abends Kasse	–	1034,5–1035,0
3 Monate	–	1055,0–1055,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1037,0–1037,5	1034,0–1035,0
3 Monate	1055,5–1056,5	1054,0–1055,0
Zink (£/t) Kasse	689,00–695,00	610,00–619,50
3 Monate	662,00–664,00	618,50–617,00
Zinn (£/t) Kasse	964,5–965,5	963,0–964,0
3 Monate	950,5–951,0	953,5–954,0
Quecksilber ($/Fl.)	–	310–318
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	84–85

Mit Rücklagen will Oslo versuchen, die Zeit nach dem Ölreichtum zu sichern

Von RAINER GATERMANN

Norwegen muß in den Augen eines außenstehenden Beobachters wie ein Musterländle dastehen. Sein Staatshaushalt benötigt keine ausländischen Kredite. Im Gegenteil. Er weist einen beachtlichen Einnahmeüberschuß aus. Zudem ist der Staat seit kurzem im Ausland schuldenfrei. Die Leistungsbilanz strebt für 1984 ein neues Rekordplus an, und die Arbeitslosenquote liegt bei etwa 3,5 Prozent. Im Parlament einigten sich Regierung und die größte Oppositionspartei, die Sozialdemokraten auf eine – bis auf einen Punkt – gemeinsame Sicherheitspolitik mit einem eindeutigen Bekenntnis zur NATO und gemeinsam steht man hinter dem Bestreben, Norwegens Rolle in Westeuropa zu aktivieren; einem Beitritt zur westeuropäischen Union (WEU) ist man nicht abgeneigt.

Hoher Lebensstandard, wirtschaftliche Stärke und weitgehender politischer Konsens, so präsentiert sich Norwegen. Das Land ist jedoch keineswegs so stabil und gesund, weder wirtschaftlich noch politisch. Die größten Skeptiker sprechen von den *auf Sand gebauten Schlössern,* denn die finanziellen Überschüsse stammen vom braunen Gold der Nordsee, dem Erdöl und dem Naturgas. Es deckt den Ausgabenüberhang des Festlandes sowohl im industriellen als auch im sozialen Bereich, während die Konkurrenzkraft der sogenannten traditionellen Industrie aufgrund der hohen Produktionskosten nachläßt. Und die Arbeitslosigkeit ist für norwegische Verhältnisse ungewöhnlich hoch. Die sicherheitspolitische Erklärung hat auch ihre Schatten, denn erstmals in der Nachkriegsgeshichte ist man sich nicht in allen Punkten einig. Für die Mitte-Rechts-Koalition unter Kaare Willoch, sie besteht aus den Konservativen, der Christlichen Volkspartei und der Zentrumspartei, gibt es keinen Grund zur ungeteilten Freude, immer mehr Wähler sind mit ihrer Arbeit unzufrieden, bei der jüngsten Meinungsumfrage im April waren es 51 Prozent.

Im Herbst 1985 wählen die Norweger ein neues Storting (Parlament). Dann ist es vier Jahre her, daß der Konservative Kaare Wiloch nach achtjähriger sozialdemokratischer Herrschaft das Regierungsruder übernahm. Die nichtsozialistischen Parteien zogen mit 85 Abgeordneten ins Parlament ein, die Linke mit 70.

Den Abbau staatlicher Subventionen für die Industrie und eine Anpassung des Wohlfahrtsstaates an seine finanzielle Leistungskraft, die Entbürokratisierung der öffentlichen Verwaltung und eine verringerte Steuerlast, das waren die wichtigsten Parolen, die Kaare Willoch auf seine Fahne schrieb. Als zur Halbzeit seiner Amtsperiode Zwischenbilanz gezogen wurde, überwogen – natürlicherweise – bei den Regierungsparteien die Licht- und bei der Opposition die Schattenseiten. Vor allem ist es dem bürgerlichen Kabinett gelungen, die Inflation kräftig zu senken: Von 15,2 Prozent beim Regierungswechsel auf derzeit etwa 6,5 Prozent. Die Einkommenssteuer wurde etwas gesenkt; bei der gesamten Steuerlast ist man jedoch noch weit von dem gesteckten Ziel entfernt. Im Herbst wird eine Kommission mit einem Steuerreformvorschlag kommen, in dem, dies sickerte bereits durch, unter anderem eine Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen empfohlen wird. *Dies dürfte die Gemüter,* sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments erhitzen. Dem Kabinett Willoch ist es nicht gelungen, die Arbeitslosenquote auf ein für Norwegen normales Niveau zu drücken, dagegen hat es ziemlich konsequent den staatlichen Subventions- und Beitragdschungel durchforstet und sich auch nicht gescheut, Industrieprojekte, die einen festen Platz auf der Verlustliste garantierten, aufzugeben, auch wenn dies zunächst starke negative Folgen für den regionalen Arbeitsmarkt hatte.

Das braune Gold der Nordsee und der Dollarkurs haben Regierung und Volk das Leben erheblich erleichtert. Öl- und Gasproduktion liegen über der Prognose, ebenso wie der Export. Hinzu kommt der Höhenflug des Dollars. Alles zusammen hat zur Folge, daß viel mehr Geld in die Staatskasse fließt. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird der Erdöl- und Gasexport 1984 erstmals die 9-Milliarden-Dollar-Schwelle (ca. 25,65 Mrd Mark) übersteigen, womit die letzte Prognose mit über eine Milliarde Dollar übertroffen wird. Bleibt die US-Währung etwa auf ihrem jetzigen Niveau, kassiert der Staat alleine beim Öl aus dem höheren Exportwert und der gestiegenen Produktion Mehreinnahmen in Höhe von gut 2,5 Mrd.Mark. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres erbrachte der Öl- und Gasexport umgerechnet rund 15,1 Mrd. Mark (plus 21,4 Prozent), dies sind 53 Prozent des totalen Ausfuhrwertes (exklusive Schiffe und Ölbohrplatt*formen*). Der Außenhandel weist für diese Periode einen Aktivsaldo in Höhe von 8,7 Mrd. Mark aus (plus 39 Prozent). Bleiben Öl und Gas jedoch unberücksichtigt, ergibt sich ein Importüberhang von 6,4 Mrd. (plus 4 Prozent). In der Leistungsbilanz konnten in den ersten fünf Monaten rund 4,1 Mrd. Mark auf der Plusseite verbucht werden; im Vergleich zur Vorjahresperiode eine Steigerung um 181,5 Prozent. 1983 erwirtschaftete Norwegen einen rekordhohen Leistungsbilanzüberschuß von 5,54 Mrd. Mark, gleichzeitig war die Auslandsschuld um ungefähr 2,8 Mrd. reduziert worden.

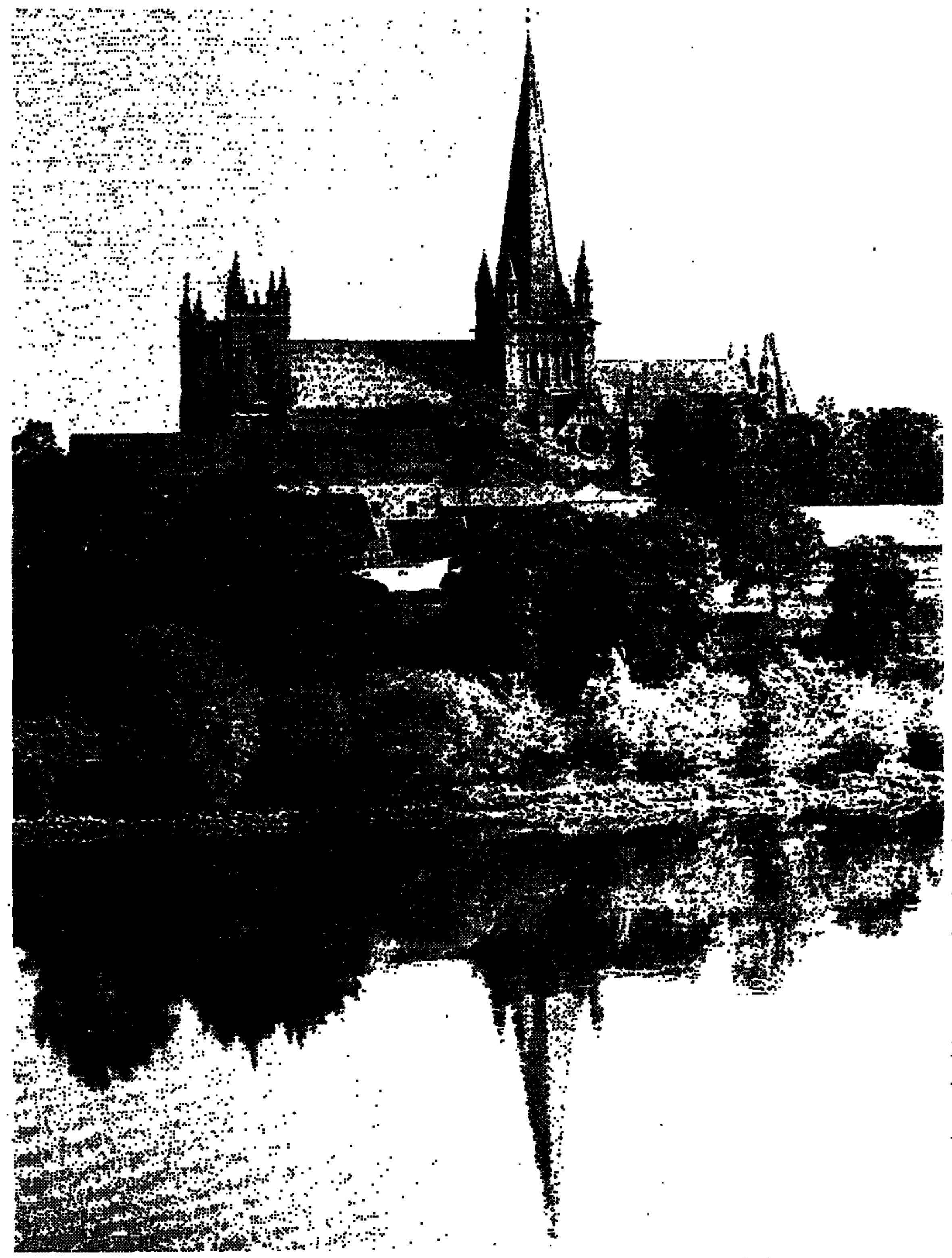
Ähnlich dramatisch flutet das Geld in die Staatskasse. In dem im Mai vorgelegten Ergänzungshaushalt für 1984 sind Mehreinnahmen von knapp 2 Mrd. Mark aufgeführt, 70 Prozent stammen von Steuern und Abgaben aus der Nordseeproduktion.

Dieser Segen erleichtert Kaare Willoch das Regieren nicht in jedem Fall. Sein Kabinett muß trotz der guten Haushaltslage an seiner straffen Finanzpolitik festhalten, falls Norwegen nicht in die gleiche Situation wie andere vom Ölexport abhängige Länder geraten will. Zielstrebig versucht die Regierung Rücklagen für schlechtere Zeiten zu schaffen. Es wäre lebensgefährlich auf einen langfristig hohen Dollarkurs zu setzen oder auf eine ständig wachsende Nordseeproduktion, die andererseits zur Erhaltung eines einigermaßen stabilen Förderniveaus immense Investitionen erfordert. Sie werden jährlich auf etwa 6,5 Mrd. Mark veranschlagt.

Dies bedeutet, daß Willoch und seine Kabinettskollegen der Forderung widerstehen müssen, die Überschüsse unmittelbar in Umlauf zu bringen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zum Schutz der Fischerei oder verschiedener Industriebranchen, zur Verbesserung der Pensionen oder zum Ausbau des Gesundheitswesens. Würde man diesem Druck nachgeben, stände man in schlechteren Zeiten nicht nur mit leerer Kasse da, man heizte damit schon heute die Inflation wieder an und verschlechterte damit erneut die Produktionsbedingungen der nicht vom Öl und Gas lebenden Festlandsindustrie.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Ministerpräsidenten gehört es, seine Koalitionspartner fest auf diese Linie einzuschwören. Wenn er ständig an sie appelliert, Meinungsverschiedenheiten im Kabinett oder zwischen diesem und den Regierungsfraktionen nicht in der Öffentlichkeit auszutragen, sondern in internen Verhandlungen, dann geschieht dies nicht alleine in der Absicht, der Opposition keine Munition zur Sprengung der bürgerlichen Regierungseinigkeit liefern zu wollen, sondern vor allem wegen der Gefahr, die Partner könnten sich angesichts der nächstjährigen Wahl durch die Geldschwemme zu teuren Wahlversprechen verleiten lassen.

Norwegen war auch ohne sein braunes Gold ein verhältnismäßig wohlhabendes Land. Jetzt lebt es in einem wahrscheinlich nur vorübergehenden Überfluß und dieser kann zur Gefahr werden.



Der größte mittelalterliche Bau des Nordens, der Nidarosdom in Trondheim FOTO:HHH

DEUTSCH-NORWEGISCHE KULTURBEZIEHUNGEN

Max Tau knüpfte nach dem Krieg neue Kontakte

Von NIKOLAUS WENDLING

Bereits im 11. Jahrhundert versuchte Erzbischof Adalbert von Bremen Beziehungen zum europäischen Norden anzuknüpfen, was sich jedoch wegen nationalkirchlicher Bestrebungen der nordischen Könige schwierig gestaltete.

Nach Adalberts Tod (1072) wurde das lockere geistig-kulturelle Band, das durch die kirchlichen Beziehungen zwischen Norwegen und dem Deutschen Reich bestand, gelöst.

150 Jahre später gestattete König Håkon Håkonson (1236) die Niederlassung deutscher Kaufleute in Bergen, um einen wirtschaftlichen Kontakt mit den Ländern Mitteleuropas, insbesondere mit dem Deutschen Reich, herzustellen. Die Hansestadt Lübeck durfte in allen Städten bis nach Bergen ihre Waren verkaufen. Wenige Jahre später wurden der Hansestadt Hamburg die gleichen Rechte eingeräumt.

Im 16. Jahrhundert kam Norwegen unter den Einfluß der von Deutschland *ausgehenden Reformation*. Der erste Mönch, der die neue Lehre Martin Luthers verkündete, hieß Antonius und landete 1526 in Bergen, der norwegischen Stadt, die zur damaligen Zeit die größte deutsche Kolonie beherbergte.

Der Norweger Torbjørn Olavsøn Bratt, der in Köln und später in Wittenberg studiert hatte, wo er einige Zeit in Luthers Haus wohnte, wurde der erste Superintendent von Trondheim.

Der Reformator in Oslo war der aus Lübeck stammende Franziskanermönch Frants Berg, der in Rostock sich den Lehren Luthers anschloß.

Ende des *16. Jahrhunderts* sollen bereits Theaterstücke von Hans Sachs, dem Nürnberger Schumacher und Dichter, in Bergen aufgeführt worden sein.

Bis weit in das 18. Jahrhundert waren auf kirchlichem Gebiet Beziehungen zwischen Norwegen und Deutschland spürbar. Johan Ernst Gunerus – später Bischof von Trondheim – veröffentlichte als junger Mann 1755 in Jena eine Darstellung der christlichen Glaubenslehre, die in Deutschland und Norwegen viel Beachtung fand.

Der Stettiner Samuel Conrad Schwach war 1763 der Begründer des Wochenblatts „Norwegische Intellegenzblätter" und somit einer der ersten Zeitungsverleger Norwegens. Wenige Jahre später (1799) wurden Schillers „Räuber" in Christiania in deutscher Sprache aufgeführt.

Auch im *Zeitalter der Romantik* gab es enge Beziehungen zwischen beiden Nationen. Johann Gottfried Herder (1744–1803) beschäftigte sich mit der nordischen Mythologie, mit nordischen Liedern und Bardengesängen.

Peter Christen Asbjørnsen (1812–1885) sammelte gemeinsam mit Jørgen Moe, angeregt durch die Gebrüder Jakob und Wilhelm Grimm, norwegische Volksmärchen. Eine deutsche Auswahl erschien 1881 unter dem Titel „norwegische Volksmärchen und Waldgeistersagen".

Henrik Ibsen und Bjørnstjerne Bjørnson erfreuten sich in Deutschland großer Beliebtheit, und noch vor der Jahrhundertwende wurden die *ersten Bücher Knut Hamsuns* (1859–1952) in deutscher Sprache verlegt.

Der norwegische Maler Johann Christian Dahl war ein enger Freund Caspar David Friedrichs. Adolph Tidemann (1814–1876) studierte in Düsseldorf und München. Hans Fredrik Gude (1825–1903) war als norwegischer Maler Professor an der Düsseldorfer Kunstakademie (1854), an der Kunstschule in Karlsruhe (1864) und später an der Berliner Akademie der Künste (1880). Edvard Munch (1863–1944) eröffnete 1892 eine große Ausstellung in Berlin, die eine heftige Kontroverse hervorrief und letztlich zur Gründung der Berliner Secession führte, bei der Munch 1902 zahlreiche Bilder ausstellte. Olaf Gulbransson (1873–1958) ging als Maler 1902 nach *München und arbeitete für die Zeitschrift* „Simplicissimus".

Unvergessen bleibt Max Tau (1897–1976), der zunächst als Lektor des Verlages Cassirer norwegische Autoren wie Hamsun und Undset förderte. Er emigrierte 1938 nach Norwegen und später nach Schweden. 1950 wurde er – Brückenbauer und Mittler deutscher und norwegischer Kultur – der erste Preisträger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels.

NORWEGISCHE LANDSCHAFTEN / Vom Oslofjord zum Nordkap

Land der Kontraste und Abenteuer

DER OSLOFJORD

Schon in frühester Zeit ist diese Gegend besiedelt worden, und Spuren und Zeugen jahrhundertealter Kulturen gibt es in großer Zahl: *Felszeichnungen, Grabhügel, Schiffsgräber*, Steinkirchen, Festungen.

DIE TÄLER IM OSTEN

Zu diesem Teil Norwegens gehören einige der schönsten und größten Täler des Landes: Österdalen, Gudbrandsdalen, Valdres, Hallingdal und *Numedal. Im Norden schließen sich* an diese Binnenbezirke jeweils mächtige Gebirgspartien wie Rondane, Dovrefjell und Jotunheimen an. Weiter im Süden wird die Landschaft flacher und ländliche Gegenden mit Feldern umgeben die zahlreichen Seen. Auch der größte See des Landes, der Mjösa, liegt hier und sorgt für ein ausgeglichenes und stabiles Klima. Hedmark ist der Bezirk mit den weiten Wäldern und dem mit 598 km längsten Fluß des Landes, der Glomma.

TELEMARK UND SÜDKÜSTE

Teil dieser Region ist das gesamte „Sörlandet", *der Küstenstreifen vom* Oslofjord bis um die norwegische Südspitze herum. Hier findet man Schären und Badestrände, verzweigte Wasserarme und idyllische kleine Orte wie Kragerö, Risör, Tvedestrand, Grimstad, Lillesand, Mandal, Farsund und Flekkefjord mit gepflegten, *weiß angestrichenen Häusern*, mit großen Gärten und geschützten Häfen. Im Sommer herrscht hier ein lebhaftes Boots- und Badeleben. Weiter im Inneren trifft man auf eine waldreiche Landschaft mit weiten Tälern, Hochebenen und Gebirge.

DIE FJORDE IM WESTEN

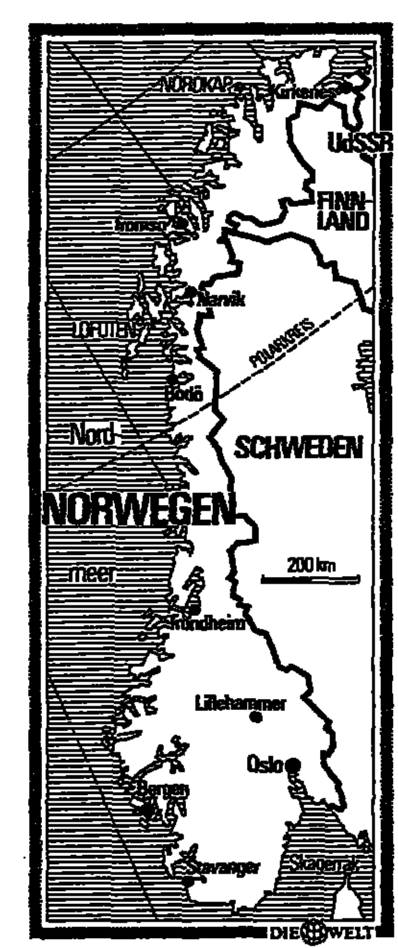
Von Stavanger im Süden bis Kristiansund im Norden und von der Nordsee im Westen bis zu den Bergen im Osten erstreckt sich das norwegische „Westland" mit seinen Fjorden. Geologisch gesehen sind die Fjorde eigentlich Täler, die vom Meer überflutet wurden – oft nur wenige hundert *Meter breit, aber steilwandig und* über 1000 Meter tief. Der tiefste und mit über 200 km längste Fjord ist der Sognefjord.

TRÖNDELAG

Im Westen reichen die beiden Tröndelagbezirke mit ihren Schären, Inseln und Fjorden bis an die Nordsee. Der Trondheimfjord schneidet sich durch Nord- und Südtröndelag weit *landeinwärts und wird beiderseits* von Feldern umsäumt.

NORDNORWEGEN

Ganz im Norden liegt das „Abenteuerland" Norwegens, in dem die Sonne von April bis September nicht untergeht. F. TON



FÄHRVERKEHR

Täglich in schwimmenden Hotels

Die norwegische Großreederei Jahre Line betreibt seit 1961 den direkten Linienverkehr zwischen Kiel und Oslo. Täglich liegt eines der „schwimmenden" Hotels „MS Kronprins Harald" und „MS Prinsesse Ragnhild" zur neunzehnstündigen Seereise von jedem Hafen ab (im Winterhalbjahr außer samstags).

Als Verkehrsträger ist die Jahre Li*ne bemüht, ihre Position auf dem* wichtigen deutschen Touristik-Markt zu festigen, indem sie in die verwandten Bereiche Gastgewerbe und Reiseveranstalter eingetreten ist. So wird im Herbst dieses Jahres der Neu- und Umbau des 1981 übernommenen Hotels Conti Hansa in Kiel abgeschlossen. Eine Investition von rund 30 Millionen Mark wird dazu führen, daß die Hauptstadt Schleswig-Holsteins über ein neues First-Class-Hotel verfügen wird.

Auch ist die Jahre Line als Mehrheitsgesellschafter in das Hamburger Reise-Unternehmen Reise-Agentur Waldemar Fast eingetreten. rt

NORDKAP Kirkenes UdSSR FINNLAND Tromsø Narvik LOFOTEN POLARKREIS Bodö Nord NORWEGEN SCHWEDEN meer 200 km Trondheim Lillehammer Oslo Bergen Stavanger Skagerrak DIE WELT

FLUGVERBINDUNGEN / Teil des SAS-Netzes

Jetzt auch zu Wasser

Im Jahre 1983 wurde die Skandinavian Airlines, die SAS, von der Air Transport World zur Fluggesellschaft des Jahres gekürt. SAS gewährleistet die Integration der skandinavischen Staaten, mithin auch die Norwegens, *in das europäische* und weltweite Flugnetz.

Als Weg zu einer „Neuen SAS" bezeichnete die Gesellschaft ein ganzes Bündel von Maßnahmen am Boden und in der Luft, mit deren Realisierung SAS-Präsident Jan Carlzon 1981 begann. Erster Schritt war die *Einführung der EuroClass* im innereuropäischen Streckennetz. Sie bietet u. a. ein getrenntes Kabinenteil, größeren Sitzabstand, verbesserte Mahlzeiten und kostenfreie Getränke. Sie steht allen Passagieren zur Verfügung, die den normalen Economy-Flugpreis bezahlen. Gleichzeitig wurde die Erste Klasse im europäischen Streckennetz abgeschafft.

Am Boden wird der Geschäftsreisende mit Hilfe spezieller Schalter und Lounges bevorzugt behandelt. Damit wurde die Zeit für das Ein*checken verkürzt, die Sitzreservie*rung erfolgt gleich beim Buchen oder Einchecken. Gebucht werden kann rund um die Uhr. In den Business Service Lounges *erfolgt der Aufruf* so spät wie möglich. Diese besonderen Warteräume gibt es an den wichtigeren Flughäfen, wie etwa Düsseldorf oder Frankfurt.

Besonderen Wert legt die SAS auf Pünktlichkeit: „Wir halten in Europa den Rekord."

Bei diesen Verbesserungen will man allerdings nicht stehen bleiben, um sich als *die Fluglinie* der Geschäftsreisenden zu etablieren.

Und da die Konkurrenz groß ist, besteht ein dauernder Zwang, sich neue Angebote einfallen zu lassen. Die SAS baut jetzt in ihren skandinavischen Hotels die obersten Stockwerke zu Business-Etagen um. In der Erprobung befinden sich Pläne, das Gepäck schon im Hotel einzuchekken. Die Beförderung zwischen Flughafen und Hotel kann schon heute im SAS-Pkw erfolgen. Und als letzten Clou geht die Fluggesellschaft jetzt auch aufs Wasser. Seit Juni gibt es eine Luftkissenboot-Verbindung zwischen dem Flughafen von Kopenhagen und der schwedischen Stadt Malmö. E.S.

AUF EINEN BLICK

WIRTSCHAFT ALLGEMEIN

Industriestaat mit einer traditionell *starken und exportorientierten* Fischindustrie, die jedoch in den letzten Jahren in ihrer Bedeutung von der *Erdöl- und Erdgasgewinnung* überholt wurde.

WICHTIGE ADRESSEN

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Königlich Norwegische Botschaft mit Konsularabteilung, Gotenstraße 163, 5300 Bonn 2, Tel.: 0228/37 40 55.

Norwegische Militärmission und Konsulat, Pfalzburger Straße 74, 1000 Berlin 15, Tel.: 030/882 12 24.

Norwegische Generalkonsulate in: Karl-Arnold-Plaz 3, 4000 Düsseldorf 30, Tel.: 0211/45 89-0.

Neuer Jungfernstieg 7/8, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040/34 34 55.

Honorarkonsulate in: Bremen, Emden, Frankfurt, Hannover, Lübeck, Kiel, München und Stuttgart.

Norwegisches Fremdenverkehrsamt, Hermannstraße 32, 2000 Hamburg 1, Tel.: 040/32 76 51.

NORWEGEN:

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Oscarsgate 45, N-1000 Oslo 2, Tel.: 00472/56 32 90.

Delegierter der deutschen Wirtschaft in Norwegen, Drammensveien 40, N-1000 Oslo 2, Tel.: 00472/44 70 79.

Lufthansa, Filestredet 33, N-1000 Oslo, Tel.: 00472/20 08 36.

TIPS FÜR REISENDE

KLIMA

Das Klima Norwegens ist trotz der äußerst nördlichen Lage durch den *Einfluß des Golfstroms verhältnismäßig* mild.

WÄHRUNG UND REISEDEVISEN

1 Norwegische Krone (nkr) – 100 Øre. 1 nkr = ca. 0,35 DM.

Landeswährung: Noten und Münzen in der Landeswährung dürfen bei der Einreise in unbeschränkter Höhe, bei der Ausreise bis zu einem Betrag von 2000 nkr mitgeführt werden.

Fremdwährung: Die Einfuhr von Fremdwährungen und anderen Zahlungsmitteln ist unbeschränkt möglich.

METALLHÜTTEN-INDUSTRIE / Auf Wasser- und Manpower gebaut

Furcht vor Europas Protektionismus

Eine der Philosophien der OECD lautet: Norwegen soll eine energie-intensive Industrie aufbauen. Denn über Energie verfügt das Land reichlich, dazu noch über regenerierbare, die Wasserkraft. Beträgt der Anteil der Energie aus Wasserkraft weltweit nur 2 Prozent, liegt er in Norwegen bei 40 Prozent.

Schon lange vor Gründung der OECD unternahm man daher im Norden den Versuch, sich das Wasser zunutze zu machen, schon damals gegen den Widerstand der Naturschützer. Es setzten sich die Industrie-Pioniere durch, vor allem auch deswegen, weil der Strom der Auswanderer nach Amerika gestoppt werden mußte.

So gründete Sam Eyde im Jahre 1904 die Firma Elkem, die zunächst Det Norske Aktieselskab for Elektrokemisk Industrie hieß, und ein Jahr darauf die Firma Norsk Hydro.

1983 setzte Elkem Produkte im Wert von 6,1 Mrd. NOK um, 45,2 Prozent davon an Legierungen, 18,2 an Aluminium und 14,2 Prozent an Stahl. Die Metallhütten-Industrie Norwegens insgesamt umfaßt heute 35 Gesellschaften mit einem Gesamtumsatz von etwa 6 Mrd. Mark, davon gehen etwa 85 Prozent in den Export.

Diese Industrie erbringt mehr als 25 Prozent der Warenexporte und ungefähr 12 Prozent des Bruttosozialproduktes. Ihre Haupterzeugnisse sind Aluminium, Magnesium, Ferrosilizium, Silizium-Metall, Ferromangan, Siliziummangan, Kalziumkarbid, Siliziumkarbid, Nickel, Zink, Stahl und Roheisen.

Bei der Magnesiumgewinnung beispielsweise ist Norsk Hydro der Welt größter Produzent. Magnesium hat nur ein Viertel des Gewichtes von Stahl und gilt als leichtestes aller verarbeitbaren Metalle.

Auf den Weltmarkt gelangt Magnesium überwiegend in der Form von Legierungen, und die norwegischen Firmen Elkem und Fesil sind international mit an der Spitze; Elkem ist auch in der Produktion von elektrischen Schmelzöfen führend.

Der Bedarf an Legierungen wächst trotz oder gerade wegen der europäischen Stahlkrise. Paul Falck, Corporate Vice President bei Elkem: „Um eine bessere Stahlqualität auf den Markt zu bringen, benötigt man bessere Legierungen."

Gerade auf dem europäischen Markt gab es indes 1983 einigen Ärger, als ein Anti-Dumping-Verfahren lief. Norwegens Firmen haben sich schließlich bereitgefunden, einen Mindestpreis von 1400 Mark pro Tonne zu akzeptieren.

Aber die Furcht ist geblieben, im protektionistischen europäischen Räderwerk Schaden zu erleiden. Ole B. Arnten, Managing Direktor bei Fesil, der Firma, die zwischen 25 und 30 Prozent des Marktes in der Bundesrepublik bei bestimmten Legierungen hält und u. a. mit Thyssen-Schulte kooperiert: „Wir haben Angst, zu den Opfern eines verstärkten Protektionismus zu werden. Immerhin ist die Bundesrepublik für uns der Schlüssel-Markt." – Eine Besorgnis, die in Norwegen vor allem auch bei der Stahl-Industrie, etwa bei Norsk Jernverk, zu hören ist.

Jomar Melen, Verkaufsdirektor bei Norsk Jernverk, mutmaßt gar, daß die Deutschen sich gerne hinter der EG verstecken, um nationalen Protektionismus zu betreiben. Melen: „Obwohl wir nur einen kleinen Teil des deutschen Stahlmarktes halten, ist zu befürchten, daß wir völlig ausgeschlossen werden."

Keine Frage, die hohe Meinung, die man generell in Norwegen von der deutschen Wirtschaft hat, erfährt in einigen Bereichen eine gewisse Trübung. Besonders stark vor allem dort, wo mangels genügender Produktdiversifikation eine stärkere Abhängigkeit gegeben ist. Aber auch dort blickt man nicht mehr so unbefangen auf das europäische Festland.

Elkem beispielsweise forciert auch daher die Kooperation mit der Dritten Welt. In Brasilien wurde die Produktion von Elektropaste aufgebaut, mit Venezuela ein joint venture im metallurgischen Bereich eingegangen, gleiches ist mit Indien geplant. Man weiß, daß man sich damit Konkurrenz schafft; zugleich baut man sich indes einen Absatzmarkt für Ausrüstungen und eigenes Know-how.

Mit amerikanischen Firmen hat Elkem die Zusammenarbeit im Bereich Aluminium intensiviert, und zusammen mit Exxon arbeitet man an der Herstellung reinen Silikons.

Mehr und mehr rücken auch das Know-how und die technologischen Fähigkeiten in den Vordergrund. Nicht ohne Grund heißt eine Straße in der Nähe des Osloer Flughafens, wo neben anderen die Techniker der Firma Teleplan arbeiten, „Norwegens Silicon Valley". H.-H. HOLZAMER

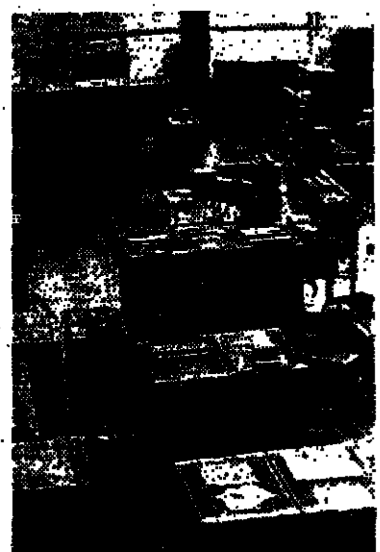
DATENVERARBEITUNGSINDUSTRIE / Mit einem sicheren Platz in Europa

Einstieg über Nischen und Ergonomie

Innerhalb der norwegischen Wirtschaft hat sich die Datenverarbeitungsindustrie einen Platz in der vorderen Linie erarbeitet und auch international hohes Ansehen erworben. Sowohl in den Bereichen Hardware als auch bei Software und speziellen Dienstleistungen erweisen sich eine Reihe von Firmen als leistungsfähig. Hinzu kommt noch der Bereich der Kommunikationsindustrie, der sich mit Gegensprechanlagen und sonstigen internen Kommunikationssystemen befaßt.

Die Wurzeln der norwegischen Data-Industrie liegen im Militärischen. Geburtsstätte war das Forschungsinstitut des norwegischen Verteidigungsministeriums FFI. In den Jahren 1965 bis 1970 wurden hier die ersten Labormodelle entwickelt. Pioniere, die dann ihren Weg in die Privatwirtschaft gefunden haben, waren neben anderen Finn Lied, Karl Holberg und Yngvar Lundh. Neben dem militärischen Forschungsinstitut leisteten die Technische Hochschule NTH, das Institut für Atomenergie und das staatliche Rationalisierungsdirektorat in den 60er Jahren entscheidende Beiträge.

Heute haben sich die Firmen, die die norwegische EDV-Industrie ausmachen, einen kleinen aber wichtigen Platz in der Welt erkämpfen können, in dem sie sich Nischen eröffneten, die von der nach wie vor drükkend überlegenen amerikanischen Konkurrenz gelassen wurden. Hinzu kommt, daß sie sich insbesondere der Ergonomie angenommen haben, der bislang eher belächelten Humanisierung des EDV-geprägten Arbeitsplatzes. Dadurch konnten wichtige psychologische Pluspunkte gesammelt werden.



Blick in einen Computerbetrieb in Oslo FOTO: HHH

Eine Darstellung ihrer derzeitigen Leistungsfähigkeit konnten die norwegischen Firmen mit einer Gemeinschaftsschau im Cebit-Bereich auf der diesjährigen Hannover-Messe bieten.

Auf dem Gemeinschaftsstand führte Computernet AS das neue lokale Datennetz Conmet 2 vor.

AS Mycron stellt die Mycron 2000-Serie vor, ein 16-Bit-mikroprozessorbasiertes flexibles Multiprozessor-System. Kompaktestes Gerät in dieser Serie ist der Mikrocomputer Mycron BC mit nur 8 kg Gewicht und 38 cm Breite.

Kontiki-Data AS entwickelte den Kontiki-100 Microcomputer für den Zielbereich Heim und Schule.

Tandberg Data zeigte neue Möglichkeiten, die Kommunikation am Arbeitsplatz zu erhöhen, unter anderem mit der Serie TDV 2200.

Eldak Eurocad Norge AS stellte sich in Hannover als Spezialist für hochqualifizierte, rechnerunterstützte Konstruktionstechnik vor.

Stentofon, mit dem Schwerpunkt Gegensprechanlagen, ging den Weg zum perfekten internen Kommunikationssystem weiter mit einem digitalen Sprachspeicher- und Informationssystem und einem universellen Leitstandsystem.

Dies erlaubt es, daß Teilnehmer selbstgesprochene Informationen hinterlassen können, daß die Telefonzentrale über Grund und Dauer der Abwesenheit informiert werden und daß Nachrichten unter der Nummer der Kommunikations-Anlage gespeichert werden können.

Kongsberg stellte mit dem weiterentwickelten CDM 300 eins der umfangreichsten CAD/CAM-Systeme vor und bietet dazu eine praxisnahe Software an.

Auch vor dem technologischen Morgen in der Data-Industrie ist den Norwegern nicht bange. „Wir müssen nur", sagt Hans Lodrup von Tandberg Data, „in der Hardwarefertigung auf der Vorderkante der technologischen Wellen reiten."

Auf der Softwareseite sieht er die Chancen für sein Land sogar noch besser, weil sich dort die verfügbare hochqualifizierte Arbeitskraft durchsetzen könne. Hb.

CPR / Rettung

Nur mit Hilfe auch der Laien

In Norwegen können mehr Menschen vor dem Ertrinken oder nach einem Unfall gerettet werden als anderswo. Denn 20 Prozent der Bevölkerung beherrschen die Technik der Wiederbelebung, genannt CPR. Der europäische Durchschnitt liegt bei 1–5 Prozent. „Sinn der Reanimation", führte Privatdozent P. Sefrin von der Universität Würzburg auf dem zentraleuropäischen Anästhesisten-Kongreß 1983 in Zürich aus, „ist die endgültige Wiederherstellung und Stabilisierung von Atmung und Kreislauf".

CPR sieht dazu einen Therapie-Plan vor, in dem sich Prüfung und Behandlung ablösen und an dessen Ende die Luftwege frei, die Atmung funktionierend und der Puls schlagend sein sollen.

Untersuchungen haben gezeigt, daß CPR nur wirksam beherrscht wird, wenn der Laie an Wiederholungskursen teilnehmen kann. Darum sind in Norwegen, wo CPR im Alter von 13 bis 14 Jahren gelehrt wird, jedes Jahr bis zum Abitur Wiederholungen vorgesehen.

„Wichtig ist", sagt Harald Eikeland von Lärdal, der norwegischen Firma, von denen die Trainingspuppen stammen, „daß jeder Handgriff sitzt. Viel Zeit zum Überlegen und Probieren bleibt nicht."

Auch in der Bundesrepublik gibt es Lehrgänge für lebensrettende Sofortmaßnahmen. Aber nach wie vor besteht Streit, ob und wie Laien ausgebildet werden sollen. E.S.

WERTPAPIERE / Das Nordsee-Öl sprudelt auch die Osloer Börse nach oben

Frühindikator steht auf „sonnig"

Von TRYGVE YOUNG

Die Börse Oslos hat wohl in ihrer hundertvierjährigen Geschichte des Wertpapierhandels kaum so stürmische Zeiten erlebt wie in den letzten zwei Jahren. Der Gesamtindex, als Ausdruck des Marktwertes der gehandelten Aktien, stieg vom 1. Januar (gleich 100) bis 27. Dezember 1983 auf 190,2 Punkte, der größte Indexanstieg der wichtigsten Börsen der Welt im vergangenen Jahr.

In diesem Jahr stieg der Index am 9. Mai nochmals auf 262,60 Punkte und verzeichnete am 17. September 232 Punkte. Dies bedeutet Rang zwei auf der „Börsenhitliste" nach Madrid.

Diese stürmische Entwicklung spiegelt sich auch in den Umsätzen wider. Was früher in den Jahren '75 bis '78 umgesetzt wurde, wird jetzt in wenigen Tagen gehandelt. 1982 gleich 1,7 Milliarden norwegische Kronen (NOK), 1983 gleich 7,7 Milliarden Kronen und 1984 bis jetzt über 10 Milliarden Kronen.

Welches waren die Ursachen der bisherigen stürmischen Entwicklung? Nun, als erstes gilt natürlich die Erwartung der Börsianer, daß die Unternehmen insgesamt von der günstigeren Konjunkturentwicklung ihre wirtschaftliche Lage erheblich verbessern würden. Die Börse gilt ja als Frühindikator der konjunkturellen Entwicklung und diskontiert sozusagen die zukünftigen Gewinne der Unternehmen.

Das Unternehmen „Elkem", weltgrößter Hersteller von Ferrosilizium, sei hier als Beispiel genannt. Ein typischer Halbzeuglieferant, der in der schwierigen Phase der Jahre '81/'82/Anfang '83 erhebliche Verluste einfuhr, was sich in einem Kurstief von 33 Kronen im Jahr '82 widerspiegelte. Als die Konjunktur anzog (wichtigster Abnehmer von Ferrosilizium ist die Stahlindustrie), stieg der Kurs unaufhaltsam im voraus mit. Der Höchstkurs von 190 Kronen wurde am 9. Mai 1984 erreicht, und das Unternehmen zeigt inzwischen glänzende Ergebnisse. Parallel zu der allgemeinen günstigen Einschätzung der Gewinnsituation der Unternehmen führten vermögensbildende Maßnahmen der Regierung zu einem verstärkten Interesse der Kleinanleger.

Heute sind keine allgemeinen großen Kurssprünge mehr zu erwarten. Der Markt hat sich auf einem relativ hohen Niveau eingependelt und folgt inzwischen den Bewegungen in den internationalen Märkten, im besonderen in Wall Street. Ein Einsteigen blindlings mit narrensicheren Kursgewinnen ist daher wohl nicht mehr möglich.

Es steht jedoch eine Reihe Einzelwerte mit gutem Potential zur Verfügung, so daß eine differenzierte Anlage durchaus Gewinnmöglichkeiten hat. Viele Aktien sind zudem recht preisgünstig, wenn man das Kurs-Gewinn-Verhältnis mit internationalen Werten vergleicht. Dies trifft insbesonders für Bankaktien zu. Norwegische Banken sind recht rentable Institute, und die großen Banken sind relativ gesehen sehr international orientiert und haben ihre Nischen im internationalen Geschäft gefunden.

Den norske Creditbank (DnC) zum Beispiel tätigt gut 50 Prozent ihres Gesamtgeschäftes in fremden Währungen und mit internationalen Kunden. Ein weiteres Unternehmen von Interesse sei Norsk Data, ein außergewöhnlich erfolgreiches Computerunternehmen mit weiterhin großem Wachstumspotential.

Neben Norsk Hydro, weltweit größter Hersteller von Düngemitteln, außerdem Petrochemie-, Aluminium- und Magnesiumproduzent und inzwischen auch ein großer Erdöl- und Erdgaslieferant, der auch an der Börse in Frankfurt gehandelt wird, sind Norsk Data und Actinor die einzigen norwegischen Unternehmen, deren Aktien im Ausland gehandelt werden. Dies wird sich bald ändern, denn einige Unternehmen haben die erforderlichen Genehmigungen erhalten, ihre Aktien im Ausland einzuführen, darunter auch DnC.

Für ausländische Investoren ist nicht immer die Möglichkeit gegeben, eine norwegische Aktie zu erwerben. Es bestehen Quoten für ausländische Aktionäre, die im Extremfall bei Null, allgemein jedoch zwischen 10 und 40 Prozent liegen. Allerdings werden die Quoten bei international tätigen Unternehmen ständig erhöht, Norsk Data zum Beispiel hat 79 Prozent, und dies zeigt, daß die Unternehmen selbst und die Behörden die Vorteile und die Bedeutung des Zugangs zu den internationalen Eigenkapitalmärkten und die Aufnahme ausländischer Aktionäre erkannt haben und dies weiter fördern werden.

Ein durch die Erdöl- und Erdgaseinnahmen mit den internationalen Märkten so eng verflochtenes Land wie Norwegen kann es sich nicht leisten, hier außen vor zu stehen.

Trygve Young ist Direktor der Den norske Creditbank, Düsseldorf.

Komische Käuze, Killer mit Herz: Walter Matthau

Die Lust am Sparring

Als Kind stand er auf den Brettern der jiddischen Theater seiner Heimatstadt New York und spielte das, was er war: Einen armen Jungen mit Illusionen. Als ein Freund ihm vorschlug, doch später einmal Schauspieler zu werden, winkte Walter Matthau traurig ab. „Ich bin zu schiach", meinte er.

Eine Schönheit ist er ganz gewiß nicht mit seinen Dackelaugen, der dicken Nase und der schlodderndem Figur. Aber heute ist sein Aussehen sein Markenzeichen; heute zählt der Schauspieler zu den „großen Fünf" der Filmkomödie. Oder, wie er es ausdrückt: „Es gibt nur fünf wirkliche Genies unter den Komikern. Die Namen der anderen vier haben in den letzten 30 Jahren stets gewechselt."

Seine Karriere begann eher holprig. Nach dem Krieg arbeitete er als Eisverkäufer und Boxlehrer. „Wenn mir einer auf die Nase schlägt, sieht man den Unterschied hinterher wenigstens nicht", lautet sein Kommentar über diese harte Zeit.

Die Lust am Sparring ist ihm auch in seinen Filmen geblieben. Matthau braucht in jedem Film einen Partner oder Gegner zum Kämpfen, Sich-Reiben, eventuell auch zum Versöhnen. Auf ihn aber paßt das vielzitierte Klischee vom guten Herzen unter der rauhen Schale. Darum kann er auf der Leinwand noch so muffeln und griesgrämige Grimassen schneiden – irgendwie mag man ihn doch, diesen gummigesichtigen Vollblut-Komiker.

1946 tat er dann nach reiflicher Überlegung, was ihm einst ein Freund riet – er ging zum Theater. Zunächst gab es nur kleine Rollen für ihn. Mitte der fünfziger Jahre aber hatte er es endlich geschafft. Er landete am Broadway und erntete Lob bei der Kritik und Verehrung beim Publikum.

Da die Broadway-Theater stets eine der besten Talentschmieden für das Kino waren und sind, wundert es kaum, daß Matthau von der Bühne weg für einen Film engagiert wurde. 1956 stand er als zynisch grinsender Gauner neben Burt Lancaster in „The Kentuckian" vor der Kamera. Er mimte den schlitzohrigen Ganoven so überzeugend, daß sich die Filmangebote häuften. „Niemand kann so böse komisch und so komisch böse sein wie Walter Matthau", schwärmte ein Kritiker kurz nach dem Leinwand-Debut des neuen Stars, der aus den Slums kam.

Dieses komische Talent fiel natürlich auch Billy Wilder auf. In Matthaus hinreißendem Talent, Griesgrämigkeit mit Bärbeißercharme, Frechheit mit Gutmütigkeit zu verbinden, sah Wilder den idealen Widerpart zu seinem anderen Spitzenstar, Jack Lemmon. Aus Matthau und Lemmon wurde mehrere Filme lang so etwas wie ein Komikerpaar, das sich bekämpfte, ergänzte, stritt, liebte und haßte. Einige Beispiele für die grandiose Teamarbeit zwischen den beiden Schauspielern und ihrem Regisseur zeigt das Fernsehen in seiner umfangreichen Matthau-Retrospektive, die bis in den Dezember reicht.



Vollblut-Komiker mit Gummigesicht: Walter Matthau FOTO: CAMERA PRESS

Gefragt, ob er es nicht müde sei, immer nur komische Käuze, rauhbauzige Ehemänner und hartgesottene Killer mit Herz unter der bitteren Schale zu spielen, sagte Matthau: „In meiner Kindheit hätte ich mir nicht träumen lassen, daß ich jemals Filmstar würde. Also bin ich zufrieden und spiele meine Rollen. Und was ist gegen griesgrämige Käuze und Ganoven zu sagen? Mir macht die Arbeit Spaß, dem Publikum auch – und das sollte genügen, um noch ein paar Jahrzehnte so weiterzumachen."

NINA SCHULENBURG

KRITIK

Der Reiz früher Jahre ist dahin

Es ist brav und verdienstvoll, wenn eine Fernsehanstalt sich öffentlich-rechtlich daranmacht, nach dem Fernsehen zu fragen, also etwa: Wie war das vor der Inbetriebnahme des elektronischen Eckmöbels? Wie wurde es danach und wie wird es weiterhin sein, wenn der große Sprühregen aus den Satelliten über uns kommt? Nur, man möchte es schon etwas gründlicher und systematischer vorgesetzt bekommen, als es das ZDF *mit der spätabendlichen 30-Minuten-*Sendung **Eine riesengroße Freude** tat.

Da verkündete ein alemannischer Medienprofessor, man habe früher dem Fernsehen weniger Wirkung zugesprochen als heute, dann wurden beliebige Bürger befragt, sie gaben beliebige Antworten. Früher habe es mehr Skat und Handarbeit gegeben, so erfuhr man. Das Vereinsleben habe doch wohl arg gelitten, aber heute gehe es wieder. Sogar der befragte Gastwirt wußte zu berichten, daß er, als er noch den einzigen TV-Empfänger im Dorf besaß, guten Zuspruch hatte. Als alle einen Kasten in der Stube hatten, verfiel sein Umsatz. Aber in der allerletzten Zeit, da gehe es mit der Gastronomie wieder aufwärts, weil das Fernsehen daheim nicht mehr den Reiz hat wie früher.

Alles gut und schön – doch gerade diese letzte Beobachtung wäre einen abendfüllenden Film wert, nämlich mit der Frage, warum? Ist das Fernsehen schlechter geworden? Sind die Menschen reifer oder einfach nur müder heutzutage? Das hätte man gern aufgrund einer repräsentativen Befragung erfahren. Doch wer denkt schon an solches in einer TV-Anstalt!

VALENTIN POLCUCH

Diktatur der schwarzen Kästen

Sport im Jahre 1995: kleine schwarze Kästen motzen Athleten an. Mit Daten versorgte Computer ersetzen Trainer, weil der Kollege Motivationsforscher „den ganzen soziologischen Quark" satt hat. Nun mach' daraus *mal einen Film! Michael* Esser, ehedem Sportler, hat es im ZDF versucht, 80 quälende Minuten lang die **Demokratie des Könnens** vorgeführt. Darin so nervenzerfetzende Sequenzen, wie die zweiminütige Schwimmeinlage eines Schwimmers – die Bahn rauf, die Bahn wieder runter, die Bahn rauf, und, weil's so schön war, nochmal die Bahn runter. Was lehrt uns Esser? Schwimmer müssen schwimmen üben.

Mal abgesehen von solchen tiefschürfenden Erkenntnissen: Esser verhalf uns noch zu anderen Einblicken in den Sportler-Alltag 1984, Pardon, 1995. Denn im Grunde ist das ja einerlei, und statt der schwarzen Kästen gibt's längst andere Apparaturen, die noch viel futuristischer sind.

Zurück zu Essers weiteren Erkenntnissen: Erstens, Trainingsabläufe sind stupide. (Das waren sie schon im alten Sparta). Zweitens, klare Motive für derart geisttötende Tätigkeiten gibt es nicht. (Welch ein Glück, sonst würde womöglich eine Massenpsychose unter den Sportlern ausbrechen). Drittens, auch Sportler sind Menschen. Was durch Filme wie Essers Streifen nicht ständig in Frage gestellt werden sollte.

KLAUS BLUME

Ein kalter Ignorant

Die ZDF-Sendung **Kennzeichen D** hat einen neuen Moderator: Dirk Sager – zuvor in Ost-Berlin, Washington und Moskau. Er ist also beim Thema geblieben, und der erste Abend belegte das eindeutig: Berichte aus dem anderen Teil Deutschlands überwogen, hinzu kam ein Versuch, den Fall Elbgrenze neu anzugehen, indem gegen Ende des Beitrags auf die Möglichkeit verwiesen wurde, das – je nach Standpunkt – umstrittene oder unstrittige Thema an die Alliierten weiterzugeben.

Programmatischer Höhepunkt: ein Gespräch mit Günter Gaus, der hier zum wiederholten Male Gelegenheit bekam, seine bis ins Abstruse gehenden deutschlandpolitischen Vorstellungen zum Besten zu geben. Gaus' Position kulminierte in den bekannten Vorwürfen und Vorschlägen: gegen angebliche Polemik und Antikommunismus, für die sukzessive Erfüllung der Geraer Forderungen der SED. Der kalte Ignorant historischer Positionen der Sozialdemokratie scheut sich nicht, jeden Gegner des Jalta-Friedens zum Kriegsfreund zu erklären. Nun denn, mit Mitterrand zusammen kann man das wohl aushalten.

ULRICH SCHACHT

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Titel, Thesen, Temperamente
10.35 Super-Hitparade der Volksmusik
12.10 Pro und Contra
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

11.00 Tennis-Daviscup
Deutschland – Rumänien

16.00 Tagesschau

16.10 Der fliegende Ferdinand stellt sich vor

16.20 Der Mann in den Bergen
Amerikanischer Spielfilm (1974)
In der Nähe des Hauses von James Adams findet man einen Toten. Die Polizei hält Adams fälschlicherweise für den Mörder, weshalb er in die Berge und Wälder von Utah flieht. Dort freundet er sich mit wilden Tieren an …

17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Der Champion
Amerikanischer Spielfilm (1977)
Mit Walter Matthau u. a.
Regie: Martin Ritt
Lloyd Bourdelle schlägt sich als Stallknecht und Pferdetrainer durchs Leben. Eines Tages hat er die große Chance, ein Superpferd bei dem höchstdotierten Rennen der Welt starten zu lassen. Doch da scheint ihm eine böse Verletzung einen Strich durch die Rechnung zu machen …

21.50 Plusminus
Es geht auch ohne Katalysator – Soforthilfe durch abgasarmes System / Chancen im Eis – Polarforschung eröffnet neue Märkte / Im Aufwärtstrend – Die neue Masche der Textilindustrie / Lehrstellen gesucht – Neue Ideen, alte Kontroversen / Diamanten – Kieselsteine oder Geldanlagen?
Moderation: Ingrid Lorenzen

22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn

23.00 Die Sportschau
Tennis-Daviscup: Deutschland – Rumänien / Fußball: Bundesliga

23.25 Moment mal
Die ARD-Redezeit
Heute aus Hamburg
Kosmetik für die Macht? Ehemalige Regierungssprecher offenbaren sich
Moderation: Martin Schulze und Peter Staisch
Anschl. Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Pinnwand
Schlagzeilen des Monats

16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Illustrierte
Gäste: Vico Torriani und das Foky-Gruber-Ensemble

17.50 Pat und Patachon
Adel aus der Manege
Anschl. heute-Schlagzeilen

18.20 Musik macht Spaß
Von und mit Hans Rosenthal

19.00 heute

19.30 auslandsjournal
Hongkong: Reicher Mann, was nun? / Thailand: Kinderarbeit / Norwegen: Frauen ans Gewehr / USA: Schwarz und Weiß am Mississippi
Moderation: Horst Kalbus

20.15 Ein Fall für zwei
Zuckerbrot und Peitsche
Als Herr Bertram die Buchhaltung der Firma Hufschmid überprüft, findet er heraus, daß in den letzten Jahren ein hoher Betrag beiseite geschafft wurde. Doch diese Feststellung birgt ihre Gefahren …

21.15 Tele-Zoo
Die Igelmutter von Übersee / Preiswürdig! – Beispielhafte Initiativen zur Schaffung neuer Lebensräume / Der Schleimpilz – eine Tierpflanze oder ein Pflanzentier?
Moderation: Alfred Schmitt

21.45 heute-journal

22.05 Aspekte
Berlin um 1900
Moderation: Karl Löbl und Dieter Schwarzenau

23.05 Meine erste Liebe
Französischer Spielfilm (1978)
Mit Anouk Aimée u. a.
Regie: Elie Chouraqui
Als Jeanne ihrem Sohn Richard eröffnet, daß sie an Leukämie leidet und deshalb nur noch wenige Wochen zu leben habe, sieht er seine Mutter plötzlich mit anderen Augen.

0.40 heute

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
Mit „Blickpunkt Düsseldorf"
20.00 Tagesschau
20.15 Tierreport
Arche 2000
21.00 Wissenschaftsshow
Wenn die Beine nicht mehr wollen …
21.45 Wo geht's zum Himmel?
Besuch bei Horst
22.15 *Die Schrecken des Krieges*
2. Teil: Die Entstehung der Guerilla
23.05 Rockpalast
Heute mit: The doors are open
0.05 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 News of the Week
18.45 Avanti! Avanti! (1)
19.15 Das Ereignis von Genf
20.00 Tagesschau
20.15 Rufen Sie uns an!
Gespräche über Gesundheit
Rheuma
Telefon: 040/56 60 04/05/06
21.15 Tod eines Reporters
Bericht aus Afghanistan
22.00 Leute
Talkshow aus dem Café Kranzler
23.30 Von fern ganz nah
Türkische Feste und Nächte zwischen Kreuzberg und Berlin-City
Beobachtungen von Jürgen Böttcher
0.15 Nachrichten

HESSEN

18.00 Anatolien
18.45 Internationales TV-Kochbuch
Deutschland (1)
19.00 Die 120 Tage der „Graf Spee"
19.45 News of the Week
20.00 Freitags um 8
20.45 Die Super-Telekommunikation
Neue Medien – made in USA

21.30 Drei aktuell
21.45 Leute
Berliner Talkshow

SÜDWEST

18.00 Streifzüge durch die Natur
Würgfalken
Anschl. Hexe Lakritze (4)
18.30 Telekolleg II
Wirtschaftswissenschaften (1)
19.00 Regionales
19.25 Nachrichten
19.30 Formel Eins
Hitparade
Mit Peter Wolf
20.15 Geheimnisse des Gehirns (2)
Erinnerungen
21.00 Tele-Tip
21.15 Microprozessoren – Microcomputer (2)
Computer in der Produktion
21.45 Wortwechsel
Mit dem Regisseur Roman Polanski
22.30 Der Aufpasser
Gut gezinkt ist halb gewonnen
23.15 Letzte Nachrichten

BAYERN

18.15 Bayern-Report
18.45 Rundschau
19.00 Unser Land
19.45 Was Flügel hat, fliegt
Österreichischer Fernsehfilm
20.55 Wanderungen durch die DDR
Die Mecklenburgische Seenplatte
21.40 Rundschau
21.55 Nix für unguat!
22.00 Heut' abend
22.45 Sport heute
23.00 Z. E. N.
23.05 Subway Riders
Amerikanischer Spielfilm (1981)
Regie: Amos Poe
1.00 Rundschau
1.05 Schach dem Weltmeister

Wladimir Maximow zur Lage der Ausgebürgerten

Rußlands Kultur lebt in der Emigration auf

Jemand hat einmal treffend bemerkt, man müsse, um die Kultur eines beliebigen Landes oder Volkes zu vernichten, sich nur jeweils des hervorragendsten Repräsentanten einer jeden Berufsgruppe entledigen, des besten Bäckers, Schriftstellers, *Schlossers, Künstlers, Maurers, Komponisten*, Kunstmalers usw. usf.

Eine solche Situation ist heute in der Kultur meiner Heimat eingetreten. Solschenizyn, Rostropowitsch, Brodskij, Baryschnikow, Ljubimow, Galima Wischnewskaja und nun auch noch Andrej Tarkowskij – all diese unbestrittenen Meister der russischen Gegenwartskultur – wurden gezwungen, ihr eigenes Land zu verlassen. Und den hervorragendsten Gelehrten Rußlands, Andrej Sacharow, beraubte man aller Möglichkeiten, sich wissenschaftlich zu betätigen.

Deshalb müssen wir uns die Frage stellen: Was wird aus unserer Kultur unter den Bedingungen der Emigration ohne das entsprechende Umfeld, ohne das Fluidum der Muttersprache, ohne das gegenseitige geistige wie seelische Einverständnis?

In den zehn Jahren meines doch recht beschwerlichen Emigrantenlebens bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß im Westen selbst relativ bewanderte Leute, wie etwa Slawisten, nur eine sehr verworrene und vage Vorstellung vom „Who is Who" in unserer Kultur und unserem öffentlichen Leben besitzen. Manche von ihnen desinformieren zuweilen bewußt oder in verleumderischer Absicht die Öffentlichkeit, anstatt eine seriöse Analyse unterschiedlicher und unverwechselbarer Persönlichkeiten zu wagen. Sie operieren mit dem verschwommenen Begriff „Dissidenten". Infolgedessen erscheinen wir im Westen alle mit einem Einheitsgesicht. Alexander Solschenizyn wird zusammen mit seinen Opponenten X, Y und Z, die selbst den Intellektuellen in Rußland kein Begriff waren, in einen Topf geworfen; oder man unterscheidet nicht zwischen Wladimir Bukowski und seinen Kontrahenten in Person sogenannter Sowjetologen, die vom KGB in den Westen eingeschleust wurden.

Häufig muß ich in westlichen Ländern öffentlich auftreten, und bei solcher Gelegenheit sprechen mich dann sehr ehrenwerte und unseren Problemen wirklich aufgeschlossene Menschen mit einem gleichsam göttlichen Beben im Blick darauf an, ob denn der besagte Herr X mir tatsächlich persönlich bekannt, ob der Standpunkt von Sacharow nicht vielleicht doch mit dem des Herrn Z zu vereinbaren sei. Wie soll ich diesen liebenswerten, ehrlichen, teilnahmsvollen Menschen erklären und begründen, daß eben dieser Herr X ein winziges, graues, in Rußland völlig unbekanntes Nichts ist, welche Worte dafür finden, daß Herr Z schlicht und einfach ein im sowjetischen Sold stehender Provokateur ist? Schon der Versuch allein hätte zur Folge, daß man mich den Reihen der gewöhnlichen Intriganten in der Emigrantenszene zurechnen würde. Leider!

Was soll man aber zu den Kreisen und Personen sagen, die uns Emigranten und Ausgebürgerten unverhüllt feindselig gegenüberstehen? Sie nämlich gehen noch einen Schritt weiter. Sie setzen uns ganz einfach „führende Schriftsteller", „Fachleute" aller Disziplinen sowie „Dissidenten" vor die Nase – haargenau so, wie man in der Sowjetunion die Nomenklatura ernennt. Da werden Pseudoautoritäten für wichtig erklärt, politisch mißliebige Namen aber unterdrückt. Und wie oft werden einem Meinungen und Begriffe untergeschoben, die in der Öffentlichkeit diskreditieren sollen. Dafür könnte ich endlose Beispiele aus unserem Leben hier aufzählen.

Doch ich bin überzeugt: Seitdem immer mehr Männer und Frauen in den Westen gekommen sind, die den Stolz unserer heutigen Kultur verkörpern und zu ihrer sowohl beruflichen wie geistigen Spitzenelite zählen, wird sich die Lage in unseren Reihen grundlegend ändern. Wir werden dadurch endlich fähig sein, die Struktur unserer Kultur mit ihren wirklichen Werten und wahren Qualitäten wiederherzustellen. Darin sehe ich eine Gewähr für unsere Zukunft und nur darin besteht für mich eine der wichtigsten Aufgaben der „Resistance International", die wir soeben ins Leben gerufen haben.

WLADIMIR MAXIMOW



Überleben ohne das Fluidum der Muttersprache: Der Schriftsteller Wladimir Maximow FOTO: INTERPRESS

Das Wunder der Nacht

egw. – Mit Anerkennung stellt der Peripatetiker im Häusermeer von Salzburg, wenn auch erst dort, wo es schon untief wird, eine Virgilstraße fest, sucht aber dann vergebens nach anderen ähnlichen klassischen Namen: kein Horazplatz und nichts von Tacitus, obwohl doch das alte Juvavum eine römische Anspielung durchaus erlauben würde. Dafür allerdings offeriert die Stadt ein romantisch-enges Königsgäßchen, welches freilich mitnichten auf einen König zurückgeht, sondern einen heiteren Hinweis auf den „Nachtkönig" – den *Kanalräumer* – darstellt.

Nun gut, die Virgilgasse meint also den Salzburger Bischof Virgil, einen irischen Missionar aus dem achten Jahrhundert, der für die Stadt Wesentliches getan hat und dessen Jubiläum soeben begangen wird. Sein Schicksal ist interessant genug. Er hatte große Differenzen mit dem Heiligen Rupert, dem sein Wirken an gleicher Stätte offenbar nicht eben gelegen kam, weshalb er ihn beim Papst verklagte. Er warf ihm – rund ein Jahrtausend vor Galilei – vor, die Erde für eine Kugel zu halten, was deswegen als ketzerisch galt, weil doch unmöglich die unerreichbaren Antipoden auf der anderen Seite hätten erlöst werden können. Virgil, der spätere Heilige, wurde aus der Kirche verstoßen. Erst ein halbes Jahrtausend später wurden seine Gebeine aus dem Grab geholt, es geschah ein Wunder, und es kam zur Heiligsprechung.

Dieser Tage nun wurde unter nachtblauem Himmel, bei lufterschütterndem Glockengeläut sein kostbares Reliquiar in einem feierlich-folkloristischen Umzug unter bischöflicher Begleitung aus aller Welt aus dem Kloster St. Peter in den Dom getragen. Ob Salzburgs Nachtkönige angesichts dieses zweiten Wunders strammgestanden sind?

Korrekturen am Lebensbild von Bertolt Brecht – Sein Bruder Walter zeichnet ein lebendiges, einfühlsames Familienporträt

Von der Revolution direkt auf den Rummelplatz

Bertolt Brechts um zwei Jahre jüngerer Bruder Walter, der am 29. Juni 1900 geboren wurde, veröffentlicht jetzt Erinnerungen an seine Kindheit und Jugend in Augsburg. *Es ist ein bemerkenswertes Buch*, vor allem deshalb, weil es nicht bloß Reminiszenzen an den berühmten und vielumstrittenen Dichter Bertolt Brecht bringt. Der spielt zwar seine Rolle darin, aber eigentlich nur am Rande, wobei er noch gar nicht Bertolt heißt, sondern Eugen, wie er im Familienkreis gerufen wurde. Nein, im Mittelpunkt steht Walter Brecht, *seine* Freunde, *seine* Erlebnisse, *seine* Welt.

Nicht als ein zur Bibliographie Bert Brechts zählendes Werk ist dieses Buch also in erster Linie zu lesen oder zu werten, sondern als ein besonders schönes Porträt einer Zeit, einer Stadt, einer Familie und eines bemerkenswerten Menschen, eben Walter Brecht. Obwohl als Zeichner und als Musiker begabt, folgte er dem Wunsche seines Vaters – der Prokurist einer Papierfabrik in Augsburg war – und schlug dessen Ausbildungsweg ein. Er brachte es im väterlichen Fach bis zum Professor an der Technischen Hochschule in Darmstadt.

Auch daß die schriftstellerische Begabung in der Familie nicht bloß auf Eugen (oder Bert oder Bertolt) beschränkt war, zeigen diese Erinnerungen. Walter Brecht kann erzählen, er kann aus der sachlichen Darstellung der Topographie einer Stadt, einer Straße, einer Wohnung Stimmungen wiedererstehen lassen; eine ganze versunkene Welt neu zum Leben erwecken.

Liebevoll schildert Walter Brecht das Milieu, in dem die beiden Brüder aufwuchsen: die vier Häuser der Haindl'schen Stiftung in der Bleichstraße, deren Verwalter der Vater war. „Zu Ehren von ihrem verstorbenen Gemahl, dem Besitzer der Papierfabrik Haindl, hatte Frau Elise Haindl die Häuser im Jahre 1880 errichten lassen. Sie wollte 'unbescholtenen und ohne Schuld unbemittelten' Augsburgern, in erster Linie verdienten Arbeitern und Angestellten der eigenen Fabrik, gegen geringes Entgelt gesunde Wohnungen schaffen."

Die Charakterskizzen der Bewohner dieser Siedlung – lauter skurrile Gestalten – könnten von Wilhelm Raabe stammen, und die *Lausbubenstreiche* der beiden Jungen und ihres „Indianerstamms" könnten von Ludwig Thoma sein.

Auch die großelterliche Familie väterlicherseits, die im Schwarzwald beheimatet war, wird sehr warmherzig und lebendig geschildert. Hier bildet die „Clan"-Zusammenkunft zum achtzigsten Geburtstag der Großmutter, zu der die Schwestern und die Schwäger auch aus Amerika angereist kamen, den absoluten Höhepunkt.

Als Bert noch Eugen genannt wurde: Die Familie Brecht mit Walter in der Mitte (1908) FOTO: ARCHIV W. BRECHT

Das Verhältnis der beiden Brüder zueinander war bestimmt von der herablassenden Haltung des älteren gegen den doch nur zwei Jahre jüngeren. Eugen war überdies der Rebell der Familie, Mittelpunkt eines Kreises von künstlerisch *und literarisch ambitionierten* Freunden, während Walter eher den im Grunde konservativen Gesinnungen der Familie konform blieb.

Als der Erste Weltkrieg ausbrach, gelang es Eugen Bertolt zunächst, als Medizinstudent nicht einberufen zu werden, und als es dazu kam, diente er lediglich einige Monate als Krankenwärter in einem Augsburger Lazarett.

Bertolt Brecht hat später eine hochdramatische Darstellung davon gegeben, wie er bei Operationen von schrecklich verstümmelten Verwundeten mitgeholfen habe. Walters Buch bestätigt, daß er in Wirklichkeit eine viel weniger horrende Tätigkeit ausgeübt hat. In einem der bisher ungedruckten Briefe Bertolts, den Walter in diesem Zusammenhang jetzt zitiert, heißt es: „Es *sind sonnige* Herbsttage, das Kastanienlaub der Allee ist rotbraun wie Gold, und die Morgen über den Syphilisbaracken sind hell und leuchtend mit der zitternden, lichtvollen Luft in den Bäumen. Ich bin Schreiber in der Hollschule bei den Geschlechtskranken. *Manchmal* komme ich ins Theater, aber es ist nicht viel los." Der Brief von Bertolt ist datiert vom 12. Oktober 1918.

Walter Brecht befand sich damals bereits als achtzehnjähriger Infanterist *auf dem französischen* Kriegsschauplatz, allerdings noch hinter der Front, in der letzten Phase der Ausbildung für den Dienst im Schützengraben. Nur der Waffenstillstand, der am Tage des geplanten Fronteinsatzes seiner Truppe geschlossen wurde, rettete ihn vor dem Kriegseinsatz. Kurz darauf war Walter Freiwilliger in einem der Freikorps, die München von seiner kurzlebigen Räterepublik befreiten.

Eugen/Bertolt hatte seinerseits zum Arbeiter- und Soldatenrat in Augsburg gehört. Allerdings sagt sein Bruder: „Er nahm an Beratungen ... teil, blieb aber ganz im Hintergrund, als es zu Schießereien und Blutvergießen kam. Er hielt Abstand zu Ereignissen, die ihm nicht unter die Haut gingen. Überhaupt gehörte es zu seinem Wesen, mit Leidenschaft die Wahrheit zu suchen und zu proklamieren und nicht minder leiden*schaftlich einen Bogen um alles zu* schlagen, was ihm zuwiderlief. In den Tagen um den 10. Mai, als nach dem Zerbrechen der roten Machtergreifung in München immerhin noch nachts Menschen hinterrücks umgebracht wurden, hatte in Augsburg der *Plärrer* wieder seine Zelte und Karussells aufgestellt, und Eugen, meist von Freundinnen begleitet, genoß den Rummelplatz wie eh und je. Begeistert fuhr er mit den Mädchen Schiffschaukel, hingerissen von der Schönheit der Bewegung, mit der ih*re Körper, warm und geschmeidig* und voll Kraft, die auf und ab jagende Schaukelfahrt bescheunigten."

Als bald darauf die Mutter starb, schrieb Bertolt Brecht mit einiger Verzögerung eine Reihe sehr schöner, von Reue erfüllter Gedichte über ih*ren Verlust, blieb aber zunächst* äußerlich unberührt: „An dem Abend des Tages, der dem Tod der Mutter folgte, lud er seine Freunde in die Mansarde ein. Es ging so lärmend zu wie sonst. Wer weiß, mit welchen Gefühlen die Freunde dem extravaganten Verhalten zusahen, diesem Verhalten, das sich verächtlich jeder Gefühlsäußerung versagte. Wer weiß, warum er dies in seiner Trauer tat. *Wir anderen, die das Haus bewohn*ten, waren stumm vor Schmerz." – Man könnte es kaum taktvoller aussprechen.

Gerade weil in Walter Brechts Buch die Gestalt seines berühmten und großen Bruders nicht im Mittelpunkt steht, gerade weil hier die ganze Familie und ihr Milieu mit einer bewunderswerten Sorgfalt gezeichnet sind, eröffnet es schließlich doch die tiefsten Einblicke in die Biographie des Dichters.

MARTIN ESSLIN

Walter Brecht, „Unser Leben in Augsburg, damals", Insel Verlag, Frankfurt am Main, 376 Seiten, 34 Mark.

JOURNAL

Plastische Chirurgen warnen vor Scharlatanerie

dpa, **München**

Die plastischen Chirurgen wehren sich gegen „Scharlatanerie" bei der Kosmetikchirurgie, die mehr ökonomisch als medizinisch orientiert sei, wie Prof. *Ursula* Schmidt-Tintemann in München bei der Eröffnung der 14. Jahrestagung der Vereinigung der Deutschen Plastischen Chirurgen sagte. Im Mittelpunkt der Tagung stehen die Behandlung von Brandverletzungen, die Chirurgie des Fettgewebes und die Profilplastik. Wie verlautet, hätten jetzt auch Patienten eine Überlebenschance, deren Haut zu über 60 Prozent verbrannt ist; zudem sei es möglich, Hasenscharten bereits im Säuglingsalter zu operieren, ohne daß *Narben zurückbleiben.*

Ein ganzer Friedhof von Fossilienfunden

AP, **Philadelphia**

Gut 50 Millionen Jahre alt und von großer wissenschaftlicher Bedeutung sind die Fossilien, die Paläontologen des Carnegie-Museums für Naturwissenschaften in Phil*adelphia im trockenen Wind-River*-Becken im US-Staat Wyoming gefunden haben. Die Wissenschaftler sprachen von den besterhaltenen und den verschiedensten Spezies zuzuordnenden Funden, die aus dieser Frühzeit jemals in der Welt gemacht worden seien. Gefunden wurden versteinerte Knochen und Eier von mehr als 65 verschiedenen Säugetieren, Echsen und Fröschen. Von 19 *Schädelteilen* waren 16 „neu für die Wissenschaft". Über 200 Kieferknochen, die meisten mit noch intakten Zähnen, hätten anatomische Merkmale aufgewiesen, die man bisher nicht gekannt habe.

Englische Kultur via British Council

DW, **Köln**

Zum 50jährigen Bestehen des British Council, der Institution, die mit Niederlassungen in 81 Ländern offizielle britische Kulturarbeit leistet (seit 25 Jahren auch in der Bundesrepublik), findet bis Mitte Dezember im Rheinland eine breite Veranstaltungsreihe in den Bereichen Kunst, Literatur, Theater, Musik und Film statt. Das Hauptprogramm läuft in Köln ab, der deutschen Zentrale des British Council. Das gemeinsam mit dem Kölner Kulturamt veranstaltete Unternehmen ist im einzelnen in der Broschüre „Britische Szene" beschrieben, das beim British Council, Hahnenstr. 6, 5000 Köln 1, bezogen wer*den kann.*

Grünes Licht für Pariser Volksoper

dpa, **Paris**

Der Pariser Stadtrat hat die Änderung des Flächennutzungsplanes des Bastille-Viertels einstimmig gebilligt und damit grünes Licht für den für kommendes Jahr vorgese*henen Beginn der Bauarbeiten für* eine zukünftige volkstümliche Oper gegeben. Obwohl die Bastille-Oper nach wie vor umstritten ist, wurde von der sozialistischen Regierung erneut versichert, daß die „Opera de la Bastille" wie geplant 1989 zu den 200-Jahr-Feiern der Französischen Revolution eröffnet wird.

Vera-Piller-Poesiepreis erneut ausgeschrieben

DW, **Zürich**

Nachdem der Vera-Piller-Poesiepreis, von der Züricher Literaturzeitschrift „orte" mit 1000 Franken ausgestattet, in diesem Monat erstmals vergeben wurde (Gewinner waren Michael Düblin, Schweiz, und Ulrich Johannes Beil, München), ist der Lyrikpreis für näch*stes Jahr erneut ausgeschrieben* worden. Einsendeschluß ist der 15. Mai 1985. Unterlagen können angefordert werden beim orte-Verlag, Postfach 2028, CH-8033 Zürich.

Rocktheater: Das neue Zauberwort in der „DDR"

Ein Hans im Glück?

Es sei wichtig, erklärte unlängst der Ostberliner Komponist Achim Kielpinski, die „etwas angestaubte" „DDR"-Theaterszene zu bewegen, denn: Neben „den traditionellen Formen" könne „ein Rocktheater dem jungen Publikum interessante Angebote machen". Die Truppe um Kielpinski trägt den Namen „Die Gaukler" und setzt sich aus jungen Schauspielern, Puppenspielern, Sängern und Rockmusikern zusammen. Gemeinsam ist ihnen der Wunsch, in Zusammenarbeit mit Ostberliner Bühnen *Rocktheater zu machen, um* damit dem unter Besucherrückgang leidenden „DDR"-Theater neue Publikumskreise zu erschließen. Aus diesem Grunde dachten sich die Akteure eine Fabel aus. Die Geschichte „Wer ist Harry Hasenleder?" wird in *Liedern erzählt*, in Maske und Kostüm vorgetragen, die Musik kommt vom Band, der Gesang durchs Mikrofon live. Sie wurde ein runder Erfolg.

Rocktheater – das ist das neue Zauberwort innerhalb der „DDR"-Theaterszene. Hierzu die Ostberliner Zeitschrift „*Melodie und Rhythmus*": „Etwas Neues ist im Entstehen, da wird noch experimentiert, aber es entwickelt sich etwas, worauf man gespannt sein kann und – es wird gebraucht."

Rocktheater bekam man in der „*DDR*" *bisher vorwiegend* in ausländischen Varianten zu sehen: Tibor Dérys „Fiktiver Report über ein amerikanisches Popfestival" aus Ungarn beispielsweise. Inzwischen holte sich das Volkstheater Rostock u. a. die Amateur-Beatgruppe „Badister" ins Haus, um zusammen mit ihr die Rockopern „Rosa Laub" und „Zaubersprüche" (Libretti: Waltraud Lewin, Musik: Horst Krüger) auf die Bretter zu bringen. *Das* Leipziger Schauspielhaus folgte mit der „Rockballade" von Andreas Knaup (Text) und Thomas Bürkholz (Musik), während in Rostock von denselben Autoren das Musical „Marie und ein Hans im Glück" zu sehen war.

Den Weg der Kombination von Theater und Rockmusik beschreitet neuerdings auch das Potsdamer *Hans-Otto-Theater*, das in einer Uraufführung Bernd Weißigs „Show des Jahres" herausbrachte. Titel: „So long, Cello!" Ein Bühnenspiel um den verheirateten Gitarristen „Ente", der während einer Tournee das Mädchen „Miezie" kennenlernt. Aus der flüchtigen, aber sehr folgenreichen Begegnung entwickelte der Autor eine Serie von „DDR"-Alltagsszenen: Schwangerschaft, Studiengefährdung, Abtreibung bei ihr; Eheprobleme und glückliche Scheidung bei ihm.

Die Figuren sprechen eine lockere Allerweltssprache, es gibt bunte Masken, Kostüme, ein witziges Bühnenbild und die knallharte Rockmusik der Gruppe „Keefa", die sich aus Musikstudenten zusammensetzt. Das Publikum, überwiegend junge Leute, bekundete während der Uraufführung begeistertes Interesse an dieser „Show des Jahres".

Eine Reihe von Kulturfunktionären und Kritikern *reagiert auf* die neuen Versuche mit größtem Mißtrauen. So monierte der Ostberliner „Sonntag" die unpolitischen Texte, „die mitunter zu glatt und operettenhaft oder literarisch überhöht gerieten", und das Journal „Theater der *Zeit*" *bemängelte an den neuen Stük*ken der „DDR"-Rocktheaterszene fehlende ideologische Aussagen. Gleichzeitig wurde davor gewarnt: das Theater könnte in der Begegnung mit der Rockmusik „ohnmächtig nach hinten wegkippen in Formen von gestern und vorgestern (Klischees, illustrative Tünche ...)".

Der Sender „Stimme der DDR" witterte Gefahr, daß sich ins Rocktheater „reaktionäres Gedankengut" einschleicht, während die überwiegend von jungen Leuten gelesene Zeitschrift „Melodie und Rhythmus" zugab, daß die „DDR"-Theaterszene Rocktheater „mit Sänger-Darstellern neuen Formats" sehr wohl gebrauchen könne. *Dieses zaghafte* Eingeständnis unterstreicht das Dilemma, in dem die „DDR"-Künstler stecken: einerseits staatlich verordnete Abstinenz gegenüber kulturellen Einflüssen aus dem Westen, andererseits das legitime Bedürfnis, mit politisch anders gewerteten *Problemen und* neuen formalen Mitteln zu experimentieren. An diesem Widerspruch krankt im übrigen die ganze „DDR"-Theaterszene, die nach wie vor einen Besucherrückgang zu verzeichnen hat.

HARALD BUDDE

Darmstadt nach Horres: Henzes „Junger Lord"

Kleinstadtpotentaten

Risikoscheu war Peter Brenner, der neue Intendant am Staatstheater in Darmstadt, mit seiner er*sten Inszenierung* keineswegs. Doch eine Sensation wurde Hans Werner Henzes „Der Junge Lord" nicht, konnte es auch nicht werden. Fragende Betroffenheit blieb zurück. Die Inszenierung läuft langsam an, reflektiert die Musik, ihre polytonen Seitensprünge und ihre tonalen Modelle, steckt das Milieu ab. Viel anders als bisher scheint das alles nicht zu laufen, vielleicht ein wenig biederer, konventioneller. *Am Anfang zumin*dest.

Bühnenbildner Walter Schwab hat für Authentizität im Optischen gesorgt, hat idyllische Kleinstadt-Bilder, aufgedonnerte Interieurs und sogar prächtige Oldies aufgeboten. Und *das Darmstädter Orchester* kann auch beim „Jungen Lord" mithalten. Die buchstabengetreue Interpretation von Hans Drewanz, die des Komponisten Fabulier- und Parodierlust, seine gläsernen Gefühle und seinen aggressiven Eklektizismus scharf artikuliert und in den dynamisch präzis dosierten Zwischenspielen Höhepunkte setzt, läßt die Komische Oper der Vergangenheit freilich wie im Rückspiegel erscheinen.

Erst nach und nach wird das satirische Denkspiel um die deutschen Kleinstädter zur bitteren Parabel von Scherz, Ernst, Satire und aktueller Bedeutung. Der Scherz kommt auf der Szene zu kurz, und die Berührungsängste des *Liebespaars (Gerda* Leypoldt als dümmliche Luise schafft immerhin eine betörende Passacaglia) kommen auch diesmal einer Stadttheater-Verlegenheit sehr nahe.

Die Inszenierung von Peter Brenner wird erst außerordentlich, wenn sie zeigt, wie das poröse Gefüge der Gesellschaft von anno 1901 beim Zu*sammentreffen mit dem anderen*, dem Fremden, zerschlissen wird. Nicht an der Bösartigkeit der anderen, sondern einfach an deren Anderssein. Die Spitzen der Gesellschaft (Hans-Joachim Porcher, Horst Schäfer, Anton Schmautz und Wolfgang Lange) werden zu radikalisierten Sternheim-Typen. Und Peter Brenner trimmt sie auch noch zu Agitatoren der Ausländerfeindlichkeit, die *erst im kollektiven Handeln* erstarken.

Auch bei Henze und Ingeborg Bachmann – sie schrieb nach einer Vorlage von Wilhelm Hauff das Libretto zum „Jungen Lord" – kommen die Spießer und Kleinstadtpotentaten verdammt schlecht weg, endet ihre Demaskierung höchst peinlich.

Hier sind sie eine feige Riege von Negativfiguren, die sich schließlich zusammenrotten, um den dressierten Menschenaffen, der sie in seiner Rolle als junger Lord so kläglich düpiert hatte (Wilfried Plate macht das sehr gut), mit Stühlen zu Tode zu schlagen.

Henzes Oper klingt also nicht mit dem versöhnlichen „Bleibt guter Geist euch hold" der Titelfigur aus, sondern mit einem häßlichen Exempel einer zeitversetzt gemeinten Lynchjustiz. Auf der Suche nach mehr Sinn und Hintersinn der bestialischen Gesellschaftssatire läßt sich *Peter Brenner auf ein Theater ein, das* allzu bereitwillig politische Tagesthemen transportiert und letztlich kaum mehr Perspektiven bringt als eine neue Wolf-Biermann-Platte.

HEINZ LUDWIG

„Schweizer Szene" in Hannover: Der Maler R. Iseli

Mit Erde und Federn

Wie Hannover, Braunschweig und Hildesheim zusammen mit der Schweizer Kulturstiftung Pro *Helvetia die „Schweizer Szene" vor*stellen, ist neu. Man erarbeitete die Programme nicht etwa in der Schweiz, um sie dann schlecht und recht auf die Möglichkeiten der Städte aufzusatteln. Man plante von vornherein gemeinsam, um mit den vorhandenen Kräften ein Maximum an Schweizer Selbstdarstellung zu ermöglichen.

Die Crux solcher Mammutunternehmen ist allzu oft, daß schon vor der Halbzeit die Anfangseuphorie verflogen ist und das Ganze in der Masse kurzfristiger Theateraufführungen, Filmvorstellungen oder Vorträge versinkt. Darunter litt im vorigen Jahr eine ähnliche Veranstal*tungsreihe in Köln/Bonn. Deshalb hat* man diesmal das Ganze weithin sichtbar durch eine große Ausstellung korsettiert: die erste größerere Präsentation des Berner Malers Rolf Iseli an einem in Hannover sehr populären Platz, im Sprengel-Museum. Daneben zeigt die Galerie Holtmann in den Räumen des „Internationalen Wohnbedarfs" bei Loeser noch weltbekannte Leute wie Dieter Roth, André Thomkins, Jean Tinguely und Franz Eggenschwiler.

Auch bei Theater und Literatur hat man sich nicht auf die Matadore Dürrenmatt und Frisch beschränkt, sondern schickte erfreulicherweise eine Reihe hierzulande weniger bekannter Schriftstellers ins Gefecht. Nur die Musik wurde ausgeklammert. Ein Hauptereignis aber ist die Ausstellung von Rolf Iseli, der auf der V. documenta international debütierte. Man beschränkt sich, um überflüssige Wiederholungen mit der Braunschweiger Ausstellung von 1978 zu vermeiden, auf die Jahre seit 1971 bis *heute – ein Ablauf der malerischen* Ereignisse, der den Weg Iselis deutlich werden läßt.

Für das Eindringen in diesen Ablauf ist das hannoversche Museum der denkbar geeignetste Platz. Man hat hier die Helden der malerischen Entfaltung, der auch Iseli einen großen Teil seiner Leistungen verdankt, eng beieinander; neben den Malern der Monochromie den bedeutendsten *Meister des deutschen Informel*, Emil Schumacher, und den Niederländer Jaap Waagemaker, der als einer der ersten das Mittel der Assemblage in bedeutenden Arbeiten einführte. Rolf Iseli hat sich von diesen Verfahren anregen lassen, aber er ist nicht bei ihnen stehengeblieben.

Der Problemkreis „Mensch und Erde" ist sein Thema. Informel, Monochromie und Assemblage fließen dabei zu einem einheitlichen Malvorgang zusammen. Neben den „Homme de la pluie" (1979) tritt das Bild „Verworfen – Porträt" (1980), aufgebaut aus Kohle, Klebestreifen, Kreisen, Meersand, Pastell und Pulverfarbe – einige der Materialien, die immer wieder für den Maler Iseli wichtig sind.

Iseli ist kein Neuerer. Er nimmt unbefangen die Verfahren anderer auf, um sie für seine Zwecke sinnvoll einzusetzen: Neben seinen eindrucksvollen Arbeiten zum Thema „Horcher" fallen auch einige Assemblagen, *wie die „Randfigur mit Federn"* (1976) auf, die von seinem Programm eine klare Vorstellung geben. (Bis 11. Nov.; anschließend Ludwigshafen und Linz; Katalog 25 Mark.)

HERBERT ALBRECHT

KULTURNOTIZEN

Friedrich Wilhelm Korff erhält für seinen Erzählband „*Auswege*" *den* mit 8000 Mark dotierten Förderpreis der Förderungsgemeinschaft der *deutschen Kunst*, der zusammen mit der Stadt Karlsruhe vergeben wird.

Umbrien ist zur Pilot-Region für Erdbebenrisiken erklärt worden. In Italien sind schätzungsweise 9000 kunsthistorisch bedeutende Gebäude durch Erdbeben gefährdet.

„Die deutsche Nation – eine Utopie?" ist der Titel des ersten „Offenbacher Gespräches", das heute im wiederaufgebauten Büsing-*Palais* in einer Runde von Schriftstellern und *Journalisten* stattfindet.

Der Berliner Senat hat grünes Licht für die Einrichtung einer Bildhauerwerkstatt gegeben. Anfang nächsten Jahres werden die ersten zehn Künstler in die „Panke-Hallen" im Wedding einziehen.

Kurt Marschner, der als Opernsänger der Hamburgischen Staatsoper von 1949 bis 1975 angehört hat, starb *im Alter von 71 Jahren in Hamburg.*

Der Schlagzeuger Shelley Manne ist im Alter von 64 Jahren in Los *Angeles gestorben.*



Mit seinem Sprachbewußtsein ein Beispiel für junge Lyriker in der „DDR": Erich Arendt (1903–1984) FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

Ein Meister des „Schattenerinnerns" – Zum Tode des Lyrikers Erich Arendt

Im Exil die Sprache wiedergefunden

Erich Arendt ist tot! Erich Arendt? Wenige nur werden – in den Jahren einer massenhaft verlangten sogenannten Gebrauchslyrik – wissen, daß sich mit diesem Namen eines der wichtigsten und umfangreichsten Werke moderner deutschsprachiger Poesie verbindet, das in einer Reihe mit den Arbeiten von Huchel, Eich, Celan, Bobrowski und Ernst Meister gesehen und gewertet werden muß. Damit sind *zugleich poetologische* und – wenn auch eher kryptisch als offen – politische Positionen genannt, die angesichts der Tatsache, daß Erich Arendt bis zu seinem Tode in der „DDR" lebe, an Bedeutung gewinnen.

Der 1903 im mecklenburgischen Neuruppin geborene Dichter, später als Lehrer und Journalist tätig, trat 1926 in die KPD ein. Zwei Jahre danach in den Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller, um kurz dar*auf als Lyriker* vorerst zu verstummen, denn es lag ihm nicht, sein poetisches Vermögen (zuerst ausgewiesen in Herwarth Waldens „Sturm") auf dem planen Gelände des alltäglichen Klassenkampfes *in Form von* Produkten „operativer Gebrauchslyrik", also gereimter kommunistischer Leitartikel, zu verschleudern.

Erst in der Emigration, die für Arendt im März 1933 begann und ihn über die Schweiz nach Spanien (Teilnahme am Bürgerkrieg), Frankreich und Südamerika führte, fand er die Sprache wieder, um sie – angerei*chert durch das erzwungene Erfahren* von Welt im mehrfachen Sinne – nie mehr aufzugeben. So ist es, auch nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Jahre 1950, geblieben: Der Emigrant von draußen ging bald in die innere Emigration und sprach, wenn er ab und zu scheinbar schwieg, mit der Stimme spanischer Dichter beider Kontinente, die er glänzend über*trug*: Alberti, Neruda, Vallejo, Cernuda, Aleixandre, Asturias, Paz und andere.

Seine eigene Poesie, gesammelt in Gedichtbänden, wie „Ägäis", „Zeitsaum" und „entgrenzen", wurde härter und kompromißloser, beispielgebend für die junge Generation von „DDR"-Lyrikern, aber eher Mißtrauen bei den Partei-Germanisten hervorrufend, die zwar nicht umhin konnten, Arendt „hohe sprachliche Prägnanz" zuzugestehen, aber gerade deshalb um so ungnädiger auf sein Festhalten an den „Traditionen spätbürgerlicher *Dichtung*" *reagierten*, weil damit ein „deutlich gesetzter ideologiekritischer Akzent" verbunden sei.

Erich Arendt hat sich von solchen Urteilen nie beeindrucken lassen. Er *gehörte zu den Erstunterzeichnern* der Pro-Biermann-Petition im November 1976, und seine Poesie folgte jener Pflicht, die in einem Gedicht auf Marina Zwetajewa Ausdruck fand: „Hinter all dem Verschatteten, / Einblick haltend / das genaue Wort." Mit diesem „genauen Wort" hielt er dem gemordeten „Prager Frühling" ebenso die Treue wie seinem Grundthema: dem leidenden Menschen in der Geschichte.

ULRICH SCHACHT

Vom Kreuzzug eines jungen Brasilianers

WERNER THOMAS, **João Pessoa**

Wenn der ausgemergelte und erschöpfte Mann in den staubigen Dörfern erscheint, eilen die Menschen auf die Straße, spenden Applaus oder rufen aufmunternde Worte wie: „Weiter so, Elizeu, du hast es bald geschafft." Der Marschierer bedankt sich mit einem gequälten Lächeln. „Ich werde mein Bestes versuchen", verspricht er.

Elizeu da Costa Virgulino, 29, schleppt zur Zeit ein fünf Meter langes Kreuz durch den brasilianischen Bundesstaat Paraiba. Er möchte in der Hauptstadt João Pessoa den Gouverneur Wilson Braga beeindrucken, damit dieser ihm Hilfe leistet. Virgulino ist Direktor des São Francisco-Krankenhauses in der Provinzgemeinde Cajazeiras, das vor dem Bankrott steht. Er braucht eine monatliche Unterstützung von umgerechnet 700 Mark, um das Hospital zu retten.

Der junge Brasilianer wurde Anfang September landweit bekannt, als er sich vor seiner Klinik mit Verbandsmaterial an das Kreuz hängen ließ. 26 Stunden dauerte das Martyrium, dann mußte Virgulino ohnmächtig und dem Verdursten nahe von den Fesseln befreit werden. Nachdem er sich von diesen Strapazen wieder erholt hatte, begann der Fußmarsch in die 500 Kilometer entfernte Hauptstadt.

Fünfzehn Angestellte des Hospitals, Ärzte und Krankenschwestern, begleiten Virgulino. Sie nennen sich „Apostel" und tragen das Kreuz, wenn der Klinik-Direktor über Schwächeperioden klagt. Ende September oder Anfang Oktober wollen die Pilger ihr Ziel erreichen.

Das São Francisco-Krankenhaus in Cajazeiras, 2400 Kilometer nördlich von Rio de Janeiro, war vor einem Jahr von Virgulino eingerichtet worden. Es ist das meistbesuchte Hospital dieser Region, weil die Patienten kostenlos behandelt werden. Die Ärzte versorgen zwischen 30 und 40 Patienten pro Tag. Private Spenden finanzierten bisher die Institution, der Staat zahlte noch keinen Cruzeiro.

Paraiba liegt im Nordosten Brasiliens, dem ärmsten Gebiet des Landes, in dem viele Menschen hungern und sterben, weil sie keinen Arzt finden, der sich um sie kümmert. Virgulino, Krankenpfleger von Beruf, gründete das Hospital, weil er das bittere Los der Bevölkerung lindern wollte.

Gouverneur Braga hat, wie die meisten Brasilianer, von dem jungen Mann gehört, der den Leidensweg Christi nachvollzieht, um sein Lebenswerk zu erhalten. Die Presse im ganzen Land berichtet über ihn. Braga weiß noch nicht, ob er helfen wird. Er will Virgulino jedoch zu einem Gespräch empfangen. Das ist mehr, als ein „normaler Sterblicher" in Brasilien je erreicht. (SAD)

Mit „Phoenix" zu neuen Ufern

Reederei Kloster nimmt Kurs auf neue Tourismus-Ziele / Super-Kreuzfahrer geplant

REINER GATERMANN, **Oslo**

Die guten Erfahrungen, die er mit der S/S „Norway", der früheren „France", gemacht hat, brachten den norwegischen Reeder Knut Utstein Kloster auf die Idee, sich an ein neues Kreuzfahrtschiff-Projekt heranzuwagen, das diesem Bereich der Schiffahrt bisher unbekannte Dimensionen gibt. Verläuft alles nach Plan, wird ab 1988 ein Hotel- und Freizeitkomplex die Meere kreuzen, das mit seinen 210 000 BRT dreimal so groß ist wie die „Norway" und das statt 2000 bis zu 5000 Passagiere beherbergen kann.

Als Utstein Kloster 1980 zum Leidwesen der Franzosen und nicht wenigen skeptischen Kommentaren der Branche das größte Kreuzfahrtschiff der Welt übernahm, begann er mit der Verwirklichung seiner eigenen Gedanken über das Reisen auf dem Wasser.

In Bremerhaven wurde aus der „France" die „Norway" und aus dem Passagierschiff eine „Resort Destination in itself", ein Schiff, auf dem man nicht in erster Linie bucht, um ein geographisches Ziel zu erreichen, sondern das das Reiseziel an sich darstellt. Daß es einen auch noch zu verschiedenen Plätzen bringt, wurde zur Nebensache. Das Konzept fand in den USA, dem bei weitem wichtigsten Markt, großen Anklang. Die Kabinen der „Norway" sind seit Jahren ausgebucht.

Aber der norwegische Reeder begann bald mit der Weiterentwicklung des hier begonnenen Konzeptes: „Alle Kreuzfahrtschiffe sind im Grunde nur Verbesserungen der alten Atlantikdampfer, auch sie sind in erster Linie Transportmittel." Die „Phoenix" selbst – unter diesem Namen läuft übrigens das Projekt – werde das eigentliche Reise- und Ferienziel sein. Die 5000 Passagiere werden in vier Hoteltürmen wohnen, die meisten in Suite-artigen Zimmern mit Balkon. An Bord finden sie alles, was man von einem Ferienort erwartet, von den Sportanlagen bis zum Theater, von Kneipen bis zum Juwelier. Statt vierkantige oder runde Swimmingpools wird es gewundene Lagunen mit echtem Korallensand, lebenden Palmen und Wasserfällen geben.

Die Dimensionen der „Phoenix" stellen alles Bisherige weit in den Schatten. Mit ihrer Länge von rund 380 Metern übertrifft sie die „Norway" um 65 Meter, zudem ist sie mit 75 Metern mehr als doppelt so breit (33,5), und ihre Tonnage (210 000 BRT) übersteigt die des bisherigen größten Kreuzfahrtschiffes um das Dreifache (70 202). Trotz dieser Maße wird es flexibler als die „Norway" sein, die auf Grund ihres 10-Meter-Tiefgangs nur in Miami im Kai anlegen kann. Die „Phoenix" kommt auf sieben Meter, sie benötigt keine Schlepperhilfe und ist so beweglich, daß sie sich um die eigene Achse drehen kann. Von hinten sieht der Riese wie ein Katamaran aus. Durch das Heck werden vier Barkassen mit Platz für je 500 Passagiere in den Bauch des Schiffes fahren, um sie dort vor den Fahrstühlen oder beim Café abzusetzen. Auf Fahrt werden die Boote in Trockendocks liegen.

Die technischen Tests in der Technischen Hochschule Trondheim sind sehr zufriedenstellend ausgefallen. Jetzt wird in den USA untersucht, ob es für die „Phoenix" auch einen Markt gibt. Im ersten Quartal 1985 wird sich die Kloster-Reederei entscheiden, ob die Idee für fast 900 Millionen Mark in die Tat umgesetzt werden soll. Einige Werften halten bereits ein wachsames Auge auf die Entwicklungsarbeit und wollen dabei sein, wenn es um die Auftragsvergabe geht. Besonders interessiert zeigen sich bisher die finnische Wärtsilä-Werft, der größte Kreuzfahrt-Schiffbauer der Welt, und die deutschen Howaldt-Werke. Aber auch japanische und südkoreanische Werften und norwegische dürften sich um diese attraktive Order bewerben.

Die Kloster-Reederei ist in der Kreuzfahrt bereits die größte. Sie verfügt jetzt über fünf Schiffe, die 7200 Passagiere befördern. Verläuft alles nach Plan, dürften 1988 mit einem einzigen Schiff 5000 weitere Passagiere hinzukommen – es käme einer neuen Schiffs-Epoche gleich.

Schon das Modell der „Phoenix" hat mit sechs Metern Länge ansehnliche Ausmaße. Völlig neu, die gewaltigen Türme, die in natura besonders windschnittig konstruiert sein müssen, um den Stürmen keine Angriffsflächen zu bieten. Bild links: Knut Utstein Kloster – der Mann, der ein Milliarden-Spiel wagen will. FOTOS: AP/SAD

Knut Utstein Kloster – ein Sammler maritimer Superlative

Der norwegische Reeder Knut Utstein Kloster sammelt maritime Superlative:

● Im Juni '79 kaufte er für umgerechnet 33 Millionen Mark das damals 17 Jahre alte, wegen Unrentabilität stillgelegte französische Luxus-Passagierschiff „France", ließ es auf der Hapag-Lloyd-Werft in Bremerhaven als „Norway" zum größten Kreuzfahrtschiff (70 202 BRT) umbauen *und macht seitdem Gewinne*. Als „France" hatte der Luxusliner mehr als 60 Millionen Mark Verlust eingefahren.

● Im August '84 erwarb Kloster für umgerechnet 700 Millionen Mark die Kreuzfahrt-Reederei „Royal Viking Lines" (RVL) mit den drei zur gehobenen Klasse zählenden Schiffen „Royal Viking Sea", „Royal Viking Sky", „Royal Viking Star" mit zusammen 84 377 BRT.

● Mit diesem Erwerb wurde Kloster mit seiner eigenen, im US-Bundesstaat Florida registrierten Reederei „Norwegian Caribbean Lines" (NCL) gleichzeitig Chef der größten Musikdampfer-Flotte der westlichen Welt; lediglich die sowjetische Staatsreederei Morflot mit ihren zahlreichen Tochterunternehmen ist schiffs- und tonnagemäßig größer. Die NCL-Schiffe heißen: „Sunward II", „Starward", „Skyward", „Southward".

● Dieser Tage fällt die Entscheidung über Finanzierung und Bau des bisher größten Luxusschiffes der Welt, der mit etwa 250 000 BRT vermessenen „Phoenix". Leiter des Planungsstabes ist „Norway"-Kapitän Aage Hoddevik (44). Er wurde für diese Aufgabe drei Jahre freigestellt.

Kloster beschäftigt 4000 Angestellte, das Anlagevermögen wird auf umgerechnet 1,86 Milliarden Mark geschätzt; an Bord seiner bisherigen acht Kreuzfahrt-Liner können täglich 7200 Passagiere Erholung und Freizeit finden. hkl



Flügge FOTO: DPA

„Dufte Mädchen duften, dufte Jungen schwitzen"

AP, **Hamburg**

Die zwölfjährige Katrin weiß es offenbar ganz genau. Auf die Frage, was für sie ein richtiger Junge sei: „Er hat schon das Wilde von einem Mann in sich, ist aber noch gebremst." Katrin gehört zu den 1400 Schülerinnen und Schülern, die von der Zeitschrift „Eltern" nach ihren Vorstellungen vom jeweils „richtigen Jungen" oder „richtigen Mädchen" gefragt wurden. Die im Oktoberheft veröffentlichte Auswahl der Antworten zeigt, daß sich schon bei den sieben- bis 14jährigen Kindern das traditionelle Bild von den Geschlechtern festgesetzt hat.

„Er ist stark und manchmal sogar klug", meint die 13 Jahre alte Daniela. „Er ist dauernd unruhig, weil er von Natur aus so gebaut ist wie die männlichen Tiere in der Natur, zum Beispiel ein Büffel oder ein Stier." Darum müßten die Mädchen sich auch vor Jungen in acht nehmen, „weil die rücksichtslos rangehen", verkündet die Schülerin. Die elfjährige Jutta: „Ein Junge darf keine glatte Haut haben. Man muß sehen, daß er mal einen Bart bekommt. Auch wenn Pickel nicht gerade schön sind, wirken sie doch irgendwie sehr männlich."

„Ein richtiger Junge muß nachts ohne Angst über den Friedhof gehen können", verkündet die zehnjährige Elke.

Die Antworten der Buben passen ebenso in die traditionellen Denkmuster. „Ein richtiges Mädchen benimmt sich wie eine Mutter, weil es ja später auch für die Kinder und die Familie sorgen muß", so der zehnjährige Ulrich. Jürgen, elf, meint zu der Frage nach seinem Mädchenbild: „Ein Mädchen muß ganz anders sein; es muß das Weibliche ausstrahlen." Empört fügt er hinzu: „Manche Mädchen ziehen sich an wie Jungen und reden auch so."

Schon der achtjährige Thorsten weiß vom „richtigen Mädchen", es „ist gut zu kleinen Kindern, paßt auf seine Geschwister auf, hilft bei den Hausaufgaben und der Mutter beim Geschirrspülen". „Ein richtiges Mädchen macht sich gern schön. Aber nicht so, wie die Eltern es wollen, sondern etwas frecher. Es zeigt, was es hat", meint der 13jährige Markus. Dieter (14) befaßt sich mehr mit Gefühlen, wenn er sagt: „Ein richtiges Mädchen ist dauernd am Schwärmen. Es verehrt immer irgendjemand, und wenn es ein Pferd ist." Das Rollenbild vom jeweils anderen Geschlecht hat der 12jährige Jochen so zusammengefaßt: „Dufte Mädchen duften, dufte Jungen schwitzen!"

HARTMUT HESS

Computer ermittelt Unfallflüchtigen

AP, **Köln**

Einen ungewöhnlichen Volltreffer landete die Kölner Polizei bei der Aufklärung einer Unfallflucht. Nach Überprüfung sämtlicher 21 407 in der Domstadt zugelassenen Fahrzeuge vom Typ VW Golf fanden die Behörden den flüchtigen Halter eines Unfallwagens heraus, der drei spielenden Kinder verletzt hatte.

Der als Halter ermittelte 75jährige Rentner legte sofort ein Geständnis ab. Mit Hilfe der wenigen Angaben über das Fahrzeug stießen die Unfallsachbearbeiter beim Flensburger Kraftfahrtbundesamt unter den Kölner Golf-Besitzern auf einer zwei Kilometer langen Computerliste auf den 75jährigen. An dem Fahrzeug wurden noch Spuren des Unfalls entdeckt. Gegen den Mann wurde Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung und Unfallflucht erstattet.

Busfahrer: 2,95 Promille

SAD, **Lyon**

Volltrunken war ein Franzose, der einen mit 50 Kindern besetzten Schulbus lenkte. Anfangs fanden es die Schüler auf der Heimfahrt herrlich, daß der Bus mit hoher Geschwindigkeit durch die Straßen von Lyon brauste, bis es krachte. Danach stellte sich heraus, daß der Fahrer 2,95 Promille hatte. Er wurde verhaftet.

Autobahn-Sperre

AP, **München**

Die Autobahn A 5 Frankfurt-Basel wird wegen Bauarbeiten am Wochenende zwischen Ettlingen/Karlsruhe/Rheinhafen und Rastatt in beiden Richtungen 18 Stunden lang für den gesamten Verkehr gesperrt. Die Sperre beginnt Samstag, 16.00 Uhr (Sommerzeit) und endet Sonntag, 9.00 Uhr (Normalzeit).

Lob für Omas Suppe

SAD, **Rochester**

Den Wert der Hühnersuppe nach Großmutters Rezept als Mittel gegen Erkältungen, Husten, Schnupfen und Kopfschmerz hat jetzt die weltberühmte Mayo-Klinik bestätigt. Eine solche heiße Hühnerbrühe, gut gewürzt und mit Nudeln sowie Gemüse versehen, sei gegen derartige Krankheitserscheinungen durchaus zu empfehlen, heißt es in einer Verlautbarung der Klinik.

Torero getötet

rtr, **Cordoba**

Der populäre spanische Torrero Francisco Rivera ist am Mittwoch, dem letzten Kampftag der Saison, ums Leben gekommen. Der unter dem Namen „Paquirri" bekannte Kämpfer wurde dreimal von dem Stier auf die Hörner genommen und wie eine Stoffpuppe durch die Luft geschleudert. Die Nachricht vom Tode „Paquirris" wurde von den Medien in Sondermeldungen verbreitet.

Fliegender Puls

dpa, **Saarbrücken**

Autobahnfahrer, die ständig auf der linken Spur rasen, kommen mit ihrer Pulsfrequenz ebenso wie Formel I-Rennfahrer auf 180. Darauf hat gestern der Direktor des Instituts für Arbeitsphysiologie der Technischen Universität München, Professor Wolf Müller-Limmroth, bei einem ADAC-Forum in Saarbrücken hingewiesen. Bei solchen Pulsbeschleunigungen könne eine Verschlechterung der Sauerstoff- und Nährstoffversorgung des Herzmuskels eintreten, warnte der Wissenschaftler.

Köln unter der Lupe

dpa, **Köln**

Der Kölner Raum und das Gelände um den badischen Kaiserstuhl sind die beiden deutschen Regionen, die bei dem nächsten amerikanischen Shuttle-Flug am 5. Oktober mit Radarstrahlen auf ihre Bodenbeschaffenheit und Vegetation untersucht werden sollen. Dies teilte die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) gestern in Köln-Porz mit.

ZU GUTER LETZT

Bochumer Uni züchtet vom Aussterben bedrohte Halbaffen, meldete dpa. Man dachte eigentlich, gerade sie liefen in Hülle und Fülle herum.

WETTER: Heiter

Wetterlage: Ein vom Mittelmeer nach Deutschland gerichteter Hochkeil bestimmt vorübergehend das Wetter. Ab Samstag setzt sich wieder wolkenreiche Meeresluft durch.

27. September 1984, nachm. Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Freitag:

Im Nordwesten zunächst stark bewölkt und gelegentlich etwas Regen, später auflockernde Bewölkung und trocken. Sonst heiter und niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen im Nordwesten nahe 15, sonst um 18 Grad. Nachts von Westen her aufkommende Bewölkung, zeitweise Regen. Tiefsttemperaturen 13 bis 10 Grad.

Weitere Aussichten:

Wechselnde Bewölkung, zeitweise schauerartiger Regen. Temperaturen wieder etwas zurückgehend.

Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	30°
Bonn	13°	Kopenh.	11°
Dresden	10°	Las Palmas	25°
Essen	12°	London	15°
Frankfurt	12°	Madrid	16°
Hamburg	13°	Mailand	16°
List/Sylt	14°	Mallorca	23°
München	11°	Moskau	10°
Stuttgart	12°	Nizza	19°
Algier	23°	Oslo	10°
Amsterdam	16°	Paris	14°
Athen	24°	Prag	10°
Barcelona	23°	Rom	18°
Brüssel	12°	Stockholm	11°
Budapest	11°	Tel Aviv	27°
Bukarest	17°	Tunis	26°
Helsinki	11°	Wien	12°
Istanbul	22°	Zürich	12°

Sonnenaufgang* **am Samstag**: 7.19 Uhr, Untergang: 19.04 Uhr; **Mondaufgang:** 13.08 Uhr, Untergang: 21.13 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Wies'n-Napoleon marschiert Richtung Waterloo

PETER SCHMALZ, **München**

Was da in den ersten Tagen des diesjährigen Oktoberfestes auf der Theresienwiese geschehen ist, empfindet Münchens Fremdenverkehrsdirektor Heinz Strobl als „absolute Rufschädigung". „Stocksauer," ist er.

Wacker, der Mann, mag der Wies'n-Gast denken, der vor seiner Maß sinniert, warum erst eine 30 Mann starke „Bier-Polizei" den Schenkkellnern die Kunde vom richtigen Einschenken vermitteln konnte. Oder der an einem Hähnchen knabbert und darüber nachdenkt, wieviel schlechter das Hendl schmecken könnte, falls noch immer die illegalen ausländischen Küchenhelfer ihre Finger am Spieß gehabt hätten, von denen die Polizei just eben 23 bei einer Razzia ausgerechnet in der Küche des Wirte-Sprechers Richard Süßmeier entdeckt hat.

Stocksauer sind deshalb jetzt viele. Am meisten aber Süßmeier selbst, seit 1957 Festwirt vom Armbrustschützenzelt, seit 15 Jahren pointenreicher Sprecher der Wirte und seit dieser Woche der erste unter ihnen, dem noch während eines laufenden Oktoberfestes der Entzug der Konzession droht. „Ich bin mir keiner Schuld bewußt und lasse mir meine Berufsehre als Gastwirt nicht länger weiter abschneiden", sagt der in und um München mit drei weiteren Lokalen erfolgreiche Gastronom, der sich selbst einmal als „Karriere-Mixtur aus Katholik und Bayern mit CSU-Ausweis" beschrieben hat.

Schon die Sache mit den 198 Maß, die nach den Beobachtungen eines Bier-Polizisten aus einem 152-Liter-Faß gezapft sein sollen (WELT vom 25.9.), sei nicht korrekt, sagt Süßmeier und legt die eidesstattliche Erklärung eines Kassierers vor, wonach in der fraglichen Zeit 30 bis 40 Radlermaß abgefüllt wurden, die bekanntlich zur Hälfte aus Limonade bestehen. „Das muß dem Zähler entgangen sein", meint der Wirt und forderte den Münchner Kreisverwaltungsreferenten Peter Gauweiler, der ihn zu 4000 Mark Buße verdonnert hatte, zum öffentlichen Widerruf auf.

Hatte der Wirt, der sich wegen Wuchs und Aussehen gerne als „Wies'n-Napoleon" bezeichnen läßt, am Bier schon kräftig zu schlucken, so droht er sich an den Vorgängen um die illegal in seiner Zelt-Küche beschäftigten Arbeiter endgültig zu verschlucken.



Wies'n-Sprecher Süßmeier. FOTO: W. KRAUS

Auch hier fühlt sich der Wirte-Napoleon unschuldig, scheint aber dennoch seinem Waterloo bedenklich nahe. Keinen der Leute habe er selbst eingestellt, sich auf seine „rechte Hand" verlassen. Es ist auch seit Jahren ein offenes Geheimnis, daß die Wies'n-Wirte für die 16 Festtage nur schwer ausreichend Personal finden. Von der überforderten Arbeitsvermittlung fühlen sie sich dabei regelmäßig im Stich gelassen.

Dennoch: Richard Süßmeier muß die Verantwortung übernehmen. Und die Konsequenzen können für ihn und seine Familie (seine Ehefrau stammt aus der traditionreichen Brauerfamilie Pschorr) schmerzhaft sein. Unter Münchner Stadträten, deren Wirtschaftsausschuß die Zelt-Konzessionen vergibt, gibt kaum noch einer dem Wirt eine Chance, das 175. Oktoberfest im kommenden Jahr in dieser Position zu erleben, obwohl Süßmeier in den Jahren zuvor Unschätzbares für das positive Image des Festes geleistet hatte. Das Rathaus leitete inzwischen sogar ein „gaststättenrechtliches Verfahren" ein, das ihn die Fortführung des Zeltes noch in diesen Tagen und später auch die Konzessionen für seine weiteren Lokale kosten könnte.

Stocksauer ist auch Münchens Bürgermeister Zehetmeier – auf seinen Fremdenverkehrsdirektor. Jetzt muß auch der redselige Strobl was runterschlucken. Er wurde vom Vorgesetzten zum Schweigen verdonnert.

REISE WELT mit Auto · Hobby · Sport · Spiel



Ein Motiv wie aus dem Märchen: Mespelbrunn im Spessart zählt zu den schönsten Wasserschlössern Deutschlands FOTO: HORST MUNZIG

Keinen Reisebericht im üblichen Sinne, eher launige Eskapaden und Gedankensplitter zum Thema Wandern und Zechen hatte Kurt Tucholsky im Sinn, als er „Das Wirtshaus im Spessart" verfaßte. Die Reise-WELT wandelte auf den Spuren des Dichters von Gasthaus zu Gasthaus.

„Schade, daß man Wein nicht streicheln kann"

Aufstehen! Polizei" und „In dieser Luft kannst du schlafen?" Jakopp in einem neuen Anzug, greulich anzusehen, Karlchen die Zähne fletschend und grinsend in einem Gemisch von falschem Hohn und Schadenfreude. Die seit einem Jahr angesagte, organisierte, verabredete, immer wieder aufgeschobene und endlich zustande gekommene Fußtour beginnt. Du großer Gott –

So brachen am 9. 9. 1927 drei gesetzte Herren von Würzburg aus auf: die Juristen Hans Fritsch, Dr. Erich Danehl und der 37jährige Dr. Kurt Tucholsky – auch er nicht nur Dr. jur., sondern zugleich einer der bekanntesten Journalisten und Schriftsteller der Weimarer Republik. Von ihm ist uns diese Fußwanderung – mehr oder weniger getreulich – überliefert worden: „Das Wirtshaus im Spessart" erfreute zwei Monate später die Leser der „Vossischen Zeitung". Und selbst heute liest sich das Tagebuch der Zech- und Wandertour so frisch, als sei man dabeigewesen.

Nachdem wir uns diese Geschichte jahrelang vorgelesen hatten, Strecken daraus zitieren konnten und der möpselnde Wein in unseren Sprachschatz überging, war es bei uns in einem Spätsommer gut ein halbes Jahrhundert später auch soweit: Wir wollten die Strecke abfahren und an einigen Stationen sehen, was von diesem weinseligen Bericht noch (wieder-)zuentdecken war.

Mit dem Rad natürlich. Denn im Sonntagsstaat wie die drei Herren – im Anzug, mit Weste, Uhrkette über dem Embonpoint, hochgeschlossenem Kragen und Schlips – wollten wir die Zeit nicht verbringen.

Mit dem Zug ging es von Hannover nach Würzburg, dort allerdings gibt es das von Tucholsky als Nachtquartier gewählte Gasthaus „Weißes Lamm", später „Lämmle, Hotel in Franken", schon seit über zehn Jahren nicht mehr. Den Steinwein hingegen, der sich wie ein weiß-roter Faden durch Wanderung und Erzählung zieht, den gibt es noch. Ein Steinweinpfad führt über vier Kilometer durch den Würzburger „Stein" (90 Hektar), einen sonnendurchglühten Kalksteinhang mit einer der ältesten Weinlagen Frankens.

Abgefüllt wird der Wein in den typischen bauchigen Bocksbeutelflaschen – seit einem Beschluß des Stadtrates von 1726 übrigens, der sich damit vor Weinpanschern schützen wollte. Uns schmeckt der Wein vom Stein wie schon Tucholsky: *Schade, daß man einen Wein nicht streicheln kann*.

Von Würzburg aus radelten wir im Maintal über Eibelstadt („Eibelstädter Kartäuser") nach Ochsenfurt, um bei der Rathausuhr beim Glockenschlag sechs zu sehen, *wie die Apostel ihre Köpfe herausstreckten, die Bullen gegeneinander anliefen und der Tod mit der Hippe nickte*. Aber damit war es nichts. Das 1499 eingeweihte Rathaus mit steinerner Außentreppe und dem ehrwürdigen Uhrturm in der Mitte wurde gerade renoviert. Ein paar Viertele – nicht „Fünftele" – im Gasthof Storchen entschädigten uns.

Am nächsten Morgen über den Main und auf einer verkehrsarmen Straße am Fluß entlang durch das verschlafene Frickenhausen ins über 1000jährige Sulzfeld.

Eine Stadt wie eine Kinderburg: Wehrmauern, bewohnte Türmchen, Hoppelpflaster und das wuchtige Rathaus von 1609. Wohnen möchte ich im Nachtwächterturm, inmitten der Stadtmauer.

Am meisten aber beeindruckte uns in dieser Stadt der 21 Türme eine von sieben Gastwirtschaften. In dieser „Ratsstube Lorenz Stark & Sohn" wurde nämlich am Samstag vor dem 1. Advent 1953 zum ersten Mal die Bratwurst meterweise serviert. Der Rekord steht seit August 1965 auf 4,10 Meter, die eine Person ganz allein verdrückte. Das „Geburtshaus der Meterbratwurst" aber soll im selben Sulzfeld das Gasthaus zum „Goldenen Löwen" sein; ein Streit, den wir als Preußen nicht schlichten möchten.

Ohne Bratwurst, aber mit einem Wein intus, *steuerten wir Iphofen an, keineswegs mehr ein ganz verschlafenes Nest, mit sehr aufgeregten Gänsen auf den Straßen, alten Häusern, einer begrasten Stadtmauer*, wie Tucholsky es schilderte. Der übernachtete im Hotel Zehentkeller, auch damals das erste Haus am Platze. Uns war das 1486 erstmals urkundlich erwähnte Haus zu nobel. Aber im idyllischen *Innenhof hinter dem schmiedeeisernen Tor ließen wir uns ein beschlagenes Weinglas nach dem andern kommen, bis wir den richtigen Wein gefunden hatten.* Am nächsten Morgen war uns der Name gerade dieser Sorte leider entfallen.

Volkach, Dettelbach, Prichsenstadt – jeder Ort für sich ist eine Reise wert – wurden gestreift, und es ging über Wertheim, Kreuzwertheim, Stadtprozelten den Main entlang auf der Nibelungenstraße nach Miltenberg. *Hier und da; Donnerstag. Große Diskussion, ob man eine Winzerin winzen kann. Miltenberg, Mespelbrunn und Heiligenbrücken: vergessen*.

Wer weiß, ob da der Wein die Schuld trägt. Wir strampeln uns zwar nicht die Seele aus dem Leib, doch: die Straßen längs der Flüsse ohne Radwege sind trotz faszinierender Landschaft und intakter Orte nicht ideal. So freuten wir uns auf den Naturpark Bayerischer Spessart, gelockt von Tucholsky: *Lichtenau, Sonnabend. Die Perle des Spessarts*.

Schon der Weg dorthin auf schmalen, wenig befahrenen Straßen durch *Wälder, Lichtungen, Forste ist nicht* einmal schweißtreibend und ein Genuß: *Wenn Landschaft Musik macht: Dies ist ein deutsches Streichquartett*. Das eigentliche „Wirtshaus im Spessart" lag zwar im nahen Rohrbrunn, Tucholsky aber versetzte es nach Lichtenau. Es ist der Gasthof „Hochspessart" mit der immer noch strengen Steindachlinie wie vor über 50 Jahren. In der alten, dunklen Wirtsstube saßen die Wanderer auf der kargen Bank und ließen sich Wein kredenzen, der leider – *nach dem Korken* schmeckt. Darüber kommt es zu einem kleinen Disput der Durstigen mit dem Wirt, der sich drohend nahte: *Er weiß schon, was ihm blüht. Und redet in Zungen, ganz schnell. „Wo ist der Korks? Erst muß ich den Korks haben! Zuerst den Korks!" Der „Korks" wird ihm gereicht – er beriecht ihn, er schnuffelt an der Flasche, er trinkt den Wein und schmeckt ab; man kann es an seinen Augen sehen, in denen seltsame Dinge vorgehen. Urteil: „Ich hab' gleich gesehen, daß die Herren keine Bocksbeuteltrinker sind! Der Wein ist gut." Berufung... „Der Wein ist gut!" –Revision..."..ist gut!" Raus*.

Der Wirt: Friedrich Huldenreich Wucherer, gelernter Braumeister, korpulent, mit wuchtigem Kopf und Gesicht, weißem Schnurr- und Kinnbart, ein trinkfester, freundlicher Polterer, urwüchsig und imposant. Oskar Rummel, ehe*maliges Mitglied des* bayerischen Landtages, legte in der im ursprünglichen Zustand erhaltenen Wirtsstube *eine kleine* Tucholsky-Ecke an. Hier also wurde das „Möpseln" erfunden, und die *Viertele in der Gast*stube sind uns fast heilige Handlung.

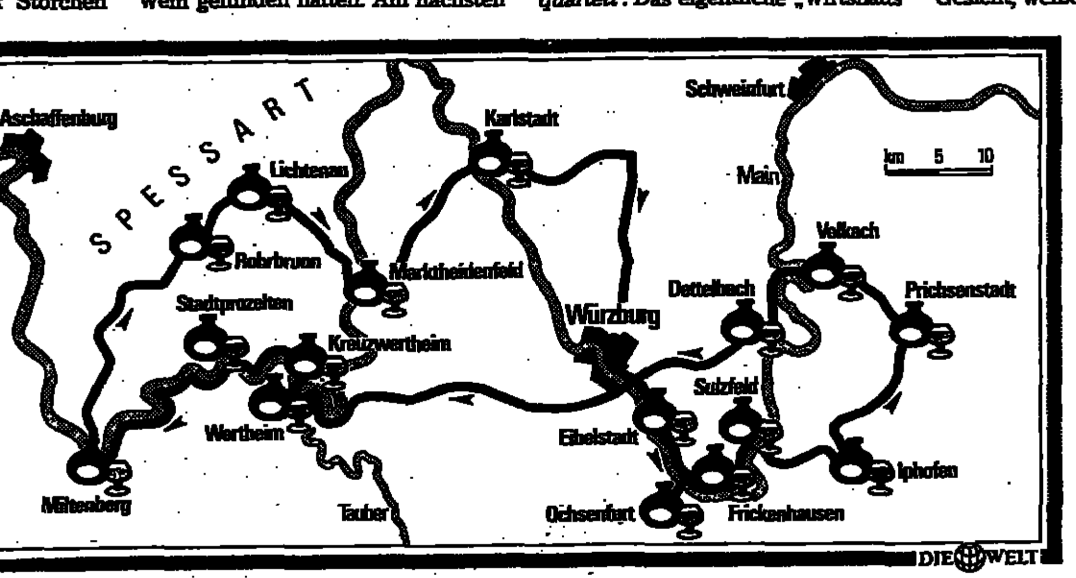
Der Tag steht unter einem guten *Stern: Auf der Fahrt* von Lichtenau nach Marktheidenfeld entlang des Flüßchens Hafenlohr rollt das Rad von selbst, kaum Autos, schattige Waldstraßen in spätsommerlicher Hitze. Ein Privatforst ist für Manöver gesperrt; als wir unendliche Panzerkolonnen durch enge Gassen rumpeln sahen, wußten wir, warum. Das aber sollte nur ein Vorgeschmack gewesen sein.

Zunächst jedoch hatten wir – zum ersten Mal – Schwierigkeiten bei der Quartiersuche. Zwischen Marktheidenfeld und Karlstadt gab es keinen Gasthof, keine Pension, die uns halbwegs zusagte und auch geöffnet war. Nirgendwo haben wir schlichtere Häuser gesehen. In die dunklen, niedrigen Wirtsstuben verlaufen sich keine Touristen. Erschließen könne man sich den Markt auch nicht, zu arm sei man dran. Also Karlstadt, gegründet Anfang des 13. Jahrhunderts mit vielfältiger Architektur der letzten 500 Jahre.

Am nächsten Morgen wollten wir in Richtung Schweinfurt weiter. Als uns aber Panzer auf einem Waldweg in unübersichtlicher Kurve mit Tempo entgegenkamen und wir uns nur noch mit einem Sprung in den Graben retten konnten, dann noch ein MG-Nest Übungsmunition zum Spaß über unsere Köpfe knallen ließ, hatten wir die Nase voll. Entnervt gaben wir auf, an Panzerschlangen, geschwärzten Gesichtern vorbei auf durch Militärfahrzeuge lädierten, verdreckten Straßen, von Kettenfahrzeugen umgepflügte Felder zur Seite, ging es nach Würzburg.

Etwas aus dem Takt geraten, bringen uns die Steinweine im ehrwürdigen Bürgerspital wieder ins Lot. Und wir schlendern über die Mainbrücke, um zu sehen, ob der Pfennig zu Füßen des Nepomuk noch daliegt, mit dem Kurt Tucholsky 1927 die Ehrlichkeit des Heiligen und der Bevölkerung hatte prüfen wollen. Wir legten einen neuen Pfennig hin, und nun liegt er wohl noch heute da ...

ANDREAS GERBER



NACHRICHTEN

Umsatzplus im Sommer

Aus einer repräsentativen Untersuchung des Deutschen Reisebüros (DER) geht hervor, daß im August (im Vergleich zum Vorjahresmonat) in den Kassen der Reisebüros ein Umsatzplus von 8,5 Prozent zu verzeichnen war. Dabei liegen die „Vermittelte Touristik" (plus 12,6 Prozent) und die Linienflüge (plus 5,3 Prozent) an der Spitze. Auch der Gesamtumsatz der ersten acht Monate liegt gegenüber dem Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres um 5,9 Prozent höher.

Shanghais Airline-Pläne

Shanghais Bürgermeister Wang Daohan will zusammen mit ausländischen Investoren eine eigene Airline gründen. „Die Staatsline nimmt für sich in Anspruch", so das Stadtoberhaupt, „die schlechteste Airline der Welt zu sein." Der staatlichen Fluggesellschaft könne nur durch Wettbewerb auf die Sprünge geholfen werden. Vor allem kommen als ausländische Helfer und Kapitalgeber internationale Fluggesellschaften in Frage, da sich mit diesen ein „gewinnbringender Flugbetrieb" aufbauen lasse.

Wintercamping

Nach Schätzung des Deutschen Camping-Club werden die rund 800 wetterfesten Camps in diesem Winter 15,6 Millionen Übernachtungen zählen. Gegenüber der letzten Saison würde dies einen Zuwachs von sieben Prozent bedeuten. Der Münchner Verein begründet den Boom mit den preisgünstigen Tarifen – sie sind gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben – und der „neuen Reisemobilwelle".

Bio-Kreuzfahrten

Zum zweiten Mal bietet ein bayerisches Unternehmen (Bio-Reisen, 8959 Hopferau) im kommenden Jahr „*Bio-Kreuzfahrten*" an, bei denen die Passagiere zwar auf Fisch und Fleisch, nicht jedoch auf abwechslungsreiche Menüs verzichten müssen. Der Reiseveranstalter zählte in dieser Saison schon etwa 800 Gäste und rechnet im nächsten Jahr mit knapp 2000. Die „Vollwerternährung" wird noch dadurch unterstützt, daß auf See kein hochprozentiger Alkohol ausgeschenkt wird und nicht geraucht werden darf.

WÄHRUNGEN

Ägypten	1 Pfund	2,75
Belgien	100 Franc	4,99
Dänemark	100 Kronen	28,25
Finnland	100 Fmk	49,00
Frankreich	100 Franc	33,50
Griechenland	100 Drachmen	2,95
Großbritannien	1 Pfund	3,87
Irland	1 Pfund	3,15
Israel	1 Schekel	0,012
Italien	1000 Lire	1,67
Jugoslawien	100 Dinare	1,90
Luxemburg	100 Franc	4,99
Malta	1 Pfund	6,70
Marokko	100 Dirham	33,75
Niederlande	100 Gulden	89,75
Norwegen	100 Kronen	35,25
Österreich	100 Schilling	14,35
Portugal	100 Escudos	2,35
Rumänien	100 Lei	5,25
Schweden	100 Kronen	36,00
Schweiz	100 Franken	122,75
Spanien	100 Peseten	1,86
Türkei	100 Pfund	1,10
Tunesien	1 Dinar	4,15
USA	1 Dollar	3,09
Kanada	1 Dollar	2,37

Stand vom 28. Sept. – mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

BAYERN

THEMA NR. 1 GESUNDHEIT

KONSEQUENZ

BAD WÖRISHOFEN

Geburtsstätte der Kneippkur

Herz / Kreislauf – Nerven – Atemwege – Rheuma – Stoffwechsel – Zustände nach Operationen

Kurdirektion, Tel. 0 82 47/50 01 Pf. 1443, 8939 Bad Wörishofen

Ideal für Vorsorge und Genesung

Wer die optimale Kneipp-Kur erleben will, kommt an Bad Wörishofen nicht vorbei. Das beliebte und erfolgreiche Heilbad ist mit dem neuen Kurhaus noch attraktiver für alle Jahreszeiten geworden.
Und hier stimmt das Preis-Leistungs-Verhältnis: Hoher Komfort, anspruchsvolle Therapie und ein reichhaltiges Angebot für Sport und Freizeit zu maßvollen Preisen: Ganzjährig günstige Pauschalarrangements für Kuren und zum „Kennenlernen". Fordern Sie den neuen 116-seitigen Farbkatalog Bad Wörishofens an!

Kurhotel · Landhaus Tanneck – Hartenthaler Str. 29, Tel. 0 82 47/50 91, Telex 05-31-522. Ihr Kneipp-, Kur- u. Sporthotel mit der pers. Note. ...

Kneippsanatorium Jakobshof – 8939 Bad Wörishofen – Kneippsanatorium – Jakobshof – Telefon 0 82 47/50 81 – 70-Bettenhaus mit Hotelatmosphäre – alle Kneippanwendungen im Haus – Hallenbad – Fitneßraum – Parkgelände mit Weiher – alle Diäten – Regenerationskuren – beihilfefähig anerkannt – Hausarzt für Naturheilverfahren und Homöopathie – ganzjährig geöffnet – auch Weihnachten und Neujahr – Bitte fordern Sie unseren Prospekt an!



SONNIGER HERBST IM ALLGÄU

800 m

Das sympathische Hotel mit der persönlichen Betreuung. Tennisplätze, Tennishalle, Hallenbad, Sauna, Solarium, med. Bäder, Kneipp, Schroth, Zelltherapie, beihilfefähig, kein Kurzwang. 8999 Scheidegg, Tel. 08381/30 41

Kurhotel Scheidegg und Sanatorium



Herbstferien + Tennis vom 22. 9. – 22. 10. 1984
Hotel Steinbock, 8986 Mittelberg 7, Tel. 0 83 29 / 50 33



Hotel Forsthaus



8100 Garmisch-Partenkirchen 3 · ☎ 0 88 21/5 40 06 · ✆ 059653

Ein Urlaubsparadies zu jeder Jahreszeit
Luftkurort 750–2966 m ü. d. M.

Grainau das Zugspitzdorf

Auskunft und Prospektmaterial Verkehrsamt: Postfach 21 8104 Grainau, Telefon (0 88 21) 81281

BAD KISSINGEN Weihnachten – Silvester
Wir haben ein unterhaltsames Weihnachts- und Silvesterprogramm für Sie zusammengestellt. Gerne übersenden wir Ihnen unseren Prospekt.
HOTEL KUR-CENTER, 8730 Bad Kissingen, Postfach 1760, Abteilung W

Hotel Alexandersbad Fichtelgebirge

»Goldener Herbst«

DM 434,– pro Person

Unser Vorschlag für Sie: Weihnachts-/Neujahrsurlaub im Bayer. Allgäu, im neu erbauten

KUR- & TENNISHOTEL TANNENHOF

Lindenberger Str. 33, 8999 WEILER, Tel. 08387/780 u. 1555. ... Bitte Prospekte anfordern!

BODENSEE

HOTEL **Alpenhof** Bad Tölz · Oberbayern
Neues Haus in idealer Lage für Kur-, Ferien- oder Kurzaufenthalt, ruhig und doch zentral.
Buchener Straße 14 · 8170 Bad Tölz · Telefon 0 80 41 / 40 31
Frühstücksbüfett · Hallenbad · Hot-Whirl-Pool · Sauna · Solarium · Liegewiese · Parkplatz · Zimmer mit allem Komfort, Ferienwohnungen

BODENSEE
STEPENSION
das gepfl. Haus bei Überlingen
HALLENBAD-SAUNA-BRÄUNUNGSLIEGE ...
Seepension, 7767 Sipplingen, Prielstraße 4, Tel. 07551/612 27 od. 33 33

SAUERLAND

Zimmer frei geworden: Unser „Bistro-Wochenendpaket". ... Rosenthal (a. Winterberg) 05458/474



NORDSEE



7 erholsame Tage
Alles inclusive ab 151,– DM* pro Person

Dieses Angebot gilt vom 1. 10. – 23. 12. 1984 und vom 1. 2. – 23. 3. 1985
Fordern Sie unseren Spezialprospekt an!
Kurverwaltung, 219 Cuxhaven, Tel. (04721) 4 70 44

VERSCHIEDENE REISEZIELE IN DEUTSCHLAND

Ihre Tel.-Nr. bitte – ... wir rufen zurück!

Die aktuellste Informationsmöglichkeit, wenn Sie einen Aufenthalt in einem der



planen. Sie rufen Ihr MARITIM Hotel an, von dem Sie Programm- und Preisangebote haben möchten. Wir notieren Ihre Telefon-Nr. und rufen Sie zurück.
Dann erhalten Sie die aktuellsten Informationen und können sofort Ihren Aufenthalt buchen und dabei so manche Preisvorteile nutzen.

MARITIM Seehotel 2408 Timmendorfer Strand Tel. (04503) 5031	MARITIM Hotel 6100 Darmstadt Tel. (06151) 80041
MARITIM Golf & Sporthotel 2408 Timmendorfer Strand Tel. (04503) 4091	MARITIM Hotel Schnitterhof 4772 Bad Sassendorf Tel. (02921) 5990
MARITIM Strandhotel 2400 Travemünde Tel. (04502) 4001-7500	MARITIM Hotel 4700 Hamm Tel. (02381) 15060
Kurhaushotel 2400 Travemünde Tel. (04502) 811	MARITIM Hotel 3000 Hannover Tel. (0511) 16531
MARITIM Hotel Bellevue 2300 Kiel Tel. (0431) 35050	MARITIM Hotel am Schloßgarten 6400 Fulda Tel. (0661) 2820
MARITIM Berghotel 3389 Braunlage Tel. (05520) 3051	MARITIM Kurhaushotel 6380 Bad Homburg Tel. (06172) 28051
MARITIM Staatsbadhotel 4902 Bad Salzuflen Tel. (05222) 1451	MARITIM Parkhotel 6800 Mannheim Tel. (0621) 45071
MARITIM Hotel am Stadtgarten 4650 Gelsenkirchen Tel. (0209) 15951	MARITIM Hotel 8700 Würzburg Tel. (0931) 50831

Informationen und Buchungen der MARITIM Hotels auf Malta, Mauritius, Teneriffa: in Ihrem Reisebüro oder über MARITIM Hotels Reisedienst GmbH, Am Wehrhahn 75, 4000 Düsseldorf, Tel. (0211) 350678



INTERMAR-HOTELS



NORDSEE – NIEDERSACHSEN – SCHLESWIG-HOLSTEIN – OSTSEE

Denken Sie daran: Jetzt den Herbst-Urlaub buchen!

Sylt – zu jeder Jahreszeit



WIKING
Appartements u. Häuser in besten Lagen
(Strand, Kurmittelhaus, Wellenbad) u. exklusiver, individueller, durchdachter Ausstattung jeder Geschmacksrichtung von 20,- bis 300,- DM p. Tg. Je nach Jahreszeit und Größe ... Telefon 04651/78 01*
WIKING 2280 Westerland · Steinmannstr. 7–9

Sport auf Sylt
Moderne Tennishalle und Freiplätze. Training im Vic Braden Tennis-College (Kurse Mo.–Fr. und Sa./So.), Squash, Curling auf Kunsteisbahn. Gratisinfo TC Sylt, 2280 Tinnum/Sylt-Ost Kjarwai 2, Tel. 04651/3 11 88

Westerland Wenningstedt Tinnum, Rantum
Ganzjährig erstklassige Häuser und Appartements, gepflegte Ausstattung, zum Teil mit Meeresblick, Schwimmbad. DM 35,- bis DM 350,- pro Tag. Prospekt anfordern bei:



Seit 1965
Reinhold Riel Immobilien
Andreas-Dirks-Straße 6, 2280 Westerland · 04651/2 28 74



Westerland/Sylt
Das persönlich geführte Haus mit allem Komfort. ...
3 Gehminuten vom Strand, Wellenbad + Kurzentrum. Im Kurzentrum 1- + 2-Zi.-App. frei.
Bomhoffstr. 3, 2280 Westerland Tel. 04651/46 16-17

Syltkarte: List, Kampen, Wenningstedt, Braderup, Munkmarsch, Westerland, Keitum, Tinnum, Archsum, Morsum, Rantum, Hörnum
Syrt hat das gesunde Klima und das bessere Wetter!
Der Wetterdienst List – (04652) 353 – sagt Ihnen, wie gut das Sylter Wetter ist!
Wir treffen uns bei Bendix Düysen

Der beste Weg nach Sylt



Über Dänemark mit unserer komfortablen Auto- und Personenfähre. Zollfreier Einkauf und Gastronomie an Bord. Platzreservierung erforderlich. List Telefon 04652/475 Rømø Telefon 00454/755303
Rømø-Sylt Linie

HOTEL STADT HAMBURG
vereint Ideal unter einem Dach liebevoll eingerichtete Zimmer, eine vielgerühmte Küche sowie passende Räumlichkeiten für festliche Anlässe. Relais & Châteaux – ganzjährig geöffnet. Im Oktober ermäßigte Zimmerpreise (25–30 %)
2280 Westerland, Strandstr. 2, Tel. 04651/70 58

Strandhotel Miramar
Seit 1903 im Familienbesitz
Einzigartige Lage a. Meer. App. u. Zim. alle mit Bad/WC, Tel., Farb-TV. Gepflegtes Restaurant, reichhaltiges Frühstücksbufett, Hotelbar, Sauna, Solarium, beheiztes SCHWIMMBAD, Massage- u. Fitneßraum, Überdachte Sonnenterrasse. Liegewiese mit Strandkörben. Parkplatz
2280 WESTERLAND • Telefon 04651/70 42

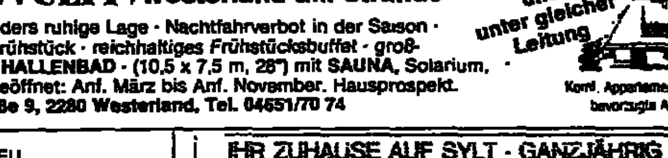
Hotel Wünschmann
Im Kurzentrum am Strand
Das individuelle Haus mit allem Komfort
2280 Westerland · Telefon 04651/5025

Benen-Diken-Hof
2280 Keitum/Sylt · Tel. 04651/310 35 · Telex 2 21 252

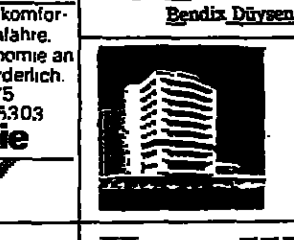
Seiler Hof
Romantisches Hotel
erlesene Weine – excellente Küche
2280 KEITUM, Telefon (04651) 312 89 • ganzjährig

HOTEL ATLANTIC
Wohnen mit allem Komfort – Schwimmbad · Sauna · Solarium
Ruhige Lage · Seeblick · Strandnähe
Abendrestaurant
Johann-Möller-Str. 30, 2280 Westerland, Tel. 04651/60 46

HOTEL RUNGHOLT
2285 KAMPEN / SYLT
Unser Haus liegt an ein. der schönst. Punkte inmitt. d. Naturschutzgebiets. Großzügige Aufenthaltsräume · Bar · Sauna · Solarium. Komfort. Appartements sowie Einzel- und Doppelzimmer m. Bad/Du./WC
Telefon 04651 / 410 41



HOTEL ROTH am Strande
Im Kurzentrum, direkt am Wellenbad. Zim. m. Bad/Du., WC, Tel., Farb-TV, Radio, Minibar, Loggia, Seesicht. ... Unser gastronom. Angebot für Sylt-Urlauber: Restaurant, Bier-Stube (Muschel-Spezialitäten) und Night-Club Galaxis am Hotel, Café Seeblick a. d. Südpromenade, Seenot-Restaurant am Nordstrand
2280 Westerland 1 – Telefon (046 51) 50 91 – Telex 221 238



Ferienwohnungen in Keitum und Westerland
2- bis 4-Zi.-Wohnungen, teilweise Schwimmbad, Sauna und Solarium. Je nach Jahreszeit, Personenzahl u. Ausstattung DM 40,- bis 230,-.
Ihre Anfrage richten Sie bitte an:

HOTEL WULFF, Westerland am Strande
80 Betten · besonders ruhige Lage · Nachtfahrverbot in der Saison · Zimmer nur mit Frühstück · reichhaltiges Frühstücksbuffet · großzügig angelegtes HALLENBAD · (10,5 x 7,5 m, 28°) mit SAUNA, Solarium, Fitneß-Raum. – Geöffnet: Anf. März bis Anf. November. Hausprospekt.
Margarethenstraße 9, 2280 Westerland, Tel. 04651/70 74

FERIENHAUS „MITTELSAND" Morsum-Sylt · ganzjährig unter gleicher Leitung

NEU
Hotel „Silbermöwe"
1984 zum Kennenlernen
sehr ruhige Lage
komfortabel · preisgünstig
sehr gute Küche
40 Betten, 2-Zimmer-App.
surfen, segeln, wandern, kuren, viel viel Strand und Dünen
SÜDERHÖRN 7 · 2282 LIST
Tel. (04652) 12 14
Ein Hotel mit gutem Niveau, das hält, was es verspricht.

IHR ZUHAUSE AUF SYLT · GANZJÄHRIG GEÖFFNET
HOTEL WESTEND
Hallenschwimmbad · Sauna · Solarium
Appartements
2283 WENNINGSTEDT · SA.-NR. 04651/42001

– Westerland –
Sylt PLAZA
Westerland – Elisabethstraße 9
Unter neuer Leitung! Mit allem Komfort. Strandnähe. Tel. 04651/60 06. Tx 22 12 45

Hotel Hanseat
Behagliche Eleganz und moderner Komfort. Nähe Casino, Strand und Kureinrichtungen.
2280 WESTERLAND · Maybachstr. 1 · Tel. 04651 / 23023

Am neuen Kurmittelhaus und Wellenbad
HOTEL MONOPOL
günstige Pauschalen Januar–April mit Frühstück oder HP
30 Jahre im Familienbesitz
Alle Zimmer mit Bad/Dusche/WC • Frühstück, Teil- u. Vollpension
228 Westerland · Steinmannstr. 11 · Tel. (04651) 240 96

Hotel **NIEDERSACHSEN** garni
ruhig gelegen, nur wenige Schritte zum Strand und Wellenbad. Komfortable Zimmer mit Bad/Du., WC, Telefon, TV-Anschluß, Südbalkons zum großen Garten, Fernseh- und Aufenthaltsräume, Parkplatz. Hausprospekt. Ganzjährig, Bungalow und Ferienwohnung.
2280 WESTERLAND • Margarethenstraße 5 • Tel. 0 46 51 / 70 23 u. 24

Die Seekiste
• Inh. Margret u. Jörg Strempel • FRANKENHEIM ALT • KÖNIG PILSENER GUINNESS • TEL. 0 46 51 / 2 25 75
Westerland • Käpt'n-Christiansen-Str. 7 Telefon: 04651 / 2 25 75

Friesenhaus „Margret" Keitum
FERIENWOHNUNGEN, sehr behaglich und komfortabel für 2–4 Pers. in einem 200 Jahre alten Friesenhaus. Farb-TV, Tel., Dir.-Wahl, Sauna, Ruh. Lage im Ortskern. Telefon 04651/2 25 75

KEITUM · Friesenhaus „Aur Merel"
Luxuriöse Ferienappartements mit 2 bis 4 Zimmern in reetgedecktem Friesenhaus. Alle Wohnungen mit Südterrasse, Farb-TV, Telefon, teilweise Geschirrspüler. Sehr stilvoll und behaglich. Vor- und Nachsaison zu ermäßigten Preisen
ZAUBEL
Süderstraße, 2280 Keitum/Sylt Ost, Telefon 04651/36 38 oder 60 55

Urlaub auf Sylt. 1–4 Zi.-App. So richtig zum Wohlfühlen. Für wenige Tage, Oder einige Wochen. GIV-App.-Verm.
Frau Wiegner (0 46 51) 2 62 60

WENNINGSTEDT
Wenningstedter Kur – zu jeder Jahreszeit – hier stimmt einfach alles. Frisches Seeklima und jodhaltige Luft. Moderne Kureinrichtungen. Wellen und Strand, Wiesen, Wolken, Weite. Hier u kom-

Sylt DIE KUR

BRADERUP 1859–1984 125 Jahre Seebad
mit Preisvorteile durch Pauschalangebote. Es stimmt eben einfach alles. Auskünfte: Kurverwaltung 2283 Wenningstedt/Sylt, Tel.: 04651/410 81.

Silvana-Appartements
WENNINGSTEDT
Appartements mit allem Komfort, Farb-TV, Tel., Radio, für 1 bis 5 Personen, teilw. 2 Zim. u. Balkon/Terrasse, volleingerichtete moderne Küche, p. Tag DM 90,- bis 180,-
Telefon 04651/420 10, Frau Wagner

Hotel Villa Klasen
WENNINGSTEDT
– Neueröffnung nach vollständiger Renovierung –
Komfortable Zimmer, Du. u. WC, Farb-TV, Radio, Telefon. Reichhaltiges Frühstück, Halbpension möglich. Zentrale Lage, nur wenige Minuten zum Strand.
Telefon 04651/420 10, Frau Wagner

Strandhotel „Seefrieden"
Räumlichkeiten für Tagungen und Kongresse. Beste Lage zum Strand und zu den Kureinrichtungen. Komfortzimmer mit Dusche, WC, Telefon, TV-Anschluß und Video.
Strandstr. 21, 2283 WENNINGSTEDT, 04651/410 70

Hotel Berliner Hof
Ein Haus mit Tradition in ruhiger, zentraler Lage. Liebev. ausgest. Zi. mit Du., WC, Tel., TV-Anschl., Bar, Kaminzimmer. Abendrestaurant „Admirals-stube" à la carte.
Boysenstr. 17, 2280 WESTERLAND, 04651/2 30 41

Hotel-Pension Wüstefeld
Nur 2 Min. zum Strand u. Kurmittelhs., mod. eingerichtete Zi., gemütl. Speiseraum, TV-Raum (Farb-TV), großer Garten, Sauna, Liegewiese, ruh. Lage. Voll- u. Halbpension.
Strandstraße, 2283 WENNINGSTEDT, 04651/420 22

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Malerische Herbsttage zum goldenen Sparpreis

Bomberg Hotel · 3280 Bad Pyrmont · Bombergallee 18 · Tel. 05281 / 60 1

SCHROTHKUREN in Norddeutschland
In einem der schönsten Hotels im Südharz, aller Komfort, besond. günstig 14 Tage DM 1400,–, 21 Tage DM 1980,–. Garantierte Abnahme. Hausprospekt bitte anfordern.
Kneipp- und Schroth-Kurhotel „Wiesenbeker Teich" 3422 Bad Lauterberg im Harz Tel. 05524/2909 und 2994

Insel Langeoog Seebad Bensersiel
Herbstferien an der Nordsee
Mod. App. u. Ferienwohnungen mit Schw.-bad (30°), Sauna, Restaurant.
Bensersiel, Tel. 04971/15 55 Langeoog, Tel. 04972/60 76

CHELAT-THERAPIE · RHEUMA · SAUERSTOFF-
Fango, MASSAGEN, u.v.a.m. Alle Preise inkl. VP im EZ

Waidmannsruh
DIÄT- UND NATURHEILKUREN
3118 Bad Bevensen

Wohin? Ins Hotel Waldgarten 3381 Wildemann ☎ 05323/6229
mod. Hotel mit viel Komfort, Hallenbad

ALTHAUS' **Parkhotel**

BUSREISEN

Passagiere steigen aufs Flugzeug um

tdt, Frankfurt/M.

Das Flugzeug läuft in Nordamerika dem einst so beliebten Überlandbus allmählich dem Rang ab: Seit 1980 sank die Zahl der Buspassagiere von jährlich 370 auf 365 Millionen, während die Zahl der Fluggäste von 297 auf 318 Millionen angestiegen ist.

Die Manager der Busunternehmen geben die Schuld an dieser Entwicklung den Fluglinien, die mit ihren niedrigen Preisen immer mehr Passagiere von der Straße locken. Das US-Busunternehmen Greyhound nennt ein Beispiel: Auf der früher vielgefragten Busstrecke von Newark (New Jersey) nach Syracuse (New York) kostet die fünfeinhalbstündige Busfahrt 36 Dollar, während der 80 Minuten dauernde Flug mit der Billigfluglinie People Express schon für 27 Dollar zu haben ist.

Um dieser Misere zu begegnen, investiert Greyhound nun Millionen: So wurde der Werbeetat um 35 Prozent auf 20 Millionen Dollar erhöht und die Busse modernisiert. Außerdem sollen die Haltestellen umgebaut und auf den Standard von Flughafen-Terminals gebracht werden.

Ob dies die Entwicklung aufhält, ist fraglich. „Wenn wir eine neue Strecke eröffnen", so ein Sprecher von People Express, „machen wir erst einmal den gleichen Preis wie die Buslinien oder bleiben darunter."

KREUZFAHRT

1983 war bestes Jahr für NCL

ghy. Düsseldorf

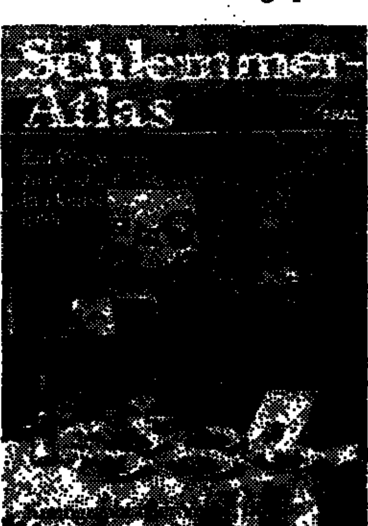
Der Besuch der großen alten Dame ist beendet: Nach dem Intermezzo in Europa ist die „SS Norway" – ehemals „SS France" – wieder auf dem Weg in die Karibik. Ab 5. Oktober startet das größte Kreuzfahrtschiff der Welt von Miami aus wieder wöchentlich nach St. Thomas, Nassau und zur NCL-eigenen Bahamas-Insel Great Stirrup (DER ab 2826 Mark von/bis Miami; ADAC 16 Tage Flug, Kreuzfahrt, Hotel ab 4910 Mark). Als die Norwegian Caribbean Lines 1980 ihr Flaggschiff auf diese Kreuzfahrten schickte, lachte die Branche Hohn. Heute spricht die Bilanz für sich: mit 97 Prozent Auslastung allein der „SS Norway" verbuchte die Reederei 1983 als das beste Jahr der Gesellschaft.

GASTRONOMIE

Kochlöffel als Küchenlob

Dortmund

Beim Blättern wächst der Appetit. Der Gedanke an frische Zickleinleber mit Salbeisauce („Mildenberger" in Backnang), Steinbutt mit Hummerfarce im Salatblatt („Seehotel Sieber" in Konstanz) oder Wildkraftbrühe mit Entenleberklößchen („Hostellerie Bacher" in Neunkirchen) läßt die Reiselust erwachen. Solche Informationen finden sich im elften, völlig überarbeiteten Schlemmer-Atlas, auf 612 Seiten in Fülle. Jahrelang hatte er um Anerkennung zu kämpfen. Am Anfang wegen der vielen bunten Bilder und der freundlichen Texte ohne Bewertungsskala belächelt, konnte man bei der Präsentation des zehnten Schlemmer-Atlas im vergangenen Jahr wenigstens von positiven Auflagenentwicklungen hören. Die Ausgabe 1985 stellte der Kartographische



Verlag Busche jüngst im Kettwiger Feinschmeckerlokal „Résidence" mit neuem Selbstbewußtsein vor.

Die von einem zwölfköpfigen Testerteam nicht immer genußvoll erarbeiteten Bewertungen können auch im Vergleich mit anderen Gourmet-Guides und einschlägigen Magazinen, was Aktualität und treffsicheres Urteil anbelangt, sehen lassen. Stolz weisen die Tester darauf hin, daß der Schlemmer-Atlas in den vergangenen Jahren oftmals Vorreiter bei der Entdeckung und Bewertung von Spitzenhäusern war: Er bejubelte das „Gala" in Aachen, „Rockendorf's Restaurant" in Berlin oder das „Sonnora" in Dreis beispielsweise schon 1982, während andere Publikationen erst ein Jahr später Lobeshymnen sangen.

Nicht nur das Konzept – weniger Häuser, dafür ausführlicher und mit Bild vorgestellt, und eine breitere Bewertungsskala –, auch die Aufbereitung hat in den letzten Jahren vermehrt Anhänger gefunden. Die im Herbst 1983 veröffentlichte Ausgabe '84 war schon zu Jahresbeginn vergriffen. Damit der neuen Ausgabe derselbe Erfolg beschieden sein möge, wurde großer Aufwand betrieben. Die bisher umfangreichsten Änderungen führten in der elften Ausgabe des Schlemmer-Atlas dazu, daß 240 Häuser gestrichen, 237 neu aufgenommen und 408 Häuser neu beurteilt wurden.

Von den 2011 ausgewählten Restaurants erhielten in der Ausgabe 1985 acht („Gala"/Aachen, „Goldener Pflug"/Köln, „Scherrer" und „Le Canard" in Hamburg, „Aubergine" und „Tantris" in München, „Ente vom Lehel"/Wiesbaden, „Schweizer Stuben"/Wertheim) fünf Schlemmer-Kochlöffel für die besten Küchen in Deutschland. Zwei Restaurants rückten aus der Spitzengruppe in die Reihe der „hervorragenden Küchen", das „Schloß Friedrichsruhe" in Öhringen und „Burg Windeck" in Bühl wurden nur mehr mit vier Schlemmer-Kochlöffeln bewertet. In dieser Kategorie befinden sie sich in der Gesellschaft von 39 weiteren vorzüglichen Restaurants, darunter das „Bareiss" in Baiersbronn, „Maitre" in Berlin, „Altes Forsthaus Beck" in Lingen oder „Humperdinck" in Frankfurt, um nur einige zu nennen.

Eine „sehr gute Küche" wurde 204 Restaurants (in der vorigen Ausgabe waren es 185) mit jeweils drei Schlemmer-Kochlöffeln bescheinigt. Immerhin 466 Restaurants befleißigen sich einer „guten Küche" und stehen mit zwei Kochlöffeln im Atlas. 1089 bekamen einen Kochlöffel für „empfehlenswerte Küche". In dieser Gruppe rangieren vornehmlich Lokale, die oft zu den beliebten Treffpunkten gehören, auch wenn sie kulinarisch kaum mehr bieten als frische Matjes oder guten Pflaumenkuchen.

Insgesamt gab vor allem die Qualität der Küche und die Kreatitvität der Köche den Ausschlag für die kritische Auswahl. Besondere Aufmerksamkeit legte die Redaktion auf die Entdeckung von Restaurants, die ein günstiges Preis-Leistungs-Verhältnis aufweisen. Doch auch wenn der Schlemmer-Atlas 1985 nicht hilft Geld zu sparen, dem Feinschmecker ist er die 39,80 Mark wert.

BIRGIT CREMERS

Was Urlaubsorte zum Wohl ihrer Gäste tun sollten

tdt. Frankfurt

Ferien machen bedeutet nicht nur abschalten – es bedeutet auch Gesundheit tanken. Die Urlaubs-Anbieter jedoch scheint dieser Aspekt kaum zu kümmern: Ist das „Produkt" erst einmal an den Kunden gebracht, schummeln sich die Ferienfabrikanten aus der Verantwortung.

Robert Steffen, Privatdozent am Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich, hat nun von den Reisemanagern die Ausschaltung gesundheitlicher Risikofaktoren gefordert – etwa durch den Abbau von Streß am Ferienort. „Schallisolierte Hotelzimmer", so Steffen, „sind das mindeste".

In die Nase steigt dem Schweizer Arzt vor allem der Zigarettenrauch, dem Urlauber überall ausgesetzt seien: Ob Gondelbahn oder Restaurant – den meisten Verantwortlichen sei es egal, ob die nichtrauchenden Feriengäste vom blauen Dunst benebelt würden oder nicht.

Auch mit den Küchenmeistern geht der Arzt zu Gericht: Mehr kalorienarme und diätetische Menüs kämen vielen Urlaubern mit Gewichts- und Cholesterinproblemen entgegen. Überdies sei der „lästige Zwang zur Halbpension" alles andere als angenehm. „Es gibt eine ganze Menge Leute, die nur deshalb privat Urlaub machen", weiß Steffen, „weil sie sich in einer Ferienwohnung nach ärztlichen Weisungen ernähren können".

Doch nicht nur die Urlaubsproduzenten, auch die Tourismus-Manager vor Ort müssen sich mehr Gedanken über das Wohl ihrer Kundschaft machen: Ausschaltung von Verkehrslärm, mehr Freundlichkeit und gute Organisation tragen nach Ansicht des Mediziners wesentlich zu einer besseren Erholung bei. Als Beispiel nennt er dabei das streßfreie Schlangestehen an Liften amerikanischer Skistationen, wo parallel angebrachte Wartestreifen mit klaren Markierungen „ein Anstehen ohne dauernde Abwehrreaktion" erlaubten.

Schließlich sollten die Fremdenverkehrsexperten in den Ferienorten auch an die Bewegung ihrer Gäste denken: Sportofferten gehören ebenso dazu wie genügend Spielraum, um mit „der Seele baumeln zu können". Allzuviel „freudige Überraschungen" freilich dürfen im Prospekt wiederum nicht genannt sein. „Erst durch positiv Unvorhergesehenes", berichtet Steffen, „wird die Erlebnisfähigkeit gesteigert".



Bergwandern in den Allgäuer Alpen FOTO: DIE WELT

Sterne für Gipfelstürmer

rk, Sonthofen

Nach einer halben Stunde bleiben die ersten am Wegesrand stehen, um sich die Schweißtropfen von der Stirn zu wischen. Eine kurze Verschnaufpause, ein Blick über saftige Wiesentäler, dann ist der innere Schweinehund überwunden, und es geht weiter bergauf. Zwei Dutzend Wanderfreunde haben sich zusammengefunden, um ein Abzeichen zu erwerben: den „Wander-Stern für Höhenmeter", mit dem der Sonthofener Hotelpark „Allgäu Stern" in diesem Herbst erstmals seine Gäste in höhere Regionen locken will.

Wir wollen nichts übertreiben und haben uns „nur" für den bronzenen „Wander-Stern" angemeldet; da müssen immerhin 3000 Höhenmeter geschafft werden. (Wer sich mehr zutraut, erhält für 4800 Meter das silberne und für 8900 Meter das goldene Abzeichen.) Bergschuhe, Anorak, Rucksack und Schlafsack müssen mitgebracht werden.

Gemeinsam mit Eugen Gölz, dem Leiter der Sportabteilung im „Allgäu Stern", erreichen wir am späten Nachmittag die Willersalpe in 1600 Meter Höhe. In dieser Berghütte wollen wir übernachten. Bald baumeln unsere verschwitzten Hemden und Pullover über dem Weidezaun; ein Glas frische Milch löscht den Durst, und langsam beginnen wir, die Bergromantik zu genießen.

Am Abend kehrt Hüttenstimmung ein. Ein paar Kerzen spenden romantisches Licht; der Almwirt spielt auf einer Ziehharmonika – besser gesagt: er versucht es. Aber wen stört hier oben schon ein falscher Ton. Es gibt reichlich Brot, geräucherten Schinken, Bergkäse und dazu natürlich ein Schnapserl. Man kommt sich näher. Gemütlich hocken wir mit ein paar Berg-Profis zusammen, die uns von ihren Gipfel-Abenteuern erzählen, von Wetterstürzen, Gletscherspalten und der Technik des Abseilens. Nicht zu spät verkriechen wir uns in ein Matratzenlager – 20 Männer und „Weibsleut" bunt gemischt –, denn am nächsten Tag heißt es um sechs Uhr früh aufstehen.

Nach einem Schluck lauwarmen Kaffees marschieren wir los. Noch einmal 600 Meter steil hinauf bis zum Gipfel des Ponten, der sich noch unter einem Nebelschleier versteckt. Kurzer Aufenthalt auf dem Gipfel, dann geht es weiter, und nach fünf Stunden ist das Ziel im Talgrund erreicht. Unsere Beine sind schwer geworden, und viele haben gespürt, daß auch der Abstieg kein Zuckerschlekken ist. Wir stürzen uns auf die Frühstückstafel am Waldesrand. Heißer Kaffee und eine kräftige Portion Schinkenomelett sind vielen jetzt wichtiger als der „Wander-Stern", den uns Eugen Gölz an die durchgeschwitzten Anoraks heftet.

*

Angebot: Aufenthalt von Sonntag bis Freitag mit Halbpension im Doppelzimmer ab 298 Mark. Das Angebot gilt bis zum 11. November.
Auskunft: Hotelpark Allgäu Stern, 8972 Sonthofen-Staig.

ANGEBOTE

Palladios Bauwerke

Eine Studienreise zu den Bauwerken des großen Architekten Andrea Palladio bietet der Abano Reisedienst vom 13. bis zum 20. Oktober an. Unter qualifizierter und fachkundiger Führung werden die Teilnehmer unter anderem zu den kirchlichen Bauten und den prachtvollen Villen in Vicenza, Padua und Venedig geführt. Pauschalpreise bei Unterbringung im Fünf-Sterne-Hotel mit Halbpension: bei individueller Anreise 1100 Mark, mit Bahn (ab München) 1200 Mark oder Flug (ab Hamburg) 1800 Mark. (Auskunft: Abano Reisedienst, Grindelallee 180, 2000 Hamburg 13)

Durch Rajasthan

Eine nostalgische Reise durch Rajasthan kann man in einem „Palast auf Rädern", einem alten Prachtzug eines ehemaligen Maharajas, buchen. Die Reise dauert zwölf Tage und geht über Delhi, Jaipur, Amber, Udaipur, Jaisalmer, Jodhpur, Bharatpur, Fatehpur Sikhri und Agra. Der Preis beträgt 5590 Mark inklusive Linienflüge, Reiseleitung und Vollpension. Abflüge wöchentlich jeden Sonntag ab Frankfurt. (Auskunft: Indoculture Tours, Bismarckplatz 1, 7000 Stuttgart 1)

Schleswig-Holstein

Die Pauschalangebote des Fremdenverkehrsverbandes Schleswig-Holstein für Herbst, Winter und Frühjahr 84/85 sind da. 64 Orte zwischen den Meeren, auf den nordfriesischen Inseln und auf Fehmarn, dazu die Hansestadt Hamburg sind in einem Prospekt mit Angeboten, Extras und Spezialprogrammen vertreten. (Auskunft: Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein, Niemannsweg 31, 2300 Kiel 1)

Sonderreise Istanbul

Eine siebentägige Sonderreise nach Istanbul bietet das Hapag-Lloyd Reisebüro am 11., 18. und 25. Oktober an. Der Preis von 975 Mark beinhaltet den Flug mit Hapag-Lloyd-Jets ab und bis München, Unterkunft in erstklassigen Hotels (Doppelzimmer) sowie ein abwechslungsreiches Ausflugsprogramm. Zuschläge bei Flug ab und bis Hamburg 110 Mark, Hannover 100 Mark, Düsseldorf 90 Mark und Frankfurt 80 Mark pro Person. (Auskunft: in allen Hapag-Lloyd-Reisebüros)

ÄRZTLICH GELEITETE SANATORIEN UND KLINIKEN

So erreichen Sie die Anzeigenabteilung
REISE-WELT
MODERNES REISEN
Tel.: (040) 34 74 483
FS: 217 001 777asd

DIE WELT
WELT am SONNTAG

SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMAN

Was ist eigentlich los mit Viktor Kortschnoi? Er scheint eine neue Gewohnheit zu haben: Am Anfang jedes Turniers verliert er zuerst eine Partie, um dann mit aller Energie die Konkurrenz zu verfolgen – was in kurzen offenen Turnieren gewöhnlich eine fast unmögliche Aufgabe ist!

So war es nun wieder in Zürich, wo ein großes „Open" anläßlich des 175jährigen Bestehens der Schachgesellschaft Zürich ausgetragen wurde – mit zehn Großmeistern und mehreren anderen internationalen Titelträgern. Und so verlief die sensationelle Partie der 1. Runde:

Damenindisch,

Bellon – Kortschnoi

1.d4 Sf6 2.Sf3 e6 3.c4 b6 4.e3 Lb7 5.Ld3 c5 6.0-0 Le7 7.Sbd2 0-0 8.b3 d6 (Natürlicher ist d5, aber vielleicht wollte Kortschnoi seinen Gegner – der manchmal recht extravagant spielt – zum aggressiven Vorgehen verführen. Zweimal bitten läßt sich jedenfalls der Spanier nicht!) **9.De2 Sbd7 10.a4!? Te8 11.Sg5!?** (Um nach h6 mit 12.f4! fortzusetzen.) **d5 12.f4 cd4: 13.ed4: Sf8!?** (Warum eigentlich nicht dc, und falls 14.bc, so Sc5? Da 15.dc an Dd4+ scheitert, wird Schwarz den aktiven Ld3 los. Auch 14.Sc4: wäre für ihn keineswegs gefährlich!) **14.Lb2 Ld6** (Nach sofort h6 wäre natürlich 15.Sgf3 nebst Se5 stark) **15.De3 h6 16.Sh3** (16.Sgf3? wäre nun mit Sg4 zu widerlegen.) **Lb4!?** (Damit beginnen schon recht gekünstelte Manöver. Gar nicht schlecht wäre zum Beispiel Sg6.) **17.Tad1 Te8** (Der letzte Zug hätte seinen Sinn nur in Verbindung mit Ld2: 18.Td2: Se4, wonach jedoch 19.Le4: de 20.f5 günstig für Weiß wäre.) **18.Sf2 Te7!? 19.Sf3 Se8 20.Se5 f6!?** (Und danach spielt schon Bellon in seinem besten Stil!) **21.Sfg4! Sd6** (Nach fe 22.fe hat Weiß ebenfalls einen starken Angriff – zum Beispiel h5!? 23.Dh3! und nun scheitert hg? an 24.Dh8+! nebst matt.) **22.Dg3 Kh8 23.cd5: ed5: 24.Dh4 fe5:?** (Und das kostet schon die Partie, besser wäre Se4!, wonach zum Beispiel 25.Sh6:!? zu keinen klaren Konsequenzen geführt hätte – gh 26.Dh6:+ Kg8 27.Le4: fe! usw.) **25.de5:! Sf7 26.f5 Le5+ 27.Kh1 d4 28.f6 Tee7 29.fg7:+ Kg7: 30.Tf7:+! Tf7:** (Oder Kf7: 31.Tf1+ usw. – Ke6 32.Dh6:+, Ke8 32.Sf6+) **31.Dh6:+ Kg8 32.Sf6+ Tf6: 33.ef6: Tc7 34.Lc4+ Ld5 35.Dg5+ Kh8 36.Ld5: Sh7 37.De5 Sf6: 38.Tf1! Dd5: 39.De7: aufgegeben.**

In der 2. Runde erlitt übrigens auch Spasski einen „Schiffbruch": In einer ausgeglichenen Position seiner Partie gegen den Österreicher Dückstein (Weiß: Kg3,Dd1,Ta1,f1,Ld2,g2,Sd4, Ba3,c2,c3,e5,f4,g5; Schwarz: Kc8, Da5,Th7,h8,Ld7,Sc6,d8,Ba7,b7,c4,d5, e6,g6) beging er einen schweren Fehler. **28.Th1?? Th1: 29.Lh1: Th1:! 30.Dh1: Sd4:** – und schon war es aus: **31.Dd1 Sf5+ 32.Kg4 La4 33.Te1 De5 34.De1 b6 35.Kh3 Le6: aufgegeben.**

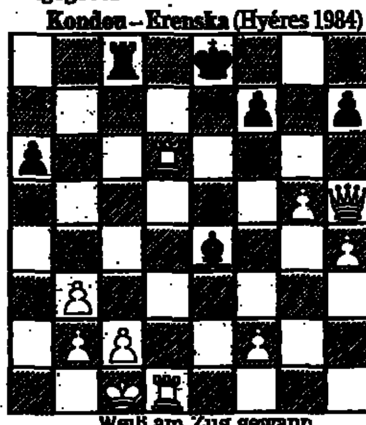
Ein für solche Turniere ungewöhnlich niedriges Score von 6 aus 9 genügte dem britischen Großmeister Nunn zum alleinigen Sieg. Kortschnoi teilte die Plätze 2.–7. mit Großmeister Bellon, Gheorghiu, Seirawan, Sossonko und Spasski – mit 5½.

Lösung vom 21. September

(Kg1,Dd1,Td2,e1,Sa4,f1,Bb3,d5,e4, f2,g3,h2;Kg8,Db5,Tb8,c8,Sa5,e5,Bb4, d6,e7,f7,g6,h7):

1... Te1! 2.De1: Sf3+ 3.Kg2 Sb3:! aufgegeben.

Kondou – Erenska (Hyéres 1984)



Weiß am Zug gewann

(Kc1,Dh5,Td1,d6,Bb2,b3,c2,f2,g5, h4;Ke8,Da5,Tc8,h8,Le4,Ba6,e5,f6,f7, h7)

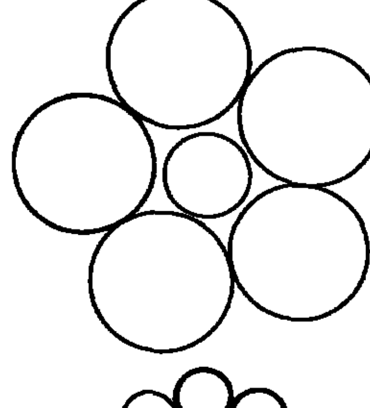
Das große Kreuzworträtsel

botan. Begriff	Hunderasse	dt. Elbezufluß	finanz. Unterstützung			Giftschlange	Buch der Bibel		Kongreßstadt i.d. Steiermark	türk. Großstadt	Abk.f. Nachschrift	Staat der USA		Fluß zur Rhône	Stadt in der Steiermark		dt. Orchesterleiter (Paul)	Stadt an der Mosel	bibl. Riesengeschlecht
	8															7			
						Gewässer mit hohem Salzgeh.				6				fest, aus Erz					
Stadtteil v. Berlin			dt. Physiker						dt. Publizist (Eugen)		sagenh. griech. Jäger						griech. Mondgöttin		
gegor. Milchgetränk						Fakultätsleiter		gezähmt						Fernzielgeschoß		Abk.f. Sekunde			
			blutstill. Salz		Verzierung			9			Notlage		Rockaufschlag					5	
nord. Unterwelt		engl.: nach						lat.: ebenfalls		Greifvogel						griech. Göttin		die Ukrainer	
Salzlösung					Gebäudestreifen		genues. Staatsmann						Ledergurt		Geliebte des Leander				
ostpreuß. Landschaft	1	Universität in Paris		frz. Filmstar +						Stadt am Oberharz		frz.: Einkommen							
							Stadt bei Rimini		Nachkomme Sems						Adams Sohn				
frz.: nein				Titelfigur b. Tschaikowski		oberital. Gewässer									kleine Engelsfigur		Kfz-Z. Heilbronn		
Zeichen für Iridium		11	Fluß zur Seine					naut.: Windschatten				wider		Steppmustergewebe					
Formschönheit									Autor v. „Robinson Crusoe"		ital. Großhafen				2		Fluß am Kaukasus		altdt. f. November
						Alpenprimel		Fechtwaffe						Skipetaren		engl.: zehn			
e. der Kleinen Sundainseln	Fluß zum Ebro		mathem. Begriff		südamerik. Gebirge			3			osteurop. Barsch		griech. Göttin						
Lateinschrift								dt. Filmstar (Gustav)		Arrestraum						große trop. Echse		Hptst. von Vietnam	
					Vorsilbe: Gegen..		hlg. Buch des Islams						Speise		Geburtsschmerz				
engl.: grün		bibl. König		Fluß zur Oise						engl.: eins		Wüstenluchs							
bewegl. Verbindung							Umlaut		Musikhalle						frz. Artikel		Moment		
span. Ausruf			4	Germane								schmachtender Liebhaber		10					®
Wasserpfeife									vordringlich										184

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

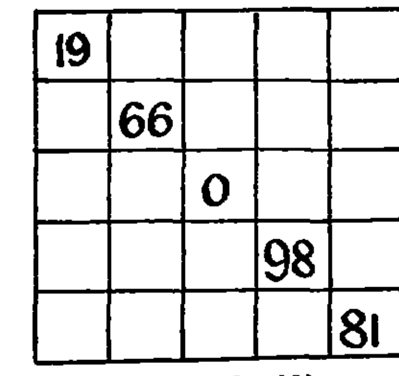
DENKSPIELE

Den Augen trauen?



Es geht jeweils um den Mittelkreis der beiden „Blümchenmuster": Sind die Kreise gleich groß, oder ist einer von beiden größer?

Auf den Kopf gestellt



19				
	66			
		0		
			98	
				81

Die Ziffern 0, 1, 6, 8 und 9 kann man auch lesen, wenn sie kopfstehen. Bilden Sie nur mit Zahlen, die aus diesen Ziffern zusammengesetzt sind, ein Magisches Quadrat, das die Konstante 264 hat und das auch „magisch" bleibt, wenn man es auf den Kopf stellt!

Unkonstante Konstanten

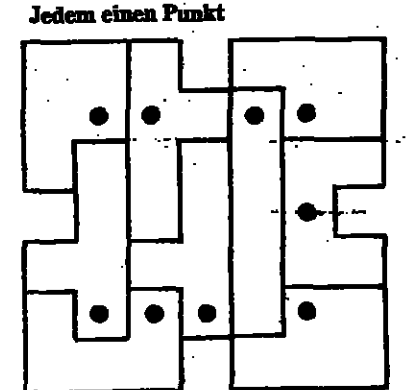
Nehmen wir doch einmal an, aus irgendeinem Grunde würde die Naturkonstante „Fallbeschleunigung" plötzlich verändert, und sie würde den doppelten Betrag 2 g annehmen. Wie würde sich das auf Armbanduhren älterer Bauart (mit Spiralfedern) und auf Pendeluhren auswirken?

Scharade

Schmerzlicher Ausruf ist das erste,
das zweite ist nicht „sie",
Wasser spendet uns der dritte,
das ganze: schmuckes Federvieh.

Lösungen vom 21. Sept.

Jedem einen Punkt



So wurde die große Figur in neun Pentominos unterteilt, die jeweils einen Punkt enthalten.

Zaubern ist keine Hexerei

Von der genannten Endsumme ziehen Sie 250 ab. Die so gefundene dreistellige Zahl gibt die oben liegenden Augen an.

Schachtelrätsel

Athen + let = Athleten

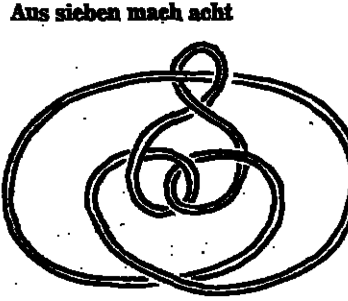
Homonym

Auslage

Logogriph

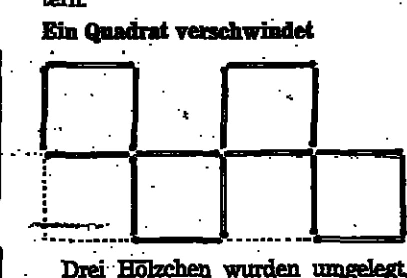
Schlaf – Schaf

Aus sieben mach acht



Dies ist eine Möglichkeit, den Knoten auf acht Schnittpunkte zu erweitern.

Ein Quadrat verschwindet



Drei Hölzchen wurden umgelegt, und damit verschwindet eines der fünf Quadrate! (Nachtrag zur Auflösungsspalte vom 31. August)

REISE ● WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Horrmann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann
Dr. Rudolf Zewell

Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

BRIDGE

Studie Nr. 21/84

West		Ost
♠ –	N	♠ D 9 5
♡ A D 5	W O	♡ 6 4 2
♢ D 10 8 6	S	♢ A K 5 3 2
♣ A D B 10 9 8		♣ K 4

Nord eröffnet „1 Pik", Ost bietet „2 Karo" und West springt – etwas eigenmächtig – auf „6 Treff". Nord greift mit Pik-As an. Wie sollte West vorgehen, um sich möglichst gute Chancen für seinen Schlemm zu geben?

Lösung Nr. 20/84

Süd gewinnt wie folgt: Nach Pik-As wird Pik geschnappt und Karo-Dame vorgelegt. West gibt den König. Der Tisch nimmt. Pik wird erneut gestochen, um mit Treff-Dame zum Tisch zu gehen und auch den letzten Pik zu trumpfen. Es folgen Treff-As (der Tisch wirft Karo ab) und die Karo-Zehn. Erst jetzt werden alle drei Trumpfrunden gespielt (Coeur-As, -König und -Fünf). Die Gegner können es so einrichten, daß jeder von ihnen die dritte Atout-Runde nehmen kann. Ist es Ost, muß er von Karo-Acht und -Sechs in die Gabel Karo-Bube und -Sieben am Tisch hineinspielen. Nimmt jedoch West den Stich, hat er das zweifelhafte Vergnügen, von Treff-Zehn und -Sieben in Treff-König und -Acht der Hand antreten zu müssen.

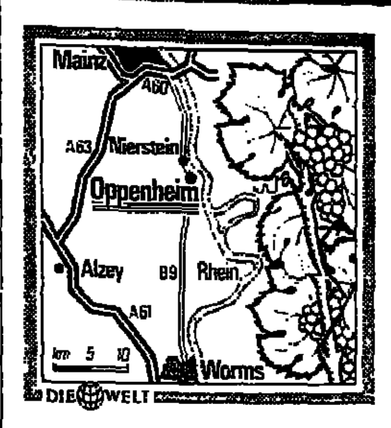
Der Alleinspieler bringt also nach einem „dummy reversal" die Verteidigung (wahlweise Ost oder West) ins „endplay"!

Auflösung des letzten Rätsels

WAAGERECHT: 2. REIHE Malaysia — Kuala Lumpur 3. REIHE Reise — Remus 4. REIHE Samoe — Texas — Graz 5. REIHE Kanon — Tornado 6. REIHE Nektar — Horen — an 7. REIHE Apo — Hagen — Birma 8. REIHE Talal — Lewis 9. REIHE Mostar — Titel — Spa 10. REIHE do — Japan — Platin 11. REIHE yds. — Heu — Saar — Pakt 12. REIHE Esens — Mohammed 13. REIHE Tula — Alt — Zeug 14. REIHE Elberfeld — As — Illo 15. REIHE u.a. — Raa — Emile — Mn 16. REIHE Usus — Kerne — Allee 17. REIHE Basar — Loire 18. REIHE Bozen — Kabul — Lab 19. REIHE Bon — Murad — Manila 20. REIHE Tiber — Nigeria — Ela 21. REIHE Lein — Titania — Traber

SENKRECHT: 2. SPALTE Havanna — Odysseus — Boll 3. SPALTE Episode — Laudon 4. SPALTE Marokko — Snob — Ti 5. SPALTE yes — Teu — Benin 6. SPALTE si — Katar — Trajan 7. SPALTE Istar — Janufa — Met 8. SPALTE Mae — Hanau — Kanuri 9. SPALTE total — Malter 10. SPALTE Skien — Tajo — Kana 11. SPALTE Hedin — Engadin 12. SPALTE Aragon — Salome — Gl 13. SPALTE Ales — le — Amt — Lulea 14. SPALTE Texel — Algol 15. SPALTE Luzon — Presse — mit 16. SPALTE Hus — Bill — Ar — Aar 17. SPALTE Gneis — Zille 18. SPALTE Pera — Stapel — lieb 19. SPALTE Adamspik — Ulme — Alle 20. SPALTE Arizona — Antigone — Baer — HEUERNTE

AUSFLUGS-TIP



Anreise: Auf den Bundesautobahnen A 3 oder A 60, A 61, A 66 oder A 67 bis Mainz, dann nach Süden links des Rheins auf der Bundesstraße 9 etwa 19 Kilometer bis Oppenheim (Beschilderung „Stadtmitte" folgen).
Öffnungszeiten: 1. April bis 31. Oktober jeweils 13 bis 17 Uhr. Montags geschlossen. Führungen nach vorheriger Anmeldung.
Auskunft: Deutsches Weinbaumuseum, Wormser Straße 49, 6504 Oppenheim; Telefon: 06133/2544.

Oppenheim am Rhein

Daß in Oppenheim am Rhein der Wein schmeckt, weiß fast jeder. Und so manchem Touristen dürfte auch die ehrwürdige Katharinenkirche am oberen Rand des Städtchens vertraut sein. Der rotschimmernde Sandsteinbau, in mehrhundertjähriger Bauzeit entstanden, ragt unübersehbar über den kleinen Häusern und über der gotischen Michaelskapelle empor, einem *Beinhaus mit einer jahrhundertealten* Sammlung von Menschenknochen.

Überhaupt beeindruckt diese ehedem Freie Reichsstadt (die heute *zum Kummer* ihrer Bürger *nur* noch Teil der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim ist) durch ihre vielen historischen Gebäude. Weniger bekannt ist ein relativ junges Museum mit einem kuriosen Anhängsel: Das Deutsche Weinbaumuseum mit der größten Mausefal*lensammlung* der Welt.

Das Weinbaumuseum, eine private Gründung, aber inzwischen anerkannt die umfangreichste Sammlung aus diesem Bereich in der Bundesrepublik, *schenkt natürlich* den Besuchern keine alten (unbezahlbaren) Weine aus. Dafür kann man sich ein anschauliches Bild von der Entwicklung des Weinbaus machen, von den alten Römern bis zum höchst modernen integrierten Pflanzenschutz. Dabei wird so manch eine Legende zerstört: etwa die, daß zu Großvaters Zeiten alles natürlich, biologisch und umweltbewußt zugegangen sei. Wer die Pflanzenschutzspritzen und die Arsen-, Kupfervitriol- und Nikotinpräparate sieht, die man schon um 1890 verwendete, der wird der Gegenwart *im Vergleich dazu* vielleicht doch allerhand abbitten müssen.

Die Mausefallensammlung – 153 verschiedene Konstruktionen aus aller Welt – war vor vier Jahren ein Mitbringsel des heute 69jährigen Museumsdirektors. Der Mann ist eine Attraktion für sich: ehemals Gutsbesitzer in der Slowakei, dann Leiter der Starenbekämpfung im rheinhessischen Weinbau, inzwischen ein höchst witziger Führer durch seine *Sammlung. Allein die* Geschichten, wie Freunde ihm aus Indien oder dem Fernen Osten besonders ausgefallene Mausefallen mitbringen wollten, aber am Flughafen wegen der seltsamen Dinger als potentielle Terroristen festgehalten wurden, sind das Eintrittsgeld (zwei *Mark*) wert.

JOACHIM NEANDER



Alte Presse im Weinbaumuseum von Oppenheim FOTO: DPA

Verschaukelt?

Sie *kosten* im Schnitt 200 Mark pro Woche und versprechen die große Bergfreiheit: ortsübergreifende Skipässe, die in immer mehr Skiregionen in Mode kommen. Doch nach dem Urteil der Stiftung Warentest entpuppen sich die heißbegehrten Plastikkarten bei näherem Hinsehen „nicht selten als Produkt einer Werbegemeinschaft unzusammenhängender Skireviere". So haben die Berliner Reisetester – nach Überprüfung von 28 regionalen Skipässen in *Deutschland*, in Österreich, in der Schweiz, in Italien und in Frankreich – beispielsweise „im aufgesplitterten Gebiet des Ostallgäus keinen plausiblen Anlaß für einen gemeinsamen Skipaß" entdecken können. Auch im Montafon und im Zillertal fehle der Zusammenhang der Liftnetze. Gesamturteil für diese ortsübergreifenden Skipässe: „mangelhaft". Der Paß im italienischen Valtellina wurde sogar als „sehr mangelhaft" eingestuft.

Auch in den beiden Fällen, in denen in den Regionalskipaß wenigstens „schneesichere und attraktive Glanzlichter" eingearbeitet worden sind, vergab die Stiftung Warentest nur ein „mangelhaft". Der Test-Report: „So wurden die Skiorte des Landkreises Oberallgäu einfach an *die florierende Skischaukel Oberstdorf*/Kleinwalsertal angehängt, obwohl die übrigen Mitgliedsorte bis zu 50 Autokilometer entfernt liegen.

Lob zollen die Reiseinspektoren der Stiftung Warentest dagegen den französischen Verbundsystemen und den „weniger grandiosen, doch nicht minder vergnüglichen Skirevieren" – darunter den österreichischen Zusammenschlüssen Wilder Kaiser und Saalbach-Hinterglemm. Und geradezu ins Schwärmen geraten die Tester beim *Dolomiti-Superskipaß*: „Der macht seinem Namen wirklich Ehre." Ein Beispiel für andere. Noch ist es früh genug zu reagieren.

DW.



Das Gesicht eines stolzen Volkes FOTO: KLAUS BEHR



Trotz harter Arbeit das Lachen nicht verlernt FOTO: L. LEYKAUF

Vor Anker im türkischen Burgengolf

Datça

Die türkische Küste ist reich an Golfen, die in landschaftlicher Schönheit und kulturgeschichtlicher Bedeutung miteinander wetteifern. Einer von ihnen ist der Burgengolf, auch Golf von Datça genannt, weil er die Südküste der *Datça-Halbinsel* umspült. In der Antike hieß er Golf von Doris und bei den Türken heißt er Hisarönü Körfezi.

27 Kilometer östlich der Ortschaft *Datça, etwa gegenüber der* griechischen Insel Symi, hat man ein Ferienzentrum mit Bungalowdorf und Campingplatz gebaut. Es liegt vor einem dichten Pinienwald, hinter dem sich rotbraune Berge erheben. Die Anlage ist geschmackvoll der Natur angepaßt, umrahmt von zwei wunderschönen Buchten, die nur durch einen schmalen Isthmus voneinander getrennt sind, der in einer felsigen, bewaldeten Halbinsel ausläuft.

Hier gibt es weit und breit nichts, *was die Luft verpestet oder das* Wasser trübt; die Natur ist in bester Ordnung, in den Wäldern begegnet der Wanderer vielen Arten von Wild. Kleine Fischerboote schaukeln im klaren, türkisblauen Wasser vor den flachen, sandigen Stränden.

Der Platz ist erholsam, gut geeignet zum Surfen, Schwimmen und Joggen, aber auch als Ausgangspunkt für ausgedehnte Ausflüge in die Umgebung, entweder per Auto oder mit einem Ausflugsboot. Man kann auf der Bootsfahrt nach Knidos am Westende der Datça-Halbinsel, sogar Delphine treffen. Ich glaube beinahe, diese geselligen Tiere lieben das Brummen von Bootsmotoren, sie werden *geradezu davon angelockt.*

In der Bucht von Knidos (Naturhafen Büyük Liman), hinter dem mächtigen Vorgebirge, ankern wir buchstäblich im Museum: Ruinen der ehemaligen Theater, Tempel und Türme umgeben uns. Zwei Jahrtausende blicken auf uns herab. In einer kleinen Kneipe lassen wir uns die Spezialität der Gegend, frischen Hummer, servieren.

Der Museumswächter setzt sich zu uns und erzählt vom vergangenen *Reichtum dieser Stadt*, die vom Seehandel lebte und religiöses Zentrum des Dorischen Bundes war. Und nicht etwa aus Athen oder Sparta kamen die Koryphäen unter den griechischen Ärzten, sondern aus Knidos und dem benachbarten Kos, wo der berühmte Tempel des Heilgottes Asklepios stand und die Wiege des Hippokrates. Die Mediziner, die aus der Ärzteschule von Knidos hervorgingen, *erhielten Berufungen in* alle Ecken der damals bewohnten Welt. Seine größte Berühmtheit aber verdankt Knidos der Tatsache, daß die Stadtväter vom berühmten Bildhauer Praxiteles eine Statue der Aphrodite gekauft hatten, die „oben ohne" trug. Nackte Haut, auch wenn sie aus Stein ist, hatte schon immer eine unwiderstehliche Wirkung: viele Tausende aus aller Herren Länder pilgerten zur nackten Liebesgöttin und mehrten so den Ruhm von Knidos. Zum Leidwesen nicht nur der Gastwirte von Knidos ist dieses Denkmal vor einigen Jahrhunderten auf rätselhafte Weise verschwunden.

Wir buchen noch einen weiteren Bootsausflug und zwar zum östlichen Teil des Burgengolfes. Hier wird er schmal, manchmal glaubt man, auf einem Alpensee zu sein. Wir nehmen Kurs auf ein graues Felsgebilde, das wie die Pfeifen einer übergroßen Kirchenorgel aussieht. Es thront vor der *Einfahrt zu einem waldigen Fjord* namens Bencik, an dessen Ende sich eine meteorologische Station und – gut versteckt zwischen Bäumen – ein kleines Testgelände für Solarenergie befinden. An dieser Stelle ist die Datça-Halbinsel nur einen Kilometer breit.

Als die Perser im 6. Jahrhundert v. Chr. begannen, die Städte Westkleinasiens zu erobern, wollten die Leute von Knidos diese Enge durchstechen und ihr Land zu einer Insel machen, um so dem Ansturm der persischen Truppen zu entgehen. Doch das Orakel von Delphi entschied gegen diesen Plan: „Durchstecht den Isthmus nicht, zieht keine Mauer hoch! Zeus machte euer Land zur Insel, wollt er's selbst." Daraufhin ergaben sich die Knider kampflos.

Von einem kleinen Hügel, auf dem es würzig nach Thymian und Rosmarin duftet, überblicken wir zwei Golfe, unseren Burgengolf und den Golf von Kos nördlich davon. Besonders begeistert *sind wir* von der Ziegenbucht (Keçi Bükü) bei Orhaniye. Am Strand stehen gerade die Oleandersträucher in voller Blüte. Auf der roten Kiesnehrung vor der Bachmündung *tummeln sich zahlreiche* Wasservögel, und das kleine Inselchen vor dem Westufer ist bedeckt mit Überresten einer mittelalterlichen Burg.



Die romantische Ziegenbucht FOTO: WYN HOOP

Da wir auch *das Hinterland* des Golfes kennenlernen wollen, steigen wir aufs Auto um. In der lieblichen Ebene um Datça, die von sanften Hügeln aufgelockert wird, stehen Mandel- und Obstbäume in Getreidefeldern und bilden einen anmutigen Kontrast zu der Gebirgskulisse. Nachdem wir die Anhöhe hinter der Ziegenbucht über die kurvige Uferstraße erklommen haben, öffnet sich *an der Südseite des Golfes* ein weites, grünes Tal vor unseren Augen, das ein Flüßchen zwischen den Bergen aufgeschüttet hat. Dort liegt das Dörfchen Turgut, eingebettet in Olivenhainen.

Beim Tee lernen wir ein deutsch-türkisches Ehepaar kennen, das seit einigen Jahren hier lebt: Brigitte und Salih. Die beiden erklären uns, daß die krausen grünen Büsche auf den Feldern im Herbst Erdnüsse tragen, die die Haupteinnahmequelle der *Bauern darstellen*, und sie *fahren* mit uns zu einer alten Mühle, die noch voll funktionsfähig ist. Ein eiskalter Bergbach betreibt diese Mühle, und sie mahlt das Mehl für das ganze Dorf. *Die Müllerin kredenzt uns türkischen* Kaffee und läßt auf heißen Tonscheiben Fladenbrot für uns backen, das wir – noch warm – mit köstlichem Waldhonig (von den eigenen Bienenvölkern) bestreichen.

Mauern von Schilf und uralte, von Efeu umrankte Platanen, säumen den Bach. Die gesamte Familie der Müllersleute versammelt sich um uns – vom Großvater bis zum kleinsten Enkelkind – und bereitet uns durch ihre spontane Herzlichkeit einen unvergeßlichen Nachmittag in der einzigartigen herben Natur dieses südtürkischen Landstriches. Und sollte das graue, nieselige Herbstwetter zu Hause auf meine Seele drücken, erinnere ich mich an die Mühle bei Turgut und träume vom Wiederkommen.

ANDREA HORN

*

Anreise: mit dem Flugzeug über Flughafen Dalaman; von dort etwa 150 Kilometer über die landschaftlich schöne Straße am Köycegiz See vorbei über Marmaris nach Datça. Mit dem Auto über Jugoslawien oder Bulgarien, bei Canakkale mit der Fähre übersetzen, dann weiter auf der Küstenstraße nach Izmir, Aydin, Mugla und Marmaris.

Reisezeit: am besten September/ Oktober und Mai/Juni.

Auskunft: Türkisches Informationsbüro, Baseler Straße 35–37, 6000 Frankfurt.

KATALOGE

golftours (Neuer Wall 38, 2000 *Hamburg 36*): *„Golfreisen in alle* Welt 1984/85" – In diesem Katalog sind die schönsten Golf-Hotels aufgeführt. Außerdem wurde das Angebot zum Beispiel in Spanien, auf Hawaii und in Florida erweitert. An der Atlantikküste Spaniens ist das „Gran Hotel" *auf der Privatinsel La Toja neu* hinzugekommen. Der Neun-Loch-Platz ist hervorragend gepflegt und weist einen alten Baumbestand auf. In Florida ist das Sechs-Sterne-Hotel „Marriott's Marco Beach" neu im Programm, ein Luxushotel am meilenlangen, *schneeweißen Strand.* Es gibt zwei empfehlenswerte 18-Loch-Plätze. Weiterhin ist von 16. März bis 3. April 1985 eine kombinierte Karibik-Kreuzfahrt mit Golfmöglichkeiten an Land und an Bord der MS „Vistafjord" vorgesehen. Preis pro Person in *der Doppelkabine: ab 11 170* Mark.

DER *(Deutsches Reisebüro,* Eschersheimer Landstraße 25–27, 6000 Frankfurt 1): „Australien/ *Neuseeland 1984/85"* – Angebote für „Reisen auf eigene Faust" bilden den Schwerpunkt in dem neuen Australien/Neuseeland-Programm. So können zum Beispiel Flüge, Hotels, Mietwagen, Campmobile und Rundreisen unabhängig voneinander oder als „Reise-Paket" gebucht werden. Linienflüge gibt es zwischen Deutschland und Australien zum *Holiday-Tarif (ab 2949 Mark).* Das Angebot für organisierte Ausflüge und Rundreisen in Australien und Neuseeland *reicht* vom dreitägigen Kurztrip bis zur 29tägigen Studienreise. Ein 16tägiger „Outback Trail" von Darwin nach Sydney oder Melbourne kann ab 2815 Mark gebucht werden. Außerdem können die Reisen auch mit Ferien auf einer Insel der Südsee kombiniert werden.

fintouring (Lönseck 7, 3006 Burgwedel): „Finnlandwinter 1984/85 – direkt mit FINNJET" und „Finnlandwinter 1984/85 – der andere Flugurlaub" – In Zusammenarbeit mit FINNAIR und FINNJET LINE hat fintouring ein völlig neu gestaltetes Flug- und Autofahrerprogramm zusammengestellt. Unter anderem wird ein *Zwölf-Tage-Skiurlaub in einem* Ferienhaus mit täglichem Skiunterricht für 754 Mark angeboten; Anreise mit Schiff; ein Pkw ist frei ab zwei zahlenden Personen. Ein weiteres Angebot: Skiwanderung mit Übernachtung in Hütten für 1952 Mark (bei Flug ab/bis Hamburg). Außerdem findet man im Programm zahlreiche Urlaubsvorschläge für Weihnachten und Silvester.

Gut Reisen (Hochhaus am Basler Platz, Postfach 11 13 43, 6000 Frankfurt 11): „Flugreisen Winter 84/85" – Für den Winterurlaub un*ter südlicher Sonne werden 84* Hotels, Appartement- und Bungalowanlagen aller Kategorien *in sieben Zielgebieten* offeriert. Besonders preisgünstig: eine Woche Mallorca ab 319 Mark und *Gran Canaria ab 499 Mark.* Neu im Programm ist die Insel Djerba mit drei Strandhotels (zwei Wochen ab 754 Mark) und der Fischerort Los Christianos auf Teneriffa (eine Woche ab 839 Mark). „Überwintern" kann der Gast auf dieser Insel für 1769 Mark (8 Wochen), *in Mallorca für* 1070 Mark (zwölf Wochen).

Sport + Reisen SR (Landessportbund Rheinland-Pfalz, Postfach 2960, Rheinallee 1, 6500 Mainz 1): *„Winter 1984/85" – Der Veranstalter* wendet sich mit seinen Winterangeboten besonders an *Vereine und Verbände.* Er bietet Skikurse im Allgäu – Stern in Sonthofen – und im Ferienpark Hambachtal im Hunsrück sowie in Österreich und in der Schweiz an. Besonders preisgünstig sind diese Angebote für Mitglieder von Vereinen und Verbänden. Daneben sind Club- und Erlebnisreisen in den sonnigen Süden mit Aktivreisen möglich.

